

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 331 ==

Persien im Spiel der Mächte 1900—1907

Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges

Von

Dr. Wilhelm Hannekum

1938

Verlag Dr. Emil Ebering in Berlin

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Historische Studien

Die Geschichte der Perser in der Zeit der Achämeniden
von Dr. Wilhelm Hirschfeld
Bonn 1907

Persien im Spät- und Mittelalter

1000-1500

Ein Beitrag zur Geschichte der Weltgeschichte

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Wilhelm Hirschfeld


100

Printed in the United States of America

Meiner Elfriede gewidmet

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	9
Erster Teil.	
Deutschland und die persische Frage	11
Die türkische Politik am Persischen Golf	24
Englische und russische Politik in Persien und am Persischen Golf	27
Der Regierungswechsel in England 1900/1901	39
Die englisch-französische Annäherung nach der Jahrhundertwende	42
Das erste Stadium der englisch-russischen Annäherung 1903/1904	46
Die Stellung und Haltung Deutschlands	56
Die Bagdadbahnfrage	66
Die Großmächte während des russisch-japanischen Krieges	82
Zweiter Teil.	
Die englisch-russischen Verhandlungen im Jahre 1905	91
Wechsel in der britischen diplomatischen Vertretung in Petersburg	107
Von der Unterbreitung des englischen „aide-mémoire“ am 3. 12. 1906 bis zum Abschluß der endgültigen Konvention vom 31. 8. 1907	142
Die Aufnahme und Beurteilung der englisch-russischen Konvention	171
Literaturverzeichnis	200
Kartenskizze von Persien	204



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Vorwort.

Die Arbeit stellt einen Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges dar und behandelt — vom Blickpunkt Persien aus gesehen — die weltpolitisch entscheidungsreichen Jahre von der Jahrhundertwende bis zum Abschluß der englisch-russischen Konvention im Jahre 1907. Als Quellen wurden die britischen, deutschen und — soweit sie herausgegeben sind — die französischen amtlichen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges benutzt.

Die Untersuchung entstand als Dissertation und wurde im April dieses Jahres von der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen genehmigt. Die Anregung dazu gab mir Herr Professor Dr. Adolf Hasenclever. Ihm für seinen Rat während der Entstehung der Arbeit und für das rege Interesse, das er ihr entgegenbrachte, zu danken, empfinde ich als selbstverständliche Pflicht.

Göttingen, im Juni 1937.

Der Verfasser.

Lande, was Rußland besonders auszunutzen wußte. Es sicherte sich durch Gewährung von Anleihen eine Reihe wertvoller Konzessionen und vermehrte damit seinen Einfluß auf Persien bedeutend. England war in Sorge, jederzeit von Rußland vor ein „fait accompli“ gestellt zu werden. Besonders drohte diese Gefahr während des Burenkrieges, als England in Südafrika verwickelt war. England ließ darauf einige Kreuzer im Persischen Golf erscheinen, um zu betonen, daß es eine Änderung des status quo in diesen Gebieten nicht dulden werde. Außerdem machte es Versuche, sich Deutschland gegenüber, das um die Jahrhundertwende im mittleren Osten erschien, wohlwollend zu erweisen und es gegen Rußland zu gewinnen. Die mit Deutschland aufgenommenen Bündnisverhandlungen aber scheiterten. Es vollzog sich dann allmählich der entscheidende Frontwechsel der britischen Politik, der, trotz des englisch-japanischen Bündnisses von 1902, sich die freundschaftliche Verständigung mit Rußland über Mittelasien zum Ziel setzte, das 1907 verwirklicht werden sollte.

Erster Teil.

Deutschland und die persische Frage.

Das deutsche Interesse an Persien mit seinem Golf wurde durch die deutsche Handelspolitik geweckt, die besonders den neuen Kurs unter Wilhelm II. und dem Reichskanzler Bülow charakterisierte. Diese Politik begnügte sich nicht allein mit dem Handel über Wasser, sondern sie wandte sich auch über den Südosten Europas nach Vorder- und Mittelasien, um die Handelswege über Land den neuen deutschen Aufgaben und Zielsetzungen dienstbar zu machen.

Die deutsche Politik befaßte sich zunächst mit der wirtschaftlichen Erschließung der Türkei und bewarb sich beim Sultan um Konzessionen für den Neubau von Eisenbahnen. Im Endziel gedachte man dieses kleinasiatische Bahnnetz nach der türkisch-persischen Grenze durch Mesopotamien hindurch weiterzubauen, besonders aber am Persischen Golf eine Endstation für die Bahn zu errichten. Unter dem Namen Bagdadbahn ist dieses Projekt bekannt geworden.

Als die unmittelbar im Orient interessierten Mächte die deutschen Pläne beargwöhnten, unterließen die deutschen Staatsmänner nicht, immer wieder zu betonen, daß diese Politik einzig und allein kaufmännische Interessen verfolge und der Südosten nur der wirtschaftlichen Betätigung der Deutschen Raum gewähren solle.

In diesem Zusammenhang hatte auch die persische Frage für Deutschland besondere Bedeutung, weil die deutsche Handelspolitik auch Persien in den südöstlichen Wirtschaftsraum mit einbezog.

Die deutsche Diplomatie ließ darum über ihre Vertretungen in Persien das besondere Augenmerk auf die Tätigkeit der anderen Mächte, vor allem Englands und Rußlands, in Persien und

am Golf richten, um deren Verhalten diesem Lande gegenüber festzustellen. Die deutsche Teheraner Gesandtschaft war besonders ein guter Beobachtungsposten für die englisch-russische Rivalität in Persien.

Um die Jahrhundertwende ließen sich in Persien schon zwei Interessensphären unterscheiden: Im Norden die russische, die sich bis nach Seistan und Kermanschah erstreckte, und im Süden die englische. Rußlands Bestreben ging dahin, seinen Einfluß allmählich nach dem Golf vorzuschieben. Besonders ließ sich diese Tätigkeit beobachten, als England in den südafrikanischen Krieg verwickelt wurde. England sah sich dadurch veranlaßt, seine Machtstellung in Südpersien zu festigen, indem es seine Flotte im Persischen Golf verstärkte und verschiedene neue Konsularämter errichtete. Außerdem machte sich ein Gegenstoß gegen Rußland von Seiten Indiens in kommerzieller Hinsicht bemerkbar¹. In einem großen Teil der russischen Militärpartei sowie in der Armee und der Bevölkerung herrschte sogar die Ansicht, man müsse die jetzige günstige Gelegenheit benutzen, um gegen England vorzugehen. Tatsächlich wurden auch an die afghanische Grenze, nach Transkaspien, nach Herat, russische Truppen geworfen, aber einen Angriff gegen England auf Indien lehnten die verantwortlichen Politiker Rußlands ab². Kaiser Wilhelm meinte, das sei freilich Sache der Russen, „aber eine phänomenale Dummheit“³. Der russische Kriegsminister, General Kuropatkin, erklärte dem deutschen Botschafter v. Radolin, mit dem er befreundet war, es liege ganz außerhalb der russischen Pläne, etwa gegen Herat vorzudringen oder Eroberungsgelüste auf Afghanistan zu hegen. Denn das würde eine Schwächung Rußlands bedeuten. Durch seine Truppenbewegungen wolle Rußland nur andeuten, daß es „auf alle Eventualitäten gefaßt sei“⁴. Wie aus einer Aufzeichnung Tschirschkys hervorgeht, und wie auch Kaiser Wilhelm bestätigte, hatte der russische Zar England allgemeine Zusicherungen gegeben, „daß

1. DGP, Bd. 17, Nr. 5332.

2. DGP, Bd. 17, Nr. 5334.

3. DGP, Bd. 17, Nr. 5334, Randbem. 1, S. 523.

4. DGP, Bd. 17, Nr. 5334.

Rußland die Schwierigkeiten in Afrika nicht zu feindlichen Akten gegen England benutzen werde“⁵.

Natürlich verzichtete die russische Diplomatie nicht darauf, ihren offensichtlichen Vorteil aus der derzeitigen Bindung Englands zu ziehen. Nach der Beobachtung Tschirschkys, des ersten Sekretärs bei der deutschen Botschaft in Petersburg, war Rußland darauf bedacht, „langsam und bedächtig den Zugang zum indischen Ozean“ zu erstreben, dabei schien es nicht den Weg durch Afghanistan oder Belutschistan im Auge zu haben, sondern durch Ostpersien. Ein Schritt auf diesem Wege war die im Januar 1900 der persischen Regierung gewährte Anleihe⁶. England hatte vorgeschlagen, gemeinsam mit Rußland und auf Grund einer Interessenbegrenzung im Süden und Norden Persien die Anleihe zu gewähren. Dieser Vorschlag wurde aber russischerseits abgelehnt. Als dann England in Südafrika verwickelt wurde, beeilte sich Rußland, allein mit Persien den Anleihevertrag abzuschließen. Auf ein Zusammengehen mit England legte Rußland also keinen Wert; dadurch wäre es gehindert worden, seinen Einfluß über ganz Persien stärken und entwickeln zu können⁷.

Als einen gefährlichen Konkurrenten in Persien sahen die Russen auch Deutschland an. Im Jahre 1899 hatte die persische Regierung die Absicht gehabt, sich um eine deutsche Anleihe zu bewerben. Aber wie der Großwesir den englischen Gesandten in Teheran, Durand, vertraulich wissen ließ, hatte er diesen Gedanken aufgeben müssen, „weil Rußland dies unter keinen Umständen gestattet hätte“⁸. Diese Furcht Rußlands vor dem deutschen Einfluß in Persien stellte auch der deutsche Gesandte in Teheran, v. Rex, fest. Er berichtete, daß ihm folgende Äußerung Nelidows, des ersten Sekretärs bei der russi-

5. DGP, Bd. 17, Nr. 5336; 27. 2. 1900.

6. Vgl. Schulthess' Europ. Geschichtskal. Jg. 1900, S. 268. Der Abschluß des russ.-pers. Anleihevertrages erfolgte Ende Jan. Die russ. Finanz überführte im Febr. größere Goldvorräte nach London, um die 1892 von Persien gemachte Anleihe zu decken. Hierdurch wurden die damals von Persien an die engl. Bank verpfändeten Zölle frei. Vgl. auch A. Hardinge, *A Diplomatist in the East*, S. 268 f.

7. DGP, Bd. 17, Nr. 5336.

8. DGP, Bd. 17, Nr. 5333.

schen Teheraner Gesandtschaft, zu Ohren gekommen sei: „augenblicklich sehen wir in ihnen, den Deutschen, die Hauptgefahr für uns in Persien — sie haben weitgehende Pläne auf kommerziellem Gebiet“⁸. Auch war der deutsche Bahnbau in Kleinasien „für das russische Selbstgefühl empfindlich“⁹. Kaiser Wilhelm fand das „unglaublich“: „Was geht Rußland Kleinasien an!“¹⁰ Tschirschky meinte, Rußland sehe wohl ein, nicht imstande zu sein, den deutschen Bahnbau hintertreiben zu können und suche nun dabei „möglichst viel für sich herauszuschlagen“. Zunächst versuchte die russische Regierung, aus Deutschland — durch Drohung mit einer russisch-englischen Verständigung im Sommer 1899 — eine schriftliche Erklärung bezüglich der Dardanellen herauszulocken¹¹. Jetzt, seit Februar 1900, bemühte sie sich, von der Türkei Gegenkonzessionen zu erlangen.

Seit dem Zustandekommen der russischen Anleihe an Persien steigerte sich der Einfluß Rußlands in Nordpersien außerordentlich. Auch der Süden des Landes wurde im Sommer 1900 von Russen viel bereist. Selbst im Persischen Golf zeigten russische Schiffe ihre Flaggen¹². Anfang 1901 schien ein Zusammenstoß Rußlands und Englands im Persischen Golf bevorzustehen, da sich, wie Frhr. v. Eckardstein aus London berichtete¹³, herausgestellt hatte, daß sich in dem russisch-persischen Anleihevertrag von 1900 ein geheimer Passus befand, des Inhalts, daß der persische Schah im Jahre 1901 die Küstenstädte Buschir und Bender-Abbas mit der persischen Kosakenbrigade, die von russischen Offizieren kommandiert wurde, besetzen sollte. Wie v. Eckardstein „von authentischer Seite... im strengsten Vertrauen“ erfahren haben wollte, hatte das Londoner Kabinett, als es von dem geheimen Passus Kenntnis erhielt, beschlossen, in dem Moment, wo das persische Kosakenkorps nach dem Süden aufbrechen würde, mittels der britischen Flotte die Häfen Buschir und Bender-Abbas in Besitz zu nehmen. Je mehr der englisch-russische Zusammenstoß in den Bereich der Wahr-

9. DGP, Bd. 17, Nr. 5336.

10. DGP, Bd. 17, Nr. 5336, Randbem. 2, S. 526.

11. Vgl. DGP, Bd. 18, Kap. CXIX.

12. DGP, Bd. 17, Nr. 5338.

13. DGP, Bd. 17, Nr. 5339 f.

scheinlichkeit trat, um so mehr versuchte man sich in London mit dem Gedanken vertraut zu machen, es möge gelingen, Deutschland mit in die Golf-Frage zu verwickeln. Für dieses Ansinnen war aber die deutsche Diplomatie nicht zu haben. „Nein! 3mal nein!“, schrieb Wilhelm II. an den Rand der Eckardsteinschen Meldung¹⁴. Die englischen Bemühungen um Deutschland traten offen zutage. Sir W. C. Warner, der Direktor der politischen Abteilung des Londoner „India Office“, bemerkte Eckardstein gegenüber, Deutschland habe in seinen Bestrebungen, sich in Kleinasien festzusetzen, die volle Sympathie Englands, und es könne gegebenenfalls auf Englands Unterstützung zur Erreichung seiner Ziele rechnen. Selbst was die Endstrecke der Bagdadbahn, die Euphratmündung, betreffe, würde sich eine englisch-deutsche Vereinbarung treffen lassen. Eckardstein aber erwiderte auf diese Sympathiekundgebung, Deutschland verfolge in Kleinasien keine politischen, sondern lediglich Handelsinteressen. Auch durch eine Äußerung Lord Salisburys vom Januar 1900 wird Englands Absicht beleuchtet, die deutsche Politik gegen Rußland einzuspannen. Er bemerkte dem österreichischen Botschafter in London gegenüber: „Wir sind durch die Erteilung der fraglichen Konzessionen (für die Bagdadbahn) an Deutschland in keiner Weise unangenehm berührt worden, im Gegenteil, dieselben können diesseits nur mit Freuden begrüßt werden, da Deutschland auf diese Weise in der Frage des Persischen Golfes sich unseren Interessen nähert“¹⁵. „Nein! Nicht im Geringsten“, lautete Wilhelms II. Bemerkung¹⁶. Deutschland hatte nicht die Absicht, sich in Verdrießlichkeiten mit Rußland zu stürzen, es wünschte vielmehr, den Russen in Persien freie Hand zu lassen.

Fürst Bülow beeilte sich, als Frhr. von Eckardstein über die englisch-russische Spannung in Persien berichtete, dem deutschen Kaiser gegenüber wiederum die Richtigkeit der bisherigen Haltung Deutschlands zu den beiden Mächten zu unterstreichen¹⁷:

14. DGP, Bd. 17, Nr. 5340, Randbem. 5, S. 530.

15. DGP, Bd. 17, Nr. 5212.

16. Dgl. Randbem. 10, S. 374.

17. DGP, Bd. 17, Nr. 5341.

„Die neutrale, abwartende und reservierte Haltung, welche Euere Majestät zwischen beiden Mächten einnehmen, erweist sich hierdurch wieder als die unseren Interessen allein entsprechende, da wir in Persien ebenso wenig wie in China irgendwelches Interesse daran haben, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen“ („Stimmt“, bemerkte dazu der Kaiser¹⁸). Und der Kanzler schließt mit dem optimistischen Satz: „Indem Eure Majestät unsere Selbständigkeit gegenüber England wie gegenüber Rußland mit derselben Festigkeit wahren, gleichzeitig aber unser Verhältnis zu England und zu Rußland in gleicher Weise pflegen, steigt unser Prestige gegenüber beiden Mächten“.

Es kann nicht überraschen, wenn es zu keinem russisch-englischen Zusammenstoß im Persischen Golf kam. Der süd-afrikanische Krieg war noch nicht beendet, und Deutschland beobachtete strikte Neutralität. So durfte es England gar nicht auf eine Gegenaktion ankommen lassen. Wahrscheinlich ist, daß es sofort nach Bekanntwerden des geheimen Passus' den Weg der diplomatischen Verständigung mit Rußland beschritt. Nämlich schon am 27. Januar 1901, nachdem erst drei Wochen seit der Eckardsteinschen Berichterstattung vergangen waren, meldete der deutsche Botschafter, v. Radolin, aus Petersburg, er habe aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß sich das Verhältnis zwischen der Londoner und Petersburger Regierung — die Beziehungen der beiden Höfe seien bekanntlich schon seit langem sehr intim gewesen — zukünftig enger gestalten werde. Sein Gewährsmann habe von bevorstehendem „rapprochement“ gesprochen sowie davon, daß bereits vorbereitende Besprechungen und eine Verständigung in dieser Richtung innerhalb der maßgebenden Kreise Petersburgs stattgefunden hätten.

Allerdings kam das vermeintliche „engere“ Verhältnis zwischen London und Petersburg noch nicht zustande. Aber in England mehrten sich fortan die Stimmen, die eine englisch-russische Verständigung als wünschenswert bezeichneten. In Verbindung damit stand der Ende 1901 in England eröffnete Pressefeldzug gegen Deutschland. In der „National Review“ und in der „Times“ erschienen Artikel über die auswärtige

18. Dgl. Randbem. 1, S. 531.

Politik Englands, in denen Deutschland als der wahre Feind und unmögliche Bundesgenosse Englands, die Einigung mit Rußland als das wahre Ziel der großbritannischen Politik hingestellt wurde. Die Verständigung sollte ermöglicht werden, indem England den Russen einen Handelszugang zum Persischen Golf gebe, ihnen helfe, persische Eisenbahnen zu bauen, ferner Rußland die Mandschurei überlasse und verspreche, Deutschland in Kleinasien (Bagdadbahn) nicht mehr zu unterstützen¹⁹. Als Folgen eines englisch-russischen Einverständnisses für die Weltpolitik erwartete man: Zusammenbruch des Dreibundes, Lahmlegung Deutschlands, Befreiung Italiens und Österreichs von dem deutschen Druck²⁰. Selbst englische Staatsmänner erklärten ein schiedlich-friedliches Abkommen mit Rußland als nicht unmöglich²¹. Der britische Gesandte in Teheran, Sir A. Hardinge, dachte sich die Ausführung — wie er dem deutschen Geschäftsträger in Teheran, von Kühlmann, gegenüber äußerte²² — ungefähr folgendermaßen: „Wir haben bisher immer von einer englischen Sphäre im Süden, von einer russischen im Norden gesprochen; dies wäre aufzugeben und Persien durch eine Linie von Nord nach Süd — etwa Buschir, Ispahan, Teheran — in eine östliche und westliche Hälfte zu zerlegen. Das östliche Stück müßte, möglichst unter Garantie der Mächte, neutralisiert werden, und ich glaube, Indien werde durch dieses verkleinerte Persien nicht schlechter geschützt als bisher. In dem wesentlichen Teile könnte man Rußland freie Hand lassen...“. Ob sich ein derartiges Abkommen mit Rußland praktisch verwirklichen lasse, sei vorläufig noch eine andere Frage. „Lord Salisbury war immer ein vorsichtiger Herr, und eine so schwere Maschine wie der britische Staatswagen kann nicht so schnell einschwenken wie die beweglichen Preßbataillone“. v. Kühlmann hielt diese Ausführungen A. Hardinges, „eines in England hochgeschätzten Diplomaten, nicht ohne symptomatischen Wert“. Am 6. Januar 1902 berichtete er, England habe bereits in bezug auf

19. DGP, Bd. 17, Nr. 5343.

20. DGP, Bd. 17, Nr. 5346.

21. DGP, Bd. 17, Nr. 5344, 5348.

22. DGP, Bd. 17, Nr. 5348.

eine Annäherung im Sinne der Preßkampagne in Petersburg sondiert, sei aber auf eine ablehnende Haltung gestoßen²³.

Allerdings gab es auch in Rußland schon Stimmen, die eine zentralasiatische Verständigung mit England befürworteten. Im „Westnik Finanssow“²⁴ erklärte der russische Finanzminister v. Witte, es gebe in Wirklichkeit überhaupt keine Interessen, die sich zwischen England und Rußland nicht abgrenzen ließen. Wenn beide Mächte in Zentralasien regelrechte Grenzbeziehungen (so in Afghanistan) anknüpfen würden, dann „wird sich rasch der Nebel der früheren Mißverständnisse und Befürchtungen lichten“ und das gegenseitige Mißtrauen beseitigt werden.

Das deutsche Auswärtige Amt hielt nicht für möglich, daß sich eine derartige Verständigung mit England erzielen lasse. „Herr v. Witte“, so heißt es in Rosens Aufzeichnung vom Januar 1902, „rechnet mit dieser plötzlichen Liebeserklärung augenscheinlich auf einen Grad von Naivität beim englischen Publikum, der doch wohl etwas zu hoch taxiert ist“. Unter den „easy chair politicians“ auf der Insel könnte es vielleicht einige geben, die für solche Lockungen empfänglich seien, aber alle diejenigen, die einen tieferen Einblick in die zentralasiatische Politik gewonnen hätten, würden sich nie auf derartige russische Pläne einlassen. Der Reichskanzler Bülow war derselben Ansicht. Er sprach Rosen für dessen „vorzügliche Aufzeichnung“ seine Anerkennung aus²⁵.

Am 12. April 1902 bestätigte der deutsche Botschafter in Petersburg, von Alvensleben, die Anschauung des deutschen Auswärtigen Amtes — in Berlin hörte man das natürlich gern — daß an eine englisch-russische Verständigung überhaupt nicht zu denken sei²⁶. Auf die Gegensätzlichkeit der englischen und russischen Politik in Ostasien werfe das englisch-japanische Abkommen ein grelles Licht. Und was das in die Welt gesetzte Theorem bezüglich einer Einigung in Zentralasien betreffe, so würde auch dies demnächst ad absurdum geführt werden,

23. DGP, Bd. 17, Nr. 5349.

24. DGP, Bd. 17, Nr. 5350.

25. DGP, Bd. 17, Nr. 5350, Randbem. Bülow's, S. 542.

26. DGP, Bd. 17, Nr. 5352.

denn es sprächen alle Anzeichen dafür, daß Rußland infolge der neu geschaffenen Sachlage seine zentralasiatischen Pläne energisch wieder aufnehmen werde. Die russische Presse mache keinen Hehl daraus, die persischen und afghanischen Angelegenheiten offen zu besprechen. In maßgebenden Kreisen sei eine außerordentliche Geringschätzung Englands festzustellen, und man spreche abfällig über die englische Armee. Rußland würde sich wahrscheinlich erst Persien zuwenden, da das jüngst (im Januar 1902) abgeschlossene englisch-persische Telegraphenabkommen²⁷ unangenehm berührt habe. Die Absicht bestehe, die in Persien geplanten Eisenbahn- und Straßenbauten nunmehr auszuführen, um dem russischen Handel und dem russischen Einfluß die Vorherrschaft in Persien zu sichern. Ob die russische Regierung auch eine Bahn nach dem Persischen Golf zu bauen beabsichtige, sei noch nicht bekannt. Aber die Presse muntere dazu auf, um mit diesen Bahnbauten der Fertigstellung der Bagdadbahn zuvorzukommen. Finanzielle Rücksichten, so hob Alvensleben hervor, könnten kein Hinderungsgrund mehr sein, denn die durch den glänzenden Erfolg der russisch-deutschen Anleihe²⁸ hervorgerufene Steigerung des russischen Staatskredits würde jederzeit dem russischen Finanzminister die notwendigen Mittel verschaffen.

Im Juli 1902 nahm Bülow mit großer Befriedigung von einer Nachricht des Grafen Metternich aus London Kenntnis, daß zwischen dem englischen und russischen Kabinett scharfe Noten betreffs Afghanistans ausgetauscht worden seien²⁹. Für diese „sehr beachtenswerte“ Meldung ließ der Kanzler seinem Botschafter sogar schriftlich danken³⁰. Solche Meldungen bestärkten Bülows Glauben an die Unüberbrückbarkeit der englisch-russischen Gegensätze und an die Richtigkeit seiner Politik der Zurückhaltung immer mehr. Auch aus dem Mißerfolg der Reise

27. Auf Grund des Abkommens wurde England das Recht eingeräumt, eine neue Telegraphenlinie über Jesd, Kerman und Bampur nach der Grenze von Belutschistan zu bauen.

28. Die im März 1902 in Rußland, Deutschland und Holland aufgelegte Anleihe war mehr als hundertfach überzeichnet worden.

29. DGP, Bd. 17, Nr. 5353, vgl. auch Nr. 5355.

30. DGP, Bd. 17, Nr. 5354.

des persischen Schahs im Frühjahr 1902 nach London³¹ und dem überaus herzlichen Empfang Muzaffer-Eddins beim russischen Zaren schloß man in Berlin, die Kluft zwischen London und Petersburg sei noch so weit, daß kein Grund zur Beunruhigung bestehe. „Und bei solcher Lage der Dinge“, bemerkte Wilhelm II., „gibt es immer noch in England Leute, die von einem Rapprochement mit Rußland reden!“³². Trotzdem legte der kaiserliche Herr keinen Wert darauf, die englisch-russische Spannung auszunutzen und mit dem persischen Schah besondere Freundschaftsbande anzuknüpfen. Als ihm im Dezember 1901 v. Tschirschky auf den Empfang des Schahs durch „Seine Majestät“ im Jahre 1902³³ hinwies, erwiderte Wilhelm: „Persien ist mir Hekuba. Mit Persien haben wir absolut nichts zu schaffen, und wenn England und Rußland sich wegen der zukünftigen Europa-Reise des Schahs dort in den Haaren liegen, so liegt für mich um so weniger Grund vor, mich da einzumischen“. Auf eine Bemerkung Tschirschkys bezüglich der künftigen Entwicklung des deutschen Handels mit Persien entgegnete der Kaiser, „die Freundschaft mit dem Sultan genüge ihm durchaus, und der deutsche Handel solle erst in Konstantinopel, in Hongkong und am Jangtse noch festeren Fuß fassen“³⁴.

Die britische Diplomatie hatte allerdings einen anderen Eindruck von der deutschen Politik in Persien. Wir lesen in A. Hardinges Erinnerungen³⁵: „The policy of Germany in Persia and elsewhere in the East, was to push German trade in every form, whilst endeavouring, as far as possible, to envenom the rivalry of Great Britain and of Russia throughout Asia . . . For the purposes of Germany, Persia was mainly a post of observation, in which Anglo — Russian animosities could be fostered for the benefit of the Fatherland: and, with this aim in view, German agents, and concession hunters now began to appear on the Persian Gulf and endeavoured to create new commercial

31. Vgl. DGP, Bd. 17. S. 537, Fußn. *, s. auch Nr. 5356.

32. DGP, Bd. 17, Nr. 5356, Randbem. S. 553.

33. Am 26. 5. 1902 wurde Muzaffer-Eddin vom Kaiser empfangen. Anschließend begab sich der Schah nach London.

34. DGP, Bd. 17, Nr. 5347.

35. A. Hardinge, a. a. O. S. 276.

interests and claims in various islands or ports situated on or near to its coasts".

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. v. Richthofen, hielt durchaus für möglich, daß sich, wenn Deutschland die englisch-russische Spannung in Mittelasien sich zunutze mache, die beiden Gegner — wenn auch nur vorübergehend — aussöhnen würden. Er gab daher am 23. 3. 1903, als der deutsche Botschafter in Konstantinopel von neuen englischen Treibeereien in der Türkei berichtete³⁶, v. Alvensleben in Petersburg folgende Orientierung³⁷: „Es liegt in unserem Interesse, uns diesen Reibungen zwischen England und Rußland fernzuhalten, um so mehr, als unser auch nur vermutetes Erscheinen auf dem Kampfplatze leicht die Folge haben kann, daß sich die beiden Gegner zeitweise vereinigen. Die Ew. bekannten Preßagenten in London arbeiten beständig auf eine solche Kombination hin, und ein erheblicher Teil des englischen Publikums ist urteilslos genug, um an die Möglichkeit eines dauernden Einvernehmens mit Rußland ohne die Notwendigkeit stets erneuter Konzessionen zu glauben“.

v. Richthofen unterstrich nochmal, daß Deutschland überhaupt keine politischen Absichten in jenen Gebieten verfolgen³⁸: „Was unser Interesse am Persischen Golf betrifft, so beschränkt sich dies einzig und allein auf die Sicherung einer Endstation für die Bagdadbahn. Als solche ist . . . Koweit in Aussicht genommen³⁹. Wir werden aber nicht, um dieses rein wirtschaftliche Ziel zu erreichen, die Last einer großen politischen Aktion auf uns nehmen, die uns als Mitbewerber um die politische Herrschaft in jenen Gegenden erscheinen ließe. Es wird sich daher empfehlen“, so wies er Alvensleben an, „daß Ew. kein besonderes Interesse für den russisch-englischen Gegensatz an den Tag legen und jede Äußerung vermeiden, welche dazu benutzt werden könnte, unsere Absichten zu entstellen“.

36. Vgl. DGP, Bd. 17, Fußn. *, S. 554.

37. DGP, Bd. 17, Nr. 5357.

38. DGP, Bd. 17, Nr. 5357.

39. Vgl. DGP, Bd. 17, Kap. CXIV, Abschn. B, S. 463 ff.

In Wirklichkeit hatte sich aber schon im Frühjahr 1903 in der britischen Regierung ein weitgehender Stimmungswechsel vollzogen, der sogar zu offiziellen Schritten bei der russischen Regierung geführt hatte, um sich mit ihr zu einigen. Dies geht aus einer Äußerung Viscount Cranbornes im englischen Unterhaus vom 9. März 1903 hervor⁴⁰: „It would, in the opinion of His Majesty's Government, be most desirable that there should be an amicable understanding between Great Britain and Russia in regard to their respective interests in Persia and elsewhere. Questions involving those interests have lately been under discussion between the two Governments.“ Der Premierminister Balfour hatte bei der Petersburger Regierung sondieren lassen, ob sie ein Abkommen auf folgender Grundlage abzuschließen bereit sei⁴¹: England schlage vor, um „eine reinliche Scheidung zwischen den englischen und russischen Interessen in Asien herbeizuführen“, eine Linie von Westen nach Osten festzusetzen, über die hinaus keine Macht vordringen dürfe. Beide Parteien sollten sich gegenseitig im Norden bzw. im Süden dieser Linie völlig freie Hand lassen. Als Verlauf der Grenze käme eine ziemlich gerade Linie vom Golf von Alexandrette nach dem Hindukusch und von dort nach der Mündung des Jangtsekiang in Frage. Sehr richtig und die Absicht Englands ahnend, bemerkte Kaiser Wilhelm hierzu: „aha! uns die Bagdadbahn fortnehmen und den Jangtse behalten“⁴². Aber an die Wahrscheinlichkeit einer englisch-russischen Verständigung glaubte er nicht. Den englischen Premierminister, der eine Verständigung für möglich hielt, bezeichnete er als „naiven jungen Mann“⁴³. Baron v. Holstein verwies auf Lord Curzons⁴⁴ chauvinistische Politik, die auf absehbare Zeit eine englisch-russische Annäherung unmöglich mache⁴⁵. Der deutsche Geschäftsträger in London, v. Bernstorff, meinte, es sei nicht recht einzusehen, „warum Rußland bei der großen Stärke seiner asiatischen Stellung sich

40. DGP, Bd. 17, Nr. 5359.

41. DGP, Bd. 17, Nr. 5361.

42. DGP, Bd. 17, Randbem. 3, S. 558.

43. DGP, Bd. 17, Randbem. 1.

44. Vizekönig u. Generalgouverneur v. Indien, 1898—1905.

45. DGP, Bd. 17, Nr. 5358.

von England hinter irgendeiner Grenzlinie sollte festlegen lassen“⁴⁶, wozu Kaiser Wilhelm bemerkte: „ganz richtig“⁴⁷.

Obgleich die englischen Vorschläge über die Abgrenzung von Interessensphären in Petersburg nur „laue Aufnahme“ fanden und die russische Antwort ausweichend lautete⁴⁸, ließ sich die britische Diplomatie in ihrem Ziel nicht beirren. Die Triebfeder der englischen Bemühungen blieb Arthur Hardinge. Nach Ansicht des Grafen v. Rex werde sein englischer Kollege in Teheran alles aufbieten, Persien selbst gegen Rußland rebellisch zu machen, um letzteres zu zwingen, in persischen Fragen Farbe zu bekennen. A. Hardinge plane augenscheinlich folgendes: Beseitigung des jetzigen russophilen Großwesirs, dann Eintritt großer Mißwirtschaft unter dem Nachfolger, was Rußland zum Eingreifen nötigen werde. Dann würde eine englische Gegenaktion unvermeidlich sein, worauf es notwendigerweise zu Verhandlungen und zu einer Verständigung über die persische Frage kommen müßte. v. Rex hielt durchaus für möglich, daß die Intrigen Hardinges und dessen Aufwiegelung der persischen Volksmeinung erfolgreich sein könnten⁴⁹. Tatsächlich schien A. Hardinges Mittel das richtige zu sein. Im September 1903 äußerte sich der russische Gesandte in Teheran dem Grafen v. Rex gegenüber: „Das einzige Mittel, Persien vor großen inneren Unruhen zu bewahren, ist eine Verständigung mit England“. Rex hatte den Eindruck, daß der russische Vertreter Weisung von Petersburg zwecks Verständigung erwartete.

Seit Ende 1903 mehrten sich die Meldungen, daß eine russisch-englische Verständigung nicht mehr außer dem Bereich der Möglichkeit lag. Frhr. v. Romberg, der deutsche Geschäftsträger in Petersburg, stellte fest, daß sich auch ein großer Teil russischer Zeitungen immer mehr zum Anwalt dieser Idee erhob und sie in Zusammenhang mit der englisch-französischen Annäherung besprach: Die Presse plädierte für einen neuen Dreibund zwischen Rußland, Frankreich und England und warne

46. DGP, Bd. 17, Nr. 5361.

47. DGP, Bd. 17, Nr. 5361, Randbem. 5, S. 558.

48. DGP, Bd. 17, Nr. 5360.

49. DGP, Bd. 17, Nr. 5359.

vor einem Zusammengehen mit Deutschland, das Rußlands und Englands gemeinsamer Gegner sei⁵⁰. Die englische Botschaft in Petersburg erhielt Anweisungen, die afghanischen Streitfragen nicht mehr zu berühren. Der Gewährsmann, von dem v. Romberg diese Nachricht hatte, führte den Befehl darauf zurück, daß man in London mit einem Umschlag der Stimmung in Rußland zugunsten Englands rechne. Ferner ersuchte das englische Nachrichtenbüro „Reuter“ die russische Telegraphenagentur, ihr keinerlei für England unfreundliche Äußerungen der russischen Presse mehr zu drahten⁵¹.

So gingen Hand in Hand mit dem Fortschreiten der englisch-französischen Verständigung die Bemühungen um bessere Beziehungen zwischen London und Petersburg.

Wie man in Berlin die Meldungen bewertete, daß man die Überbrückung der Gegensätze, namentlich der englisch-russischen in Zentralasien, für unwahrscheinlich, ja fast für unmöglich hielt, ist dargestellt worden und wird im folgenden noch näher behandelt werden.

Die türkische Politik am Persischen Golf.

Als der Persische Golf um die Wende des Jahrhunderts immer mehr zu internationaler Geltung gelangte, hielt auch die Türkei die Gelegenheit für gekommen, ihre Herrschaft über die Provinzen der arabischen Küsten-Scheichs, die formell unter türkischer Oberhoheit standen, zu festigen.

In erster Linie wandte sich der Sultan der Festigung seiner Oberhoheit über den Scheich von Koweit zu⁵², dessen Gebiet er als einen „integrierenden Bestandteil“ des Türkischen Reiches betrachtete⁵³. Er versuchte es zunächst auf friedlichem Wege zu erreichen, indem er dem Scheich einen türkischen Titel verlieh⁵². Der Scheich erwies sich aber als nicht zuverlässig. Im Januar 1899 schloß die englische Regierung mit ihm ein Geheimabkom-

50. DGP, Bd. 17, Nr. 5367.

51. DGP, Bd. 17, Nr. 5366.

52. BD, Bd. 4, Nr. 319, S. 588.

53. DGP, Bd. 17, Nr. 5278.

men⁵⁴, worin er sich verpflichtete, ohne britische Genehmigung kein Gebiet abzutreten und auch keinen fremden Vertreter zu empfangen. Als Gegenleistung versprach die britische Regierung ihre Hilfe und überließ dem Scheich eine Unterstützung von 15000 Rupien. Sollte etwa der Scheich von der Türkei irgendeinen Angriff zu erwarten haben, so war die indische Regierung ermächtigt, jeden derartigen Versuch mit Gewalt zu verhindern. Dies war also ein offensichtlicher Schachzug der britischen Regierung gegen die Türkei.

Das Jahr 1901 lenkte die Aufmerksamkeit der Mächte auf Streitigkeiten Koweits mit dem benachbarten Emir von Nedjd. Da die Türkei den Augenblick zur Einmischung für gekommen hielt, wandten sich der Scheich sowohl als auch der Emir an England, um die Errichtung einer britischen Schutzherrschaft zu erreichen. Lord Curzon erklärte sich für ein Protektorat über Koweit⁵⁵, Großbritannien aber lehnte es offiziell ab, da in Anbetracht des südafrikanischen Krieges „wahrscheinlich große Schwierigkeiten und Verlegenheiten“ für England daraus entstehen konnten. Als es jedoch schien, daß türkische Streitkräfte nach Koweit geschickt werden sollten, ließ die britische Regierung in Konstantinopel erklären, daß sie eine Überwältigung des Scheichs im gegebenen Fall mit Gewalt beantworten werde, und sie schickte einen Kreuzer nach Koweit. Vom Kommandanten eines türkischen Schiffes wurde berichtet, daß England Truppen lande und die Schutzherrschaft über Koweit proklamieren werde.

Die Türkei bat daraufhin die deutsche Regierung um freundschaftlichen Rat und um Unterstützung⁵⁶. Da auch für Deutschland die Koweit-Frage nicht bedeutungslos war — Koweit sollte den Endpunkt für die in Aussicht genommene Bagdadbahn bilden — protestierte die deutsche Regierung in London gegen das aggressive Vorgehen Englands in Koweit, indem sie erklärte, daß sie solch ein Verfahren als „unfreundlichen Akt“ gegen Deutschland ansehe⁵⁷. Der deutschen Regierung wurde daraufhin zwar

54. BD, Bd. 1,2, S. 537.

55. BD, Bd. 1,2, S. 537, Ministerium für Indien, 14. 6. 1901.

56. DGP, Bd. 17, Nr. 5298.

57. BD, Bd. 1,2, S. 537, An Sir F. Lascelles, 3. 9. 1901, vgl. auch DGP, Bd. 17, Nr. 5295/98.

erklärt, daß England keine Schutzherrschaft über Koweit zu errichten gedenke, auch wende man nichts gegen die Absicht ein, Koweit zum Endpunkt der Bagdadbahn zu machen, nur wünsche die britische Regierung eine vorherige Verständigung darüber, da England „gewisse Vereinbarungen“ mit dem Scheich hätte. Die Landung türkischer Truppen in Koweit ließ England aber durch ein Kriegsschiff verhindern⁵⁸. Der deutsche Botschafter erklärte in London, die deutsche Regierung vertrete die Ansicht, daß Koweit zum Ottomanischen Reiche gehöre. Deutschland riet aber der Türkei zugleich, — da das Vorgehen der Engländer noch andere Mächte zur Nachahmung reizen und zur Besitzergreifung von anderen, noch wertvolleren Gebieten der Türkei treiben könnte — sich entweder bald mit den Engländern oder mit den Franzosen, die schon türkische Inseln im Mittelmeer zu besetzen drohten, zu verständigen und den Koweit-Streitfall dem internationalen Schiedsgericht im Haag zu unterbreiten⁶⁰. Nunmehr erklärte England, es beabsichtige nicht, ein Protektorat über Koweit zu errichten, es müsse allerdings verlangen, daß von Seiten der Türkei der gegenwärtige status quo aufrecht erhalten werde und keine türkischen Truppen nach Koweit geschickt würden. Der Sultan versprach darauf die Beachtung des status quo und verzichtete auf militärische Unternehmungen⁶¹. Die Anrufung des Haager Schiedsgerichts erübrigte sich somit und Reichskanzler Bülow ließ in diesem Sinne bei der Türkei sondieren⁶². Damit war der türkisch-englische Koweit-Zwischenfall friedlich beigelegt und der Versuch der Türkei, Koweit ihrer Hoheit zu unterstellen, mißlungen. Das gegenseitige Mißtrauen war allerdings nur gefördert worden, und England mißtraute auch Deutschland, weil es annahm, die deutsche Regierung habe die Türkei in ihren Plänen „bestärkt“⁶³.

58. DGP, Bd. 17, Nr. 5298; BD, Bd. 1,2, S. 537.

59. BD, Bd. 1,2, S. 537; An Sir F. Lascelles, 16. 10. 1901.

60. DGP, Bd. 17, Nr. 5298 f.

61. DGP, Bd. 17, Nr. 5301.

62. DGP, Bd. 17, Nr. 5311 f.

63. BD, Bd. 1,2, S. 537.

*Englische und russische Politik in Persien und am
Persischen Golf.*

Die wachsende Interessennahme der europäischen Mächte an Persien und am Persischen Golf um die Jahrhundertwende veranlaßte den indischen Vizekönig Lord Curzon, im September 1899, einen eingehenden Bericht⁶⁴ nach London zu senden, um die dortige Regierung auf diese Entwicklung aufmerksam zu machen. Nachdem Curzon zunächst auf die Tätigkeit französischer Agenten, auf das steigende Interesse Deutschlands und der Türkei an Persien und am Persischen Golf hingewiesen hatte, widmete er eine besondere Ausführlichkeit der Darstellung der Machtentfaltung Rußlands in diesen Gebieten.

Das allmähliche Vordringen Rußlands nach Südpersien und dem Golf betrachtete Curzon mit großem Unbehagen. Die russische Macht war von dem Norden und Nordwesten Persiens her in stetem Näherrücken begriffen und begab sich in unmittelbare Nachbarschaft zum Indischen Reich. Diese Gefahr schien dem Lord immer bedrohlichere Formen anzunehmen. Deshalb machte er auf nicht mißzuverstehende Art seiner heimischen Regierung klar, daß England wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen müsse. Denn „Südpersien ist ein Gebiet“, stellte Curzon fest, das „Großbritannien mit gutem Recht als zu seiner Einflußsphäre gehörig betrachtet“, England hat auf den Süden des Landes „Vorzugsansprüche“. Wenn andere Nationen diesen Anspruch anzufechten sich anschicken, dann muß England einer solchen Entwicklung den entschiedenen Widerstand entgegensetzen⁶⁵.

Schon im zweiten Viertel und zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren zwischen Großbritannien und Rußland gewisse Versicherungen ausgetauscht worden, die die Integrität und Unabhängigkeit Persiens betrafen. Oftmals hatte man diese erneuert. Die

64. BD, Bd. 4, Nr. 319.

65. Curzons Beurteilung des Persischen Golfes geht aus der folgenden Äußerung hervor: „I should regard the concession of a port upon the Persian Golf to Russia by any Power as a deliberate insult to Great Britain, as a wanton rupture of the status quo and as an international provocation to war; and I should impeach the British Minister who was guilty of acquiescing in such a surrender as a traitor to his country“; Ronaldshay, „The Life of Lord Curzon“, Bd. 2, S. 308.

erste derartiger Zusicherungen war zwischen Lord Palmerston⁶⁶ und dem Grafen Nesselrode⁶⁷ zustande gekommen. Palmerston hatte sie in einem Erlaß vom 5. September 1834 so formuliert⁶⁸, daß „die Regierungen von Großbritannien und Rußland in bezug auf die Angelegenheit Persiens im gleichen Geiste handeln und in gleicher Weise von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sind, nicht nur die innere Ruhe, sondern auch die Unabhängigkeit und Integrität Persiens aufrechtzuerhalten“.

Am 20. Oktober 1838 wiederholte Graf Nesselrode im Namen seiner Regierung diese Versicherungen.

Einem Erlaß Lord Granvilles⁶⁹ vom 10. Juli 1873 ist zu entnehmen, daß v. Brunnow, der russische Botschafter in London, sich mit Befriedigung auf das Fortbestehen der gegenseitigen englisch-russischen Zusicherungen bezog.

Und Lord Salisbury erfuhr am 12. März 1888 von Herrn v. Giers, daß die russische Regierung kein Bedenken trage, „es erneut zu verzeichnen, daß ihre Anschauungen in diesem Punkte keinerlei Änderung“ erfahren hätten⁷⁰.

Dementsprechend teilte Sir H. Wolff, der britische Vertreter in Teheran, dem Schah von Persien mit, daß Großbritannien und Rußland erneut zugesichert hätten, die Unabhängigkeit und Integrität Persiens zu achten und zu fördern⁷⁰.

Da Rußland sich aber nur wenig um diese oben genannten gegenseitigen Versprechungen und Zusicherungen kümmerte und 1899 sogar Gerüchte über Abtretung eines Hafens am Persischen Golf an Rußland im Umlauf waren, wandte Lord Salisbury sich mit einer Drohung an die persische Regierung, indem er erklärte⁷¹, daß „Ihrer Majestät Regierung es als ihre Pflicht erachte, die Ankündigung zu wiederholen, daß es mit den Interessen des britischen Reiches nicht vereinbar wäre, wenn irgendeine europäische Macht eine Kontrolle oder Gerichtsbarkeit über die Häfen des Persischen Golfes ausüben würde“.

66. Brit. Staatssekr. d. A. 1830/34.

67. Russ. Außenmin. 1816/56, Reichskanzler 1844/56.

68. BD, Bd. 4, S. 590.

69. Brit. Staatssekr. d. A. 1870/74.

70. BD, Bd. 4, S. 590.

71. BD, Bd. 4, Nr. 319, S. 590.

Lord Curzon brachte nun diejenigen Mittel in Vorschlag, die seiner Ansicht nach geeignet sein könnten, das Vordringen des russischen Einflusses in Persien wirksam aufzuhalten. Zunächst wurde als möglich betrachtet, daß man unter englisch-russischer Zusammenarbeit Persien neu organisiere und wieder aufrichte, damit das Land selbst in der Lage war, Rußlands Einfluß einzuschränken.

Doch diese Curzon-Politik, „vermöge vereinter Philantropie“ die persische Regierung, seine Verwaltung und Finanzen zu reorganisieren und die erforderlichen Mittel vorzustrecken, hatte bereits Sir M. Durand⁷² in seinem Septembememorandum von 1895 erörtert und verworfen⁷³: Rußland wird keine ehrliche, mit England gemeinsame Politik in persischen Dingen treiben, vielmehr England zu hintergehen versuchen und es beim Schah denunzieren. Das waren seine Bedenken gewesen. In einem Bericht vom 12. Februar 1899 hieß es⁷⁴, „daß wir nicht hoffen können, uns mit Rußland zu verständigen und es zu überreden, sich uns einer Politik der Reform und Entwicklung anzuschließen“.

Auch der Vizekönig von Indien lehnte schließlich diese Politik des freundschaftlichen Zusammenwirkens mit Rußland zur Wiederaufrichtung Persiens ab. Er kam zu der Überzeugung, daß Rußland auf die britischen Vorschläge nicht eingehen würde, da es kein Interesse an der Stärkung Persiens habe, sondern sich nur von einem Verfall des persischen Reiches Vorteile verspreche. Denn alle russischen Bestrebungen liefen auf das Ziel hinaus, eines Tages Persien infolge innerer Kraftlosigkeit in seine Hände fallen zu sehen⁷⁵. Als Beispiel führte er das russisch-

72. Brit. Gesandter in Persien u. Generalkonsul in Teheran 1894/1900.

73. BD, Bd. 4, Nr. 321.

74. BD, Bd. 4, Nr. 319 u. 321.

75. Vgl. Murawiew, Berl. Monatsh. 1928, S. 650 ff. Wie die Denkschr. Murawiews zu erkennen gibt, beschäftigte Rußland sich 1900 ernstlich mit der Frage, „ob wir nicht unter Ausnützung des günstigen Zeitpunktes (süd-afrikanischer Krieg) ... unaufschiebbare Maßnahmen treffen müssen“. Als möglich wurden betrachtet:

1. Besetzung eines Hafens am Pers. Golf, oder
2. eine formelle Erklärung, daß Rußland die Verletzung der Integrität des pers. Territoriums nicht zulassen werde, oder

persische Abkommen von 1889/90 über Eisenbahnkonzessionen an. Die persische Regierung verpflichtete sich darin, auf die Dauer von zehn Jahren keine Eisenbahnkonzession an irgendeine andere Macht als Rußland — außer mit deren Einwilligung — zu vergeben. Einer wirksamen Entwicklung des Landes war

3. eine beliebige Verständigung mit England über die Abgrenzung von Interessensphären in Persien.

Der Punkt 1 wurde aufgegeben, weil nach allgem. Erwägungen die Verteidigung eines besetzten Hafens als nicht völlig gesichert erschien. Der Punkt 2 konnte zu gefährliche Folgen haben und würde eine endgültige Lösung auch nicht herbeiführen, obwohl man bedachte, daß England „gerade zurzeit mit seinen Kräften und seiner Aufmerksamkeit ganz in Afrika engagiert“ war. Was schließlich den dritten Punkt, die Teilung von Einflußsphären zwischen England u. Rußland betraf, so lag der Ablehnung folg. Erwägung zugrunde: ... „abgesehen davon, daß ein solches, den Traditionen der russischen Politik widersprechende Abkommen mit England uns (Rußland) in Teheran sehr übel ausgelegt werden könnte, würde die Teilung von Einflußsphären uns praktisch nicht den geringsten Nutzen bringen. Denn tatsächlich: die in dem gegebenen Falle einzig mögliche Grenze würde natürlich eine geographische sein, so daß Nordpersien zur russischen Sphäre, Südpersien zur englischen gehören müßte; aber wie oben gesagt, befindet sich Nordpersien bereits ganz in der Hand Rußlands und ist für Ausländer vollkommen unzugänglich; wenn wir Englands Recht im Süden, wo sein Einfluß noch keineswegs endgültig gefestigt ist, allein zu schalten, offiziell anerkennen, so setzen wir freiwillig unserem in Zukunft durchaus möglichen Vordringen über die nordpersischen Provinzen hinaus eine Schranke“.

Darum hielt die russ. Regierung die folg. Haltung für die vorteilhafteste, nach der sie sich in den nächsten Jahren auch richtete: „Es scheint demnach, daß das beste und sicherste, wenn auch langsame Mittel in Persien England gegenüber eine möglichst weitgehende Unterstützung der russischen Handels- und Industrieunternehmen ist; ferner kommen in Betracht: der Bau von Straßen zu den uns am nächsten liegenden pers. Märkten, Entwicklung der Schifffahrt auf dem Kaspisee, Ausbau des Hafens von Enseli und Verbesserung der Post- und Telegraphenverbindungen.“

„Die in diesen Tagen in Rußland abgeschlossene pers. Anleihe, die durch den größten Teil der Zolleinnahmen gesichert ist, wird ohne Frage für uns zu einer starken Waffe für die Entwicklung unserer wirtschaftl. Position u. die Stärkung der politischen Vergötterung Rußlands in Persien werden.“

So kam die Murawiewsche Denkschr. zu der Schlußfolgerung: „Die augenblickliche politische Lage enthält für die Kaiserliche Regierung keine Notwendigkeit, irgendwelche unaufschiebbaren, außerordentlichen Maßnah-

somit eine merkliche Schranke gesetzt. In den Jahren 1899/1900 wurde das Abkommen sogar auf weitere zehn Jahre ausgedehnt⁷⁶.

In dem erwähnten Memorandum vom September 1895 hatte der britische Gesandte Durand noch eine andere Politik empfohlen⁷⁶: Die englische Regierung solle an Rußland eine Erklärung des Inhalts ergehen lassen, daß jeder russische Übergriff auf Persien eine entsprechende englische Gegenmaßnahme zur Folge haben würde. Im Februar-Bericht hatte er auch anheimgestellt, man solle diese Erklärung ebenfalls der persischen Regierung unterbreiten, damit beide Parteien wüßten, wie England auf jede russische Anmaßung antworten werde. Die englische Regierung hatte jedoch diese Politik auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, und zwar aus dem Grunde, daß England sonst möglicherweise zu unwillkommener Zeit zum Eingreifen verpflichtet sein könnte, was die „britischen Verantwortlichkeiten“ für Persien erhöhen würde. Hier war also schon angedeutet, daß England durchaus nicht gewillt war, etwa dem Schah zuliebe dessen Rechte und die Erhaltung seines Besitzstandes auf Gedeih und Verderb zu garantieren. Auch die Behandlung der persischen Frage ließ sich nur von der Reichspolitik leiten. Das hieß demnach: wenn die Notwendigkeit des Empire es erforderlich macht, kann die bisher eingehaltene Politik der Integrität und Unabhängigkeit Persiens aufgegeben werden. Später hat die englische Politik diesen Weg beschritten.

Da Curzon eingesehen hatte, daß eine gemeinsame Beschirmung und Beeinflussung Persiens seitens Englands und Rußlands nicht möglich sei, befürwortete er eine dritte Art von Politik: Sie sollte in einer Aufteilung Persiens in britische und russische Interessensphären und in der Übernahme „getrennter Schutzherrschaften“ bestehen. In den fest umrissenen Interessensbereichen könnten dann die beiden Mächte die Entwicklung Persiens beeinflussen. Als Grenze der beiden Einflußgebiete

men zu treffen, sei es durch ein Abkommen, irgendeine Flottenstation zu erwerben, sei es auf kriegerischem Wege, sich in den Besitz eines Gebiets-teils oder eines strategischen Stützpunktes zu setzen.“ Sie glaubte eben auf dem friedlichen Wege einer „*pénétration pacifique*“ mehr für das „fortschreitende Gedeihen“ Rußlands erreichen zu können.

76. BD, Bd. 4, Nr. 319, S. 592.

war die Linie Chanikin (an der türkischen Grenze) Kermanschah Hamadan Ispahan Jesd Kerman Seistan gedacht, nördlich derer der russische, südlich derer der britische Einfluß vorherrschen sollte. Jede Partei hätte sich zu verpflichten, in der der anderen zugeteilten Zone weder für sich noch für andere irgendeine Konzession, sei es auf industriellem oder wirtschaftlichem Gebiet, anzustreben.

Einer solchen Verständigung maß Curzon einen großen Wert bei. Er argumentierte, daß, wenn die russischen Pläne und Absichten auf Südpersien mit dem Abkommen auch nicht vollständig beseitigt seien, so würde doch den Russen der Versuch sehr erschwert werden, ihren territorialen und politischen Bestrebungen im Süden des Landes einen Erfolg zu verschaffen.

Diesen Vorteilen gegenüber erwog Curzon auch die sich aus einem solchen Abkommen ergebenden Gefahren und Nachteile. Eine ernstliche Gefahr war seiner Ansicht nach die, daß Teheran als Hauptstadt Persiens in der nördlichen, unter russischem Einfluß stehenden, Zone liegen würde. Eine Bahn, die Rußland nach Teheran und den beiden anderen großen Städten — Tabris und Meschhed — bauen und diese mit dem russischen Eisenbahnnetz verbinden würde, könnte den russischen Machtdruck überwältigend anwachsen lassen. Der Vizekönig war allerdings der Meinung, daß die sich aus einem Abkommen für die britische Politik ergebenden Vorteile die Nachteile überwogen.

Somit sprach der indische Generalgouverneur die warme Empfehlung aus: Wenn England das Fortschreiten der Russen in Persien nach der indischen Front und dem Persischen Golf aufhalten will, dann muß es sich mit Rußland verständigen, derart, daß man Persien in Interessenzonen aufteilt.

Nach langem Hinauszögern erteilte die britische Regierung — am 6. Juli 1900 — durch den damaligen Staatssekretär für Indien, George Hamilton⁷⁷, auf die Curzon-Depesche eine Antwort, und zwar lehnte sie die darin empfohlenen Anregungen ab⁷⁸.

Die Regierung stellte wohl ebenfalls fest, daß die allgemeine persische Lage in letzter Zeit eine wesentliche Änderung er-

77. 1895/1903.

78. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 320.

fahren habe, besonders in Hinsicht auf die fremden Mächte, deren eigene Interessen in Persien und am Golf sich in den verfloßenen Jahren bedeutend ausgedehnt hätten. Hamilton gab aber zu bedenken, daß man bei allen Maßnahmen, die zur Abwendung der Indien bedrohenden Gefahren angeregt würden, den Widerstand der beteiligten Mächte in Betracht zu ziehen habe.

Die Ablehnung der Curzonschen Anregungen seitens der englischen Regierung war durch den Burenkrieg bedingt, der seit einem Jahre England in Südafrika in Anspruch nahm. In dieser Lage konnte das Inselreich sich nicht mit Problemen in Mittelasien beschäftigen, also Maßnahmen erörtern, die ein Vordringen der fremden Mächte in Persien, in erster Linie Rußlands, behindern sollten. Lord Salisbury dachte in kritischen Augenblicken des Burenkrieges, als die Möglichkeit einer Intervention seitens der europäischen Großmächte drohte, vielleicht sogar daran, Rußland Zugeständnisse in Persien zu machen, um dadurch die drohende Koalition zu unterbinden. Jedenfalls war der deutsche Geschäftsträger in London, Frhr. v. Eckardstein, von einer Bereitwilligkeit Salisburys fest überzeugt⁷⁹. Als Eckardstein im Januar 1900 Lord Salisbury gegenüber bemerkte⁸⁰, England werde ein russisches Vorgehen in Persien wohl kaum zulassen können, erwiderte dieser: „Wenn es sich russischerseits nur um Nordpersien handelte, so ließe sich unter Umständen ein friedliches Arrangement, bzw. eine Abgrenzung erzielen, England wird jedoch niemals zugeben können, daß Südpersien sowie der Persische Golf unter ausschließlich russischer Kontrolle kommen“. Demnach war wohl anzunehmen, daß Salisbury im Falle einer russischen Aktion in Persien einen Teilungsvorschlag machen würde, wenn auch nur unter der Voraussetzung, daß Rußland vor Beendigung des südafrikanischen Krieges vorging. Auch was die russisch-persische Anleihe⁸¹ betraf, meinte Lord Salisbury: „Niemand könne es einem anderen verwehren, wenn er einem Dritten Geld leihen wolle“.

79. DGP, Bd. 17, Nr. 5190.

80. Vgl. Bericht v. 22. 1. 1900, DGP, Bd. 17, Nr. 5212 u. 5335.

81. Vgl. Anm. 6 oben S. 13.

So kam es England zurzeit darauf an, nicht überstürzt zu handeln, sondern, indem man wartete, kein Aufsehen zu erregen. Auf die Dauer sich mit dieser Politik der Zurückhaltung und des Zuschauens am Persischen Golf begnügen zu wollen, daran dachte die britische Regierung nicht. Hamilton gab in seinem Antwortschreiben an Curzon ja bereitwillig zu, daß „— während Ihrer Majestät Regierung im Augenblick nicht⁸² von ihrer bisherigen Aktionslinie abzuweichen gedenkt — die dortigen Verhältnisse sich so ändern können, daß sie eine Änderung im Verfahren und in den Maßnahmen erfordern, die zum Schutz der indischen Interessen in Persien notwendig sind“⁸³.

Daß „unser Einfluß in Nordpersien bereits dem Drucke Rußlands gewichen ist, das diesen Teil Persiens annektieren könnte, ohne daß wir wirksam Widerstand zu leisten vermöchten“, stellte auch Hamilton als bittere Tatsache fest. Aber gerade darum wollte die englische Regierung über die Zwecke und Ziele seiner früheren Politik sorgsam wachen, damit es „unter den veränderlichen Verhältnissen⁸² der Zukunft jene Interessen und Einflußsphären in Persien, die für Indien lebenswichtig sind, wirksam schützen“ konnte⁸⁴.

Auf den Vorschlag Curzons über die freundschaftliche Verständigung mit Rußland zur Aufteilung Persiens in Einflußzonen eingehend, bemerkte Hamilton: „Zugunsten einer solchen Verständigung ließe sich viel sagen“, allerdings nur für den Fall, „wenn sie getroffen und aufrecht erhalten werden könnte“. Sein Bedenken war demnach der Zweifel an der Bereitwilligkeit, daß Rußland tatsächlich auf ein derartiges Anerbieten eingehen würde. Was er aber befürchtete, war, daß ein solcher Antrag an Rußland möglicherweise beim Schah den Gedanken erwecken könnte, „daß die Aufteilung seiner Gebiete zwischen Großbritannien und Rußland das unmittelbare Ziel der gegenwärtigen Politik Großbritanniens sei“.

Aber warum tat denn die englische Regierung so besorgt, daß der Schah einen derartigen Eindruck von England gewinnen

82. Im Original nicht gesperrt gedruckt.

83. BD, Bd. 4, Nr. 320, S. 601.

84. BD, Bd. 4, Nr. 320, S. 600.

könnte? Noch am 20. März 1899 war der britische Geschäftsträger in Teheran beauftragt worden, Persien „an das von der persischen Regierung am 23. Oktober 1897 schriftlich gegebene Versprechen“ zu erinnern, „daß die Zölle Südpersiens nie unter fremde Oberaufsicht und Kontrolle gestellt werden sollen“, und daß „Ihrer Majestät Regierung die persische Regierung zur strikten Beachtung dieser Verpflichtung anhalten müsse“⁸⁵? Und am 14. April 1899 hatte Lord Salisbury diese Mahnung nochmal wiederholt⁸⁶? Die Begründung der Rücksichtnahme der englischen Regierung ist mit obigen Ermahnungen selbst gegeben. Denn Persien würde kein Interesse mehr daran haben, sie zu beachten, wenn es wußte, daß England sich mit der Absicht einer Aufteilung Persiens befaßte. Es war sogar möglich, daß in diesem Fall Persien sich an fremde Mächte wenden würde. Und außerdem kam es in dem Augenblick, da England in die südafrikanischen Kämpfe verwickelt wurde, gerade darauf an, das Vertrauen der Perser zu besitzen und nicht aufs Spiel zu setzen.

Lord Curzon war über die unumwundene Ablehnung seiner Anregungen äußerst enttäuscht. Seinem Zorn folgte eine tiefe Niedergeschlagenheit, daß man sich über seinen Bericht mit einem „so hohen Grad von Teilnahmslosigkeit“ hinweggesetzt hatte. Er schalt die Regierung wegen ihres Unverstandes und ihrer Unempfindlichkeit in Anbetracht der Wichtigkeit und Bedeutung des Gegenstandes. So bestätigte er kurz und knapp am 25. Juli 1900 George Hamilton: „Your Persian Despatch has reached us and as you will have expected, it wins no particular approbation from me“⁸⁷.

Lord Curzon of Kedleston war vor seiner Berufung als Vizekönig und Generalgouverneur von Indien im Jahre 1898 Parlamentsunterstaatssekretär des Auswärtigen gewesen (1895/98). Schon in dieser Eigenschaft hatte er sich zum Spezialisten für Persien und persische Fragen entwickelt, und zwar in weit höherem Maße als irgendein anderer britischer Staatsmann⁸⁸. Als

85. BD, Bd. 4, Nr. 320, S. 601.

86. siehe oben S. 28 und BD, Bd. 4, Nr. 320, S. 600 f.

87. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 306.

88. Vgl. Newton, „Lord Lansdowne“, S. 232.

er seine Regierung in Indien antrat, schenkte er darum gerade diesen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit und betrachtete und beurteilte von hier aus die ganze britische Politik. Dadurch kam er bei der amtlichen Regierung in London in den Ruf der Einseitigkeit, und Salisbury meinte, Persien habe ihn „politisch trunken“ gemacht (political inebriety)⁸⁹. So konnte Curzon auch von seinem Standpunkt aus die Erregung Englands über Transvaal nicht verstehen: Es sei besser, wenn sich die Minister für eine aktivere Politik in Persien entschließen würden. Überzeugt schrieb er am 3. Mai 1899 an den Staatssekretär⁹⁰: „Kruger is a mere speck of froth (Schaumspritzer) on the surface of the ocean and will disappear; and the ultimate absorption of this country into the British system is certain. If only I could transfer a little of the misplaced anxiety about the Transvaal to Persia and the Persian Gulf, and could get people at home to see that every month, and still more every year, spent in doing nothing now is aggravating a danger that will shortly be at our doors, I should be glad“.

Sein Urteil über die britische Politik in Persien während des 19. Jahrhunderts faßte Curzon kurz in dem Satz zusammen⁹¹: „English policy towards Persia throughout this century has been a page of history which makes one alternatively laugh with derision and groan with despair“.

89. Newton, a. a. O. S. 230. ——— vgl. das Urteil Fr. Rosens üb. Curzon in Berl. Monatsh. 1934, S. 854: Curzon war nicht ein wirklich bedeutender Staatsmann. Wohl überragte er seine Landsleute an Ausdehnung u. Gründlichkeit d. Kenntnisse, bes. mit Bezug auf sein eigentl. Gebiet, den Orient; aber ihm mangelte doch die Höhe d. Weltanschauung u. die Festigkeit d. Charakters, die dem Wesen des wahren Staatsmannes zugrunde liegen muß. Auch war er nicht im eigentl. Sinne des Wortes ein Vertreter d. engl. Aristokratie, der als solcher auf ein höheres Maß von Achtung bei seinen Landsleuten hätte rechnen können. Zu beiden fehlte ihm etwas... (— Curzon hat eine Anzahl Schriften verfaßt, die sich eingehend mit polit. Fragen des Vorderen und Mittleren Asien befassen u. viel beachtet wurden. Das bedeutendste Buch ist sein zweibänd. Werk „Persia“, das er als das „Standard work“ über jenes Land bezeichnet hat. Vgl. Fr. Rosen, *Oriental Memories*, S. 128 f.).

90. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 67 f.; vgl. auch Newton, a. a. O. S. 230.

91. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 305.

Wenn der Vizekönig auch in London nicht das gewünschte Gehör fand, besonders nicht während des südafrikanischen Krieges, so hat er doch von Indien aus, soweit es in seiner Macht stand, alles getan, um die britischen Vorrechte in Südpersien und am Persischen Golf erfolgreich gegen den wachsenden Ehrgeiz anderer Mächte zu verteidigen. Ihm war es zu verdanken, daß der Versuch Frankreichs während des Burenkrieges, eine Flottenstation an der Küste von Oman einzurichten, mißglückte⁹². Sein Verdienst war es auch, daß die russische Konzession für den Bau einer Eisenbahn nach Koweit durch eine Übereinkunft Lord Curzons mit dem Scheich von Koweit wieder zunichte wurde. Alle möglichen Kräfte aber wollte Curzon aufbieten, wenn Rußland seine Absichten auf Seistan, die östlichste Provinz Persiens an der indischen Grenze, nicht aufgeben oder sogar eine Bahnlinie nach dort ankündigen würde. Lord Percy gegenüber, dem Parlamentsunterstaatssekretär des Auswärtigen, äußerte er⁹³: „If Russia announced a line to Sistan, I would myself at once threaten the Shah with an occupation of Sistan; and I would undertake to have my men there before Russia could get theirs“.

Daß Curzons alarmierende Depeschen nach London sehr wohl begründet waren, mag aus folgenden Einzelheiten noch hervorgehen⁹⁴:

Als die Russen ihre Pläne in Koweit aufgeben mußten, bekundeten sie ein fieberhaftes Interesse für Mittel- und Ostpersien und die südlichen Häfen des Persischen Golfes. 1900 versuchten sie, in Bender-Abbas eine Kohlenstation zu errichten. Im Golf erschien ein Kanonenboot, kreuzte in den Gewässern und fuhr bis Basrah hinauf. 1901 folgten einige russische Kreuzer, begleitet von einem französischen Kriegsschiff, um in gemeinsamer Demonstration ihre gleichen Interessen in den persischen Gewässern durch Besuch der bedeutenden Häfen Maskat, Buschir, Lingah und Bender-Abbas zu bekunden. Von der russischen Regierung wurde eine „Gesellschaft für Dampf-

92. Desgl. S. 309.

93. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 309.

94. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 309 ff.

schifffahrt und Handel“ begründet, durch Persien wurden Forschungsexpeditionen geschickt. In der russischen Presse erschienen fortlaufende Artikel, die sich mit dem Bau einer Eisenbahn von Ispahan nach vier Städten am Persischen Golf — Mo-hammerah, Buschir, Bender-Abbas und Tschahbar — befaßten.

Nachdem der südafrikanische Krieg beendet war, hatte England seine Handlungsfreiheit wiedergewonnen. Es war somit in der Lage, sein Augenmerk auf die Entwicklung der Dinge in Persien zu lenken und sich ernstlicher mit den Vorschlägen Lord Curzons zu befassen. Sorge bereitete den Engländern allerdings die Haltung des Schahs Muzaffer-Eddin, der mehr nach Rußland als nach England neigte. Aber die britische Regierung versuchte nochmals, den Schah für sich zu gewinnen und mit seiner Hilfe das Vordringen des russischen Einflusses einzuschränken. Curzon empfahl⁹⁵, man solle dem Schah klar und bestimmt unterbreiten, was England von ihm verlange. London aber glaubte, durch Höflichkeit und Ehrungen — so durch Verleihung des Hosenbandordens an Muzaffer-Eddin⁹⁶ — den Schah zu einer Befolgung der englischen Wünsche anhalten zu können. Die englische Regierung sollte allzubald enttäuscht werden. Denn kurz nachdem der Schah mit der Verleihung des Ordens beehrt worden war, ratifizierte er einen russisch-persischen Handelsvertrag, dessen Zolllarif den britischen Handel zugunsten des russischen stark benachteiligte⁹⁷.

Es war unter diesen Umständen nicht verwunderlich, wenn sich allmählich im Schoße der britischen Politik ein Stimmungswechsel vorbereitete, aber zu einem aktiven Eingreifen in Persien, wie Curzon es erwartet hatte, konnte sich die englische Regierung noch nicht entschließen. Lord Curzon war manchmal darüber so erbittert, daß er einen russischen Vormarsch im nördlichen Iran und in Nordpersien herbeizuwünschen geneigt war, um dann endlich England zu einem Einschreiten in Südpersien zu zwingen⁹⁷.

95. Desgl. S. 306.

96. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 307.

97. Desgl.; am 10. 8. 1902 schrieb Curzon: „I am not particularly frightened of the disruption in Persia. The degree of speed with which Russia will absorb the northern part depends far more upon her preparedness

Es war, wie schon gesagt, verständlich, daß ob solcher Enttäuschungen, die der Schah den Engländern bereitete, sich in London eine Meinungsänderung über Persien vollzog. Die folgenden Worte George Hamiltons ließen schon darauf hindeuten⁹⁸: „In Persia we have tried cajolery and rewards; the Shah accepts the Garter (Hosenbandorden) and then approves finally of the new Tariff without referring it to us for examination, and then, contrary to Treaty limitations, he gives permission to a Russian representative to accompany the Persian Mission“ (nach Seistan).

Die englische Regierung mußte sich nun über ein anderes Verfahren schlüssig werden, wenn sie ihre Interessen in Persien schützen wollte. Und hier lag der Gedanke einer freundschaftlichen Verständigung mit Rußland nahe.

Der Regierungswechsel in England 1900/1901.

Im November des Jahres 1900 trat in der englischen Regierung ein Wechsel ein: dem bisherigen Leiter des Foreign Office, Lord Salisbury, folgte auf diesem Posten ein Vertreter der jüngeren Generation, Lord Lansdowne. Und im Jahre 1901 bestieg als Nachfolger der im Januar verstorbenen Königin Victoria der Prinz von Wales als König Eduard VII. den englischen Thron.

Dieser Regierungswechsel schien zunächst noch keine erhebliche Bedeutung hinsichtlich einer politischen Kursänderung zu haben.

Lord Lansdowne bewies dem Scheine nach eine größere Verantwortungsbereitschaft für eine aktivere Politik in Persien als sein Amtsvorgänger. Indem er am 6. Januar 1902 dem britischen Vertreter in Persien, Sir A. Hardinge, die alte britisch-persische Politik wiederholte, wies er darauf hin, „daß Großbritannien in den Erwerb einer militärischen oder maritimen

than upon our provocation; and I have often thought that it would not be a bad price to pay for anything that would goad us into a policy in the south“. „...let us bar the whole of the south or let us give up the game“, Brief Curzons an Percy, 5.3.1903 (Ronaldshay, a.a.O. Bd. 2, S. 307 f.).

98. Brief v. 6.1.1903, Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 307.

Station am Persischen Golf seitens Rußlands nicht einwilligen könnte Sollte die persische Regierung Rußland je ein solches Zugeständnis machen, so müßte Seiner Majestät Regierung im Persischen Golf diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie zum Schutze der britischen Interessen etwa notwendig erachten würde⁹⁹. Mit einer scharfen Adresse an die persische Regierung sich wendend, heißt es am Schluß des Erlasses: „Sollte andererseits die persische Regierung trotz unserer Verwarnungen es vorziehen, das Anwachsen des russischen politischen Einflusses in diesen Gebieten und sein Eindringen dort in irgendwelchen Formen . . . zu fördern, so würde Seiner Majestät Regierung ihre Politik notwendigerweise neu¹⁰⁰ erwägen müssen, und sie würde sich für berechtigt halten, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die ihr zum Schutz der so gefährdeten Interessen etwa am geeignetsten erscheinen würden, selbst wenn es bei der Anwendung dieser Maßnahmen nicht länger möglich sein könnte, die Integrität und Unabhängigkeit Persiens wie bisher zu ihrem Hauptziel zu machen“^{100, 101}.

Dem Originalentwurf dieses Erlasses war noch ein Absatz angefügt, den der Text des Erlasses an A. Hardinge sowie das Memorandum nicht enthielten. In diesem fehlenden Absatz empfahl Lansdowne dem Gesandten, bei allen Gesprächen über dieses Thema „darauf bedacht zu sein, diese Anschauungen in der freundlichsten und persönlichsten Sprache darzulegen und alles zu vermeiden, was den Anschein einer Drohung haben oder den Gedanken erwecken könnte, daß wir gegenwärtig bezüglich der Absichten der persischen Regierung argwöhnisch sind. Sie wollen es vor allem klar machen, daß Seiner Majestät Regierung nicht beabsichtigt, einen neuen Kurs einzuschlagen, und daß wir im Gegenteil den Wunsch hegen, die Politik, die die Regierung unseres Landes viele Jahre lang in ihrem Verkehr mit der persischen Regierung geleitet hat, so nachdrücklich, wie wir das vermögen, zu bekräftigen“¹⁰¹.

Was besagt uns das Fehlen dieses Absatzes in dem an Hardinge abgegangenen Erlaß? Demnach billigte der britische

99. BD, Bd. 4, Nr. 321 a, S. 609.

100. Im Original nicht gesperrt gedruckt.

101. BD, Bd. 4, Nr. 321 a, S. 611.

Staatsmann, daß die Vorstellungen beim Schah als Warnungen gelten sollten. Eine Bestätigung findet das dadurch, daß Lansdowne den Schah, als dieser im Jahre 1902 in London zum Besuche weilte, energisch an seine Verpflichtungen gegenüber England mahnte¹⁰².

Die Unabhängigkeit Persiens war das Ziel der bisherigen Politik Großbritanniens gewesen. Aber konnte man noch von einer Unabhängigkeit Persiens reden? Hatte Rußland dort nicht konsequent die Politik verfolgt, Persien allmählich in finanzielle Abhängigkeit von sich zu bringen und eine Art „verschleierte Protektorate“ zu errichten? Wendete Rußland im fernen Osten nicht die gleiche Methode an?

Hier blieben für die englische Politik zwei Möglichkeiten: sich entweder gegen die russischen Anmaßungen durch ein Bündnis mit einer anderen Macht zu schützen, oder durch freundschaftliche Unterhaltungen mit Rußland und Frankreich, die durch den Zweibund verbündet waren, die möglichen Konflikte beizulegen.

England nutzte beide Möglichkeiten aus. Der erste Weg wurde beschritten, indem man mit Japan ein Abkommen traf¹⁰³, um über die russische Ausdehnung im fernen Osten zu wachen. Gleichzeitig konnte England damit zu verstehen geben, daß es auch den mit ihm konkurrierenden deutschen Handelseinfluß in Ostasien nicht mit Wohlwollen betrachtete. Das englisch-japanische Bündnis stieß auf weniger große Schwierigkeiten, als Japans Interessen durch den russischen Vorschub noch mehr bedroht waren als die englischen.

Diese Handlungsweise seitens Englands schloß nun die zweite Möglichkeit nicht aus. England erstrebte daneben auch eine gütliche Einigung sowohl mit Rußland als auch mit Frankreich. 1903 begannen schon die „vorfühlenden Besprechungen“ zwischen England — Frankreich und Rußland. Der erste sicht-

102. Ronaldshay, a. a. O. Bd. 2, S. 311.

103. Am 30. 1. 1902 trat das Abkommen in Kraft. Der status quo sollte im fernen Osten aufrecht erhalten werden, um die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des chinesischen und koreanischen Reiches zu garantieren.

bare Erfolg war 1904 das englisch-französische Abkommen. Es war klar, daß fortan auch die Verständigung mit dem französischen Bundesgenossen, Rußland, als wünschenswertes Ziel betrieben wurde.

Ein eifriger Befürworter dieser Politik war von jeher der englische König selbst¹⁰⁴. Vielleicht dachte aber auch schon Lord Lansdowne 1902 an eine „gütliche Einigung mit Rußland über Persien. Wenn auch im Wortlaut jener Januar-Depesche eine konservative Haltung gewahrt bleibt, so lesen wir doch: daß „wir seit langem das überwiegende Interesse Rußlands am nördlichen Teil der Gebiete des Schahs anerkannt“ haben¹⁰⁵, und weiter heißt es, daß die Interessen Persiens und Englands durch das russische Übergewicht nicht direkt bedroht würden. Im Persischen Golf und im Süden des Landes ließ Lansdowne allerdings nur den eigenen Einfluß gelten, aber das Übergewicht Rußlands im Norden erkannte er stillschweigend an. Wahrscheinlich dachte er schon an die Curzonschen Anregungen von 1899, die ein freundschaftliches Einvernehmen Großbritanniens mit Rußland vorgeschlagen und die Aufteilung Persiens in Interessenzonen der beiden Mächte empfohlen hatten.

Die englisch-französische Annäherung nach der Jahrhundertwende.

Schon im Jahre 1902 begannen England und Frankreich sich zu nähern, um ihre Interessengegensätze in kolonialen Fragen auszugleichen. Bereits am 30. I. 1902 meldete Graf Metternich aus London, daß Cambon im Auftrage Delcassés an die britische Regierung zwecks Aufnahme von Verhandlungen zum Ausgleich der bestehenden Differenzen in Marokko und in anderen Kolonialgebieten herantreten sei¹⁰⁶. Das Londoner Kabinett war aber noch nicht bereit, die marokkanische Frage zu diskutieren¹⁰⁷. Erst im nächsten Jahre (1903) bahnte sich die

104. Vgl. Lee, „The Life of King Edward VII.“

105. BD, Bd. 4, Nr. 321a, S. 608.

106. DGP, Bd. 17, Nr. 5186, S. 342 f.; s. auch BD, Bd. 2,2, Nr. 322, S. 427.

107. DGP, Bd. 17, Nr. 5191; BD, Bd. 2,2, Nr. 416.

Annäherung zwischen der französischen und englischen Diplomatie an.

Einen mächtigen Antrieb gab ihr der Besuch des Königs Eduard VII. im Mai des Jahres in Paris. Hier bereitete der englische König den Boden für „eine politisch bedeutungsvolle Annäherung der Völker“ vor¹⁰⁸. Die zwischen ihm und dem französischen Präsidenten Loubet getauschten Trinksprüche bekräftigten, „daß durch den Besuch die Freundschaftsbande zwischen beiden Ländern noch enger geknüpft werden sollten“¹⁰⁹.

So wurden dann die Verhandlungen zwischen England und Frankreich in der zweiten Hälfte des Jahres 1903 aufgenommen. Im Juli statteten der französische Präsident Loubet und der Außenminister Delcassé in London den Gegenbesuch ab¹¹⁰. Am 7. d. Mts. hatten Delcassé und Lansdowne eine längere Unterredung, wobei in „ziemlicher Ausführlichkeit“ Gedanken über die Fragen getauscht wurden, die in mehreren Besprechungen der britische Außenminister und Cambon erörtert hatten. Selbst Lansdowne erklärte, „daß es nur wenige strittige Punkte zwischen den Regierungen gebe, und daß sie keineswegs der Voraussetzungen für einen Ausgleich entbehrten“¹¹¹. Er versprach sich sehr viel von der Überwindung der englisch-französischen Interessengegensätze: „Wenn wir zu einer Einigung über dies Land (Marokko) kommen könnten, würden alle anderen Schwierigkeiten verschwinden oder verhältnismäßig leicht überwindbar werden“¹¹¹.

Im Oktober 1903 waren die englisch-französischen Ausgleichsverhandlungen bereits zu einem Schiedsvertrag vorge-

108. Oncken, H.: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Bd. 2, S. 543.

109. DGP, Bd. 17, S. 568, Anm.; vgl. auch Lee, Edw. VII. II, S. 236 ff.; s. auch die Bespr. von Lees Biographie in „Europ. Gespr.“ 1928, S. 62 f.

110. Der Besuch König Eduards u. der Gegenbesuch Loubets waren deutliche Symptome einer Verschlechterung der deutsch-engl. Beziehungen, zumal Eduard VII. seinen Gegenbesuch beim deutschen Kaiser bis in den Sommer 1904 aufschob, nachdem er bereits in Lissabon, Rom, Paris u. Wien gewesen war.

111. BD, Bd. 2, Nr. 357.

schritten, den sogar der russische Zar in einem Glückwunschtelegramm würdigte¹¹².

Mit diesem Zeitpunkt traten die französisch-englischen Beziehungen in das Stadium der Entwicklung, die 1904 zum sogen. Marokko-Abkommen führte¹¹³. Die französische Regierung räumte Großbritannien eine vorherrschende Stellung in Ägypten ein, und England gab bereitwillig zu, „daß, wenn eine europäische Macht einen überwiegenden Einfluß in Marokko haben soll, diese Macht Frankreich ist“¹¹⁴. Es war England durch diese gegenseitigen Verpflichtungen möglich, seine Ziele in Ägypten zu verwirklichen, „ohne internationale Empfindlichkeiten zu erwecken“, wie Lansdowne sich ausdrückte. Er war der Ansicht, „daß, solange wir (England) in Übereinstimmung mit Frankreich handeln, kein Grund zu bestehen scheint, Schwierigkeiten von seiten der anderen Mächte vorherzusehen“¹¹⁵.

Später wurde bekannt, daß zwischen beiden Mächten auch ein Geheimabkommen getroffen worden war, das der englischen Oberhoheit in Ägypten und der französischen in Marokko viel weitergehende Rechte einräumte als das veröffentlichte Abkommen vorsah.

Das Marokkoabkommen hatte in Wirklichkeit eine weit höhere Bedeutung als nur die eines Ausgleichs einzelner Interessen. Obwohl nicht von einem ausgesprochenen Bündnisabschluß die Rede war, so bedeutete das Abkommen doch eine allgemeine Annäherung, eine Entente, die keinen „harmlosen Sachcharakter trug“¹¹⁶. Nicht das handelspolitische, sondern das allgemeinpolitische Moment war die Hauptsache. Es war natürlich, daß unter dieser Voraussetzung auch die allgemeinen Fragen der Weltpolitik die beiden Partner zusammengehen ließen. Lansdowne hatte recht, wenn er bemerkte: „Die Bedeutung dieser Verpflichtung kann nicht überschätzt werden“¹¹⁷.

112. Oncken, a. a. O. S. 545.

113. Der Deklaration über Marokko u. Ägypten folgten eine Konvention über Neufundland u. ein Abkommen über Siam, Madagaskar und die Neuen Hebriden.

114. BD, Bd. 2,2, Nr. 416, S. 582.

115. BD, Bd. 2,2, Nr. 416, S. 587 f.

116. Oncken, a. a. O. S. 545.

117. BD, Bd. 2,2, Nr. 416, S. 588.

Denn tatsächlich hatte sich, wie Oncken sagt¹¹⁸, die fundamentalste Machtverschiebung auf dem Kontinent seit 1871 vollzogen.

Wenn man tiefer in die Gedankengänge hineinblickt, die zu der Entente führten, so war sie ein Produkt der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland. Ohne eine deutsch-englische Entfremdung und eine englandfreundliche Stimmung in Frankreich wäre sie nicht möglich gewesen. Daher bekam sie von Anfang an eine Spitze gegen Deutschland, mit der Absicht, es politisch zu isolieren und im Endziel auch Rußland für die Entente zu gewinnen. Jedenfalls ist dieses unmittelbare Bestreben auf seiten Frankreichs nicht zu leugnen.

Schon während des Pariser Besuches Eduards VII. erwähnte Präsident Loubet einem Vertrauten des englischen Königs gegenüber, daß auch eine Annäherung zwischen England und Rußland wünschenswert sei, und er wies auf Zentralasien hin, das als Grundlage einer englisch-russischen Einigung dienen könnte. Der damals nach Petersburg zurückkehrende französische Botschafter Bompard wurde sogar beauftragt, den russischen Zaren auf diese Zukunftsmöglichkeit aufmerksam zu machen¹¹⁹. Demnach schwebte also schon während der englisch-französischen Verhandlungen den Franzosen als Endziel die englisch-russische Einigung vor Augen. Frankreich erstrebte sie, und England hatte keinen Grund, diesen Gedanken zu verwerfen¹²⁰.

118. Oncken, a. a. O. S. 545.

119. Vgl. Hasenclever, A.: Die Entente cordiale vom 8. April 1904, in: Berl. Monatsh., 1934, S. 276. In den DDF, Série II, Bd. 3, ist von dem Auftrag Bompards nichts erwähnt, wohl aber in: Abel Combarieu: „Sept ans à l'Elysée“. Avec le Président Loubet (1932), S. 248.

120. In diesem Zusammenhang ist noch ein vertraul. Privatbrief Lord Cromers, des Prokonsuls von Ägypten, an Lord Lansdowne bedeutsam, wodurch das franz. Bemühen noch mehr beleuchtet wird. Cromer schrieb am 27. 11. 1903: „I fancy that from what the French Agent says that Delcassé hopes that eventually we shall come to terms with Russia and thus isolate Germany. Indeed, I cannot help thinking that, so the French Government, this is one of the main attractions of the whole scheme.... The Russian negotiation is, of course, far more difficult than the French... Still it is well worth an effort. Since I have been at this sort of work for 20 years, I do not think that I remember such an opportunity as the present...“ (Lord Newton, a. a. O. S. 285).

Das erste Stadium der englisch-russischen Annäherung 1903/04.

Die Grundlagen der sogenannten englischen konservativen Politik, charakterisiert durch den Gegensatz zu Rußland, waren schon 1903 untergraben. Diese Tatsache erhellt besonders aus einer Stellungnahme des britischen Verteidigungsausschusses, des „Committee of Imperial Defence“. In einer Sitzung vom 11. Februar 1903 über die Dardanellenfrage kam das Problem zur Erörterung, welchen Unterschied es für das Gleichgewicht der Mächte im Mittelmeer ausmachen würde, wenn Rußland durch den Besitz von Konstantinopel freien Ausgang aus dem Schwarzen Meer durch die Dardanellen erlangte, während diese für andere Mächte geschlossen blieben. In der einstimmig angenommenen Antwort auf diese Frage hieß es, daß Rußland durch die Änderung zwar zweifellos gewisse Vorteile zur See erlangen, dies aber die gegenwärtige strategische Lage im Mittelmeer nicht fundamental ändern würde¹²¹. Das Gutachten des Leiters der Marine-Nachrichten-Abteilung lautete: „Im Allgemeinen läßt sich sagen, daß eine russische Besetzung der Dardanellen oder ein Übereinkommen, das Rußland instand setze, die Wasserstraße zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer frei zu benutzen, wie es der beherrschende Einfluß Rußlands nach Belieben von der Türkei erhalten kann, keinen merklichen Unterschied in unseren strategischen Dispositionen im Vergleich zu den gegenwärtigen Verhältnissen ausmachen würde“¹²².

„Aus diesen Auszügen“, so erklärte Charles Hardinge, „geht klar hervor, daß es, wenn erwünscht, möglich ist, Rußland in bezug auf die Dardanellen ein bedeutendes Zugeständnis zu machen, ohne die gegenwärtige strategische Lage im Mittelmeer fundamental zu ändern“¹²³.

Der Gedanke einer russisch-englischen Annäherung, also des Ausgleichs aller zwischen den beiden Mächten bestehenden Schwierigkeiten, war während der Verhandlungen mit Frankreich hervorgetreten und von letzter Seite geäußert worden.

121. BD, Bd. 4, Nr. 55, S. 98, Bericht Balfours üb. d. Sitzung, Memorandum von Sir Charles Hardinge.

122. BD, Bd. 4, Nr. 55.

123. BD, Bd. 4, Nr. 55, S. 98.

Auch der Zweck hatte seine genügende Kennzeichnung erfahren¹²⁴.

Das französisch-englische Einvernehmen, ausgehend auf eine Ausschaltung Deutschlands aus Marokko¹²⁵, sollte durch eine Verständigung zwischen England und Rußland ergänzt werden. Diesen Gedanken versagte sich das Londoner Kabinett nicht. Als die Verhandlungen mit Frankreich voranschritten, nahm es auch einen Anlauf zur Annäherung an Rußland. So hatte Marquess of Lansdowne schon in seiner Unterredung vom 26. 10. 1903 mit dem französischen Botschafter die Hoffnung dahin ausgesprochen: „Graf Lamsdorffs Unterredungen mit Herrn Delcassé¹²⁶ möchten indirekt auf die Haltung der russischen Regierung gegen die unseres Landes (Englands) einwirken“. Lansdowne wünschte „dieselbe Art der diplomatischen Beziehungen mit der russischen Regierung herzustellen“, wie sie zwischen der französischen und englischen Regierung unterhalten wurden, die „auf beiden Seiten durch den äußersten Freimut gekennzeichnet“ waren. Herr Cambon wollte die Lansdowneschen Wünsche seinem Außenminister bereitwilligst übermitteln¹²⁷.

Delcassé übernahm die Mittlerrolle zwischen England und Rußland gern, ja er hatte gewiß darauf gewartet. Als der russische Außenminister in Paris weilte, trug er seine Sorgen betreffs des durch das englisch-japanische Bündnis geschaffenen Zustandes vor. Delcassé aber erklärte ihm: er habe guten Grund zu wissen, daß die britische Regierung weit davon entfernt sei, in Ostasien eine herausfordernde Politik treiben zu wollen. Er empfahl Lamsdorff, daß etwas mehr „Offenheit“ gegen die englische Regierung seitens Rußlands angebracht sei, dann würden sich die Schwierigkeiten beheben lassen¹²⁸. Lamsdorff nahm diese Eröffnungen des französischen Staatsmannes befriedigt hin und wollte dem russischen Vertreter in London entsprechende Anweisungen geben.

124. BD, Bd. 2, Nr. 242.

125. BD, Bd. 2, Nr. 322 u. 330.

126. Der russ. Außenminister wurde in Paris erwartet.

127. BD, Bd. 2, Nr. 250, S. 353.

128. Vgl. BD, Bd. 2, Nr. 257, S. 358 f.

Am 17. November 1903 kam schon eine Unterredung zwischen Lansdowne und dem russischen Botschafter zustande. Aber noch wollte Graf Benckendorff sich die russische Freundschaft entsprechend bezahlen lassen. Er schlug vor — allerdings ohne offiziellen Auftrag —: Die englisch-russischen Streitfragen in Asien seien so auszugleichen, daß man die Mandchurei als eine Frage behandle, bei der die russischen Interessen überwögen, Zentralasien sei unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der indischen Interessen Englands zu betrachten, Persien dagegen als ein Land, woran England und Rußland in gleicher Weise interessiert seien. Die russische Regierung, so erklärte Benckendorff, werde an keine Abmachung denken, „die Nordpersien unter russischen, und Südpersien unter britischen Einfluß bringen würde“. Ein Übergewicht Englands im Persischen Golf erkenne er an, aber Rußland brauche dort ein „Handels-Débouché“¹²⁹

Die Sprache, die Benckendorff führte, war also sehr bestimmt. Seine Regierung wahrte noch immer eine, wenn auch nicht mehr ablehnende, so doch hinhaltende Stellungnahme. Er sah sich deshalb gezwungen, von sich aus den Standpunkt Rußlands klar zu machen. Und da die Engländer einen außergewöhnlichen Verhandlungseifer an den Tag legten, brauchten seine Forderungen nicht notwendig bescheidene zu sein.

Im Allgemeinen muß von Benckendorff¹³⁰ hervorgehoben werden, daß er von Anbeginn seiner Botschaftertätigkeit in London sein Augenmerk auf eine englisch-russische Annäherung oder Verständigung gerichtet hat. Schon vor seiner Übersiedlung nach London stand er als russischer Gesandter in Kopenhagen in näherer Verbindung mit dem englischen Königspaare. Graf Benckendorff war daher, als er Anfang des Jahres 1903 nach London kam, am englischen Hofe kein Unbekannter mehr. König Eduard zog ihn in seinen engeren Freundeskreis, und der Graf fand in wichtigen Dingen beim englischen König Gehör. Was daher im Sinne einer englisch-russischen Verständigung zu

129. BD, Bd. 4, Nr. 181a, S. 301 f.

130. s. Korostovetz, v. W.: Graf Alexander K. Benckendorf, in: Berliner Monatshefte 1936, S. 887—901.

leisten war, hat Benckendorff getan. Es ist deshalb nicht schwer, über seine Einstellung zu Deutschland etwas zu sagen. Zwar war er kein Deutschenhasser, aber er betrachtete eine deutsch-englische Annäherung oder deutsch-russische Verständigung doch nur unter dem Gesichtspunkt, ob sie seiner von ihm gewünschten und betriebenen Annäherung zwischen England und Rußland zuträglich sein konnte. Zu herzliche Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg hielt er für gefährlich, kühle Beziehungen zwischen Berlin und London für erstrebens- und wünschenswert.

Nach Ansicht von Charles Hardinge bestand für England kein Hindernis, Rußland ein Handels-Débouché am Persischen Golf zu gewähren, von dem aus Rußland seine Ware, sei es von Buschir, Bender-Abbas oder anderen Orten des Golfes aus, exportieren könnte¹³¹. Daneben dachte Benckendorff an eine russische Eisenbahn, die durch Persien nach dem Süden des Landes führen sollte, allerdings ohne Flottenbasis und Befestigungen. „Sie können sie bewachen, wenn Sie wollen“, erklärte er Charles Hardinge¹³¹. Afghanistan, Tibet und die an Indien grenzenden Länder, sowie Seistan, werde die russische Regierung als innerhalb der britischen Einflußsphäre gelegen ansehen¹³².

Besonders betrieb Eduard VII. die Förderung des englisch-russischen Annäherungsgedankens. Er sprach mit Graf Benckendorff anläßlich dessen Besuchs in Windsor (November 1903) „sehr offen“ über die russische auswärtige Politik¹³³ und gab dem Wunsche Ausdruck, „daß man versuchen solle, ein besseres Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen über die verschiedenen Streitpunkte herzustellen“¹³⁴. Am 25. November 1903 fand sich Lansdowne bereit, seine Vorschläge für ein englisch-russisches Übereinkommen dem russischen Botschafter zu unterbreiten¹³⁵. Unter Voraussetzung der Anerkennung seitens der russischen Regierung, daß Afghanistan, Tibet, Seistan

131. BD, Bd. 4, Nr. 181b, S. 305.

132. Desgl. S. 304 f.

133. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 181b, Schlußbem.

134. BD, Bd. 4, Nr. 182, S. 306.

135. BD, Bd. 4, Nr. 182, S. 307.

und die anliegenden Länder unter britischem Einflusse ständen, war es nach seiner Ansicht nur billig¹³⁶, „wenn wir (England) das überwiegende Interesse Rußlands in der Mandschurei als der angrenzenden Macht anerkannten“. Auch habe England nicht den Wunsch, der Aufsicht über Rußlands mandschurisches Eisenbahnsystem hindernd in den Weg zu treten, „die Ausgestaltung des Eisenbahnwesens in diesem Teile des chinesischen Reiches solle Sache der russischen Regierung sein“. Eine Einschränkung machte Lansdowne nur dahin, daß in allen Teilen des chinesischen Reiches die englischen Vertragsrechte und Englands Handel geachtet würden.

Betreffs der persischen Frage wußte Lansdowne keinen Grund, „warum wir (England) nicht anerkennen sollten, daß die Stellung Rußlands als der angrenzenden Macht ihm ein gewisses Übergewicht im Norden gebe, und wir wünschten ihm auch nicht kommerzielle Vorteile im Süden Persiens und am Persischen Golf zu versagen“. Und wenn irgendein Plan bestehen sollte, „eine (Eisenbahn-) Linie durch Südpersien zu führen, so würden wir erwarten, gezogen zu werden, und man könnte ein freundschaftliches Abkommen treffen, wonach wir die Kontrolle über den südlichen Teil der Linie und ihre Zugänge zum Meer erhielten“¹³⁷.

Doch alle englischen Versuche waren vorläufig noch nicht erfolgreich. Die Verhandlungen liefen monatelang; die drängende Partei war England. Rußland aber gab nur unklare Antworten auf die britischen Vorschläge. Über die russischen Ziele blieb England noch unaufgeklärt. Ja, es mußte noch mit der Möglichkeit der Errichtung eines russischen Protektorates über Afghanistan und Persien rechnen.

Als im November 1903 England seine Expedition nach Tibet unternahm, hatte Rußland sogar Einspruch erhoben: Der Einmarsch einer britischen Truppe in tibetanisches Gebiet sei geeignet, eine ernste Störung der Lage in Zentralasien hervorzurufen. England wies freilich den russischen Protest schroff zurück, und Lansdowne erklärte dem Grafen Benckendorff: es

136. Desgl. S. 308.

137. Desgl. S. 309.

komme ihm „über alle Maßen sonderbar vor, daß diese Proteste von der Regierung einer Macht erhoben würden, die nie gezauert habe, auf der ganzen Welt Übergriffe ihren Nachbarn gegenüber zu begehen, wenn die Umstände dies zu erheischen schienen“¹³⁸.

Aber Rußland stand bereits am Vorabend eines Krieges mit Japan um die Mandschurei und Korea. England wußte davon, und es konnte ihm nur recht sein, wenn in diesem Augenblick die Unterhandlungen mit Rußland unterbrochen wurden. Ein durch Krieg geschwächtes Land war eher zu Zugeständnissen bereit¹³⁹.

Aus den britischen Akten geht hervor, daß seit 1902 England durch Japan dauernd und genau über den Gang der Ereignisse im fernen Osten auf dem Laufenden gehalten wurde. Schon 1903 hatte die japanische Regierung zur friedlichen Regelung der mandschurischen Frage der russischen Regierung Vorschläge unterbreitet, die aber von Rußland unbeachtet blieben. So sprach am 27. 8. 1903 der britische Gesandte in China, Sir E. Satow, bereits von der Möglichkeit eines russisch-japanischen Krieges¹⁴⁰. Seiner heimischen Regierung machte er klar, daß es ein Unglück für Großbritannien wäre, wenn Japan durch Rußland verdrängt würde: „Mit unserm Beistand hätte Japan nichts zu befürchten, selbst wenn die Russen entschlossen wären, es zu einer Kriegserklärung zu reizen, was nach der Behauptung vieler russischer Offiziere geschehen soll. Wenn aber Rußland den Sieg über Japan davonträgt, so werden wir . . . im fernen Osten machtlos sein“. Die britische Regierung unternahm nichts,

138. BD, Bd. 4, Nr. 289; Europ. Geschichtskal. 1904, S. 215.

139. Welchen Einfluß Rußl. in Persien hatte, mag das folgende noch näher beleuchten. Nach einem 1903 getroffenen Abkommen stellte Persien aus Landessöhnen eine sogen. Kosakenbrigade auf, kommandiert von russ. Offizieren. Ihr Führer, ein russ. General, unterstand formell gleichzeitig dem russ. Gesandten u. dem Großwesir. Danach war der Schah nicht mehr Kriegsherr im eigenen Lande. In dems. Jahre wurde eine von Odessa nach dem Pers. Golf führende Dampferlinie mit Staatshilfe eingerichtet; auch russ. Kriegsschiffe erschienen in den pers. Gewässern. Rußland entfaltete zu dieser Zeit die höchste Blüte seiner Macht, die es in diesen Gebieten je besessen hat.

140. BD, Bd. 2, Nr. 267; Satow an Lansdowne. Vgl. Satow an Davidson, 18. 11. 03, u. Satow an Lansdowne, 29. 12. 03, daselbst.

eine mögliche Auseinandersetzung zu verhindern, vielmehr förderte sie sogar den Kriegswillen Japans, obwohl sie erklärte, Neutralität beobachten zu müssen. An eine moralische Unterstützung und Ermutigung ließ es jedenfalls England nicht fehlen. Denn „das Ziel der englischen Politik war der russisch-japanische Krieg, von dem England sich die Schaffung eines Gleichgewichtszustandes im Fernosten versprach“^{140a}. Eben zu diesem Zweck hatte England 1902 das Bündnis mit Japan geschlossen. Sein eigentlicher Trumpf lag auch nicht so sehr in einem Gewinn aus diesem Bündnis als vielmehr in der Tatsache, einen Ausgleich zwischen Rußland und Japan verhindert zu haben.

Bereits am 6. I. 1904 äußerte sich Lansdowne dem japanischen Gesandten in London, Hayashi, gegenüber¹⁴¹; England hätte mit Genugtuung die Feststellung beachtet, daß Japan genügende Hilfsmittel habe, um das erste Kriegsjahr oder vielleicht sogar noch längere Zeit durchzuhalten, ... Als auch der letzte Vorschlag Japans an Rußland unbeachtet blieb, brach Japan die Verhandlungen ab und ließ am 6. 2. 1904 seinen Vertreter aus Petersburg abberufen¹⁴². Am 10. 2. 1904 folgte die Kriegserklärung Japans an Rußland. Der japanische Außenminister erklärte dem britischen Gesandten in Tokio, die „japanische Regierung sei höchst dankbar für die vielen Zeichen der Sympathie, die sie während dieser Verhandlungen von britischer Regierung und britischem Volk empfangen habe“¹⁴³. Vor dem englischen Parlament verkündete die britische Regierung, „daß wir (England) in Anbetracht der Natur der Forderungen (an Rußland), auf denen Japan besteht, nicht berechtigt wären, auch nur moralischen Druck auf es auszuüben, um seine Forderungen zu mäßigen. Wir könnten uns überdies dauernden Groll Japans zuziehen, falls wir ihm im Wege stünden und es einer Gelegenheit beraubten, die sich zunutze zu machen es augenblicklich

140a. Minrath, P.: Frankreich, Rußland und das englisch-japanische Bündnis von 1902, in: Berl. Monatsh. 1937, S. 144.

141. BD, Bd. 2,2, Nr. 269.

142. BD, Bd. 2,2, Nr. 290, 291; die an Rußl. gerichtete japan. Note s. unter Nr. 292 u. Anlage. Vgl. Witte, „Erinnerungen“, Kap. 14, „Der Krieg mit Japan“, S. 158 ff.

143. BD, Bd. 2,2, Nr. 287.

entschlossen ist. Wenn es jetzt seine Gelegenheit versäumte, könnte es später dafür leiden"¹⁴⁴. Hieraus geht also deutlich hervor, daß England die japanischen Forderungen unterstützte und den Kriegswillen Japans schürte.

Mit dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges, vor allem nach dem ersten russischen Mißerfolge, trat auch eine neue Entwicklungsphase in den englisch-russischen Beziehungen ein. In ihren Anfang fiel ferner die im April 1904 zustandegekommene englisch-französische Einigung. Es war zu vermuten, oder besser gesagt, es war möglich, daß diese Ereignisse, der unglückliche Beginn des japanischen Krieges und die Annäherung zwischen England und Frankreich, auch die mittelasiatischen Fragen mitbeeinflusste, indem die russische Regierung jetzt entschlußfreudiger die englischen Vorschläge für den mittleren Osten aufnahm.

Die Initiative ergriff König Eduard VII. Er führte am 14. April 1904 eine Unterredung mit dem neuen russischen Gesandten in Kopenhagen, Alexander Iswolski¹⁴⁵, herbei, über die letzterer folgendes an den russischen Außenminister berichtete¹⁴⁶: Der König wünsche es, daß die anglo-französische Entente „als erster Schritt und sozusagen als Brücke zu jener anderen, schwerer herbeizuführenden, aber noch notwendigeren und wünschenswerteren Entente dienen möge“. Der König sei immer wieder „mit Nachdruck“ auf diesen ihn „beherrschenden Gedanken“, nämlich der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer englisch-russischen Verständigung über alle schwebenden Fragen (*questions pendantes*) zurückgekommen. König Eduard billigte diesen Bericht Iswolskis und sandte privatim eine Abschrift an Lord Lansdowne¹⁴⁷.

144. BD, Bd. 2, Nr. 288.

145. Graf Benckendorff war zur Botschaft in London befördert worden.

146. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 183 u. Lee, a. a. O. Bd. 2, S. 284/87; ferner s. Stern, „König Eduard VII. u. die ausw. Politik Englands“ in: Europ. Gespr. 1929, S. 483/504. S. B. Fay: *The Origines of the World War*, Bd. 1, S. 214 f., vgl. auch die Fußn. 200 auf S. 214, dort mehr Literatur angegeben; s. auch Lord Newton, a. a. O., S. 308.

147. Vgl. Lee, a. a. O. Bd. 2, S. 286. Quelle ist durch Baron Meyendorff aus den russ. Archiven vermittelt, „Times“, Juli 1921.

Unter französischer Vermittlung kam es dann zu einer englisch-russischen Auseinandersetzung über Tibet, einen Punkt, der unter den drei mittelasiatischen Fragen von geringster politischer Bedeutung war. Die beiden Regierungen kamen sich in der tibetanischen Frage wohl näher, aber die meisten Schwierigkeiten wurden noch nicht behoben¹⁴⁸. Vor allem stieß sich Rußland an den englisch-tibetanischen Vertrag¹⁴⁹, der England die Kontrolle über die auswärtige Politik überließ. Es wäre an sich möglich gewesen, durch Aufgabe der traditionellen Haltung Englands in der Meerengenfrage die Zurückhaltung Rußlands zu beseitigen, also den russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen zu gestatten. Doch diese Kompensationsmöglichkeit schied dadurch aus, daß England auf das mit ihm verbündete Japan Rücksicht nehmen mußte. Die englisch-russischen Verhandlungen wurden somit während der Dauer des russisch-japanischen Krieges unterbrochen.

Trotzdem ließ England den Faden nach Petersburg nicht abreißen. Hierfür sorgte in erster Linie der königliche Staatsmann selbst, dessen Politik so zielbewußt auf eine Konsolidierung der englisch-französischen Entente durch eine solche zwischen Großbritannien und Rußland hinsteuerte: Bevor nämlich Sir Charles Hardinge im Mai 1904 als neuer britischer Botschafter nach Petersburg ging, berief der König ihn zu einer Unterredung. Über sie wird berichtet¹⁵⁰, daß beide der Ansicht waren, es scheine kein Grund vorzuliegen, „die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu verhindern, wie wir das bisher angestrebt haben“ und daß „dies Zugeständnis einer ungehinderten Durchfahrt sich im Fall der Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen über ein Übereinkommen mit Rußland als sehr nützliches Aktivum erweisen dürfte. Man würde damit ein nützliches *quid pro quo* in der Hand haben“¹⁵¹. Ja, Eduard VII. scheint evtl. bereit gewesen zu sein, schon während des russisch-japanischen Krieges dies Zugeständnis in der Meer-

148. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 293 ff.

149. Sept. 1904, Europ. Geschichtskal. 1904, S. 337.

150. Lee, a. a. O. Bd. 2, S. 289 f. u. 564.

151. s. auch BD, Bd. 4, Nr. 55, S. 98, Fußn.

engenfrage zu machen. Als am 5. Juni 1904 der britische Botschafter in Wien, Sir F. Plunkett, Lord Lansdowne meldete, daß die russische Regierung schon am 25. 4. d. Js. an die türkische Regierung zwecks Zustimmung der letzteren zur Durchfahrt von Kriegsschiffen ins Mittelmeer herangetreten sei¹⁵², vermerkte König Eduard zu diesem Schreiben: „In dieser Angelegenheit sollte man mit russischer Regierung in Verbindung treten“¹⁵³. Lansdowne allerdings ließ den britischen Vertreter in der Türkei anweisen, der türkischen Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen einzuprägen, demgemäß die Durchfahrt von Kriegsschiffen irgendeiner Macht nicht zu dulden sei¹⁵⁴; denn offiziell mußte ja die britische Regierung Rücksicht auf Japan nehmen.

Gegen Ende 1904 hatte schon selbst Lansdowne seine Meinung über die Meerengenfrage weitgehend geändert. In einer Unterredung vom 3. 11. mit dem russischen Botschafter führte er betreffs der strittigen Fragen am Bosphorus eine überraschend mäßigende und ausgleichende Sprache. Er empfahl, nicht mehr auf der „rechtlichen Grundlage“ die Fragen zu erörtern, sondern auf der breiteren Grundlage der „staatlichen Zweckmäßigkeit“, und bat zu erwägen, „ob es nicht möglich sei, daß wir zu einer angemessenen . . . Verständigung gelangten“¹⁵⁵.

Dieser Meinungsumschwung Lansdownes ging wahrscheinlich auf die Befürchtung zurück, Rußland könnte, wenn England eine zu obstruktive Haltung einnehme, einen Anschluß an Deutschland suchen; denn diese Gefahr wurde ihm immer wieder von französischer Seite eingehämmert. Schon während des ganzen Jahres 1904 hatte die französische Regierung Anstrengungen für eine russisch-englische Annäherung gemacht. Sie ließ ihre Botschafter in London und Petersburg anweisen, der englischen Regierung klar zu machen, sie müsse sich um eine gemäßigte Sprache der Presse kümmern; nämlich von der Haltung der englischen Regierung würden, wenn man im nächsten Jahre die Friedensbedingungen des russisch-japanischen Krie-

152. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 47, S. 86.

153. BD, Bd. 4, Nr. 45, S. 85.

154. BD, Bd. 4, Nr. 46, S. 85 f.; vgl. auch BD, Bd. 2, Nr. 274, 285.

155. BD, Bd. 4, Nr. 52, S. 91.

ges erörtere, die englisch-russischen Beziehungen während der nächsten 25 Jahre abhängen. Wenn England nicht danach trachte, alle gespannten Beziehungen mit Rußland zu beseitigen, würde nur Deutschland Vorteile daraus ziehen, denn die deutsche Regierung habe dank des japanischen Krieges schon die Stellung wiedergewonnen, die es auf dem Berliner Kongreß verloren habe¹⁵⁶.

Hiermit war also deutlich ausgesprochen: eine Verständigung zwischen England und Rußland werde Deutschlands Stellung aus Petersburg verdrängen und genau so zu deren Nachteil sein wie die englisch-französische Entente. König Eduard bemerkte zu diesen Eröffnungen des französischen Botschafters (Bompard) in Petersburg: „Ein höchst bedeutsames Gespräch“¹⁵⁶.

Die Stellung und Haltung Deutschlands.

Im Mai 1903 fühlte sich Frhr. v. Eckardstein, im allgemeinen ein Diplomat von „wenig Sachlichkeit und Zuverlässigkeit“, wie Oncken urteilt¹⁵⁷, verpflichtet, ernste Warnungen aus London nach Berlin zu senden, daß Deutschland die Gefahr einer englisch-französischen und englisch-russischen Annäherung bedrohe.

Er meldete dem Reichskanzler Bülow¹⁵⁸, daß zwischen der englischen und französischen Regierung wieder Verhandlungen zwecks Ausgleichs schwebender Fragen im Gange seien. Der offizielle Besuch König Eduards in Paris und seine dortige freundliche Aufnahme hätten statt der früheren leidenschaftlichen Erbitterung in Frankreich einer freundlicheren Stimmung Platz gemacht. Chamberlain habe ihm (Eckardstein) gegenüber die Bemerkung fallen lassen: „Here in England the Kings visit to Paris is very popular, and if Paris gives him a good reception then everything will go well between us in the future“¹⁵⁹. Eckardstein hatte recht erkannt, daß auf beiden Seiten des Kanals der feste Wille nach einer allgemeinen politischen An-

156. BD, Bd. 4, Nr. 58; vgl. auch Nr. 59.

157. Oncken, a. a. O. S. 544.

158. DGP, Bd. 17, Nr. 5369, S. 567 ff.

159. Desgl. S. 568.

näherung bestand und daß „die Verhandlungen . . . große Aussicht auf Erfolg“ hätten. Er machte klar, wie falsch die Anschauung sei, die in der deutschen Presse vielfach vertreten wurde, daß eine englisch-französische Annäherung einen Keil in das französisch-russische Bündnis treiben werde. Die Hochfinanz und vor allem die öffentliche Meinung Frankreichs sehe den Kernpunkt ihrer auswärtigen Politik gerade in dem Bündnis mit Rußland. Eckardstein wies darauf hin, daß viele Symptome für die Bildung eines neuen Dreiverbandes vorhanden seien. Frankreich und Rußland würden ihn aus finanziellen Gründen begrüßen, und England, weil es sich jetzt nach dem Burenkriege nach absoluter Ruhe sehne. Um dieses Ziel zu erreichen, würde England selbst in der Frage des Persischen Golfes sich über die wahre Sachlage durch allerhand provisorische Arrangements hinwegtäuschen. Wenn der neue sich bildende Dreibund auch noch keine geschriebene Form annehme, so sei er doch dazu angetan, Deutschland für lange Zeit in der ganzen Welt Schwierigkeiten zu machen, zum mindesten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Der deutsche Kanzler aber vermochte die Besorgnisse Eckardsteins nicht zu teilen. Sein erstaunlicher Optimismus half ihn leichtfertig über die Möglichkeit eines solchen Dreiverbandes hinweg. Allerdings erhielten die deutschen Missionen in Petersburg, London und Paris eine Abschrift der Eckardsteinischen Denkschrift¹⁶⁰ mit der Bitte um Meinungsäußerung¹⁶¹, doch seine vorgefaßte Meinung stand fest. Graf Bernstorff sollte sich vor allem darüber äußern, ob über die Tätigkeit Graf Benckendorffs in London etwas bekannt geworden sei, „wodurch der Schluß gerechtfertigt wäre, daß der Botschafter eine russisch-englische Verständigung über asiatische, speziell über persische Angelegenheiten mit französischer Unterstützung zu erreichen strebe“¹⁶².

160. Ebenf. Kaiser Wilhelm, DGP, Bd. 17, Nr. 5375.

161. Eckardsteins Behauptung, das Ausw. Amt habe seine Warnung auf die leichte Schulter genommen (Erinnerungen II, S. 415) trifft demnach, was die geschäftl. Behandlung anbelangt, nicht zu.

162. DGP, Bd. 17, S. 572, Fußn.

Die Bülow'sche Voreingenommenheit gegen die Wahrscheinlichkeit der neuen Mächtegruppierung mag das folgende noch näher beleuchten:

Zu der Eckardsteinschen Meldung bemerkte der Kanzler, daß bisher Eckardstein mit seinem Urteil über die Eventualität einer englisch-russisch-französischen Konstellation noch allein auf weiter Flur stände¹⁶³. Bezüglich der englisch-französischen Verständigung seien die Mitteilungen noch keineswegs vielversprechend. Herr v. Eckardstein scheine anzunehmen, daß, nachdem der Aufenthalt des Königs Eduard in Paris ohne unangenehme Zwischenfälle verlaufen sei, sich eine Verständigung über die zwischen Frankreich und England schwebenden Fragen als wahrscheinlich herausstellen werde¹⁶⁴. Die Überwindung der englisch-französischen Gegensätze glaubte er mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Noch im letzten Herbst (1902) seien die englisch-französischen Erörterungen über Marokko ergebnislos verlaufen¹⁶⁵. Noch für unwahrscheinlicher hielt der Kanzler aber die Beseitigung der englisch-russischen Differenzen. Er berief sich auf einen Bericht des Grafen Bernstorff aus London vom 25. 4. 1903, der mitteilte, daß der Wunsch des englischen Premierministers, eine reinliche Scheidung zwischen den englischen und russischen Interessen in Asien herbeizuführen, nicht die Gegenliebe auf Seiten Rußlands gefunden habe¹⁶⁶. Bülow wagte sogar, vom Standpunkte Rußlands aus die Sache zu betrachten und zu dem Schluß zu kommen, daß ein Dreibund Frankreich-England-Rußland das Russische Reich nicht in eine günstigere Lage setzen werde. Auf Grund der Erfahrungen der letzten hundert Jahre ließe sich mit Bestimmtheit sagen, daß in orientalischen Fragen Frankreich und England sich leichter untereinander als mit Rußland verständigen könnten.

Bülow erklärte außerdem, daß auf Seiten Englands noch keine Anzeichen dafür vorhanden seien, Rußland große Zugeständnisse zu machen. Er stützte sich auf Lansdownes Unter-

163. DGP, Bd. 17, Nr. 5370.

164. DGP, Bd. 17, Nr. 5375.

165. Vgl. DGP, Bd. 17, Nr. 5188 ff.; s. o. S. 42.

166. DGP, Bd. 17, Nr. 5361.

hausrede vom 5. Mai 1903¹⁶⁷, worin es hieß, daß England sich mit allen Mitteln der Absicht irgendeiner fremden Macht, sich im Persischen Golf eine Flottenbasis zu errichten, widersetzen werde.

War aber diese Äußerung Lansdownes tatsächlich nur gegen Rußland gerichtet? Der Wortlaut seiner Warnung jedenfalls besagte nichts davon. Er warnte allgemein jede fremde Macht, die etwa versuchen wollte, sich am Persischen Golf niederzulassen. In Wirklichkeit galt die Lansdownesche Erklärung in gleicher Weise Deutschland wie Rußland, denn England betrachtete das Unternehmen der Bagdadbahn mißtrauisch, für das ein Endpunkt am Persischen Golf gesucht wurde. Auch Bülow hätte sich darüber klar sein müssen, denn erst im April des Jahres hatte die britische Regierung ihre bisher bezogene Bereitwilligkeit, sich evtl. an der Bagdadbahn zu beteiligen, zurückgezogen¹⁶⁸.

Bülow hielt vor allem die Einigung Englands mit Rußland über zentralasiatische Fragen für unmöglich. Seine Überzeugung von der Unüberwindlichkeit der englisch-russischen Gegensätze in persischen Angelegenheiten stützte sich in erster Linie auf die Berichte des deutschen Gesandten in Teheran, des Grafen v. Rex¹⁶⁹.

Als der persische Schah im Sommer 1902 seine große Europa-reise beendet hatte, berichtete Graf Rex, diese Reise habe vornehmlich dazu gedient, Persiens Beziehungen zum Auslande zu bessern. Von Erfolg waren diese aber nur hinsichtlich des Verhältnisses Persiens zu Rußland. Der russische Zar nahm den Schah mit der größten Liebenswürdigkeit auf, wohl deshalb, meinte Rex, weil der Zar mit der gegenwärtigen Politik Persiens zufrieden sei. Zum Großwesir sollte der Zar sogar gesagt haben: „Seien Sie versichert, ich werde alles tun, was der Schah wünscht“. Von London war der Schah, wie Rex berichtete, mit bitterer Enttäuschung zurückgekehrt: Seine Beziehungen zu England werde er deshalb wohl sehr erkalten lassen. Ganz unnötig

167. Vgl. DGP, Bd. 17, S. 571, Fußn. u. Nr. 5362; s. auch BD, Bd. 4, S. 611.

168. DGP, Bd. 17, Nr. 5261, s. auch Nr. 5362; vgl. unten S. 78.

169. DGP, Bd. 17, Nr. 5356.

seien demnach die Russen über den Besuch in London besorgt gewesen. Der Petersburger Vertreter in Teheran habe triumphiert, daß die Engländer auf der ganzen Linie geschlagen seien. Selbst ein Engländer habe sich ihm (Rex) gegenüber geäußert: „Ich muß leider sagen, die Inszenierung des Schahbesuches war „miserable“ und hat unseren Interessen in Persien unendlich geschadet, wir haben nichts weiter getan, als der russenfreundlichen Politik des Großwesirs Vorschub zu leisten“.

Auch Kaiser Wilhelm glaubte in diesem Bericht eine Bestätigung seiner Anschauungen zu finden. Er bezeichnete ihn als „sehr gut geschrieben“ und empfahl weitere sorgfältige Beobachtung der Entwicklung des russischen Einflusses auf Persien. „Und bei solcher Lage der Dinge“, stellte Wilhelm II. mit Genugtuung fest, „gibt es immer noch in England Leute, die von einem Rapprochement mit Rußland reden“¹⁷⁰.

Baron v. Holstein, der ebenso jede Besorgnis als unbegründet von der Hand wies, wies auf Lord Curzons chauvinistische Politik hin, die nie eine Beherrschung der persischen und arabischen Küsten durch irgendeine fremde Macht dulden werde, sondern England allein dafür berechtigt halte¹⁷¹: Aus diesem Grunde glaube er, sei für absehbare Zeit eine englisch-russische Annäherung unmöglich gemacht. Die russische Presse mache keinen Hehl daraus, Rußlands Forderung nach dem „Warmen Meer“ zu erheben. Was China betraf, so gab Holstein zu, daß sich dort für England-Frankreich-Rußland ein Ausgleichsgebiet ergeben könne, allerdings auch nur unter der Bedingung, wenn Amerika sich für die Aufteilung in Interessensphären einsetzen würde. Aber solange Deutschland das Neutralitätsprinzip verfolge, sei auch dafür keine Aussicht vorhanden.

Am 5. April 1903 meldete Graf Rex aus Teheran, daß zwischen der englischen und russischen Regierung ein Gedankenaustausch stattgefunden habe. Er fügte dem hinzu, daß bei solchen Unterredungen nicht viel herauskommen dürfte, vor allem nicht das, was England wünsche¹⁷². Also Rex bestätigte

170. DGP, Bd. 17, S. 553, Schlußbem.

171. DGP, Bd. 17, Nr. 5358.

172. DGP, Bd. 17, Nr. 5359.

seiner heimischen Regierung nur das, was deren eigene Anschauung war und diese gern hörte. Und als ihm der englische Gesandte in Teheran am 14. 4. 1903 offenbarte, daß der englisch-russische Gedankenaustausch ihn nicht ganz befriedige, triumphierte Rex, daß dieser Mißerfolg vorausszusehen gewesen sei¹⁷³.

Die Dreibundsannäherung England - Frankreich - Rußland hielten sowohl der deutsche Kaiser als auch Bülow und Holstein für unmöglich. Sie waren alle drei unbesorgt. Holstein bezeichnete die westliche Verständigung als Phantasiegebilde. Bülow war der Meinung, in anbetracht der starken englisch-russischen Spannung in Asien würde eine französisch-englische Annäherung höchstens den Zweibund lockern, also Frankreich und Rußland entfremden. Im gegebenen Fall würde sich dann sogar das alte Dreikaiserbündnis erneuern lassen können. Und Kaiser Wilhelm blies zum größten Teil in das gleiche Horn, wenn er auch in manchen Dingen einen gesunden Weitblick besaß. Zusammenfassend darf gesagt werden, daß die verantwortlichen Staatsmänner in Berlin die alte Politik des Abwartens weiterführten.

So würdigte Fürst Bülow die alarmierenden Nachrichten Eckardsteins vom 10. Mai 1903 nicht in dem Maße, die sie verdient hätten. Freilich, wenn der Dreibund auch noch fern lag und Eckardsteins Warnungen in ihren Tatsächlichkeiten etwas verfrüht wären, so waren sie doch „in ihren dynamischen Möglichkeiten richtig vorhergesehen“¹⁷⁴. Und auf diesen Gehalt, auf die von Eckardstein angekündigten „latenten Gefahren“ hin, hätten dessen Meldungen eine Würdigung erfahren müssen.

Die von den Botschaftern in London, Paris und Petersburg eingezogenen Meinungsäußerungen bestärkten Bülows Überzeugung noch mehr. Der deutsche Botschafter in Petersburg, v. Alvensleben, trat den Bülowschen Anschauungen, die in dessen Erlaß vom 13. Mai¹⁷⁵ niedergelegt waren, in allen Punkten bei. Er berichtete, daß sich zurzeit wohl eine rege propagandistische Tätigkeit für die Anlehnung an Rußland entfaltet

173. DGP, Bd. 17, Nr. 5360.

174. Oncken, a. a. O., S. 544.

175. DGP, Bd. 17, Nr. 5370.

habe, aber sie sei nur „Augenblicksmache“. Die Ankündigung einer englisch-französischen Annäherung betrachtete er als „Einschüchterungsversuch“.

Der Botschafter in Paris, v. Radolin, erwiderte auf den Bülow'schen Erlaß¹⁷⁶, daß sich „heißblütige Franzosen“ und „chauvinistische Engländer“ durch die Reise des englischen Königs zu weitgehendsten Vermutungen hätten hinreißen lassen, sogar wegen eines Dreiverbandes mit einer Spitze gegen Deutschland. Hierbei sei aber sicherlich „der Wunsch der Vater des Gedankens“ gewesen. Delcassé schien ihm ein „zu nüchterner und klarer Verstand“ zu sein, „um sich Illusionen hinzugeben“ (!). Radolin hielt die Überbrückung der Gegensätze zwischen den drei Mächten für so schwierig, daß zu ernster Besorgnis kein Anlaß bestände. Jedenfalls sei für absehbare Zeit die politische Lage dafür nicht günstig. Diese Stellungnahme ist verwunderlich, wenn man weiß, daß Radolin noch von anderer Seite Informationen hatte, die französisch-englisch-russische Unterhandlungen betrafen. In einer Unterhaltung mit dem Finanzmann Betzold¹⁷⁷, der den Londoner Rothschilds nahestand, teilte dieser mit, daß weitere Symptome für eine englisch-französische Annäherung beständen. Bei Anwesenheit des englischen Königs in Paris sei auch die Idee aufgekommen, ebenfalls eine Verbindung mit Rußland zu suchen. Nach einer englisch-französischen Verständigung über Marokko werde Frankreich die Vermittlerrolle zwischen England und Rußland übernehmen. Eine allmähliche Annäherung England-Frankreich-Rußland sei daher nicht ausgeschlossen. In englischen Parlamentskreisen und in der öffentlichen Meinung Englands sei eine Vereinigung der drei Mächte „schon aus Eifersucht gegen Deutschland ein populärer Gedanke“. Fürst v. Radolin verhielt sich diesen Äußerungen gegenüber äußerst skeptisch und legte Betzold die nach seiner Anschauung unüberwindlichen Schwierigkeiten dieses Dreimächtezusammengehens dar. Hierauf lenkte Betzold ein mit dem Bemerken, es sei ja nicht gesagt, daß ein solcher Dreibund wirklich zustande käme, doch er habe geglaubt,

176. DGP, Bd. 17, Nr. 5373.

177. DGP, Bd. 17, Nr. 5374.

seine Befürchtungen aussprechen zu dürfen, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, „rechtzeitig Gegenminen zu legen“.

Was Betzold mit diesen Meldungen Radolin gegenüber bezweckt haben mag, soll dahingestellt bleiben. Doch sie waren ein Beweis dafür, daß die Eckardsteinschen Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen waren: die hier wiedergegebenen Gesichtspunkte deckten sich vollkommen mit seinen Gedanken. Es ist nur verwunderlich, wie das deutsche Lager derartige Symptome ohne jeden Argwohn aufnahm und fast alle von demselben Optimismus beseelt waren.

Auch Graf Wolff-Metternich¹⁷⁸, der allgemein eine klare Beobachtungsgabe und gutes Beurteilungsvermögen besaß, sah die Lage schief, wenn er meinte, daß die Furcht und das Mißtrauen Englands gegen Deutschland seit Befestigung des russisch-französischen Bündnisses nachgelassen habe; lediglich im Handel bestehe dieses Mißtrauen noch fort. Aber gerade seit dem Scheitern der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen hatten Neid und Furcht vor Deutschland in der öffentlichen Meinung Englands Wurzel gefaßt. Und sicherlich wurde auch nicht umsonst ein englisch-französischer Meinungsaustausch erstrebt. Metternich bemerkte, es sei lediglich hierbei geblieben. Politische Abmachungen oder die Regelung unausgeglichener Fragen seien nach Aussagen von Sir Thomas Sanderson¹⁷⁹ nicht erfolgt, und es liege kein Grund vor, warum „die Aussage... nicht genau der Wirklichkeit entspreche“, denn dieser Mann sei „ein vorsichtiger Beamter“. Verhandlungen über koloniale Fragen seien schon seit langem, aber erfolglos unterhalten worden, und er habe die englische Regierung nicht von der Seite kennengelernt, daß sie materielle Dinge gegen einen ideellen Zweck ohne äußeren Druck einzutauschen gedenke. Eine Überbrückung der englisch-russischen Gegensätze hielt Metternich trotz Delcassés Bemühen kaum für möglich: „Weder Russen noch Engländer werden um der schönen Augen des Herrn Delcassé halber ihre wichtigsten Interessen in Asien aufgeben“. Und wenn doch, dann dürfe man darin noch keine antideutsche Spitze

178. DGP, Bd. 17, Nr. 5376.

179. Unterstaatssekretär des Auswärtigen.

suchen. England habe kein Interesse daran, gegen Deutschland Politik zu machen, und Rußland auch nicht. Er glaube, es könne eher umgekehrt liegen und gewünscht werden: Rußland mit Deutschland gegen England. Also abschließend ist auch hier festzustellen, daß Graf Wolff-Metternich keinen Grund zur Beunruhigung vorhanden sah.

Was aber die Ursache der englisch-französischen Annäherung betraf, so gab Metternich zu: „Ohne die deutsch-englische Entfremdung würde eine englandfreundliche Stimmung in Frankreich nicht möglich geworden sein, und Herr Delcassé hätte bis zur Erfüllung seiner Wünsche noch lange warten müssen. Ohne die Abneigung gegen Deutschland hätte die englische Presse nicht seit Monaten an einer Aussöhnung mit Frankreich arbeiten, noch Herr Cambon versöhnliche Reden halten können“¹⁸⁰.

Der französisch-englische Wunsch nach einer Beilegung ihrer Gegensätze erwuchs also der gleichen Wurzel: der gemeinsamen Abneigung gegen Deutschland.

Die volle Bedeutung der wirklichen Sachlage hatte der deutsche Geschäftsträger in London, Graf Bernstorff, erkannt¹⁸¹. Er schilderte, wie gerade zu dieser Zeit die öffentliche Meinung in England gegen Deutschland „hypnotisiert“ war. Die britischen Minister waren nicht in der Lage, sie zu beeinflussen. Selbst Chamberlain erfüllte die gleiche Abneigung gegen Deutschland und das gleiche Mißtrauen wie die Volksmeinung. Besonders waren der französische und russische Vertreter in London bemüht, die feindliche Stimmung gegen Deutschland zu schüren. Die russischen Agenten schleuderten böswillige Absichten Deutschlands in die englische Presse, die gläubige Leser fand. Graf Bernstorff empfahl daher, um wieder leidliche Beziehungen mit England anknüpfen zu können und eine Wiederaussöhnung zu ermöglichen, vorläufig alle strittigen Fragen aus dem Spiele zu lassen; nur so könne die britische öffentliche Meinung wieder gedämpft werden. Deutschland gelte dort als maßlos „ehrgeizig“ und „expansionslustig“. Es werde daher viel geholfen sein, wenn die deutsche Presse sich Beschränkung

180. DGP, Nr. 17, Nr. 5376.

181. DGP, Bd. 17, Nr. 5371.

hinsichtlich der Erörterung der Vergrößerung der deutschen Flotte auferlegen würde und vor allem den Eindruck vermeide, als sei sie gegen England gerichtet.

Die deutsch-englischen Beziehungen nahmen aber keine herzlicheren Formen an. Die Kluft zwischen beiden Mächten vergrößerte sich zusehends. Im Juli 1903 wurden vom englischen Parlament die Mittel dazu bewilligt, den Hafen Rosyth am Firth of Forth zu einem Kriegshafen ausbauen zu lassen und eine Flotte in der Nordsee aufzustellen. War damit nicht deutlich genug dokumentiert, gegen wen sich die englische Front zu stellen begann? Die englische Politik hatte sich von Deutschland abgewandt, an dessen Stelle Frankreich und Rußland treten sollten.

Da Holstein befürchtete, daß angesichts dieser Lage der Kaiser sich näher an Rußland anlehnen werde, versuchte er klar zu machen, daß eine derartige Bindung nur Rußland werde Vorteile bringen, denn im Rücken von Deutschland gedeckt, würde Rußland in seinem Expansionsstreben nach Osten bestärkt werden, hingegen hätte Deutschland mit englischem und amerikanischem Gegenwillen zu rechnen, wenn dieses sich nach Übersee ausbreiten wolle. Um allen Gefahren auszuweichen, empfahl Holstein wiederum ein ruhiges Abwarten. Sein Rat gipfelte in dem Satz¹⁸²: „Die Zeit läuft für uns, und unsere heutige, durch allgemeines Mißtrauen erschwerte Lage wird sich bessern, wenn wir uns nicht vor der Zeit, d. h. bevor ein deutscher Vorteil als Zweck mit in Betracht kommt, wirklich oder scheinbar festlegen“.

Genau so dachte auch Bülow. Als Ende 1903 die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung Rußlands mit Japan sehr nahe gerückt war, suchte der Zar Rückendeckung. Um zu erforschen, wie Deutschland sich im Falle des Konfliktes verhalten würde, kam der russische Zar am 4. 11. 1903 mit dem deutschen Kaiser in Wiesbaden zusammen¹⁸³. Fürst Bülow befürchtete, der Kaiser werde sich voreilig binden und riet ihm daher — falls Rußland um Unterstützung in dem bevorstehenden Kriege gegen Japan nachsuchen werde — zu betonen, daß

182. Denkschr. Holsteins v. 16. 4. 1903, s. auch DGP, Bd. 18,1, Nr. 5421.

183. DGP, Bd. 18,1, Nr. 5421 f.

Deutschland unbedingte Neutralität halten müsse. Der Kaiser selbst war entschlossen, dem Zaren „anders als auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Garantie keine Zusicherungen“ zu geben. Doch grundsätzlich war Kaiser Wilhelm gewillt, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt waren, den Zar zu unterstützen. Er war überzeugt, daß, wenn Deutschland sich nicht endlich für eine Macht entschied, es sich „zwischen die beiden Stühle“ setzen werde. Wilhelm II. sah ein, daß der Dreibund bedroht war und hielt durchaus eine Koalition gegen Deutschland für möglich. Auch glaubte er nicht daran, daß England in einem russisch-japanischen Kriege Japan zu Hilfe kommen werde, denn nur, wenn auch Frankreich die Russen unterstütze, sei der Bündnisfall für England gegeben¹⁸⁴.

Aus dem beschleunigten Fortgang der englisch-französischen Verhandlungen konnte man aber entnehmen, daß weder England noch Frankreich willens waren, im fernen Osten für den jeweiligen Bundesgenossen zu kämpfen. Als nämlich im Februar 1904 der russisch-japanische Krieg wirklich ausgebrochen war, standen die englisch-französischen Abmachungen kurz vor dem Abschluß. Ob schon während des Besuches König Eduards in Paris im Mai 1903 Verabredungen betreffs gegenseitiger Neutralität im Falle eines russisch-japanischen Krieges getroffen worden waren, oder später, wie vielfach vermutet wird, läßt sich nicht nachweisen. Am 14. Oktober 1903 hatten sich allerdings die beiden Mächte schon dahin geeinigt, daß alle Fragen, die nicht unmittelbar ihre Lebensinteressen berührten, dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt werden sollten.

Die Bagdadbahnfrage.

Zum Verständnis der politischen Entwicklung und der Mächtegruppierung nach 1900 muß noch eine Frage behandelt werden, die für die neue Konstellation äußerst wichtig ist: die Bagdadbahnfrage¹⁸⁵.

184. Bülow an Wilhelm II. 19.10.1903; Bülow an Holstein 31.10.1903, Aufzeichnungen vom 7. u. 14.11.1903 mit Korrekturen des Kaisers.

185. Vgl. üb. d. Bagdadbahnfrage DGP, Bd. 17, Kap. 114 u. BD, Bd. 1, 2, S. 536 ff. u. Bd. 2, 1, S. 282; im übr. verweise ich auf: Earle, E. M.: Turkey,

Die Erteilung der Konzession zum Bau der Bagdadbahn an eine deutsche Gesellschaft war eine Folge des neuen deutsch-türkischen Einverständnisses. Freilich hatte die Bagdadbahnpolitik schon unter Bismarck eingesetzt; ihre bewußte Förderung erhielt sie aber erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Im Jahre 1888 wurde einer Gruppe von Finanzmännern unter Führung der Deutschen Bank von der türkischen Regierung die Konzession für den Bau der Linie von Haidar Pascha (am Bosphorus) nach Ismid und zur Weiterführung nach Angora erteilt. 1892 wurde Angora erreicht. Eine weitere Konzession gab der Sultan für eine Seitenlinie dieser Strecke nach Konia, die 1896 fertiggestellt war. Das ausführende Organ war die Anatolische Eisenbahngesellschaft. Am 23. 12. 1899 schloß Georg v. Siemens das grundlegende Abkommen, in dem die türkische Regierung die Weiterführung der Bahn von Konia über Adana, Mosul und Bagdad nach Basrah gestattete. Nach der endgültigen Konvention vom 5. 3. 1903 wurde eine neue Körperschaft, die Bagdadbahngesellschaft, als Nachfolgerin der Anatolischen Eisenbahngesellschaft mit der Durchführung beauftragt. Die Konzession lief auf 99 Jahre und sah auch Zweiglinien nach Aleppo, Urfa, Chanikin (an der türkisch-persischen Grenze), und nach einer noch zu bestimmenden Endstation am Persischen Golf vor.

Zur Inangriffnahme eines solchen Projektes war um die Jahrhundertwende die Weltlage für Deutschland günstig. Rußland wurde 1898 durch die Erwerbung Port Arthurs in Ostasien in Anspruch genommen. Frankreich suchte in Afrika ein Betätigungsfeld, und England wurde 1899 in den Burenkrieg verwickelt.

the Great Powers and the Bagdad Railway; Mehrmann, K.: Der diplomatische Krieg in Vorderasien (unter bes. Berücks. d. Gesch. d. Bagdadbahn); Rosen, Fr.: Aus einem diplomatischen Wanderleben, Bd. 1, S. 64/75; ferner Schäfer, C. A.: Die Entwicklung der Bagdadbahnpolitik, H. 17 der Deutsch. Orientbücherei; Newton, a. a. O. S. 249 ff.; ich weise besonders hin auf die beiden Dissertationen von Butterfield und Mühlmann: Butterfield, P. K.: The Diplomacy of the Bagdad Railway 1890—1914, (1932). Mühlmann, K.: Die deutschen Bahnunternehmungen in der asiatischen Türkei 1888—1914, (1926). Vgl. auch Wahl, A.: Deutsche Geschichte, Bd. 4 (1936) S. 298 ff.

Aber es war augenscheinlich, daß diesen Mächten die Interessennahme Deutschlands für den Orient nicht gleichgültig sein und bleiben konnte, vor allem dann nicht mehr, wenn die außenpolitische Freiheit ihnen wieder gestattete, ihr besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Dinge im mittleren Osten zu richten. So war England die wirtschaftliche Erschließung der Türkei und Mesopotamiens durch eine fremde Macht auf keinen Fall erwünscht. Der Landweg Konstantinopel-Bagdad-Persischer Golf war sowohl eine Konkurrenz des von England beherrschten Seehandelsweges nach Indien als auch eine Bedrohung der englischen Vormachtstellung im Persischen Golf. Außerdem besaß der Persische Golf die Eigenschaft einer Flankenstellung für den Seeweg nach Indien. Aus diesen Gründen konnte es der englischen Politik natürlich nicht gleichgültig sein, wenn sich Pläne fremder Mächte mit der Aufschließung des genannten Gebietes befaßten. Zumindest mußte England eine Mitbeteiligung fordern. Die Aufschließung der Türkei bedeutete ferner eine wirtschaftliche Kräftigung des Landes, wodurch auch seine politische Machtstellung erhöht wurde. Aber eine Militärmacht am Persischen Golf wollte England unter keinen Umständen dulden. Darum sah es in dem Türkischen und Deutschen Reiche diejenigen Mächte, auf die sein besonderes Augenmerk gerichtet werden mußte, um die Hegemoniestellung Englands in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten. Wie empfindsam England bezüglich einer Festsetzung fremder Mächte an der arabischen und persischen Küste oder überhaupt im mittleren Osten war, bewies seine Drohung mit dem *casus belli*, als Frankreich 1898, nachdem es sich aus dem ägyptischen Sudan zurückziehen mußte, versuchte, sich durch einen Vertrag mit dem Sultan von Maskat einen Eingang im Persischen Golf zu verschaffen¹⁸⁶.

Daß England während des Burenkrieges dem deutschen Bagdadbahnunternehmen keine Schwierigkeiten machte, ist bereits gesagt worden. Auch betreffs der Endstrecke zum Persischen Golf wollte England mit sich reden lassen. Es versuchte sogar, Deutschland in die mittelasiatischen Fragen tiefer zu ver-

186. BD, Bd. 1, 2, Nr. 255, Anm.

wickeln, um Deutschland mit dem Vordringen Rußlands in Konflikt zu bringen. Dies Ansinnen lehnte die deutsche Regierung aber ab. Sie wollte eine strikte neutrale Haltung wahren. Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt v. Mühlberg formulierte das Ziel Deutschlands dahin¹⁸⁷; es gelte, „die asiatische Rivalität Englands und Rußlands so für uns auszunutzen, daß wir bald mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen, bald mit einem Knix vor dem russischen Bären unsere Bahn bis Koweit am Persischen Golf hindurchschlängeln“.

Rußland stand dem Bagdadbahnprojekt ablehnend gegenüber. Es sah darin weniger ein Druckmittel Englands gegen die eigenen Pläne in Persien als vielmehr eine Bedrohung in militärischer und eine starke Konkurrenz in wirtschaftlicher Hinsicht. England konnte im Augenblick diese Tatsache nur willkommen sein: indem es dem deutschen Bahnprojekt keine Schwierigkeiten bereitete, schürte es indirekt den deutsch-russischen Gegensatz. Es behielt selbst Handlungsfreiheit in Südafrika, ohne eine drohende Intervention der europäischen Großmächte befürchten zu müssen. Rußlands Gegnerschaft gegen die Bagdadbahn wurde noch durch die Befürchtung verstärkt, Deutschland könne sich eine herrschende Stellung am Bosphorus erwerben und durch die wirtschaftliche Stärkung der Türkei dem Sultan eine militärische Macht begründen helfen. In Rußlands Augen galt aber die Türkei als der „kranke Mann“, an dessen Erbschaft es sich einmal beteiligen wollte¹⁸⁸. Der Argwohn und der Gegensatz Rußlands zu Deutschland mußte sich vergrößern, als die russische Regierung an Deutschland herantrat — sie werde der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in Vorder- und Mittelasien keine Schwierigkeiten bereiten, wenn dieses seinerseits die russischen Ansprüche auf den Bosphorus anerkenne — aber auf Ablehnung stieß.

Frankreich begrüßte das Bagdadbahnprojekt und wollte sich sogar beteiligen. Tatsächlich kam im Mai 1899 ein Bahnabkommen zwischen der deutschen und französischen Finanzgruppe

187. DGP, Bd. 17, Nr. 5213; vgl. auch Nr. 5212.

188. Vgl. die Denkschr. d. russ. Außenministers Murawiew v. J. 1900, „Krasny-Archiv“, Bd. 18, Berl. Monatsh. Jg. 6, 1928, S. 638/70.

zustande, nach dem beide Parteien gemeinschaftlich das Unternehmen in Angriff nehmen wollten. Eine englische Gruppe fand sich nicht zur Beteiligung bereit. Die Aktionäre der englischen Smyrna-Aidin-Bahngesellschaft lehnten den deutschen Vorschlag ab, durch Aufnahme anatolischer Bahnaktien dem Unternehmen beizutreten.

Rußland bemühte sich nun, von der Türkei Gegenkonzessionen zu erlangen; und zwar sollte der Sultan ihm ein Vorzugsrecht für den Bau von Eisenbahnen im Küstengebiet des Schwarzen Meeres einräumen¹⁸⁹. Im April des Jahres kam hierüber auch wirklich ein türkisch-russisches Abkommen zustande¹⁹⁰. Der von Rußland beabsichtigte Zweck war nur, die deutschen Pläne zu durchkreuzen. Die Russen machten ferner Anstrengungen, die Deutschen von der wirtschaftlich allein rentablen Tigrislinie abzubringen und auf die unmögliche Euphratlinie zu drängen¹⁹¹. Deutschland sicherte aber durch ein Geheimabkommen mit dem Sultan (vom 10. 3. 1900) der Anatolischen Bahngesellschaft die Linie am Tigris entlang^{191a}. Daß Rußland gar nicht daran dachte, in der ihm konzessionierten Zone selbst Eisenbahnen zu bauen, sondern nur verhindern wollte, daß die Türkei wirtschaftlich und politisch gestärkt wurde — ein führender Türke prägte einmal den treffenden Satz: „Rußland will unser Land verfaulen lassen“ — stand vor Abschluß des russisch-türkischen Abkommens fest. Am 26. Februar hatte Sinowiew bereits die Maske fallen gelassen, indem er erklärte, daß, „wenn die Pforte auf die Bagdadbahn verzichte, Rußland von seinen Forderungen Abstand nehme und bereit sei, eine schriftliche Erklärung des Inhalts abzugeben, daß die

189. Murawiew, Berl. Monatsh. S. 648 (1928): „Wenn wir (Rußland) tatsächlich den Sultan dazu bringen, in einem bestimmten Gebiet am Südufer des Schwarzen Meeres keiner ausländischen Macht Eisenbahn- oder andere Konzessionen zu gewähren, und wir gleichzeitig von der Türkei die Zusicherung erhalten, den Bosphorus nicht zu befestigen, so kompensieren diese Ergebnisse bis auf weiteres in genügendem Maße die den Deutschen erteilte Konzession zum Bau der Bagdadbahn und geben uns die Möglichkeit, den weiteren Gang der Ereignisse im türkischen Orient ruhig abzuwarten“.

190. DGP, Bd. 17, Nr. 5221.

191. DGP, Bd. 17, Nr. 5214 u. 5217.

191a. DGP, Bd. 17, Nr. 5216 u. 5219.

kaiserliche Regierung auf jede Eisenbahnkonzession verzichte, wogegen die Pforte ihrerseits zusagen müsse, Eisenbahnen fernerhin nur „par ses propres moyens“ zu bauen und zu diesem Zweck weder im Ausland Anleihen aufzunehmen noch irgendwelche Konzessionen an Private zu erteilen“¹⁹². Die Türkei war aber nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln Eisenbahnen zu bauen. Rußland wünschte also nur den wirtschaftlichen Verfall des Osmanischen Reiches. Da jedoch der Sultan für derartige Druckmittel empfänglich war, erteilte er Rußland die Konzession zum Bau von Eisenbahnen im Schwarzen-Meer-Gebiet.

Graf v. Bülow empfahl dem deutschen Botschafter in Konstantinopel, Frhrn. v. Marschall, Herrn Sinowiew gegenüber keinen Gegensatz zu den russischen Eisenbahnwünschen hervorzukehren, sondern zu betonen, daß das Bagdadbahnunternehmen durch den Ausbau des kleinasiatischen Bahnnetzes durch Rußland nur gefördert werden könne und dann dazu dienen werde, den Charakter der Bagdadbahn als eines internationalen Projektes hervorzuheben und für ein gegenseitiges fruchtbringendes Verständnis den Boden zu bereiten. Von französischer Seite befürchtete Bülow keine Ungelegenheiten, denn die russische Freundschaft habe Frankreich schon zuviel gekostet. Er empfahl aber Beobachtung, damit noch rechtzeitig verhindert werden könne, wenn die französische Gruppe ins russische Lager überschwenke. Von England hielt er im Augenblick keine „Quertreibereien“ für möglich, denn in Downing Street sehe man es gern, „wenn wir uns möglichst in kleinasiatische Unternehmungen einlassen“. Er war so optimistisch zu glauben, daß, wenn Deutschland den Engländern die Hoffnung stärke, „in uns einen kräftigen Bundesgenossen“ gegen Rußland zu finden, Deutschland ohne Verwicklungen den Weg bis nach Koweit am Persischen Golf beschreiten könne¹⁹³. Kaiser Wilhelm teilte diese Ansicht¹⁹⁴. Der Gedanke, daß diese von Konstantinopel anrückende „deutsche Gefahr“ England und Rußland einmal zusammenführen konnte, kam dem Kaiser und dem Kanzler nicht.

192. DGP, Bd. 17, Nr. 5217.

193. DGP, Bd. 17, Nr. 5215; vgl. Murawiew, Berl. Monatsh. 1928, S. 648 f.

194. DGP, Bd. 17, Nr. 5215, Vermerk des Kaisers.

In England regte sich gegen das Bagdadbahnunternehmen bald die Privatkonzurrenz. Ihr eifersüchtiges Benehmen trat besonders in Erscheinung, als im März 1900 laut wurde¹⁹⁵, daß Georg v. Siemens in nächster Zeit nach Konstantinopel reisen werde, um den definitiven Vertrag zur Bagdadbahnkonzession abzuschließen. In Konstantinopel versuchten diese englischen Privatmänner Intrigen² gegen das Unternehmen zu schmieden. Das „Berliner Tageblatt“ wußte im April über diese Tätigkeit englischer Kapitalisten zu berichten. Die Beziehungen zwischen der deutschen und der englischen Regierung wurden aber davon nur wenig berührt. Am 16. Oktober einigten sich Deutschland und England sogar über ihre gegenseitigen Interessen in China (Jangtse-Abkommen).

Im Jahre 1900 zwang Geldnot die Türkei dazu, von den Großmächten die Zustimmung zu einer Zollerhöhung zu erlangen. Diese Mehreinnahmen durch den Zoll waren gleichzeitig als Pfand für die zu dem Bau der Bagdadbahn zu erbringende Garantie gedacht. Bei entsprechender Beteiligung an dem Unternehmen wollten die Mächte einer Zollerhöhung zustimmen. Rußland hatte sich allerdings von vornherein ablehnend verhalten, da es befürchtete, daß die Türkei infolge des Mehraufkommens durch die Zolleinnahmen ihren Etat für Rüstungen erhöhen würde. Um die Zustimmung Rußlands doch zu erlangen, hatte Delcassé anlässlich seines Besuches in Petersburg (20.—27. 4. 1901) ein russisch-türkisches Handelsabkommen, das für die Garantiefolge des Bagdadbahnunternehmens unbedingt zustandekommen mußte, sehr befürwortet und versucht, Rußland für eine Beteiligung am Bahnunternehmen zu gewinnen. Die Anregung dazu hatte v. Siemens selbst gegeben, um die russisch-deutschen Reibungspunkte zu vermindern¹⁹⁶. Rußland erklärte sich dann dazu bereit, der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten zu machen und auch den Handelsvertrag mit der Türkei abzuschließen. Seine Bedingungen waren: 1. daß von den aus den Handelsverträgen zu erwartenden Mehreinnahmen nichts „dans les caisses du trésor imperial ottoman“ fließe, 2. daß die Bagdad-

195. s. Frankfurter Zeitung v. 2. 3. 1900.

196. DGP, Bd. 17, Nr. 5230 u. 5232.

bahngesellschaft eine internationale werde unter gemeinsamer Einflußnahme aller Beteiligten, 3. daß Rußland eine Beteiligung an dem Unternehmen eingeräumt werde. Delcassé nahm diese Bedingungen in Petersburg an, die durch Notenaustausch zwischen Lamsdorff und dem französischen Botschafter festgelegt wurden¹⁹⁷.

Deutscherseits erhob Frhr. v. Richthofen, der Staatssekretär des Auswärtigen, Bedenken gegen die Erweiterung des ursprünglich als deutsch-französisch gedachten Unternehmens zu einem deutsch-französisch-russischen. v. Siemens wollte aber dafür sorgen, daß die Leitung der Bahn, wenn tatsächlich eine russische Beteiligung zustande käme¹⁹⁸, ganz in deutschen Händen bleibe; er gab allerdings auch zu, wie Richthofen befürchtete, daß „bezüglich des Bahnbaues eine Einbuße des deutschen Einflusses eintreten werde“¹⁹⁹. Da aber die derzeitig laufenden englisch-deutschen Bündnisverhandlungen keine Aussicht auf eine baldige, beide Parteien befriedigende Lösung gaben, ja als man in Berlin überzeugt war, daß, solange Salisbury „mitzureden“ habe, „von England ein Aufgeben der Isolierungspolitik nicht zu erwarten“ sei²⁰⁰, befürworteten die deutschen Staatsmänner die deutsch-französisch-russische Interessengemeinschaft in der Bagdadbahnpolitik. Sie glaubten, durch diese Umwandlung des Unternehmens in ein internationales, wobei der Beitritt Englands auch offengehalten wurde, den rechten Weg zu gehen und einen deutsch-russischen Konflikt verhindern zu können, den Salisbury so gern herbeiführen möchte. Da im August 1901 Besprechungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Eduard VII. bevorstanden²⁰¹, befürchtete Mühlberg, daß diese indirekt auf eine Besserung der englisch-russischen Gegensätze einwirken könnten. Er hielt daher für erforderlich, daß die deutsche Regierung die Umwandlung des Bagdadbahnunternehmens in ein deutsch-französisch-russisches auch formell gutheißen und

197. DGP, Bd. 17, Nr. 5231.

198. Sie kam aber nicht zustande.

199. DGP, Bd. 17, Nr. 5233.

200. Desgl. Aufzeichn. v. Mühlbergs v. 2. 8. 1901.

201. Die Besprechungen fanden am 23. 8. 1901 in Homburg statt.

diesbezüglich in Petersburg amtlich Mitteilung machen sollte. Damit wäre die politische Reibungsfläche zwischen Deutschland und Rußland beseitigt, meinte Mühlberg.

Nunmehr zeigte auch England sichtliches Interesse für eine Beteiligung an dem Bahnunternehmen. Der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir Nicholas O'Connor, unterbreitete am 15. 8. 1901²⁰² dem deutschen Geschäftsträger, Frhrn. v. Wangenheim, in äußerst diplomatischer² Weise seine Zweifel, die ihm hinsichtlich der Festigkeit des französisch-deutschen Abkommens über die Bagdadbahn gekommen seien. O'Connor glaubte, daß diese Allianz auf die Dauer dem russischen Streben, sie wieder zu zerstören, und dem französischen Chauvinismus nicht werde standhalten können. Selbst der französische Botschafter Constantz habe diese Bedenken erhoben. O'Connor bot daher die evtl. Bereitschaft Englands an, an der Stelle von Frankreich mit Deutschland das Unternehmen durchzuführen. Daß Rußland sich beteiligen könnte, hielt er wohl nicht für möglich.

Gewiß waren die Zweifel O'Connors nicht unberechtigt, aber es muß daran erinnert werden, daß bei Abschluß der Vorkonvention im Mai 1899 keine englische Finanzgruppe sich für eine Beteiligung bereit erklärte, und nachher Sir O'Connor selbst es war, der von „einem schlechten Eindruck“ sprach, wenn man deutscherseits englische Teilnehmer für ein bereits „fertiges Abkommen“ interessieren wolle²⁰³.

Es ist allerdings nicht schwer, die Hintergründe Englands aufzudecken, wenn es sich jetzt für eine evtl. Beteiligung bereit erklärte: denn das politische Zusammengehen mit Deutschland im Orient konnte es gegen Rußland verwerten, und was die gemeinsame Behandlung der wirtschaftlichen Fragen betraf, so war England stets in der Lage, die deutschen Pläne in Kleinasien zu überwachen und zu kontrollieren.

Am 21. Januar 1902 unterzeichnete die Türkei die Konzession für die Anatolische Eisenbahngesellschaft, wodurch die Verlängerung der Bahnlinie bis Bagdad und zum Persischen

202. DGP, Bd. 17, Nr. 5234.

203. DGP, Bd. 17, Nr. 5227, Anlage S. 399 ff.

Meerbusen ermöglicht wurde. In den beiden folgenden Jahren schwebten noch Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, England, der Türkei und Rußland über die Höhe des Anteils, den die verschiedenen Mächte an dem Bagdadbahnunternehmen bekommen sollten. England war nun nach Beendigung des südafrikanischen Krieges wirklich bereit, sich maßgebend an dem Projekt zu beteiligen. So sprach Lord Lansdowne im Frühjahr 1902 sich zugunsten der deutschen Pläne aus, vorausgesetzt, daß englisches Kapital in gleichem Maße beteiligt werde²⁰⁴. Im November 1902 trat eine Konferenz von Vertretern der britischen Admiralität, des Auswärtigen Amtes, des Ministeriums für Indien und des Kriegsministeriums für eine Beteiligung an der Bagdadbahn ein. Man stellte hier aber die „*conditio sine qua non*“, daß England den vollen Anteil an der Kontrolle wie an allen aus ihrem Bau zu erzielenden Vorteilen erhalten mußte²⁰⁵. Dementsprechend formulierte Lansdowne am 4. 2. 1903 die Stellungnahme und die Bedingungen der britischen Regierung folgendermaßen²⁰⁶: „wir sind dem Projekt günstig gesinnt und würden es für höchst unerwünscht halten, wenn es ohne unsere Mitwirkung und ohne eine genügende Beteiligung von seiten unseres Landes am Bau, an der Verwaltung und Kontrolle der Linie ausgeführt würde“. Lansdowne machte demnach auch keine Schwierigkeiten, als sich ein englisches Finanzkonsortium bildete, das bereit war, das Bagdadbahnprojekt unter der Voraussetzung einer gleichwertigen Mitbeteiligung zu unterstützen. Die Gesellschaft erbat von der Regierung gewisse Garantien, die sie für notwendig hielt, wenn der Erfolg sichergestellt werden sollte. (So eine Beisteuer für die englische Postbeförderung, Erhöhung der türkischen Zolleinnahmen, Endstation in Koweit am Persischen Golf). Lans-

204. Lansdowne an Lascelles, 18. 3. 1902; s. ferner Randbemerkung Lansdownes zu dem Bericht O'Conors v. 10. 4. 1902: „es wäre nach meiner Ansicht ein großes Unglück, wenn diese Eisenbahn ohne brit. Beteiligung gebaut werden sollte“. BD, Bd. 2,1, S. 287 f., 289.

205. BD, Bd. 2,1, Nr. 216.

206. Brief an Sir E. Cassel, vgl. BD, Bd. 1,2, Anhang: Memorandum Tilley üb. Beziehungen Deutschlands u. Großbritanniens 1892/1904, S. 538; vgl. auch BD, Bd. 2,1, Nr. 206.

downe wußte keinen Grund, warum diese Vorschläge nicht in Betracht zu ziehen seien²⁰⁷.

Es ging aus der Stellungnahme der britischen Regierung aber unmißverständlich hervor, daß das englische Kapital volle Gleichberechtigung verlangte. Würde ihm diese nicht gewährt, so hatte man wahrscheinlich mit einer Bekämpfung des Unternehmens zu rechnen. So erwartete noch am 14. April Lansdowne ein Anerbieten auf der Grundlage gleichberechtigter Teilnahme der Mächte Großbritannien — Frankreich und Deutschland. Jede dieser Parteien müsse die gleiche Anzahl von Direktoren erhalten. Er wollte also das Unternehmen auf eine internationale Grundlage stellen, um keinen Teil der Bahn von einer einzelnen Macht kontrollieren oder überwachen zu lassen²⁰⁸.

Aber gegen die Bereitschaft der britischen Regierung für eine Beteiligung erhob sich in England eine scharfe Pressekritik. Vor allem die von russischen Agenten genährten Zeitungen waren eifrig bemüht, das Übergewicht Deutschlands in Kleinasien als ein drohendes Schreckgespenst an die Wand zu malen. Die „National Review“ gab den Ton an und ihr folgte der „Spectator“ mit einer äußerst gehässigen Artikelserie²⁰⁹. Der Erfolg blieb dem Pressefeldzug nicht versagt. Die Regierungsopposition bezichtigte die englische Regierung, sie habe sich von deutschen Finanzmännern einfangen lassen und sei gewillt, die deutschen Wünsche „blindlings zu erfüllen“. Über die allgemeine Stimmung in London berichtete Graf Wolff-Metternich am 12. 4. 1903: „Die Stimmung inner- und außerhalb des Parlaments ist so, daß man unter keinen Umständen neue Verträge oder Abmachungen mit der deutschen Regierung haben will“²¹⁰.

207. Die Äußerungen Lansdownes am 31. 1. 1903 gegenüber d. deutsch. Finanzvertreter v. Gwinner waren nur taktisches Manöver, um die Deutschen für die Annahme d. brit. Forderungen zu gewinnen. Lansdowne erwähnte nämlich, daß die Bahn für die Interessen Großbritanniens schädlich sei, da man bisher den kürzesten Weg nach Indien allein in der Hand gehabt habe, und er glaube, daß ein Zusammenwirken zwischen England u. Rußl. genügen würde, den Bahnbau zum Scheitern zu bringen; DGP, Bd. 17, S. 432; vgl. Oncken, a. a. O. S. 541, Anm. 1.

208. DGP, Bd. 17, Nr. 5258; BD, Bd. 2, 1, Nr. 217.

209. Oncken, a. a. O. S. 541.

210. DGP, Bd. 17, Nr. 5259. Metternich empfahl, man solle sich nicht

Am 5. März 1903 war die definitive Konvention abgeschlossen worden. Die verschiedenen Beteiligungen an der Finanzierung der Bagdadbahn waren wie folgt gedacht: 10% die Anatolische Eisenbahngesellschaft, 25% die französische Gruppe, 25% die deutsche Gruppe, 25% die britische Gruppe, 15% andere Länder, Österreich, Schweiz usw.²¹¹.

Der öffentliche Meinungskampf in England gegen das Unternehmen ging weiter, um die zwischen der deutschen und der englischen Gruppe noch laufenden Unterhandlungen zum Scheitern zu bringen. Lansdowne hatte sich für eine Beteiligung auf der Grundlage internationaler Gleichberechtigung bereit erklärt, und er hielt daran fest. Im Memorandum vom 14. 4. 1903 legte er nochmal die Möglichkeiten der britischen Haltung nieder²¹²: England könne dem Bau wohl Schwierigkeiten machen, aber ihn nicht verhindern; die Bahn würde trotz britischer Zurückhaltung gebaut werden. Selbst wenn England sich dem Bahnbau in Koweit in den Weg stelle, so ständen als Endstationen der Bahn auch andere Punkte am Persischen Golf zur Verfügung. Andererseits kennzeichnete Lansdowne die Bahn als für England verkehrspolitisch wertvoll in bezug auf die Landverbindung nach Indien. Die Bahn würde außerdem reiche und produktive Gebiete erschließen. Unter diesem Gesichtspunkt würde eine Nichtbeteiligung Englands den fremden Einfluß in diesen Gebieten steigern und ein fremder Hafen am Persischen Golf entstehen, ohne daß England dessen Verwaltung regulieren könne. So kam Lansdowne zu dem Schluß, „daß wir eine solche Linie nicht über unsere Köpfe weg bauen lassen dürfen“. Die Befriedigung des russischen Wunsches nach einem Zugang zum Persischen Golf dachte Lansdowne sich so, daß man ihm ge-

um die Engländer bekümmern, sondern sie „laufen lassen“, „das wird sie am raschesten wieder zur Besinnung bringen“; vgl. a. Oncken, a. a. O. S. 309.

211. BD, Bd. 2,1, Nr. 212, Anlage 1, S. 297. — Die Baugelder sollten durch Ausgabe von Staatsschuldverschreibungen gegen Verpfändung von Staatseinnahmen aufgebracht werden. Die Gesellschaft sollte Eigentümerin der Bahn werden und diese ihrerseits den Gläubigern verpfänden. Die Anatolische Bahn blieb für die Bagdadbahn eine besondere Gesellschaft, deren Sonderrechte ihr verbleiben; vgl. Mehrmann, a. a. O., S. 63 f.

212. BD, Bd. 2,1, Nr. 216.

statten solle, eine Bahn von Eriwan nach Bagdad zu bauen und ihm Transportbefugnisse auf der Anatolischen Bahn zwischen Bagdad und Koweit zu geben.

Aber die öffentliche Meinung in England sollte sich als der Stärkere erweisen; durch sie wurde nämlich alsbald die Zuversicht des Londoner Finanzsyndikats gebrochen, der im April 1903 der Rückzug der britischen Regierung folgte²¹³.

Am 23. April 1903 nahm Balfour die bisher bezeugte Bereitwilligkeit der britischen Regierung auf eine neue Anfrage im Unterhause hin zurück. Als Begründung wurde die Erklärung gefunden, daß das ganze Projekt „völlig in den Händen einer unter deutscher Kontrolle stehenden Gesellschaft“ verbleibe. Die Großbritannien gemachten Vorschläge böten keine genügende Sicherheit für die internationale Kontrolle der Linie und dafür, daß nicht einer einzelnen Macht eine Vorzugsbehandlung gewährt würde. Balfour erklärte außerdem, daß die britische Regierung die erbetenen Zusicherungen für die Bahn in bezug auf die Beförderung der indischen Post und auf Erleichterungen in Koweit nicht mehr geben könne²¹⁴.

Die englische Presse nahm die Balfoursche Ablehnung mit „ungeteilter Befriedigung“ und einem „nicht ungerechtfertigten Gefühl des Stolzes“ auf, und sie nahm für sich das Verdienst in Anspruch, „durch planmäßige und energische Bearbeitung der öffentlichen Meinung die endgültige Entscheidung der Regierung in dem beabsichtigten Sinne herbeigeführt zu haben“²¹⁵. Die englischen Zeitungen erwarteten nun einen endgültigen Abbruch der Verhandlungen. Die deutsche Regierung, d. h. Bülow und der Kaiser, hatten mit einem Scheitern und dem negativen Ausgang nicht gerechnet. Sie führten ihn auf die feindliche Agitation der Presse, namentlich der von russischen Agenten beeinflussten, zurück. Kaiser Wilhelm war darüber äußerst verbittert, so daß Alvensleben dem russischen Außenminister Lamsdorff „scharf und unzweideutig“ von ihm bestellen sollte, „daß, wenn

213. Lord Lansdowne vermerkte zu einem Bericht O'Conors v. 15. 12. 1903: Wären die Finanzmänner nicht „ausgerissen“, so wäre ich dafür gewesen, an unserer Stellungnahme festzuhalten. BD, Bd. 2,1, Nr. 224, S. 316.

214. BD, Bd. 2,1, Nr. 219.

215. DGP, Bd. 17, Nr. 5261.

er nicht wünsche, mich im Balkan wo anders als an seiner Seite zu sehen, er sofort dem Treiben seiner Agenten in London halt gebieten soll! sonst hat er es bei mir verspielt"²¹⁶.

Wolff-Metternich hatte aber schon am 12. April 1903 von den „zwei Seiten“ einer Mitbeteiligung Englands gesprochen. Den Nutzen sah er in der rascheren Förderung des Werkes und darin, daß Deutschland sich Rußland gegenüber, dem das Werk „ein Dorn im Auge“ sei, durch die stärkere Betonung der Internationalität freier fühlen könne. Der Nachteil lag seiner Meinung nach darin, daß England sich durch seine Kapitalkräftigkeit im gegebenen Moment den Fleiß anderer zunutze machen und sich an ihre Stelle setzen könne. „Dann hätten wir Jahre lang die Russen umsonst geärgert“²¹⁷.

Die englische Presse begründete den Schritt ihrer Regierung folgendermaßen: solange die Anatolische Bahn von Haidar Pascha nach Konia sich in den Händen der Deutschen befände, sei keine hinreichende Gewähr für den internationalen Charakter der Bagdadbahn gegeben, weil die deutsche Gesellschaft im Besitz des Schlüssels der Tür zum Durchgangsverkehr verbleibe. Doch diese Begründung kann nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn die Vertreter der Anatolischen Eisenbahngesellschaft hatten ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Kontrolle ihrer Linien zu einem künftigen Zeitpunkt der internationalen Gesellschaft zu übertragen. Eine Garantie für die Einhaltung dieses Versprechens hatte sie durch die Erklärung gegeben, daß bei Nichterfüllung die britische Regierung ihre versprochenen Erleichterungen für einen Hafen am Persischen Golf und ihre Zusage für die Beförderung der indischen Post auf der Strecke zurücknehmen könnte. Gleichfalls mußte es der englischen Regierung klar sein, daß die fertiggestellte Bagdadbahn für das Gedeihen der Anatolischen Linie eine Vorbedingung war, also Letztere es sich gar nicht leisten konnte, eine etwa feindselige Haltung einzunehmen.

Mit der Eisenbahnkonzession waren viele wertvolle Privilegien verbunden. Nämlich außer den Materialbestellungen für

216. DGP, Bd. 17, Nr. 5262, Schlußbem. d. Kaisers.

217. DGP, Bd. 17, Nr. 5259.

den Bau der Bahn sicherte sie weitgehende Bergbaurechte auf beiden Seiten der Bahn, ferner das Schiffahrtsrecht auf Euphrat und Tigris während der Dauer des Eisenbahnbaues — eine Konzession, die gewiß auch verlängert werden konnte — und einen Handelshafen am Persischen Golf. Sämtliche Rechte waren also dazu angetan, wenn England an der Bahn nicht beteiligt wurde, sowohl seinen Einfluß in Westpersien einzuschränken, als auch die bevorzugte Stellung Großbritanniens im Golf durch Wettbewerb ungünstig zu beeinflussen. Englands Prestige war demnach in ganz Mittelasien bedroht.

Fragt man nach dem tieferen Grund des englischen Rückzuges von der Bagdadbahn, so muß man diesen Akt schon als ein Glied der sich anbahnenden Entente politik betrachten²¹⁸. Die Frontverschiebung begann seit dem Abbruch der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen und wurde eingeleitet durch die darauf folgende englisch-französische Fühlungnahme. Die englische Regierung mußte vor der öffentlichen Meinung des Inselreiches kapitulieren, weil sich in dieser bereits die Gewalten äußerten, „die auf der ganzen Linie die Konsequenzen gezogen wissen wollten“²¹⁹. Und „indem die englische Regierung selbst die Hand von dem kleinasiatischen Unternehmen der Deutschen zurückzog, zeigte sie bereits den Russen in der Ferne eine Möglichkeit, sich über ihre gemeinsamen Interessen im nahen Orient gegen den mitteleuropäischen Rivalen zu verständigen“²¹⁹.

Lord Newton beschließt in seiner Lansdowne-Biographie das Kapitel über die Bagdadbahn folgendermaßen: „The story of the Bagdad Railway negotiations in 1902—1903 is a striking instance of a conflict in England between reason on the one side and sentiment on the other, and it is a singular fact that in the end it was the latter which was justified“²²⁰.

Von hier aus fällt auch ein anderes Licht auf die so oft angeführte Erklärung Lord Lansdownes vom 5. Mai 1903 vor dem Oberhaus, daß „die Anlegung einer Flottenstation oder eines befestigten Hafens durch eine andere Macht im Persischen Golf als eine schwere Bedrohung der englischen Interessen“ ange-

218. Berl. Monatsh. 1930, S. 534.

219. Oncken, a. a. O. S. 542.

220. Lord Newton, a. a. O., S. 255.

sehen werde²²¹. Deutscherseits sah man darin eine ausschließliche Warnung an Rußland. Die gesamte deutsche Presse schenkte dieser Oberhausrede große Beachtung. Die „National-Zeitung“ meinte²²², die Erklärung könne nicht gegen Deutschland gerichtet sein, das am Persischen Golf keinen „territorialen Ehrgeiz“ habe. Sie sprach von der politischen Suprematie Englands im Golf und stellte ihr das Anwachsen und die Stärke des russischen Einflusses in Persien gegenüber. In Wirklichkeit sollte aber Lansdownes Warnung ebenso sehr in Berlin wie in Petersburg gehört werden. Sie war für den Fall des Baues der Bagdadbahn ohne britische Beteiligung, wenn nicht als Köpfung des ganzen Unternehmens, so doch bestimmt als Blockierung der Endstrecke zum Persischen Golf zu verstehen²²³. Den Grund des ungünstigen Ausganges der Verhandlungen gab der „Daily Telegraph“ offen zu: „Deutschenhaß“²²⁴.

Am 23. Oktober 1903 lehnte auch der französische Ministerrat die offizielle Beteiligung an der Bagdadbahn ab²²⁵, allerdings hielt das französische Syndikat die Mitbeteiligung seines Kapitals aufrecht²²⁶. Die Ablehnung der französischen Regierung war auf Delcassés Einfluß zurückzuführen, der im Einvernehmen mit Rußland handelte²²⁷. Zu der gleichen Zeit begannen dann auch zwischen England und Frankreich die vorführenden Unterhaltungen zur Aufhebung der Interessengegensätze in kolonialen Fragen.

Der Bau der Bagdadbahn hatte im Juli 1903 mit der ersten 200 km langen Teilstrecke Konia—Eregli begonnen. Das not-

221. BD, Bd. 2,1, Nr. 222; BD, Bd. 4, Nr. 321a, S. 611.

222. Vom 7. Mai 1903, Nr. 278, Morgen-Ausg., zit. in BD, Bd. 2,1, Nr. 222.

223. Vgl. Oncken, a. a. O. S. 542, Anm. 1.

224. Mehrmann, a. a. O. S. 67.

225. DGP, Bd. 17, Nr. 5274.

226. Mehrmann, a. a. O. S. 68; vgl. BD, Bd. 5,1, Anlage 2 zu Nr. 147 S. 313 ff.

227. Am 30. 7. 1903 hatte der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel, Frhr. v. Wangenheim, davon zu berichten gewußt, daß Frankr. u. Rußl. wegen Bahnbauten im Osten Kleinasien verhandle (DGP, Bd. 17, Nr. 5271 u. 5273). Wenn die Pläne auch keine feste Gestalt annahmen, so verrieten sie doch die Absicht, das Bagdadbahnprojekt zum Scheitern zu bringen.

wendige Geld war durch eine türkische Staatsanleihe aufgebracht. Die Emission der Anleihe auf dem europäischen Markt erfolgte durch ein Syndikat deutscher, französischer und anderer Banken²²⁸. Am 25. 10. 1904 wurde die Teilstrecke eröffnet²²⁹. Die Durchführung war also den Deutschen — nach den anfänglichen finanzpolitischen Reibereien mit England und Frankreich — trotz einer verhältnismäßig nur geringen Beteiligung französischen Kapitals gelungen. Die Internationalität des Unternehmens hatte sich somit nicht als notwendig erwiesen. Die rivalisierenden Mächte mußte das um so mehr verstimmen.

Die Großmächte während des russisch-japanischen Krieges.

Im Februar 1904 war im asiatischen Osten der russisch-japanische Krieg ausgebrochen. Entgegen den allgemeinen Erwartungen nahm er einen für die Russen immer ungünstigeren Verlauf. Im Juni 1904 meinte schon Eduard VII. anlässlich seines Kieler Besuches (25./30. 6.), der Zar würde gut tun, schon jetzt auf die Mandschurei und Korea zu verzichten, und erklärte seine Bereitschaft für die Vermittlung.

In bezug auf das englisch-französische Abkommen äußerte der englische König, daß es in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet sei, er wünsche in ähnlichem Sinne auch eine Interessenbereinigung mit Rußland²³⁰.

228. DGP, Bd. 17, Nr. 5277.

229. Mehrmann, a. a. O., S. 71; DGP, Bd. 25,1, Nr. 8604.

230. Die engl.-deutsch. Beziehungen hat der Kieler Besuch Eduards VII. nicht gefördert, eher die Fronten geklärt. Aufschlußreich ist die Unterredung des engl. Königs mit dem frz. Botschafter Cambon über die Kieler Besprechungen. Cambon berichtete am 9. Juli (DDF, 2. Serie, Bd. 5, Nr. 261), sowohl der deutsche Kaiser als auch Graf Bülow seien, wie Eduard VII. mitgeteilt habe, über die Entente cordiale ernstlich beunruhigt gewesen. Hier habe er (Eduard VII.) eingegriffen und die Besorgnisse Deutschlands durch den Hinweis darauf zu zerstreuen versucht, daß in der Beseitigung der Konfliktsursachen zwischen Engl. u. Frankr. eine Garantie für den europäischen Frieden liege; Kaiser Wilhelm ertrage es schwer, daß er offenbar seinen bestimmenden Einfluß verloren habe u. in eine gewisse Isolierung hineingeraten sei (!). Paul Cambon versäumte nicht, bei der Unterredung den engl. König darauf aufmerksam zu machen, daß Wil-

Der deutsche Kaiser war mißtrauisch. Bülow gegenüber hatte er schon am 6. Juni die Vermutung ausgesprochen, daß der englisch-französische Vertrag doch eine geheime Spitze gegen Deutschland haben könne. Dieses Mißtrauen beeinflußte nun des Kaisers Neigung, im russisch-japanischen Kriege für den Zaren Partei zu ergreifen. Als ihm der Schritt doch zu gewagt erschien, wollte er „wohlwollende Neutralität“ halten²³¹. Aber sicher war, daß er sich um ein intimes Verhältnis zum russischen Hofe bemühte, das sich auch tatsächlich anbahnte.

Besonders geht aus der Berichterstattung der französischen Botschaft in Petersburg hervor, daß sich die Anzeichen für eine Annäherung Deutschlands an Rußland mehrten. So wurde auch französischerseits das Eintreffen des russischen Finanzministers v. Witte beim Reichskanzler Bülow in Norderney, wo der Fürst im Juli 1904 weilte, in diesem Sinne gedeutet. Bompard, der französische Botschafter in Petersburg, berichtete am 15. Juli: die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Hofe würden von Tag zu Tag vertrauensvoller²³². Tatsächlich wuchs auch die Bedeutung Deutschlands in den Augen der Russen, und zwar in dem Maße, wie sich deren Schwierigkeiten in dem japanischen Kriege erhöhten. Am 6. 9. 1904 schrieb der französische Botschafter Bihourd aus Berlin: „Was unser Verbündeter im europäischen Konzert verliert, das scheinen die anderen Großmächte außer Frankreich zu gewinnen“. Vor allem sei es Deutschland, das aus den Verlegenheiten Rußlands Vorteil ziehe²³³.

Die französische Diplomatie hatte schon seit langem für möglich gehalten, daß der deutsche Kaiser keine Gelegenheit unausgenutzt lassen werde, den russisch-französischen Zweibund zu sprengen und entweder Deutschland an die Stelle Frankreichs zu setzen oder gemeinsam mit Frankreich und Rußland eine Front gegen England zu bilden²³⁴.

helm II. jetzt die schwierige Lage Rußlands ausnutzen könne, um sich ihm zu nähern.

231. Der Kaiser an Bülow, 25. 9. 1904.

232. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 269.

233. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 335.

234. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 182.

Die englisch-russischen Beziehungen nahmen seit der Doggerbank-Episode (21./22. 10. 1904) zunächst kühlere Formen an. Die öffentliche Meinung Englands war über diesen Zwischenfall aufs höchste entrüstet. In einem großen Teil des englischen Volkes blieb aber das Gerücht haften, daß Deutschland die Russen — durch Warnung vor unberechenbaren Absichten Englands — aufgehetzt habe. Auch die Sympathien des deutschen Kaisers blieben jenseits des Kanals nicht verborgen. So war die englische öffentliche Meinung nach der Doggerbank-Episode mehr gegen Deutschland als gegen Rußland aufgebracht.

Über die Episode wurde englischerseits bald geschwiegen und mit Rußland der Streit beigelegt²³⁵, als von deutscher Seite

235. Vor allem hatte der engl. Botschafter in Petersburg, Charles Hardinge, dringend gewarnt, zu hohe Sühneforderungen zu stellen, denn ein Krieg gegen England sei in Rußland populär: „Wenn es zu einem solchen Kriege käme, würde die russische Regierung meiner Überzeugung nach die erste Gelegenheit ergreifen, um einen Frieden mit Japan zusammenzuflicken, so einem äußerst unpopulären Krieg ein Ende zu setzen und damit die russische Armee für eine Zusammenfassung ihrer ganzen Energie und Kräfte zu einem entschlossenen Angriff auf Indien freizumachen“,... u. Japan werde nicht zur Verteidigung Indiens verpflichtet sein (BD, Bd. 4, Nr. 26). Der König dachte wohl genau so wie Hardinge, denn er bemerkte: „ein sehr interessanter Bericht, der hinsichtlich gewisser Eventualitäten zu ernstlichen Betrachtungen Anlaß gibt“. So kam die engl. Regierung der russischen in der Erledigung des Doggerbank-Zwischenfalles weit entgegen, trotz der vorhandenen Abneigung der öffentl. Meinung gegen Rußland. Lamsdorff meinte, als England über den Zwischenfall hinwegging: „Trotz des englisch-japanischen Bündnisses und trotz des Zwischenfalles an der Doggerbank ist Rußland für gewisse Leute noch eine ‚reiche Braut‘, die man ungern in den Armen eines anderen sehen würde“. Montgelas, Berl. Monatsh. 1930, S. 239; vgl. Taube „Der großen Katastrophe entgegen“, S. 17 f.

In diesem Zusammenhang sind noch einige Mitteilungen bemerkenswert, die Baron Taube, der russische Vertreter bei der internationalen Pariser Untersuchungskommission für die Regelung des Doggerbank-zwischenfalles, erhielt. Durch den Chef der russischen Auslandspolizei erfuhr Taube, daß „in London niemand mehr Streit mit Petersburg suche, sondern vor allem wünsche, Rußland von der unglückseligen Absicht zurückzuhalten, sich Deutschland in die Arme zu werfen“ (Taube, a. a. O., S. 25). Und Delcassé erklärte ihm bei einem Frühstück, daß man nach dem hoffentlich bald beendigten Kriege mit Japan an eine „natürliche Erweiterung der französisch-englischen Entente“ denken müsse (Taube, a. a. O.,

amtlich und auch durch den Kaiser versucht wurde, die englisch-russische Spannung als Chance für die Begründung eines Kontinentalbundes auszunutzen und die Pläne Eduards VII., die auf eine Annäherung an Rußland hinausgingen, ernstlich zu stören: es handelte sich um einen russisch-deutschen Verteidigungspakt, dem, wenn geschlossen, auch Frankreich beitreten sollte. Der russische Zar ging auf den Gedanken bereitwillig ein und bat um Unterbreitung eines Vertragsentwurfes. Er glaubte, ein derartiger Kontinentalbund werde England in Schach halten und „Europa von der übergroßen Unverschämtheit Englands befreien“²³⁶. Hand in Hand damit ging eine gewisse Enttäuschung der öffentlichen Meinung in Rußland über nicht hinreichende Unterstützung durch Frankreich²³⁷. Fraglich war dem Zaren allerdings, ob Frankreich für einen Bund zu gewinnen war, und ob es im Ernstfall England fallen lassen und mit Rußland an der Seite Deutschlands gegen das Inselreich treten würde. Lamsdorff hatte schon vor der Bereitschaftserklärung seines Herrn diesen darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorschlag des deutschen Kaisers Frankreich verstimmen und den Zweibund lockern könnte²³⁸. Die französische Botschaft in Petersburg mutmaßte viel über diese deutsch-russischen Unterhaltungen und verfolgte

S. 27). — Aus den französischen Akten geht hervor, daß Delcassé nachdrücklich zwischen England und Rußland vermittelt hat. DDF, 2. Série (1901/1911), Tome V: 9. avril — 31. décembre 1904, Paris: 1934. — Aktenstück Nr. 435.

236. Taube, a. a. O., S. 43 f.

237. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 310.

238. Der zwischen dem deutschen und russischen Herrscher stattgefundene Telegrammwechsel ist in den Dokumenten aus dem russ. Geheimarchiv gedruckt, S. 335 f. Auf S. 63 ist dort der Lamsdorffsche Bericht an den Zaren über die Verhandlungen zu finden, die v. Holstein mit Ostensacken geführt hat, ebenfalls die Entscheidung des Zaren vom 29. 10. 1904. — Es ist heute bekannt, daß der Briefwechsel Wilhelms mit dem Zaren über ein deutsch-russisches Defensivabkommen, das durch Frankreichs Beitritt erweitert werden sollte, alsbald in Paris und London bekannt geworden ist, sei es durch englische Spionage am Zarenhof (DGP, Bd. 19, Nr. 6146, S. 347), sei es durch Andeutungen der russischen Diplomatie (Lamsdorff). Der Chefredakteur der „Times“, Mr. Chirol, erhielt jedenfalls die Nachricht aus Paris (Montgelas, Berl. Monatsh. 1930, S. 239).

mit Sorge die zwischen dem deutschen und russischen Herrscher gewechselten Briefe²³⁹.

Der in Berlin ausgearbeitete Vertragsentwurf hatte zum Inhalt: beide Mächte sollen zu gegenseitiger Hilfeleistung verpflichtet sein, falls irgendeine europäische Macht eine von ihnen angreift. Wenn Frankreich Schwierigkeiten wegen des Beitritts bereitet, sollen beide Mächte gemeinsam es an seine Bundesverpflichtungen gegenüber Rußland erinnern.

Der Zar war im Prinzip mit dem Entwurf einverstanden; er wünschte nur einige Abänderungen, die, wenn sie auch nur geringfügiger Natur waren, doch schon auf eine Beeinflussung durch seine Minister schließen ließen. Als dem Zaren dann der revidierte Vertragsentwurf vorgelegt wurde, hatten seine Ratgeber ihm bereits soweit ihre Ansichten aufgedrungen, daß er (am 23. 11. 1904) zwar sein Einverständnis gab, er aber nunmehr wünschte, den Vertragsentwurf bereits vor dem Abschluß den Franzosen zu unterbreiten, um den Eindruck zu vermeiden, als ob man ihnen den Beitritt aufzuzwingen beabsichtige²⁴⁰. Diese plötzliche Wendung des Zaren verbitterte den deutschen Kaiser offensichtlich. Er versuchte nochmals, den Zaren davon zu überzeugen, daß ein Bündnis nur Wert habe, wenn man Frankreich vor die vollendete Tatsache stellen können. Wenn er (der Zar) erst Frankreich befragen wolle, so verzichte er lieber gleich darauf²⁴¹.

Der deutsche Kaiser nahm einen nochmaligen Anlauf zu einem deutsch-russischen Verträge, als die Engländer deutschen Dampfern die Ausfahrt aus englischen Häfen verboten, weil darauf Kohlen für Rußland vermutet wurden²⁴². Deutschland ließ in Petersburg amtlich anfragen, ob es auf russische Unterstützung rechnen könne, wenn England wegen der Kohlenlieferungen Schwierigkeiten bereite²⁴³. Lamsdorff versprach die Unterstützung Rußlands, falls Deutschland auch fernerhin seine

239. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 450.

240. Tel. d. Zaren v. 10./23. 11., Geheimdokumente 343.

241. Tel. d. Kaisers v. 13./26. 11., Geheimdokumente 343 f.

242. Montgelas, Berl. Monatsh. 1930, S. 238.

243. Über den deutschen Kohlenraktat mit der russ. Regierung siehe B. Huldermann, „Albert Ballin“, S. 145 ff.

wohlwollende Neutralität aufrecht erhalte. Wilhelm II. wünschte hingegen, das Einvernehmen auf ein Defensivbündnis auszuweiten. Der russische Außenminister stellte aber nur eine späterhin mögliche engere Freundschaft in Aussicht. Er sah in den deutschen Vorschlägen das „fortwährende Bestreben, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich zu stören“²⁴⁴. Der deutsche Kaiser erklärte nun dem Zaren, in einem solchen Falle sei es besser, auf das allgemeine Bündnis zu verzichten und „in unserer jetzigen Haltung gegenseitiger Unabhängigkeit und freiwilliger Förderung unserer beiderseitigen Ziele, soweit es die Lage erlauben wird, zu beharren“²⁴⁵. Hiermit endigten die deutsch-russischen Verhandlungen. Der Plan einer Annäherung fiel ins Wasser. Wie in Berlin richtig vermutet wurde, hatte Frankreich davon erfahren — ebenfalls England, wie oben erwähnt wurde — und Einspruch erhoben. Ein Weihnachtsbrief des Zaren Nikolaus erwähnte die Bündnisfrage überhaupt nicht mehr²⁴⁶.

Frägt man nach dem Grund des Scheiterns der deutschen Bemühungen, so lag er in der praktischen Unmöglichkeit des angestrebten Kontinentalbundes. Frankreich würde sich niemals in eine derartige Verbindung mit Deutschland eingelassen haben. Der Zar gab auch offen zu, daß die Schwierigkeiten auf Seiten Frankreichs gelegen hatten²⁴⁷.

Was die Russen betraf, so stand ihnen der Bund mit Frankreich viel zu hoch im Wert, als daß sie ihn, indem sie zu sehr mit den Deutschen liebäugelten, in Gefahr brachten. Denn seit der englisch-japanischen Allianz von 1902 hatte sich das Schwergewicht des französisch-russischen Zweibundes zugunsten Frankreichs verschoben. Für Rußland besaß damit die Entente mit Frankreich einen höheren Wert als für den Partner. Frankreich erkannte aber andererseits aus der neuen Sachlage der englisch-japanischen Allianz die Notwendigkeit, seine Politik vollkommen neu orientieren zu müssen, weil ja das englisch-

244. Montgelas, Berl. Monatsh. 1930, S. 241.

245. Der Kaiser an den Zaren, 21. 12. 1904.

246. Taube, a. a. O., S. 47 f.

247. DGP, Bd. 19,1, Nr. 6240.

japanische Bündnis der Politik der Kontinentalmächte ein Ende bereitet hatte²⁴⁸. Frankreich mußte der Überlegenheit der englisch-japanischen Verbindung irgendwie Rechnung tragen und tat es dadurch, daß es an diesem Bündnis direkt den Hebel ansetzte. Bekanntlich gelang es den Franzosen, eine Interessensvereinigung mit England zustandezubringen und sich ihm zu nähern. Den direkten Anlaß bot nicht allein das Problem Marokko, ein gleiches mit ähnlichen Schwierigkeiten bot im asiatischen Osten Siam. Aus den französischen Akten geht hervor²⁴⁹, wie sehr sich gerade nach dem englisch-japanischen Bündnis die englischen und japanischen Agenten in Siam in die Hände spielten und eng zusammenarbeiteten. Japan nahm an, ihm ständen nun Tore und Türen offen, und wollte aus der Allianz seinen offenen Vorteil ziehen. Unter englischem Schutze schien sich so eine panasiatische Front zu bilden, die die französischen Besitzungen in Indochina bedrohten. So wie im Westen Deutschland der Gegenpol der französischen Politik in bezug auf Marokko war, so übernahm im Osten Japan diese Rolle. Hinfort richtete daher die französische Politik ihr Augenmerk auf diese beiden Mächte und versuchte, an deren Bündnissystemen zu rütteln. Was Japan betraf, so war es das Bündnis mit England, und das System Deutschlands war die Tripelallianz. Wie schon gesagt, setzte im ersten Falle die französische Politik bei England an. Im System der Tripelallianz war bekanntlich Italien der wunde Punkt, wo Frankreich angreifen konnte. Die Notwendigkeit der französischen Politik ergab sich aus der Gefahr, daß sich die beiden Bündnisgruppen, also England-Japan und die Mächte der Tripelallianz, auch nähern konnten und damit Frankreich und Rußland dauernd isolieren würden.

Hieraus ist klar geworden, warum der von Deutschland angestrebte Kontinentalbund eine praktische Unmöglichkeit war. Den Russen stand der Bund mit Frankreich seit der englisch-japanischen Allianz höher im Wert als vordem, so daß sie nicht geneigt waren, ihn in Gefahr zu bringen. Frankreich aber hatte eingesehen, daß seit 1902 seine Politik keine kontinentale mehr

248. Vgl. Minrath, P.: a. a. O., Berl. Monatsh. 1937, S. 146 ff.

249. DDF, 2. Ser. Tome II, Nr. 280.

bleiben durfte. Das Bündnis Japans mit England zwang zu einer Neuorientierung.

In wie hohem Maße überhaupt das Augenmerk der französischen Diplomatie im Jahre 1904 auf Deutschland gerichtet war, ergibt sich aus den französischen Akten. Man erkennt es besonders aus der Aufnahme einer Nachricht, die der französische Gesandte in Bukarest, Henry, mitteilte. Es hieß darin, daß Wilhelm II. dem russischen Zaren auf folgender Grundlage eine Vereinbarung vorgeschlagen habe: Deutschland würde gegen jede Macht Stellung nehmen, die etwa zugunsten Japans in den Krieg eingreifen würde. Im Falle eines Konfliktes zwischen England und Rußland würde Deutschland die Besetzung von Persien und Tibet durch die Russen zulassen, ja sogar anraten, während Rußland ihm freie Hand in Kleinasien und Mazedonien lassen würde. Der französische Außenminister hielt diese Nachricht für äußerst wichtig und ließ ihre Richtigkeit durch die hauptsächlichsten Auslandsmissionen nachprüfen. Die französischen Botschafter in Berlin und Petersburg hielten sie für unwahrscheinlich²⁵⁰. Es stellte sich schließlich heraus, daß der Tscheche Kramercz, dessen Deutscheindlichkeit bekannt war, dieses Gerücht in Umlauf gesetzt hatte²⁵¹.

Nicht allein die Einigung Deutschlands mit Rußland kam nicht zustande, sondern auch die Beziehungen zwischen Deutschland und England verschlechterten sich außerordentlich. Vor allem stiegen jenseits des Kanals Befürchtungen über das stete Wachsen der deutschen Flotte auf. Es hieß verschiedentlich sogar, wenn die Flottenmacht stark genug sei, werde sie über die englischen Schiffe herfallen²⁵². Auch König Eduard und seine Begleiter hatten anläßlich ihres Kieler Besuches im Juli 1904 — als Wilhelm ihnen die deutsche Flotte in Parade vorführen ließ — eingesehen, daß sie durchaus kein Spielzeug des Kaisers war. Während des Doggerbankzwischenfalles berichtete die „Army and Navy Gazette“, die deutsche Flotte habe bereit gelegen, um — wenn nötig — sich mit den russischen Schiffen

250. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 106 u. Nr. 121.

251. DDF, 2. Ser. Bd. 5, Nr. 149.

252. Vgl. BD, Bd. 6,1, Nr. 1, S. 3 ff.

gegen England zu vereinigen. Besonders ließ Wilhelms Art, wie er jeden Stapellauf eines neuen Schiffes in großer Öffentlichkeit und in lauter Rede zu feiern pflegte, die in England aufkommenden Befürchtungen bestärken und die Bedeutung der deutschen Flotte überschätzen. In England wurde mehr im Verborgenen gebaut, darum riet auch der deutsche Botschafter in London, „unsere Flotte wie einen verborgenen, aber unentbehrlichen Schatz zu hüten und die Engländer von ihr möglichst wenig hören und sehen zu lassen“^{252a}. Eine Aussicht, zu Beginn des Jahres 1905 die Stimmung jenseits des Kanals noch beeinflussen zu können, bestand nicht mehr. Der Zivillord der englischen Admiralität erhob im Februar 1905 sogar öffentlich die Forderung, England dürfe den weiteren Ausbau der deutschen Flotte nicht mehr dulden, sondern solle ihn den Deutschen verbieten. In Deutschland befürworteten derartige Aussprüche nur noch mehr die Notwendigkeit einer Verstärkung der Flotte. Das allgemeine gegenseitige Mißtrauen in beiden Ländern wurde damit immer größer. Es hatte wenig zu besagen, wenn die Regierungen sich trotzdem die friedlichsten Absichten beteuerten.

252a. Mommsen, W.: Politische Geschichte von Bismarck bis zur Gegenwart, S. 140.

Zweiter Teil.

Die englisch-russischen Verhandlungen im Jahre 1905.

Es konnte in anbetracht der geschilderten Lage nicht überraschen, daß die freundschaftlichen Gefühle Englands für Rußland trotz der Differenzen und Zwischenfälle mit dem Zarenreiche erhalten blieben.

So begann England Anfang 1905 eine eifrige diplomatische Tätigkeit zu entfalten, um einen Interessenausgleich mit Rußland herbeizuführen. Aber damit war noch nicht gesagt, daß es diesen mit großen Zugeständnissen erkaufen wollte. Seine Absicht war trotzdem, die englische Stellung in dem persischen und afghanischen Streitgebiete zu festigen, denn während Englands Lahmlegung im Burenkrieg hatte ja auch Rußland eine eifrige Offensivpolitik gegen Persien und Afghanistan getrieben.

Die afghanische Frage bot den Anlaß zu englisch-russischen Erörterungen. Schon Ende 1904 war eine Abordnung von der indischen Regierung nach Kabul geschickt worden, um vom Emir die Unterstellung unter die britische Vormundschaft zu erzwingen¹. Diese Vorgänge hatten in der Öffentlichkeit große Beachtung gefunden und auch die russische Regierung mit dem Gedanken beschäftigt, daß England afghanisches Gebiet annectieren könnte². Aber aus zwei Gesprächen, die Lansdowne und Graf Benckendorff am 15. und 17. 2. 1905 miteinander führten, ging hervor, daß die russische Regierung weit entgegenkommender war als früher. Graf Benckendorff wollte Afghanistan als englisches Interessengebiet anerkennen, er wünschte nur, daß den russischen und afghanischen Grenzbeamten in unpolitischen Angelegenheiten ein Verkehr erlaubt sei. Lansdowne war bereit, auf diese Wünsche einzugehen, wenn Rußland obige Aner-

1. BD, Bd. 4, Anm. 1 zu Nr. 466a, S. 855.

2. Europ. Geschichtskal. 1905, S. 309.

kennung auch schriftlich geben würde. Zu praktischen Verhandlungen kam es jedoch nicht. Der russische Außenminister war in anbetracht der noch ungeklärten gegenwärtigen Kriegslage dagegen, „auf irgend etwas in der Art eines formellen Abkommens . . . einzugehen“³, denn er war besorgt, daß durch Pressekommentare die ohnehin schon außerordentlich erregte öffentliche Meinung Rußlands noch mehr in Empörung gerate. Das Londoner Kabinett glaubte keinen Grund zu haben, die Angelegenheit zu beeilen, da mit den Ereignissen in der Mandschurei sich die Gefahr sehr verminderte, daß Rußland Indien bedrohen würde. Außerdem erklärte Japan, an dem Bündnis mit England festzuhalten; es ließ durchblicken, auch zu einer Mitverteidigung Indiens bereit zu sein⁴.

Daß Lamsdorff auf die britischen Vorschläge nicht einging, lag nicht nur im außenpolitischen Mißerfolg — Rußland hatte in den Schlachten bei Mukden (1./10. März 1905) eine große und entscheidende Niederlage des Krieges gegen Japan erlitten — begründet, sondern noch mehr in der gefährlichen Krisis, die die Niederlage im Innern des Landes zur Folge hatte: Nämlich die seit langem vorhandenen und im Untergrunde gärenden revolutionären Strömungen, die schon gegen Ende des Jahres 1904 zu offenen Demonstrationen gegen das herrschende System geführt hatten, kamen jetzt offen zum Ausbruch. Im März 1905 sah sich der Zar sogar gezwungen, die Berufung einer Volksvertretung zu versprechen.

So erfuhren auch die englischen Anregungen betreffs Persiens, das Land in englische und russische Interessenzonen aufzuteilen, um „den chronischen diplomatischen Streitigkeiten in Teheran ein Ende zu setzen“, eine Ablehnung⁵. Wenn Lamsdorff schon von einem Abkommen über Afghanistan eine scharfe Kritik in der russischen Öffentlichkeit erwartete, so mußte er eine solche von einer Einigung über Persien noch viel eher befürchten, vor allem, wenn sie auf der Grundlage einer Interessenteilung zustandekam und Rußland keinen Zugang zum

3. BD, Bd. 4, Nr. 466b.

4. BD, Bd. 4, Nr. 111; März 1905.

5. BD, Bd. 4, Nr. 321b, Anhang A, S. 613.

Persischen Golf erhielt. Denn diese Forderung war von altersher ein Kardinalsatz der russischen Politik gewesen, und wurde Rußland zukünftig der Weg nach Ostasien versperrt, so mußte es um so energischer die Forderung nach einem Hafen am Golf vertreten. Sich daher schon jetzt durch Annahme der englischen Vorschläge die Aussicht auf eine derartige spätere Möglichkeit zu verbauen, wollte Lamsdorff gewiß durch seine Ablehnung des englischen Antrags verhindern.

Daß die verantwortlichen englischen Staatsmänner die Teilung Persiens bereits als unabänderlichen Faktor in ihr politisches Programm aufgenommen hatten, bewies die Tatsache, daß die Stellungnahme des britischen Vertreters in Teheran zu einer Interessenteilung Persiens, also des Landes, das die Kernfrage der englisch-russischen Annäherung bildete, überhaupt nicht eingeholt wurde. Sir Arthur Hardinge, der britische Gesandte in Teheran, erfuhr erst am 26. April 1905, also nachdem schon Rußland den britischen Antrag abgelehnt hatte, von den Absichten seiner Regierung. Aber auch dann wurde er noch nicht zu einer Stellungnahme aufgefordert. A. Hardinge mußte sich erst „gestatten“, auch seine Meinung in dieser Frage unterbreiten zu dürfen. So erklärte er, „daß kein Abkommen mit Rußland auf der Grundlage einer Teilung Persiens in ‚Einflußsphären‘ ausführbar ist, — . . . — sofern es nicht den Einschluß eines Teils der Küste des Persischen Golfes innerhalb der russischen Sphäre vorsieht . . . Da es das Ziel Rußlands ist, an warmes Wasser zu gelangen, kann es sich nie bereitwillig mit einer Vereinbarung einverstanden erklären, die dieses Ziel endgültig vereitelte, indem sie an den Küsten des Persischen Golfes die schwache und wankende Autorität des Schahs durch den kräftigen Zugriff Großbritanniens ersetzen würde“⁶. Aus diesem Grunde lehnte A. Hardinge die Teilung Persiens in gegnerische Interessenzonen ab, „worin Rußland nicht einwilligen könnte, ohne seine Bestrebungen hinsichtlich des Golfes aufzugeben“. — Außerdem hätten derartige getrennte Sphären die Neigung, sich früher oder später in „Schutzherrschaften“ zu verwandeln, was bedeuten würde, „eine Politik beständiger Rivalität fortzusetzen“.

6. BD, Bd. 4, Nr. 321b, Anhang A, S. 613.

Daher empfahl A. Hardinge, England solle danach trachten, die Existenz Persiens als eines neutralen Staates aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zwecke solle man eine Vereinbarung mit Rußland nach dem Muster der russisch-österreichischen Verständigung über den Balkan in dem sogenannten Münchener Abkommen herbeizuführen suchen. Nur so könnte Rußland „endgültig vom Zugang zu den Küsten des Golfs und der indischen Gewässer abgeschnitten“ werden, „wofern es nicht bereit wäre, mit England darum zu kämpfen“⁷.

Nachdem am 28./29. Mai 1905 in der Seeschlacht von Tsushima die russische Flotte, auf die noch die letzte Hoffnung einer glückhaften Wendung des Krieges gesetzt worden war, eine vernichtende Niederlage erhalten hatte, war das große Ringen zwischen Rußland und Japan entschieden. An eine Weiterführung des Krieges war nicht zu denken und mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage überhaupt unmöglich.

Jetzt gingen auch die englischen Bemühungen um eine Besserung des englisch-russischen Verhältnisses in Erfüllung. Charles Hardinge überbrachte am 29. Mai 1905 freundschaftliche Botschaften von König Eduard für den russischen Zaren⁸ und den Grafen Lamsdorff, die ihre Wirkung nicht verfehlten⁹. Der russische Aussenminister eröffnete dem britischen Botschafter sogar: „er sei voll Hoffnung und Zuversicht, daß sich am Ende dieses unseligen Krieges für alle zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen eine Lösung in derselben Weise finden ließe, wie zwischen England und Frankreich eine freundschaftliche Abmachung getroffen sei“⁹. König Eduard bemerkte dazu: „Eine sehr befriedigende Mitteilung“⁹. Vor wenigen Wochen hatte England auch von anderer Seite erfahren, daß Rußland auf ein gutes Verhältnis mit England Wert legte, und zwar erstaunlicherweise von dem Grafen Witte, der allgemein als Befürworter einer deutschfreundlichen Politik galt. Jetzt hatte sich Witte hingegen sehr unfreundlich über Deutschland verbreitet: er glaube, „daß die ganze Politik Deutschlands wäh-

7. BD, Bd. 4, Nr. 321b, Anhang A, S. 616.

8. Lee, a. a. O., Bd. 2, S. 306.

9. BD, Bd. 4, Nr. 189.

rend der letzten zehn Jahre darauf hingezielt habe, zwischen Rußland und Japan dieselben Beziehungen dauernder Feindschaft zu schaffen, wie sie zwischen Frankreich und Deutschland beständen“¹⁰. Wenige Wochen darauf bestätigte auch Ch. Hardinge: in den diplomatischen Kreisen Petersburgs gehe die allgemeine Ansicht dahin, „daß im russischen Empfinden gegenüber Deutschland eine Veränderung eingetreten ist, und daß die Sympathie, die zwischen diesen beiden Ländern bestand, jetzt nicht mehr so warm ist wie noch vor einigen Monaten“¹¹. Es herrsche der Eindruck, daß der deutsche Kaiser seine Sympathie jetzt, nachdem die russischen Waffen unterlegen seien, von Rußland auf Japan als aufsteigende Macht übertragen habe, „mit der engere und freundschaftlichere Beziehungen anzuknüpfen sich nun mehr lohnen würde“. Ch. Hardinge fügte dieser Meldung aber hinzu, daß eine kühle Stimmung gegen Deutschland nur vorübergehend sein werde, „denn ein befreundetes Deutschland ist jetzt für die Bedürfnisse Rußlands dringender nötig als je, und es ist die einzige Macht gewesen, und wird es wahrscheinlich für viele Jahre sein, vor der Rußland sich wirklich fürchtet“¹¹.

Wirkliche Verhandlungen zwischen England und Rußland über zentralasiatische Fragen kamen auch jetzt noch nicht zustande, denn der russisch-japanische Friedensschluß harrete noch seiner Erledigung.

Da man in Berlin befürchtete, daß England und Frankreich die Friedensverhandlungen in die Hand nehmen würden, versuchten die deutschen Staatsmänner der englisch-französischen Intervention zuzukommen. Am 3. Juni 1905 ließ der Kaiser an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt telegraphieren, er werde dessen Bemühungen beim Zaren um Vermittlung des Friedens unterstützen. Aber auch Wilhelms II. persönliche Bemühungen um Nikolaus II. hatten Erfolg. Am 24. Juli konnte

10. BD, Bd. 4, Nr. 69. Auch in Wittes „Erinnerungen“ kehrt fortwährend die These wieder, Kaiser Wilhelm habe Rußland in das Abenteuer im Fernen Osten „hineinmanövriert“. — — Über Wittes Persönlichkeit und seine Politik, besonders was die Beziehungen zu Deutschland betrifft, s. die Einleitung von Hoetzsch zu Wittes „Erinnerungen“, S. 21 ff.

11. BD, Bd. 4, Nr. 190.

der Kaiser in Björkoe triumphieren, daß es ihm gelungen sei, den Zaren zur Unterzeichnung eines deutsch-russischen Vertragsbündnisses zu bewegen. Der Zar war dafür gewonnen worden, da er sich isoliert fühlte und namentlich über Frankreichs Haltung als eines Bundesgenossen enttäuscht war. Der Vertrag war als Defensivbündnis gedacht: beide Parteien verpflichteten sich zu gegenseitiger Hilfeleistung, falls eine von ihnen durch irgendeine Macht in Europa angegriffen würde. Der Vertrag sollte nach dem russisch-japanischen Friedensschluß in Kraft treten und der Zar dann den Beitritt Frankreichs veranlassen¹².

Doch der Björkoe-Vertrag sollte nur ein Strohfeuer gewesen sein. Vor der Wirklichkeit konnte das Werk der beiden Monarchen nicht bestehen. Nur allzubald stellte sich das heraus. Der erste Einwand wurde von dem Reichskanzler Bülow erhoben. Es kam sogar soweit, daß, als Bülow eine Abänderung im Wortlaut des Vertrages forderte, aber Kaiser Wilhelm sie ablehnte, der Kanzler mit seinem Abschied drohte, da er unter diesen Bedingungen die Verantwortung für den Vertrag nicht übernehmen könne¹³.

Die größte Enttäuschung sollte dem Kaiser aber der russische Zar selbst bereiten. Am 5. September 1905 war in Portsmouth der russisch-japanische Friedensvertrag unterzeichnet worden, der am 14. Oktober ratifiziert wurde¹⁴. Mit diesem Zeitpunkt sollte auch der Vertrag von Björkoe in Kraft treten. Aber nun kam der Zar mit den alten Bedenken, die aus den Verhandlungen des vorausgegangenen Winters bekannt sind. Er legte Wert darauf, daß die mit Frankreich bestehenden Abmachungen nicht beeinträchtigt würden, da man sonst Frankreich in die Arme der Gegner treibe. Darum sei er vorläufig für vollkommene Geheimhaltung der russisch-deutschen Vereinbarung, bis

12. Taube, a. a. O. S. 52. — Vgl. auch oben S. 86 f., dort die Verhandlungen des vergangenen Jahres.

13. Über die Bedenken Bülows s. DGP, Bd. 18, 2, Nr. 6222/6237.

14. Rußland mußte auf die Mandschurei und Korea verzichten. Der bisherige russische Pachtbesitz auf Liaotung, Port Arthur und Dalny ging auf Japan über.

Frankreich sich für einen Beitritt entschieden habe¹⁵. Diese plötzliche Wandlung des Zaren ging auf die Beeinflussung durch Lamsdorff zurück, des unentwegten Franzosenfreundes, der außerdem kräftige Unterstützung bei Witte fand. Graf Witte bewegte auch den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch zur Bekämpfung des „ehrlösen“ Vertrages¹⁶. Graf Lamsdorff behauptete, der Vertrag sei „unvereinbar mit den Pflichten des französisch-russischen Bündnisses“¹⁷, und Witte stellte fest, „daß dieser Vertrag nicht in Geltung treten dürfe, weil der Zar sonst Frankreich gegenüber als wortbrüchig erschienen wäre“¹⁸. Auf Lamsdorffs Veranlassung fragte Rußland dann bei der französischen Regierung an, wie Frankreich sich zu einem Kontinentalbund stelle. Am 5. Oktober berichtete Nelidow, der russische Botschafter, aus Paris, daß der Ministerpräsident Rouvier diesen Gedanken abgelehnt habe mit der Begründung: „Im übrigen haben wir ein Bündnis, und das genügt uns; und das sind Sie (Rußland). Und wir sind gewillt, daran festzuhalten. Keinesfalls wollen wir uns aber in irgendwelche Kombinationen einlassen“¹⁹. So schrieb der Zar am 23. November 1905 an Kaiser Wilhelm: da er befürchte, daß Frankreich dem Bündnis nicht beitreten werde, schlage er einen Artikel beizufügen vor, des Inhalts, daß die gegenseitige Hilfe im Falle eines deutsch-französischen Krieges nicht eintreten, und die Verpflichtungen, welche Frankreich und Rußland verbänden, bis zur Herstellung einer Vereinbarung zu Dreien vollständig aufrechterhalten bleiben sollten. Der Vorschlag war also eine direkte Annullierung des Vertrages für den Fall eines deutsch-französischen Krieges. Der Vertrag von Björkoe war damit hinfällig geworden, denn auf die vorgeschlagene Abmachung legte der deutsche Kaiser keinen Wert²⁰.

15. Der Zar an den Kaiser, 7.10.1905.

16. Taube, a. a. O., S. 58/62. In seinen „Erinnerungen“ (S. 447) gibt Witte zu, daß er den „köstlichen“ Björkoe-Vertrag zunichte gemacht habe.

17. Taube, a. a. O., S. 58 ff.

18. Vgl. über den Björkoe-Vertrag: Moy, C. Graf: „Was mir Minister Witte erzählte“, Berl. Monatsh. 1930, S. 834.

19. Krasny-Archiv, Bd. 5, in: „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, Nr. 11, S. 482. Vgl. auch Stieve, Fr.: „Deutschland und Europa“, S. 71.

20. Vgl. DGP, Nr. 7376 u. die Schriftstücke: Der Zar an den Kaiser,

Was die deutschen Diplomaten eigentlich erreichen wollten, ist nicht vollkommen klar. Daß sie wenigstens Rußland für sich gewinnen wollten, als sie endlich die Gefahr der drohenden Entente sahen, ist verständlich. Aber wollte man wirklich mit Rußland auch Frankreich gewinnen oder nur den französisch-russischen Zweibund sprengen und Zwietracht zwischen die Bundesgenossen säen? Mehr Wahrscheinlichkeit besitzt die letzte Möglichkeit. Doch dann hatte man die Beziehungen zwischen der Ost- und Westmacht unterschätzt und Kaiser Wilhelm den Einfluß seines leicht bestimmbaren dynastischen Freundes überschätzt. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß Wilhelm II. und Bülow Rußlands Mißgeschick nach seinem unglücklichen Kriege mit Japan ausnutzen wollten, um Petersburg gegen Paris und für Berlin zu gewinnen. Als dieser Versuch aber scheiterte, war es natürlich, daß die sich zwischen Deutschland und Rußland abkühlenden Beziehungen wärmere Gefühle für eine andere Macht nach sich zogen. Diese Macht war aber Großbritannien.

Lansdownes Hoffnung, daß Rußland immer mehr eine Anlehnung an England suchen werde, war damit in Erfüllung gegangen. Schon am 1. September hatte Lamsdorff auf die Glückwünsche, die Ch. Hardinge zum bevorstehenden Friedensschluß ausgesprochen hatte, erwidert: er hoffe, „daß der Friede unsere auf eine loyale und aufrichtige Annäherung unserer Länder gerichteten Bemühungen mächtig fördern und daß nichts eine Verständigung zu ihrem beiderseitigen Wohle hindern wird“²¹.

Sofort nach dem Portsmouther Friedensschluß setzten auch die Bemühungen des englischen Königs um die Verständigung mit Rußland wieder ein. Graf Witte berichtet in seinen Erinnerungen²², daß, als er auf dem Rückwege von Portsmouth in Paris weilte, der erste Sekretär der russischen Botschaft in London, Kosel-Poklewski, der Eduard VII. besonders nahestand, ihn aufsuchte und ihm eine Einladung des englischen Königs für

23. 11. 05; der Kaiser an Bülow, 26. 11. 05; der Kaiser an den Zaren, 28. 11. 1905; der Zar an den Kaiser, 14. 12. 05; s. auch Taube, a. a. O., S. 63 f.

21. BD, Bd. 4, Nr. 159.

22. Witte, a. a. O., S. 530.

einen Besuch nach England überbrachte. Gleichzeitig entwickelte Poklewski Witte an Hand eines schriftlichen Entwurfes die Idee eines Vertrages mit England. In den allgemeinen Grundlinien war die Aufzeichnung identisch mit dem Vertrage, der 1907 abgeschlossen wurde. Es handelte sich um die drei beständigen Reibungspunkte zwischen England und Rußland: Persien mit dem Golf, Afghanistan und Tibet. Poklewski war im Auftrage König Eduards und mit Wissen und Genehmigung des russischen Botschafters, des Grafen Benckendorff, nach Paris gekommen und sprach im Namen des Königs die Hoffnung aus, daß Herr Witte alles tun möge, um zwischen Rußland und Großbritannien wieder normale und gute Beziehungen herzustellen. Witte aber lehnte den Besuch nach England ab, da er vom Zaren keine Ermächtigung habe, nach England zu gehen. Er erklärte Poklewski ferner, er sei zwar für ein gutes Verhältnis zu England, aber eine Konvention auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes werde er nie gutheißen. Denn er sei der Meinung, „daß Rußland ungeachtet des unvorsichtigen Krieges mit Japan dennoch eine Großmacht geblieben sei, die sich die Hände nicht durch Verträge binden sollte“. Witte hatte dabei den Umstand im Auge, daß ein Vertrag mit England die Eifersucht Deutschlands erwecken würde, und Rußland dann gezwungen sei — so sprach er zu Poklewski — auch mit Deutschland einen Vertrag zu schließen. Durch all diese Verträge würde sich dann Rußland vollkommen verwickeln. Also Witte war keineswegs bereit, sich ohne weiteres England zu verschreiben. Nach seiner Feststellung war auch der Zar den Engländern noch sehr unfreundlich gesonnen. Er hatte wiederholt Ausdrücke vom Herrscher gehört, „worin zwischen Juden und Engländern kein Unterschied gemacht wurde“²³.

Um die Aufnahme der englisch-russischen Verhandlungen zu erleichtern, wurde der russischen Regierung von England der Vertragstext über die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses, was am 12. August 1905 geschehen war, vor der Veröffentlichung mitgeteilt²⁴. Die Besprechungen wurden nun

23. Witte, a. a. O. S. 530.

24. BD, Bd. 4, Nr. 164; s. dazu die Anmerkung der Herausgeber.

allerdings wieder aufgenommen, aber zu wirklichen Verhandlungen kam es doch nicht. Man dachte in Petersburg über die Annäherung an England noch verschieden. Die Meinungen stimmten nicht alle mit der Äußerung Hartwigs²⁵ überein, die besagte, daß eine Verständigung „Rußland für den drohenden Kampf mit Deutschland an den Ufern des Bosphorus freie Hand lassen würde“²⁶. Benckendorff erklärte Anfang Oktober, ein allgemeines Abkommen dürfe keine Spitze gegen Deutschland enthalten²⁷. Der Außenminister konnte sich mit der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses noch nicht abfinden. Lamsdorff meinte, wenn man Japan mit in die zentralasiatischen Fragen, die England und Rußland allein angingen²⁸, einbeziehe, würde die Regelung der schwebenden Fragen sehr erschwert werden²⁹. Doch London beunruhigte sich nicht ernstlich darüber, auch trotz der aus Paris und Petersburg eintreffenden Meldungen, daß Deutschland seine Hand im Spiele habe, um einen Kontinentalbund, dem sich auch Amerika anschließen sollte, gegen England und Japan zustande zu bringen. Die britischen Staatsmänner wußten, daß Frankreich auf einen derartigen Festlandsbund nie eingehen würde.

In Petersburg bemühte sich auch der französische Botschafter, Bompard, eifrig darum, die russische Presse für das englisch-japanische Bündnis zu gewinnen. Die Kritik verstummte natürlich noch nicht, aber die britischen Staatsmänner hielten sie nicht mehr für bedrohlich. Lansdowne und Ch. Hardinge betrachteten mit Befriedigung den Gewinn, den England aus dem Bündnis mit Japan zog; für alle zukünftigen Verhandlungen sei den Russen die Waffe aus der Hand genommen, einen Druck auf Indien ausüben zu können³⁰.

25. Direktor des russischen Auswärtigen Amtes.

26. BD, Bd. 4, Nr. 192.

27. BD, Bd. 4, Nr. 196.

28. Durch das Bündnis verpflichtete sich Japan, gegen einen Angriff auf Indien seine Truppen zur Verfügung zu stellen.

29. BD, Bd. 4, Nr. 195.

30. BD, Bd. 4, Nr. 195, S. 342; „Der Ärger, den man (in Rußland) empfindet (über das engl.-japan. Abkommen), ist, glaube ich, auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß die Angriffswaffe, die mit so viel Sorgfalt und Kosten zum Gebrauch in Mittelasien geschmiedet wurde, ihre Schärfe ver-

Die französische Regierung hielt es noch immer für möglich, daß sich zwischen Rußland und Deutschland eine Annäherung anbahnen könnte, und wünschte daher, daß England noch erläuternde Aufklärungen über die englisch-japanische Vereinbarung gab. Die englische Regierung ließ sich darauf nicht ein: denn weitere Beschwichtigungen würden das Mißtrauen der Japaner wecken³¹. Sie wollte außerdem auch bei den Russen nicht den Eindruck hervorrufen, daß England danach trachte, ihre schwierige Lage auszunutzen, um sie zu einem für Rußland ungünstigen Abkommen zu überreden. So drängte die englische Regierung nicht, sondern erklärte, „nichts zu tun, was späterhin die Wiederaufnahme von Verhandlungen . . . erschweren würde“³². Ch. Hardinge meinte, eine sich anbahnende Besserung in den englisch-russischen Beziehungen müsse nur sorgsam gepflegt werden, „um zur rechten Zeit Früchte zu tragen“³³.

Um diese sorgsame Pflege bemühte sich Ch. Hardinge aber selbst in hohem Maße. Seit dem Sommer 1904 hatte er — über die Ansichten seines königlichen Herrn „wohlunterrichtet“ — in diesem Sinne gewirkt. Äußerlich gesehen war infolge des russisch-japanischen Krieges sein Wirken nicht von greifbarem Erfolg, aber er hatte die bereits vor dem Kriege gesponnenen Fäden nicht abreißen lassen. So äußerte er Arthur Hardinge, dem britischen Gesandten in Teheran, gegenüber³⁴, daß die englisch-russische Verständigung nicht auf „sehr große Schwierigkeiten“ zu stoßen brauche³⁵.

loren hat, wodurch der Wert der erweiterten Form des englisch-japanischen Bündnisses aufs kräftigste bezeugt wird“, Ch. Hardinge an Lansdowne, 4./9. 10. 1905.

31. BD, Bd. 4, Nr. 197, S. 347.

32. BD, Bd. 4, Nr. 204.

33. BD, Bd. 4, Nr. 202, S. 357.

34. BD, Bd. 4, Nr. 322.

35. Auch Harald Nicolson hebt Ch. Hardinges Verdienst um die englisch-russische Annäherung hervor: „Mit bewundernswerter Geduld und Würde gelang es ihm, allen bösen Gefühlen zum Trotz, die unser Bündnis mit Japan und der Zwischenfall der Dogger-Bank hervorgerufen hatten, den Grundstein für das künftige Abkommen zu legen“; Nicolson, H.: „Verschwörung der Diplomaten“, S. 228.

Abgesehen von der allgemeinen politischen Lage, die England und Rußland auf den Gedanken der Annäherung verwies, empfahl auch die Entwicklung der Verhältnisse in Persien die Zweckmäßigkeit einer Einigung. Denn infolge der Mißwirtschaft des Schahs drohte Persien finanziell und politisch zusammenzuberechnen. Die dortige klerikale Partei und die Stimme des Volkes selbst meldeten immer lauter ihre elementaren Rechte auf Freiheit und Unabhängigkeit des Landes an und ließen ihrer Auflehnung gegen die Mißwirtschaft der herrschenden Dynastie — des Schahs Muzaffer-Eddin — die Persien praktisch an Rußland und England verkauft hatte³⁶, in Wort und Schrift freien Lauf.

36. Beim Tode Muzaffer-Eddins wurde Persien in einem beklagenswerten Zustand zurückgelassen. Sein Vorgänger war noch fähig gewesen, die auf Vorrechte in Persien eifersüchtigen Mächte gegeneinander auszuspielen und in einem gewissen Gleichgewicht zu halten. Muzaffer-Eddin gelang das nicht mehr. Unter ihm glitten die Zügel in der Leitung des Landes allmählich in die Hände Rußlands und Englands, denn infolge seiner Geldbedürftigkeit schloß er Anleihen unter Bedingungen ab, die zu einer solchen Abhängigkeit von den fremden Mächten führen mußten. Von seinem Vater übernahm Muzaffer-Eddin nur eine einzige Anleihe; aber als er nach zehneinhalbjähriger Regierung starb, hatte er diese um eine Menge neuer finanzieller Verpflichtungen vermehrt, die sich 1906 auf 70 Mill. M. beliefen (vgl. „Englische Dokumente zur Erdrösselung Persiens“, Verlag „Der Neue Orient“, Bln. 1917, S. 10).

Im folgenden sei eine Übersicht über die Staatsschuld Persiens im Jahre 1906 gegeben, aus der gleichzeitig die rigorosen Bedingungen seiner Geldgeber hervorgehen:

Persiens Anleihen beim Tode Muzaffer-Eddins (1906).

1891. Regierung Nasser-Eddin Schahs: Entschädigung für Tabakmonopol... 500 000 £ (10 Mill. M.).
1900. Regierung Muzaffer-Eddin Schahs: Erste russische Anleihe (5%) auf 75 Jahre, nicht rückzahlbar innerhalb 10 Jahren, Emissionskurs 85... 22,5 Mill. Rbl. (44 Mill. M.). Bedingungen: 1. Sämtliche Schulden Persiens an Ausländer zu bezahlen. 2. Verpflichtung, nur mit Rußl. Anleihen zu machen. 3. Alle Zolleinnahmen, außer Persischem Golf-Zoll, an Banque du Prêts, die nach Rückbehaltung der fälligen Rate evtl. Rest an persische Regierung abgibt.
1902. Zweite (russische) Anleihe (unter denselben Bedingungen wie oben) ... 10 Mill. Rbl. (21,5 Mill. M.).

Im Dezember 1905 wurde das konservative Ministerium Balfour-Lansdowne gestürzt, an dessen Stelle ein liberales unter Führung Campbell-Bannermans und mit Edward Grey als Außenminister trat. Auf dies Ereignis hatten in Rußland, wie sich Wlassow, der ehemalige russische Gesandte in Teheran, einmal äußerte, schon weite Kreise gewartet. Er erwähnte Arthur Hardinge gegenüber, „daß die Befürworter einer aktiven Politik Rußlands im mittleren Osten alle ihre Hoffnungen auf das Ansruderkommen einer liberalen Regierung in England setzten und bis zu diesem Ereignis, das sicher früher oder später eintreten würde, fortfahren könnten, ein abwartendes, aber stetiges Spiel zu spielen“³⁷. In Wirklichkeit bedeutete dieser Wechsel keine Kursänderung; Grey schritt auf den Bahnen Lansdownes fort.

Wenn Grey auch kein Staatslenker „von großem Stil“³⁸ war und nur über geringe außenpolitische Erfahrung verfügte (— „aber er besaß Erscheinung und Haltung, alle Vorzüge eines typischen englischen Gentleman, war ein glänzender Redner und beherrschte in der diplomatischen Kunst die Vorsicht des unverbindlichen Wortes“³⁹ —) so sah er doch in der englisch-französischen Entente das entscheidende Faktum seines übernommenen

1904. Dritte (engl.) Anleihe durch Imperial Bank of Persia von indischer Regierung mit Erlaubnis Rußlands... 190 000 £ (3 800 000 M.).

1905. Vierte (engl.) Anleihe, dieselbe Geberin... 100 000 £ (2 000 000 M.). Garantien: 1. Fischereieinnahmen (ca. 60 000 Tomans pro Jahr) von den dem Russen Lianazoff vor ca. 30 Jahren gegebenen Fischereirechten an der Kaspischen Meer-Küste und den Flüssen, die dort münden. 2. Falls diese nicht ausreichend, Einnahmen von allen persischen Telegraphen. 3. Falls diese nicht ausreichend, Einnahmen aus Persischem Golf-Zoll. (Durch Bedingung 2 u. 3 verlor Persien die freie Verfügung über Einnahme aus den persischen Telegraphen und Persischem Golf-Zoll.)

— Die zuletzt genannten beiden Anleihen wurden später eingeschlossen in die des Jahres 1911.

(Diese Übersicht ist entnommen aus den „Engl. Dok. z. Erdr. Persiens“, S. 10 ff.)

37. BD, Bd. 4, Nr. 321b, Anhang A, S. 614.

38. Oncken, a. a. O., S. 589.

39. Oncken, a. a. O., S. 589.

Erbes. Er selbst war an ihm unbeteiligt, aber er beurteilte es höchst positiv⁴⁰. Über eine Unterredung mit Paul Cambon vom 31. 1. 1906 heißt es, daß beide der Ansicht waren, im Fall einer Krise keine Zeit „aus Mangel an einem formalen Engagement“ verstreichen zu lassen, falls Deutschland an der Entente „rütteln“ werde⁴⁰. Daß Grey ferner eine Einigung mit Rußland als sehr erstrebenswert bezeichnete, ja jede Regierung Englands sich darum bemühen müsse, hatte er schon im Oktober 1905 ausgesprochen: „Jede englische Regierung werde bereit sein, Rußland im nahen Osten freie Hand zu lassen, wenn man zu einer allgemeinen englisch-russischen Verständigung gelange“⁴¹. Er dachte also schon an das Lockmittel der Meerengen, wenn Rußland den englischen Plänen allzu mißtrauisch gegenüberstand.

Die persische Regierung hatte mit dem Wechsel in der Leitung des britischen Auswärtigen Amtes auch einen Umschwung betreffs der Stellung Englands zu Persien vermutet, so daß der persische Gesandte in London beim neuen Außenminister Befürchtungen erhob. Edward Grey aber versicherte ihm, daß seine Gefühle und die seiner Kollegen „sich nicht von denen unterscheiden, die der Marquess of Lansdowne und das letzte Kabinett hegten“⁴². Tatsächlich taten sie es auch nicht; die unglücklichen Perser wußten nicht, daß ja gerade die Regierung seines Vorgängers die Aufteilung Persiens empfohlen hatte.

Allerdings kamen mit der Jahreswende 1905/1906 die englisch-russischen Verhandlungen noch nicht in Fluß. Auf Seiten Rußlands hatte die Einigung mit England zurzeit einen eifrigen Befürworter in dem Grafen Witte. Das englische Kabinett reagierte aber nicht auf seine Sympathiekundgebungen, denn diese verfolgten augenscheinlich einen zu realen Zweck: die Erlangung einer Anleihe. Vielleicht wäre man englischerseits darauf eingegangen, wenn Witte Sicherheiten geboten oder Zugeständnisse bezüglich einer Vereinbarung über die mittelasiatischen Streitpunkte in Aussicht gestellt hätte. Aber Persien betrachtete Rußland noch immer als seine „prädestinierte Beute“⁴³. Außerdem

40. Berl. Monatsh., 1933, S. 940.

41. DGP, Bd. 19, Nr. 6360.

42. BD, Bd. 4, Nr. 323; Memorandum v. 11. 1. 1906.

43. BD, Bd. 4, Nr. 205.

hielten die englischen Staatsmänner es für richtig, die Besprechungen mit Rußland erst dann wieder aufzunehmen, wenn die innerrussischen Verhältnisse sich geklärt hatten und die Duma zusammengetreten war.

Da Witte bei der englischen Regierung auf Ablehnung stieß, worüber er sehr enttäuscht war⁴⁴, wollte er die Angelegenheit nicht mehr „über Diplomaten“, sondern über den Zaren und den englischen König verhandeln lassen⁴⁵. Zar Nikolaus war dazu bereit und wünschte den Besuch Eduards VII. in Petersburg⁴⁶. Der König verhielt sich aber sehr zurückhaltend, da ihm die innere Lage Rußlands zu ungeklärt und zu unsicher war. Er hatte Witte außerdem in Verdacht, daß er seinen persönlichen Besuch nur wünsche, um die Anleihe zu erlangen⁴⁷. Was Witte betraf, so mochte das der Fall sein. Weit mehr aber versprach sich von einem Besuche des englischen Königs beim Zaren der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, nämlich einen gewaltigen Fortschritt in den politischen Beziehungen der beiden Mächte zueinander: „er (der Besuch) würde eine ungeheure politische Bedeutung haben“⁴⁸. Benckendorff war der Meinung, „daß man Verhandlungen oder Pourparlers im geheimen beginnen könnte, und daß sich eine Entente, im voraus sorgfältig in den Umrissen entworfen, während persönlicher Gespräche zwischen den Monarchen ‚vernieten‘ lassen werde“.

Der Besuch des englischen Monarchen kam aber nicht zustande; sein Mißtrauen war zu groß. Denn ein Angebot, das die „Pourparlers“ hätte eröffnen können, hielt die russische Regierung wohlweislich zurück. In einer Besprechung mit Spring-Rice gab Benckendorff auch die Gründe an, weshalb Rußland nicht den Anfang machen könne⁴⁸: die innerrussischen Verhältnisse gestatteten es den Staatsmännern nicht, irgendwelche Verpflichtungen einzugehen, da die Gegner sie gegen die

44. BD, Bd. 4, Nr. 207.

45. BD, Bd. 4, Nr. 215, Anm. der Herausgeber, S. 380.

46. BD, Bd. 4, Nr. 208 und 211.

47. Vgl. Lee, a. a. O., Bd. 2, S. 565.

48. BD, Bd. 4, Nr. 208.

Regierung benutzen würden. Er sprach daher die Erwartung aus, daß England mit der Unterbreitung eines Angebotes den ersten Schritt tun würde, der als Einleitung zu allgemeinen Verhandlungen genommen werden könnte⁴⁹. Benckendorff dachte an ein Doppelabkommen über die Dardanellen und den Bosphorus, das daneben eine besondere Bestimmung „zur Veröffentlichung“ enthalten möchte, die Rußland den „ersehten Handelszugang zum Persischen Golf“ zugestehe. Was Rußland im Tausch gegen diese, immerhin nicht sehr bescheidenen Zugeständnisse werde geben können, ließ Benckendorff ungesagt. Spring-Rice erwiderte dem Botschafter, gute Aussichten auf erfolgreiche Verhandlungen könnten nur dann bestehen, wenn Rußland irgendeine Zusicherung gebe, bevor England einen Vorschlag mache.

So standen also zu Beginn des Jahres 1906 England und Rußland zueinander: beide Mächte beteuerten sich gegenseitig die aufrichtig gemeinten Gefühle füreinander und betonten den Wunsch nach einem besseren Einvernehmen, aber jede Partei befürchtete, der anderen zuviel zugestehen zu können. „Ein Vertrag mit England würde als ein Zeichen der Schwäche angesehen werden“, erklärte Zar Nikolaus, „falls dieser Vertrag nicht Bestimmungen enthielte, die offensichtlich vorteilhaft für Rußland seien“⁵⁰.

Die Eröffnungen Benckendorffs hatten aber gezeigt, daß Rußland die Konsequenzen aus der asiatischen Niederlage ziehen wollte, ja es vielmehr nun gezwungen war, sich der orientalischen Politik wieder zuzuwenden. Wenn England also auf eine Verständigung mit Rußland Wert legte, so mußte es sich auch mit der Frage befassen, welche Zugeständnisse und Versprechungen ihm die Einigung mit Rußland wert waren.

Wie gesagt, blieben die englisch-russischen Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1906 in den Anfängen stecken. Sie traten erst in ein fortschrittliches Entwicklungsstadium, als das konservative Ministerium Witte gestürzt wurde und Alexander Iswolski die Leitung des russischen Außenministeriums übernahm.

49. Dgl. S. 366.

50. BD, Bd. 4, Nr. 208.

*Wechsel in der britischen diplomatischen Vertretung in
Petersburg.*

Im Februar 1906 kehrte Ch. Hardinge ins britische Auswärtige Amt als Unterstaatssekretär⁵¹ zurück. Er blieb fortan der besondere Berater des Königs, um diesen über alle Dinge „wohlinformiert“ zu halten. Auf den Posten in Petersburg folgte im Mai 1906 ein anderer fähiger Diplomat: Sir Arthur Nicolson⁵². Er war eine überaus fesselnde Persönlichkeit, die aus dem politischen Lager der englisch-russischen Verständigung kam.

Sein Biograph, sein Sohn Harald, überliefert uns einen Bericht⁵³ von einem Diner, das, bevor Arthur Nicolson nach Petersburg ging, im April 1906 in Queen Annes Gate stattfand. Hier wurde das Programm der Zukunft mit Haldane, Morley, Grey und Asquith beraten und über alle Möglichkeiten diskutiert. Vier Stunden dauerte die Sitzung. A. Nicolson war nicht optimistisch. Er wollte jedoch sein Bestes tun und bedang sich Zeit aus für seine Mission. Die übrigen schenkten ihm ihr Vertrauen und versprachen Unterstützung. Er war sich im Unklaren, ob er nicht unter der Mehrheit der Russen noch das alte Gefühl des Mißtrauens und der traditionellen Abneigung gegen Großbritan-

51. Vgl. Charles Hardinges für den Empfänger zugestutzten Bericht (in BD, Bd. 4, Anhang III, S. 1023 ff.) über seine Unterredung mit Lamsdorff am 5. 1. 1906 anläßl. seiner Anwesenheit in Petersburg, um dem Zaren sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Ch. Hardinge schildert hier Lamsdorff seine Eindrücke, die er während seines Urlaubes in London empfangen habe, nämlich einen Umschwung der englischen öffentlichen Meinung gegenüber Rußland, sowie die warme Sympathie, die man allgemein Rußland gegenüber während der ersten Krise im japanischen Kriege bekundet habe. Er habe das Empfinden, erklärte er, „daß Seiner Majestät Regierung zu einem passenden Zeitpunkt die Verhandlungen für eine allgemeine Verständigung über alle Fragen mit Vergnügen wieder aufnehmen werde, Verhandlungen, die unglücklicherweise durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen worden seien“. Als Beweis für die bona-fides der Absichten seiner Regierung erinnerte Hardinge an den von Grey zum Ausdruck gebrachten Wunsch, jede Handlung zu vermeiden, die so ausgelegt werden könne, als mache sie sich die Verlegenheiten der russ. Regierung zunutze, oder die später den Erfolg der Verhandlungen beeinflussen könnte.

52. Nicolson, a. a. O. S. 225.

53. Desgl., S. 229.

nien finden werde. Er wies gleichfalls darauf hin, daß in weiten englischen Kreisen die Gefühle für Rußland nicht gerade sympathische seien. Rußland gelte als roh und barbarisch regierter autokratischer Staat, in dem mit grausamen Methoden die Freiheiten der Untertanen unterdrückt würden. Aber doch, so meinte A. Nicolson, müßten alle Differenzen zwischen England und Rußland auf einfache Mißverständnisse zurückgeführt werden; jedes Land unterschiebe dem anderen Pläne und Absichten, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden seien.

So waren die Wege für eine allgemeine englisch-russische Annäherung durchaus noch nicht frei. Erst allmählich konnten die gegenseitigen Vorurteile beseitigt und der Boden für die Interessenbereinigung geebnet werden. Weil aber Nicolson die ihm zuteil gewordene Aufgabe nicht so leicht nahm, sondern alle Schwierigkeiten sorgsam in die Waagschale warf und sich keiner Illusion hingab, brachte er das große Werk zustande.

Vom Foreign Office erhielt Nicolson bestimmte Instruktionen: Seine Aufgabe sollte sein, aus den englisch-russischen Beziehungen die drei Streitpunkte Persien, Afghanistan und Tibet zu entfernen. Betreffs Persiens sollte er versuchen, daß Rußland offiziell das Prinzip der Unabhängigkeit anerkannte und sich zu der Festlegung von Sphären bereit fand, innerhalb derer sich sowohl England als auch Rußland zum gegenseitigen „Desinteressement“ verpflichtete. In bezug auf Afghanistan sollte Rußland anerkennen, daß Großbritannien ein großes Interesse an dem Lande habe, und erklären, keine russischen Vertreter dorthin zu schicken, und daß Großbritannien allein das Recht besitze, die auswärtige Politik des Emirs zu führen. Was Tibet betraf, sollte Rußland versichern, sich nicht in die Angelegenheiten des Landes zu mischen und Englands vorherrschende Stellung anerkennen. Im ganzen gesehen, erreichte Arthur Nicolson alle diese Ziele⁵⁴.

Als Nicolson nach Petersburg kam, fand er seine in London geäußerten Bedenken zunächst bestätigt. In regierenden Kreisen Rußlands, besonders in solchen, die dem Hofe nahestanden, stellte er fest, daß noch ein starkes Vorurteil und eine Abneigung

54. Vgl. Nicolson, a. a. O., S. 260 f.

gegen Großbritannien vorhanden waren. Japan, das fühlten diese Kreise mit Recht, hätte nie gewagt, Rußland herauszufordern, wäre es nicht von seinem englischen Bundesgenossen dazu ermutigt worden. Selbst Frankreich konnte sich keiner ausgesprochenen Beliebtheit erfreuen. Man war ebenfalls über Frankreichs Haltung während des russisch-japanischen Krieges enttäuscht. Denn es hatte nicht die von einem Bundesgenossen erwartete wohlwollende Neutralität bewiesen⁵⁵. Nicolson beobachtete, daß diese Kreise große Sympathie für Deutschland hatten⁵⁶. „Meiner Ansicht nach“, so schrieb er⁵⁷, „würden der Zar und die russische Regierung, wenn sie durch keine anderen politischen Bedingungen gehemmt wären, gerne ein enges Bündnis mit Deutschland schließen... Heutzutage herrscht sowohl am Hofe als auch in den Regierungskreisen der deutsche Einfluß vor...“. Aber diese „anderen politischen Bindungen“ gaben bereits den Ausschlag. Nur allzu deutlich war das auf der Algéciras-Konferenz⁵⁸ (16. 1./ 31. 3. 1906) hervorgetreten. Hier war klar geworden, daß Deutschland nur die Unterstützung Österreich-Ungarns genoß und Rußland unzweifelhaft auf der Gegenseite stand. Wenn Nicolson meinte⁵⁹, daß trotz dieser Konferenz, wo Deutschland in den Augen der Welt isoliert zu sein schien, in Rußland der Eindruck bestehe, daß das Deutsche Reich der beherrschende Faktor auf dem europäischen Festland sei, so hat das die russische Politik doch nicht entscheidend beeinflusst. Sonst wäre es dem englischen Botschafter gewiß nicht möglich gewesen, Rußland schon allzubald auf die Seite Englands zu ziehen.

So prüfte A. Nicolson, als er Anfang 1906 nach Petersburg kam, zunächst die Frage⁶⁰, ob die herkömmliche Rivalität und Divergenz in der englisch-russischen Politik, die bislang in jeder internationalen und beide Mächte besonders interessierenden Frage zutage getreten war, dem aufrichtigen Wunsche nach einer

55. Nicolson, a. a. O., S. 230; BD, Bd. 4, Nr. 243.

56. BD, Bd. 4, Nr. 243.

57. Nicolson, a. a. O., S. 230 f.

58. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 206.

59. BD, Bd. 4, Nr. 243, S. 423.

60. BD, Bd. 4, Nr. 243 Abschn. Großbritannien, S. 425 ff.

freundschaftlichen und angemessenen Verständigung Platz machte. Die Ansichten des russischen Hofes über die obige Frage waren seiner Meinung nach, „daß im Prinzip kein Einwand gegen eine Verständigung mit Großbritannien“ bestand. Aber er nahm nicht an, daß vom Hof irgendein lebhafter Antrieb zum Abschluß eines Abkommens ausgehen oder dieser einen großen Ehrgeiz bezeigen werde, die Verhandlungen zu fördern. Die Einstellungen des Kabinetts glaubte Nicolson dahin richtig zu verstehen, daß die Mehrzahl der Mitglieder zu einer Abmachung bereit war, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Interessen Rußlands gewahrt blieben. Eine ungünstige Entwicklung der englisch-russischen Verhandlungen glaubte er voraussesehen, wenn die schwebenden russisch-japanischen Verhandlungen⁶¹ einen ungünstigen Verlauf nehmen würden. Die russische Militärpartei bildete seiner Ansicht nach ein großes Hindernis für die erstrebte Annäherung: diese empfinde die Unglücksfälle des letzten Krieges zu schmerzlich, als daß sie ein gutes Einvernehmen mit Großbritannien gutheißend würde. Die russische Presse schlug im allgemeinen einen freundlichen Ton an. „Dem intelligenten Publikum“ maß Nicolson überhaupt keine Bedeutung bei, denn dieses befaßte sich nicht mit auswärtigen Fragen, es sei mit Fragen im Innern des Landes genug in Anspruch genommen.

Von besonderer Bedeutung war für die Mission Nicolsons der Wechsel in der Leitung des russischen Außenministeriums. Auf den Grafen Lamsdorff⁶² war am 12. Mai 1906 Alexander

61. Am 31.7.1907 wurden sie im russisch-japanischen Verträge abgeschlossen.

62. Wie Graf Moy (1903/06 bay. Gesandter in Paris, 1906/09 Gesandter in Petersburg) berichtet (in: Moy, C. Graf: „Was mir Minister Witte erzählte“ Berl. Monatsh. 1930, S.835), sei Lamsdorff auf Veranlassung des deutschen Kaisers aus dem Amte entlassen worden, weil Wilhelm II. angenommen habe, Lamsdorff sei daran schuld gewesen, daß der Björkoe-Vertrag ins Wasser fiel. Der Zar sei auf des Kaisers Bitte eingegangen und habe Iswolski zum Nachfolger des Grafen Lamsdorff ernannt, weil unmittelbar vorher Kaiser Wilhelm sich den Gesandten Iswolski als russischen Botschafter nach Berlin ausgebeten habe. — Nach Ansicht Ch. Hardinges hing Lamsdorffs Rücktritt mit dem Zusammentritt der Duma zu-

Iswolski, der bisherige russische Gesandte in Kopenhagen, gefolgt. Mit seiner Berufung wurde allgemein eine Kursänderung in der russischen Politik verbunden, da man in Iswolski den Vertreter der englandfreundlichen Richtung sah. „Nun werden wir sehen, wie sich die Dinge ändern“, bemerkte Aehrenthal, der österreichische Botschafter in Petersburg, „denn Iswolski ist anglophil“⁶³. Wenige Wochen nach Iswolskis Amtsantritt tauchten schon Gerüchte über russisch-englische Abmachungen auf. Am 18. Mai meldete der deutsche Geschäftsträger in Rom, v. Jagow, der russische Botschafter Murawiew habe seinem österreichischen Kollegen, Graf Lützow, vertraulich mitgeteilt⁶⁴: „demnächst würden kürzlich zustandgegekommene englisch-russische Abmachungen bekannt gegeben werden. Es handele sich nicht um eine entente générale, zu der alle Vorbedingungen fehlten, sondern um Abkommen über bestimmte Punkte, in erster Linie Persien betreffend“⁶⁵. Verschiedentlich wurde aber von

sammen. Hardinge meinte schon im Februar 1906, daß Lamsdorff, nachdem er viele Jahre nur dem Zaren verantwortlich gewesen sei, sich der Einwirkung der Duma auf die auswärtigen Angelegenheiten nicht fügen werde (BD, Bd. 4, Vermerke zu Nr. 209, S. 371).

63. Beazley, Berl. Monatsh. 1931, S. 958; vgl. DGP, Nr. 7360/7369.

64. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8507, S. 11, Anm. *.

65. Am 19. Mai brachte der „Standard“ einen läng. Art. üb. die „Anglo-Russian-Entente“ mit dem Inhalt, daß eine englisch-russ. Verständigung über asiatische Fragen, besonders Persien betreffend, bevorstehe. Es wurde so hingestellt, als ob das Abkommen sich auf die Bagdadbahn erstrecken sollte. Wilhelm II. bemerkte zu dem Passus über die Bagdadbahn: „There is nothing to be settled. That is our affair alone with Turkey“. So erhielt am 19. Mai 1906 der deutsche Botschafter in Petersburg, v. Schoen, den Auftrag, den neuen russischen Außenminister Iswolski zu interpellieren und ihm zu sagen, die deutsche Regierung erwarte von der russischen, daß sie in Fragen, die die deutschen Interessen berührten, „nicht ohne unser Zutun entscheidet und uns nicht vor ein fait accompli stellt“. Schoen hatte Iswolski geradezu zu sagen, „daß wir die Haltung Rußlands in dieser Frage als Gradmesser für die Gesinnungen ansehen werden, von welchen sich Rußland in seinen politischen Beziehungen zu uns in Zukunft leiten lassen wird“. Iswolski erklärte darauf, bei den Verhandlungen mit England habe es sich lediglich um eine allgemeine Verständigung über asiatische Dinge gehandelt, von der Bagdadbahn sei dabei seines Wissens keine Rede gewesen, und es sei völlig ausgeschlossen, daß Rußland und England über Interessen und Rechte Dritter, namentlich

deutscher Seite die Ernennung Iswolskis günstig beurteilt⁶⁶. Man glaubte sogar, daß ihm die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses als Ideal vorschwebte⁶⁷. Daß die deutschen Stimmen sich in dieser Hoffnung getäuscht sehen mußten, lag in Iswolskis Vorliebe für England begründet, die ihn dazu verleitete, einen nahen Anschluß an das Inselreich zu suchen, wobei die Sympathien für Deutschland zu kurz kamen.

Iswolski war liberal gesonnen. Er hatte Sympathien für den westlichen Liberalismus und war vor allem ein unbedingter Bewunderer Englands und allen englischen Wesens⁶⁸. A. Nicolson charakterisierte ihn als einen Mann⁶⁹, „nicht ohne Eitelkeit und Ehrgeiz, nervös, ziemlich scheu vor Verantwortung und höchst empfindlich gegen Kritik... Sehr liberal in seinen Anschauungen und in seinen politischen Ansichten der Vorgesetzten im Kabinett... Er möchte unzweifelhaft, daß seine Amtszeit als Minister des Auswärtigen von Erfolg begleitet wäre... Er trachtet loyal und aufrichtig nach einer Verständigung mit Großbritannien, wenn er auch keinen Schritt tun würde, den man in Berlin ungern sähe, und die Ansichten, die am dortigen Hof herrschen mögen, haben in seinen Augen eine überragende Bedeutung“⁷⁰.

Als Richtlinien von Iswolskis Politik bezeichnet Taube, der juristische Beirat im russischen Außenministerium, mit dem sich der Außenminister eingehend darüber unterhielt⁷¹:

- a) Erhaltung und Festigung des französisch-russischen Bündnisses, das seit 1891 die Grundlage der ganzen russischen Politik geworden war,

Deutschlands verfügten, ohne vorher mit diesem Verständigung zu suchen. Vgl. DGP, Bd. 25, I, Nr. 8507.

66. Vgl. DGP, Bd. 22, Nr. 7355 u. 7366.

67. DGP, Bd. 22, Nr. 7369 Randbem. Wilhelms II.

68. Taube, a. a. O., S. 84 ff. u. 91 ff.

69. BD, Bd. 4, Nr. 243, S. 430.

70. Vgl. Nicolson, a. a. O., S. 238 f. — Mit dieser Charakteristik Iswolskis stimmt auch das Urteil Taubes (a. a. O., S. 84 ff. u. 91 ff.) überein: „geistig gut beanlagt, umfassend gebildet, von reichem Wissen, aber egoistisch, unzuverlässig, sehr ehrgeizig und eitel, politischer und gesellschaftlicher Streber, leicht gekränkt“.

71. Taube, a. a. O., S. 105.

- b) Liquidierung der Spannung in Asien durch Vereinbarungen mit Japan und England,
- c) möglichst gute Beziehungen zu Deutschland, jedoch ohne in das Fahrwasser von Björkoe einzulenken.

Sir Edward Grey ließ sofort im Mai 1906 zur Aufnahme der Verhandlungen mit Iswolski drängen. Anlaß bot ein ihm zu Ohr gekommenes Gerücht, daß Deutschland den Persern möglicherweise eine Anleihe gewähren könnte. So ließ er am 23. Mai seinen Botschafter in Petersburg wissen: „Die Bagdadbahn und die gegenwärtigen Vorgänge in Persien, bei denen Rußland und England zusammengehen müßten, seien zwei sehr wichtige Angelegenheiten, die uns zu einem allgemeinen Abkommen ein Stück Wegs näherbringen könnten“⁷².

Am 29. Mai 1906 stattete A. Nicolson dem russischen Außenminister seinen ersten Besuch ab⁷³. Der Botschafter unterrichtete den Minister darüber, daß er von Grey „Weisung zu einem Gedankenaustausch über mehrere wichtige Gegenstände“ erhalten habe⁷⁴. Iswolski war über diese Mitteilung sehr befriedigt und wollte an den Besprechungen „herzlich teilnehmen“. Allerdings stellte Nicolson gleich bei der ersten Unterredung Iswolskis wohlwollende Meinung von der deutschen Regierung fest⁷⁵ und meinte, seiner Ansicht nach trete Iswolski nur mit geteilter Bereitwilligkeit in die Erörterungen ein. Nicolson machte ihm aber klar, die britische Regierung „beabsichtige nicht, gegen andere eine Waffe zu schmieden“⁷⁶. Der deutsche Botschafter hatte Iswolski allerdings schon wissen lassen⁷⁷, daß Deutschland

72. BD, Bd. 4, Nr. 216.

73. Nicolson, a. a. O., S. 237.

74. BD, Bd. 4, Nr. 221.

75. Nicolson, a. a. O., S. 237. — Iswolskis Gefühle für Deutschland stammten aus den Jahren des russisch-japanischen Krieges, da Deutschland eine freundliche Haltung zu Rußland eingenommen hatte. Der französische Gesandte in Kopenhagen, Crozier, bemerkte (s. BD, Bd. 4, Nr. 219, S. 387), daß während des Winters und Frühjahrs 1904/05, als Iswolski russ. Gesandter in Kopenhagen war, dieser oft von der freundlichen Haltung Deutschlands und von der Dankbarkeit, die er dafür empfinde, gesprochen habe.

76. Nicolson, a. a. O., S. 237.

77. BD, Bd. 4, Nr. 221.

keine Schwierigkeiten bereiten wolle und eine allgemeine Verständigung zwischen Großbritannien und Rußland mit freundlichen Augen betrachte. Nur hinsichtlich der Bagdadbahn hatte Deutschland Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Nicolson erklärte dem Minister, daß seine Regierung diese Frage auch getrennt zu behandeln wünsche, England lege vorläufig nur Wert darauf, die Besprechungen auf „die Fragen zu beschränken, die britische und russische Interessen allein berührten. Er gab ferner dem Wunsche Ausdruck, die Unterhaltungen auf der Grundlage „vollkommenen Vertrauens und Freimuts“ stattfinden zu lassen und sie „streng vertraulich“ zu behandeln. Dies war auch der Wunsch Sir Edward Greys⁷⁸. In sein Tagebuch schrieb Nicolson über seine erste Unterredung⁷⁹: „29. Mai. Erste Unterredung mit Iswolski. Meine Annäherung gut aufgenommen, aber offensichtlich mit einem Auge auf Berlin. Diskretion versprochen, wird aber nicht eingehalten werden. Ärgerlich“. Was die Aussprache besonders gezeigt hatte, war, daß England den Hauptwert auf eine allgemeine Abmachung mit Rußland legte.

Am 4. Juni 1906 wurde A. Nicolson in Audienz beim Zaren empfangen⁸⁰. Nikolaus II. sprach die Hoffnung aus, daß die Besprechungen zu einer befriedigenden Verständigung führen möchten. Nicolson war von der „aufrichtigen Herzlichkeit“ des Zaren überzeugt⁸¹. Er nahm sogar an, daß der kaiserliche Herr

78. Desgl. S. 391, Anm. 1.

79. Nicolson, a. a. O., S. 238.

80. BD, Bd. 4, Nr. 222.

81. Zar Nikolaus war eine unbeständige und schwankende Natur. Durch seine übertriebene Liebenswürdigkeit und Schwäche setzte er sich oft ins falsche Licht. Sein zurückhaltendes Wesen grenzte fast an Geheimnistuerei, wenn es nicht sogar auf einen Hang zur Verheimlichung schließen ließ. (Nicolson, a. a. O., S. 236). Er ließ sich weniger von Personen als von äußeren Ereignissen beeinflussen, deren wahre Bedeutung und Wichtigkeit er nicht abzuschätzen vermochte. — Treffend ist das Urteil Wilhelms II. über den Zaren. Er schrieb als Randbemerkung zu einem Bericht v. Schoens, als dieser über eine Audienz berichtete, daß seine Worte auf den Zaren einen tiefen Eindruck gemacht hatten: „Ja, bis Iswolski oder Martens oder Nicolson ihn erwischt hat“. „Der Zar ist nicht falsch, aber schwach. Die Schwäche ist keine Falschheit, aber sie über-

einen nützlichen Einfluß auf Iswolski ausüben werde, den Nicolson im Verdacht hatte, daß er mit dem Fortschreiten der Verhandlungen den deutschen Botschafter in sein Vertrauen ziehen würde⁸².

Am 7. Juni 1906 begannen die offiziellen Verhandlungen. Nach welcher Taktik Nicolson sie führen wollte, geht aus seinen folgenden Worten hervor: „Sie (die Russen) dürfen uns nicht als Bittsteller betrachten, sonst werden sie zu hohe Ansprüche stellen“⁸³. Mit Tibet wurden die Besprechungen eröffnet, indem Nicolson die ihm von seiner Regierung gegebenen Instruktionen dem Außenminister Iswolski unterbreitete⁸⁴. Er war angewiesen worden, die Versicherung zu erlangen, daß Ruß-

nimmt ihre Rolle und erfüllt ihre Funktionen“ (DGP, Bd. 23,1, Nr. 7877, A. S. 161; Nicolson, a. a. O., S. 236). — Auch ein Satz Harald Nicolson's sei noch erwähnt: „Dieser sanfte, aber ungebildete Zar (der, wie A. Nicolson immer wieder versichert, „viele lebenswürdige und gute Eigenschaften hatte“,) litt unter dem Unglück, nur auf einem Punkt Entschlossenheit zu besitzen, dem seiner Autokratie“ (Nicolson, a. a. O., S. 235).

Wertvolle Aufklärungen für die Beurteilung russischer Staatsmänner erhielt A. Nicolson von Sir Donald Mackenzie Wallace, einem Privatjournalisten und ausgezeichneten Kenner der russischen Geschichte, Verhältnisse und Psyche. Aus dem Wissen und den Ratschlägen dieses Mannes zog Nicolson ungeheuren Gewinn. Dieser verschaffte Informationen aus Quellen, die den Diplomaten meist unerreichbar waren. Wallace war ein besonderer Vertrauter König Eduards, ebenfalls ein Bekannter des Zaren Nikolaus und hielt sich in Rußland auf, um Korrespondenzen für die „Morning Post“ zu schreiben. Seine Hauptaufgabe bestand aber darin, die russische Presse für eine Entente mit England zu gewinnen. Solchen Gedanken erwies sich vor allem die wegen ihrer antideutschen Haltung bekannte „Nowoje Wremja“ zugänglich (s. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8533; BD, Bd. 4, Nr. 231 u. Nicolson, a. a. O., S. 234 f.).

82. BD, Bd. 4, Nr. 223, S. 393 — Der deutsche Botschafter in Petersburg, v. Schoen, war mit Iswolski von seiner Gesandtenzeit in Kopenhagen her bekannt und befreundet. Etwa zu der gleichen Zeit, als Iswolski zum russischen Außenminister berufen wurde, erhielt auch v. Schoen seine Beförderung zur Botschaft in Petersburg. Der französische Gesandte in Kopenhagen, Crozier, äußerte daher gelegentlich die Befürchtung, v. Schoen würde infolge seiner früheren Intimität mit Iswolski im Vergleich zu seinen anderen Kollegen sehr im Vorteil sein (BD, Bd. 4, Nr. 219).

83. BD, Bd. 4, Nr. 223, S. 393, Schlußabsatz.

84. BD, Bd. 4, Nr. 224; über Tibet s. BD, Bd. 4, Kap. 26 u. Nicolson, a. a. O., S. 240 ff.

land gemeinsam mit Großbritannien die Suzeränität Chinas über Tibet anerkenne, ferner die Anerkennung „des besonderen Interesses Großbritanniens daran, daß die auswärtigen Beziehungen Tibets durch keine andere Macht gestört“, und daß weder Rußland noch Großbritannien sich um Konzessionen im tibetanischen Gebiet bewerben würden. Das hieß also, England wollte Tibet als Pufferstaat vor den Toren Indiens erhalten. Es war allerdings bereit, seine durch das Younghusband-Abkommen⁸⁵ gefestigte Stellung in Tibet aufzugeben, wenn Rußland sich verpflichtete, das Land „als eine ihren Vertretern und ihrer Durchdringung verbotene Zone zu betrachten“.

Iswolski verhielt sich äußerst zurückhaltend. Er erhob sehr viele Einwände gegen Nicolsons Vorschläge. Letzterer schrieb in sein Tagebuch: „Ich ließ ihn absichtlich reden. Ich wollte seine wirklichen Gedanken erfahren . . . Ich muß vorsichtig sein und keine Ungeduld an den Tag legen“⁸⁶. Seine ursprüngliche Absicht war gewesen, auch betreffs Afghanistans entsprechende Vorschläge zu machen⁸⁷. Nachdem dann durch diese beiden Fragen die Verhandlungen in Fluß gekommen seien, wollte er sich nach Iswolskis Ansichten über Persien erkundigen. Aber Iswolski zögerte schon, wie gesagt, in der tibetanischen Frage und vermied jedes Eingehen auf Afghanistan und Persien. So machten die Verhandlungen in den ersten Monaten keine

85. Im Jahre 1903 wurde Sir Fr. Younghusband mit einer Militärmission nach Tibet geschickt, um die Tibetaner an die mit England bestehenden Verträge zu mahnen. Am 7. 4. 1904 kam ein neues Abkommen zustande, demzufolge sich die tibetanischen Behörden verpflichteten, mit keiner Macht außer England in Verbindung zu treten. Als Garantie für eine Entschädigung, die Tibet leisten mußte, hielten fortan britische Truppen das Chumbi-Tal besetzt. Rußland beschwerte sich, daß ein derartiges Abkommen ein britisches Protektorat über Tibet bedeute. Am 27. 4. 1906 schloß Großbritannien mit China das „Ratifikationsabkommen“, worin letzteres das Younghusband-Abkommen von 1904 anerkannte. Großbritannien verpflichtete sich dafür, kein tibetanisches Gebiet zu annektieren und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen. (Nicolson, a. a. O., S. 240.)

86. Nicolson, a. a. O., S. 241 f.

87. Über Afghanistan, s. BD, Bd. 4, Kap. 28; BD, Bd. 4, Nr. 224, Vermerk E. G.

wesentlichen Fortschritte. Aber jedenfalls waren die ersten Schritte für sie aufgenommen.

Zu welchem weitgehenden Zugeständnis betreffs Persiens der englische Außenminister Grey evtl. bereit war, geht aus folgendem hervor⁸⁸: Grey gedachte eine Diagonale durch Persien in Vorschlag zu bringen, die den Russen einen Zugang zum Persischen Golf gewährte, die Mündung des Golfes aber auf der englischen Seite der Linie beließ. Wenn eine allgemeine Verständigung erzielt würde, so glaubte er sich mit einer derartigen Regelung einverstanden erklären zu können⁸⁹. Daß Rußland ganz Persien absorbieren werde, befürchtete Grey nach den Ereignissen der letzten Jahre nicht mehr. Und wenn Rußland einen Hafen am Golf erhalte, so glaubte er, von Afghanistan und Südpersien aus eine evtl. gefährliche Aktion Rußlands verhindern zu können; denn in diesem Falle könne England auf die Unterstützung Japans rechnen.

Durch die Juli-Ereignisse in Rußland erfuhren die englisch-russischen Verhandlungen eine vorübergehende Verschlechterung. Am 22. Juli 1906 brach in Rußland die Revolution aus. Die Regierung schlug sie aber erfolgreich nieder und löste die Duma auf⁹⁰. In den liberalen Kreisen Englands rief das einen Sturm der Entrüstung hervor. Schon die vorhergehenden gespannten Beziehungen zwischen der russischen Regierung und der Kammer hatten durch das „House of Commons“ eine scharfe Kritik erfahren, und das britische Kabinett hatte es für richtig gehalten, den geplanten Besuch der Kanal-Flotte nach Rußland aufzugeben. Die Duma war englandfreundlich eingestellt. Am Tage seiner Auflösung weilten sogar Vertreter der Duma in London, um an der Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union teilzunehmen. Am Morgen der Konferenz-eröffnung traf die Nachricht ein, daß der Zar die Duma aufgelöst habe. Sir Campbell-Bannerman erwähnte das Ereignis in der Eröffnungsansprache, die er mit den Worten schloß: „La Duma est morte, vive la Duma“⁹¹.

88. BD, Bd. 4, Nr. 227.

89. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 224, Schlußabsatz.

90. Nicolson, a. a. O., S. 244.

91. s. Einzelheiten darüber in: Lee, a. a. O., Bd. 2, S. 566—68; vgl. auch DGP, Bd. 25,1, S. 21, Anm. * u. Nr. 8517.

A. Nicolson sah für die Zukunft der englisch-russischen Annäherung in anbetracht dieser Geschehnisse sehr pessimistisch und hielt seine Aufgabe für sehr erschwert. Am 26. August 1906 schrieb er in sein Tagebuch⁹²: „Ein zorniger Artikel in der „Times“, der den Zaren beschimpft. Die Haltung unserer Presse ist äußerst peinlich; sie hat völlig die Lage mißverstanden. Dazu kommt noch die Rede des Premierministers. Iswolskis frühere Bereitwilligkeit hat einer Schweigsamkeit und einer anscheinenden Gleichgültigkeit Platz gemacht. Der Zar ist gekränkt. Vor zwei Monaten bestanden alle Hoffnungen, jetzt bestehen nur noch wenige. Als ich Iswolski erklärte, ich würde gerne seine Ansichten über Persien kennen, starrte er mich an und erwiderte, daß er überhaupt keine Ansichten habe“.

Edward Grey und Ch. Hardinge empfahlen in Hinsicht auf die unsichere Zukunft Rußlands die Verhandlungen vorläufig zu unterbrechen⁹³. Nicolson hielt die Anregung für unklug. Seine weitblickende Überlegung, die er in einem Brief an Hardinge vom 29. 7. 1906 niederlegte, war folgende: Welchen Gang die Entwicklung in Rußland nehmen würde, ob die gegenwärtige Regierung am Ruder bleibe, oder ob eine allgemeine Erhebung sie mitsamt der Dynastie hinwegfege, könne auch er nicht voraussehen; aber auf jeden Fall halte er es für richtig, sich zu bemühen, die Verhandlungen mit der bestehenden Regierung fortzusetzen. Würde die Regierung verschwinden, so sei trotzdem nichts verloren, da die gänzlich neue Lage eine völlig veränderte Grundlage und andere Mittel für die Verhandlungen bieten werde. Wenn man aber die Unterhandlungen mit der gegenwärtigen Regierung aufgebe und diese dann doch bestehen bleibe, dann habe England ihr berechtigten Grund zu der Annahme gegeben, daß es ihre Stabilität bezweifle. Die Folge würde Entfremdung und Mißtrauen sein. Und nun kommt Nicol-

92. Nicolson, a. a. O., S. 244 f.

93. Nicolson, a. a. O., S. 246. — Grey hoffte im Stillen noch mit dem Sieg der Revolution. In einem Privatbrief an Nicolson lesen wir (BD, Bd. 4, Nr. 227): „Ich kann mir nicht denken, wie die Dinge in Rußland in Ordnung kommen sollen, solange nicht mit der gegenwärtigen Regierungsorganisation und -Maschinerie aufgeräumt ist, und das kann nur durch eine Revolution geschehen“.

sons große Mahnung: wir würden der deutschen Politik Zeit für eine eigenmächtige Entwicklung in Persien gegeben und Deutschland Gelegenheit geboten haben, dort Fuß zu fassen. Die deutsche Politik würde dann, wie sie es in Marokko tat, darauf bestehen, eine entsprechende Stimme „in the settlement in regard to Persia“ zu haben.

Diese Sätze sind äußerst aufschlußreich: Nicolson wies also mit besonderem Nachdruck einmal auf die Gefahr der Festsetzung Deutschlands in Persien hin und ferner auf die Vorteile und die Stärkung, die Persien durch diese Macht erhalten würde. Er wünschte demnach sowohl den deutschen Einfluß fernzuhalten als auch die Wiedererstarkung Persiens zu verhindern.

Tatsächlich hatte auch die Besorgnis Englands vor der wachsenden Interessennahme Deutschlands an Persien — durch wilde Gerüchte besonders verstärkt — England erst den Anlaß zur Aufnahme der Verhandlungen mit Rußland gegeben. Im April 1906 sah schon der britische Vertreter in Konstantinopel, O'Connor, in der Berufung des Herrn Stemrich auf den deutschen Gesandtenposten in Teheran ein bedenkliches Symptom dafür, daß Deutschland damit eine aktive Politik in Persien ankündige⁹⁴. Er wies auf den bezeugten Eifer des Barons v. Marschall hin, den dieser in der Schlichtung der türkisch-persischen Grenzstreitigkeiten⁹⁵ entwickelt habe, worin ein Beweis liege, „daß

94. BD, Bd. 4, Nr. 328.

95. Im Herbst 1905 war es zwischen Persien u. der Türkei zu ernstern Grenzstreitigkeiten gekommen. Ende Dez. 1905 bat die persische Regierung um die Vermittlung Deutschlands, welches zusagte. Am 3.2.1906 gab v. Marschall dem türkischen Sultan den freundschaftlichen Rat, sich direkt mit Persien zu verständigen und es nicht zu einer schiedsgerichtlichen Entscheidung dritter Staaten kommen zu lassen, die Persien nach den bestehenden Verträgen anzurufen, berechtigt sei. Andererseits riet Deutschland auch der persischen Regierung wiederholt zur Nachgiebigkeit. Trotz des „ehrliehen Maklertums“ Deutschlands rückte die Angelegenheit nicht vom Fleck. Im August 1906 trat endlich eine türkisch-persische Grenzkommission in Aktion, die aber bald wieder auseinanderging (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8573, Fußnote *, S. 112). Der persische Schah war geneigt, den deutschen Kaiser zur Übernahme des Schiedsrichteramtes zwischen ihm und dem türkischen Sultan in dieser Angelegenheit anzurufen. Aber Deutschland lehnte ab. Tschirschky formulierte die Begründung dahin (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8574): „Rußland und England, die 1896 bei Grenzrege-

Deutschland ein Interesse an den persischen Angelegenheiten nimmt und sie als naturgemäß zu seiner Einfluß- und Aktions-sphäre gehörig betrachtet"⁹⁶. Ferner wollte O'Connor ein anderes Zeichen für das wachsende Interesse Deutschlands an Persien nicht übergangen sehen, welches nach seiner Ansicht „einen wesentlichen Bestandteil einer Politik mit bestimmtem Endziel“ zu bilden schien: nämlich die Errichtung eines Dampferdienstes nach dem Persischen Golf seitens der Hamburg-Amerika-Linie⁹⁷. So mahnte er⁹⁷: „Angesichts der obigen Tatsachen scheint es mir sehr wahrscheinlich zu sein, falls Großbritannien und Rußland nicht sehr bald zu einem Abkommen über ihre beiderseitigen Interessen in Persien gelangen, sie sich dort Deutschland in ganz ähnlicher Weise gegenüber finden können, wie es Frankreich in Marokko widerfuhr. Fast fürchte ich in der Tat, daß der psychologische Augenblick für ein Übereinkommen à deux bereits vorüber sein dürfte“.

Im Mai 1906 wollte Sir Edward Grey von einem Gerücht wissen, daß Deutschland mit Persien über eine Anleihe verhandle⁹⁸. Er verständigte auch den russischen Botschafter, den Grafen Benckendorff, hierüber, gewiß, um auf die Gefahr hinzuweisen, welche sowohl England als auch Rußland drohe, wenn nicht bald eine Verständigung zwischen den beiden Mächten zustandekomme; denn vorläufig hatte Grey empfohlen, alles zur Erhaltung des status quo in Persien zu tun, bis sich stabilere Verhältnisse in Rußland anbahnten. „Sollte aber der status quo mittlerweile durch dritte Personen gestört werden, so würde dies eine zukünftige Vereinbarung immer schwieriger gestalten“.

lung zugezogen worden sind, werden uns Übernahme des Schiedsrichter-amtes verdenken und darin Absicht Deutschlands erblicken, in Persien eine politische Rolle spielen zu wollen. Dies liegt nicht im Rahmen unserer Politik“. Auch Marschall lehnte die alleinige Vermittlung durch den deutschen Kaiser ab (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8575). Ende Oktober 1906 und abermals nach neuen Zwischenfällen rief Persien die englische und russische Vermittlung an, später auch wieder die Deutschen. (Über die Weiterentwicklung s. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8575, Fußn. ***).

96. BD, Bd. 4, Nr. 328, S. 628.

97. Desgl. S. 629.

98. BD, Bd. 4, Nr. 329.

Das besagte Gerücht über die persische Anleihe konnte auf die Bemühungen Persiens zurückgehen, bei Deutschland Verständnis für seine unglückliche Lage zu finden. Schon im Oktober 1905 beabsichtigte der persische Gesandte in Berlin, Mirza Mahmud Chan, die deutsche Regierung zu fragen, „ob in irgendeiner Weise die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Persien ausgedehnt werden könnten“⁹⁹. Er war bereit, dem deutschen Handel, der Industrie und dem Bankwesen jede Art Konzession zu verschaffen, u. a. auch die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Teheran nach Chanikin als Anschluß an die Bagdadbahn¹⁰⁰. Daß Deutschland ein Interesse an Persien habe, entnehme die persische Regierung aus der Einrichtung des Schifffahrtsverkehrs zwischen Deutschland und dem Persischen Golf seitens der Hamburg-Amerika-Linie¹⁰¹. Sie faßte diese Tatsache als ein Zeichen dafür auf, daß Deutschland wirklich gesonnen sei, den Handel mit Persien soweit als möglich zu fördern. Die persische Regierung begrüßte das sehr und wollte alle Bestrebungen Deutschlands tatkräftig unterstützen. Wenn aber der deutsche Handel mit dem englischen und russischen konkurrieren wolle, so ließ die persische Regierung durch den Sohn des persischen Außenministers dem deutschen Geschäftsträger Hartmann v. Richthofen erklären, dann halte sie die Errichtung einer deutschen Bank in Persien für notwendig und der Schah sei bereit, einer deutschen Finanzgruppe hierfür die Konzession zu erteilen¹⁰². Wahrscheinlich fand sich die persische Regierung nicht allein aus Interesse an der Hebung des deutschen Handels zu einem derartigen Entgegenkommen bereit. Ja, dieses konnte sie sogar in eine unangenehme Lage versetzen. Was die Regierung tatsächlich beabsichtigte, formulierte Hartmann v. Richt-

99. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8566.

100. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8567.

101. s. B. Huldermann, „Albert Ballin“, Berlin 1922, S. 151. Der Verfasser erwähnt in dieser „Ballin-Biographie“ (Ballin war Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie) nur die Tatsache, daß im Zusammenhang mit den wachsenden deutschen Interessen im mittleren Osten im Jahre 1906 eine Schifffahrtsverbindung nach dem Persischen Golf seitens der oben genannten Linie eingerichtet wurde.

102. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8568.

hofen dahin: „Deutschland soviel wie möglich an den Geschicken Persiens zu interessieren, um auf solche Weise bei einer drohenden englisch-russischen Okkupation auf die Unterstützung Deutschlands . . . rechnen zu können“¹⁰³. Die Motive der persischen Regierung waren also sehr durchsichtig.

Trotzdem hielt der deutsche Geschäftsträger die Errichtung einer Bank in Teheran für unerlässlich und besonders die augenblickliche Lage Persiens dafür günstig: die Regierung befinde sich in großer Finanznot und befürchte eine binnen kurz oder lang eintretende englisch-russische Aktion. Wenn Deutschland das Zustandekommen einer russisch-englischen Vereinbarung abwarte, müsse mit einem gänzlichen Ausscheiden des deutschen Einflusses in Persien gerechnet werden. So stellte Hartmann v. Richthofen seine heimische Regierung vor die verfängliche Alternative, „ob sie in Persien den aussichtsvollen merkantilen Konkurrenzkampf gegen die bisher bevorzugten Nationen mit den ihr unerwartet und freiwillig gebotenen Machtmitteln aufnehmen und sich somit allerdings noch stärker an der Regelung der politischen Verhältnisse des Reichs des Schahs beteiligen, oder ob sie den Dingen ihren Lauf lassen und sich handelspolitisch desinteressieren will“¹⁰⁴.

Die deutsche Regierung wählte die erste Möglichkeit. Sie erklärte sich mit der Sicherung einer Bankkonzession für eine deutsche Finanzgruppe einverstanden. Sie bedang sich aber aus, daß die Angelegenheit, auch persischerseits, vorläufig streng geheim behandelt würde¹⁰⁵. Am 1. Juli 1906 wurde die Bankkonvention unterzeichnet¹⁰⁶. Sie sollte sechs Monate, also bis zum 1. Januar 1907, geheim gehalten werden. Verhandlungen mit Bankhäusern wurden daher noch nicht eingeleitet. Die bisherige Politik Deutschlands Persien gegenüber sollte durch die Bankkonzession keinerlei Änderung erfahren. In Tschirschkys Erlaß an den deutschen Botschafter in Petersburg, v. Schoen, hieß es¹⁰⁷: „Wir werden . . . in Persien nach wie vor lediglich

103. Desgl. S. 104.

104. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8568, S. 106.

105. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8569.

106. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8572, S. 109, Fußn. *.

107. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8572.

wirtschaftliche, keinerlei politische Ziele verfolgen". Da Tschirschky für möglich hielt, daß die evtl. Errichtung eines deutschen Bankunternehmens in Persien von der feindlichen Presse zu neuen Mißdeutungen der deutschen Politik ausgenutzt werden könnte, wies er schon am 29. Juli Schoen an, die Petersburger Regierung rechtzeitig von der Konzession und der damit verbundenen deutschen Absichten in Kenntnis zu setzen, um dort nicht hinsichtlich der deutschen Stellung zu Persien einen falschen Verdacht aufkommen zu lassen¹⁰⁷. Dem deutschen Botschafter in London ging ein gleichlautender Erlaß zu.

Die persische Regierung versuchte alsbald, die Konzession zu einem Vorschußgeschäft mit Deutschland zu benutzen, indem sie darum bat, die deutsche Regierung möchte ihr zu einer Anleihe in Gestalt von Bankvorschüssen verhelfen¹⁰⁸. Tschirschky wollte aber die Bankfrage lediglich vom Standpunkt der deutschen Handelsinteressen fördern und nicht zwecks Begründung politischer Interessen. Durch Eingehen auf diese Anleihevorschläge glaubte er in eine politisch schwierige Lage zu kommen, indem sich England und Rußland gegen Deutschland einigen würden¹⁰⁹. Dem persischen Großwesir sollte Richthofen erklären, daß die deutsche Finanz sich wegen mangelnder Sicherheiten dem Anleihevorschlag fernhalten müsse. Die Regierung könne daher keinerlei Versprechungen machen. Übrigens habe Persien doch vom Standpunkt seiner Interessen die Errichtung einer deutschen Bank als erwünscht bezeichnet und aus freien Stücken die entsprechende Konzession zugesichert¹¹⁰.

Über die Bankkonzession waren bald märchenhafte Gerüchte im Umlauf. Es hieß verschiedentlich, daß in Kürze ein Vorgehen Deutschlands in Persien zu erwarten sei; in Rußland habe man bereits Material bestellt, das für eine Bahn nach Persien verwandt werden würde¹¹¹. In Wirklichkeit war aber die deutsche Finanz (im Herbst 1906) noch sehr unentschlossen, ob sie von der Konzession zur Gründung einer Bank in Persien Gebrauch

108. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8576.

109. Desgl. vgl. auch Nr. 8578.

110. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8576.

111. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8577 u. Fußn. *, S. 119.

machen wollte. Und wenn sich eine Bank in Teheran niederlassen würde, so war sie als reines Privatunternehmen und nicht als Staatsbank gedacht, um sich lediglich die Förderung der deutschen Handelsinteressen zur Aufgabe zu stellen.

Die deutschfreundliche Stimmung in Persien beschränkte sich nicht auf die Regierungskreise, sie war allen Parteilagern gemein. Auch der Präsident des Parlaments¹¹² äußerte sich Richthofen gegenüber Ende 1906: er wünsche, daß das deutsche Bankinstitut, das hoffentlich bald errichtet werde, Hand in Hand mit der persischen Nationalbank, dessen Leitung ein Deutscher übernehmen möge, arbeiten werde¹¹³. Der deutsche Gesandte in Teheran empfahl daher am 6. Dezember 1906, Deutschland dürfe die gegenwärtige Situation nicht unausgenutzt vergehen lassen. Es sei vorteilhaft, wenn der Direktor der Deutschen Orientbank (Gutmann¹¹⁴) bald nach Teheran kommen würde, um die Errichtung einer Bank in die Wege zu leiten.

Wenn durch die Auflösung der Duma in Rußland die englisch-russische Annäherung auch keine Fortschritte machte, so ließ A. Nicolson die Verhandlungen doch nicht unterbrechen¹¹⁵. Übrigens bahnten sich unter der Regierungsführung von Peter Stolypin¹¹⁶ wieder ruhige Verhältnisse an, die besonders den englischen Hof mit Befriedigung erfüllten. Stolypin war liberal gesonnen und von dem besten Willen beseelt, die innerrussischen

112. Der Schah hatte am 10. August 1906 die Einführung eines Parlamentes verkündet, das am 7. Oktober 1906 eröffnet wurde. Zum Präsidenten wurde Sanieh ed Dauleh gewählt (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8579, S. 121, Fußn. **).

113. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8579.

114. H. E. Gutmann, der die Verhandlungen mit der persischen Regierung wegen Errichtung einer deutschen Bank führen sollte, traf Ende April 1907 in der persischen Hauptstadt ein und schloß hier am 24. Juli mit dem persischen Handelsminister das „Orientbankabkommen“, aus dem zuvor von dem Auswärtigen Amt alle Bestimmungen entfernt waren, die mit gewissen, Iswolski gegebenen Versprechungen nicht im Einklang standen. (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8579, Fußn. ***, S. 121. f.)

115. Vgl. Fay, a. a. O. I, S. 218; DGP, Bd. 25,1, S. 21 ff.; Nicolson, a. a. O., S. 246.

116. Präsident des Ministerrats und Innenminister.

Verhältnisse zum Wohle des Volkes zu ordnen. Die Revolution in Rußland war nur von anarchistischen Elementen getragen worden, die, wenn sie erfolgreich gewesen wären, das Reich ins Verderben gestürzt hätten. Darum hielt Stolypin für erforderlich, daß „für den Augenblick die Regierung regieren mußte“¹¹⁷. Seiner Ansicht nach konnte Rußland nur von oben reformiert werden. Stolypins Ideal war die englische Verfassung. Nicolson sprach von ihm mit großer Bewunderung, ja, er war geneigt, den Minister für den Augenblick „die bedeutsamste Gestalt in Europa“ zu nennen¹¹⁸. Stolypins Persönlichkeit war es auch, die Nicolson wieder die Zukunftsentwicklung optimistischer betrachten ließ.

Den Anlaß zur Aufnahme der englisch-russischen Verhandlungen über Persien bot eine Ende Juli 1906 in Teheran zum Ausbruch gekommene Revolution¹¹⁹. Sir Edward Grey berich-

117. Nicolson, a. a. O., S. 249.

118. In A. Nicolson's Aufzeichnungen lesen wir über Stolypin (Nicolson, a. a. O., S. 248): „Stolypin war ein großer Mann. Er war, meiner Ansicht nach, die bedeutsamste Gestalt in Europa. Seine Aufgabe, zuerst als Minister des Innern und dann als Ministerpräsident, war gigantisch. Er mußte sich in einer Lage zurechtfinden, die das Bestehen des Reiches gefährdete. Ich stand immer in intimen Beziehungen zu ihm und kannte ihn gut. Er besaß keine besonders große Intelligenz, dafür aber, was weit wichtiger war, großen Mut, große Entschlossenheit, eine glühende Liebe für sein Land und den ernstlichen Wunsch, es sicher durch die Schwierigkeiten und Unruhen zu steuern, die es umgaben... Er war der Ansicht, daß die 1906 dermaßen aktiven Elemente in Wirklichkeit anarchisch und revolutionär seien, und daß es nötig sei, die revolutionäre Bewegung, die das ganze Land zersetzen und zugrunde richten würde, zu unterdrücken. Er war aber ebenso entschlossen, nach Unterdrückung der revolutionären Bewegung allgemeine Reformen durchzuführen und, soweit dies möglich und entsprechend wäre, die berechtigten Forderungen des Volkes zu erfüllen“.

119. Die revolutionäre Bewegung stand unter Führung der Geistlichkeit und der Kaufmannschaft. Die Aufrührer flüchteten sich in die englische Gesandtschaft, die offen mit ihnen sympathisierte (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8573, S. 111). Durch Vermittlung der englischen Gesandtschaft verlangten die Aufrührer die Absetzung des Großwesirs und die Einführung von Reformen. Der Schah nahm die Demission des Großwesirs an, ernannte aber zu dessen Nachfolger nicht den englischen Kandidaten Nisam es Saltaneh, sondern den bisherigen Außenminister Muschir ed Dauleh. Der deutsche Geschäftsträger in Teheran, Frhr. v. Richthofen, hatte am

tete am 13. August 1906 A. Nicolson, Graf Benckendorff habe ihm gesagt, „daß Herr Iswolski in anbetracht innerer Unruhen in Persien zu einer Art *modus vivendi* mit uns gelangen möchte“¹²⁰. Überraschenderweise ging also nun die Anregung von Iswolski aus. Die Veranlassung dazu gab ihm gewiß die antirussische Tendenz der persischen Revolution. Denn der Schah hatte das Land in starke Abhängigkeit von Rußland gebracht, indem er ihm wertvolle Rechte verpfändet hatte.

Außerdem wünschte Iswolski, in Zukunft die persische Anleihefrage mit England gemeinsam zu lösen. Im März 1906 hatte sich der Schah schon an die englische Regierung um Bewilligung einer Anleihe gewandt, die Grey aber abgelehnt hatte mit der Begründung, „die persische Regierung hätte bereits genug Geld entliehen“¹²¹. Die persische Regierung machte dann Anleiheversuche bei Deutschland, das ebenfalls auf ihre Wünsche nicht einging. So blieb dem Schah nur noch die Möglichkeit, sich an die russische Regierung zu wenden: Ende August drängte er den russischen Gesandten in Teheran, seiner Regierung einen Vorschuß von 500 000 £ und eine Anleihe in Höhe von 1 650 000 £ zu verschaffen¹²². Da Rußland aber selbst nicht

30.7.1906 nach Berlin telegraphiert (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8573, S. 110, Fußnote *), er werde mit Vorsicht die Kandidatur des letzteren unterstützen. Er wurde jedoch angewiesen: „Ew. pp. wollen sich jeder auch vorsichtigster Unterstützung irgendeiner Kandidatur enthalten und lediglich Ihre Beobachtung hierher melden.“ So gab Muzaffer Eddin Schah (vgl. über ihn Fr. Hesse, „Persien“, Weltpolitische Bücherei, Bd. 26, S. 20 f.) am 5. August 1906 dem Lande eine Verfassung. Sie sah die Einführung eines nationalen „beratenden“ Rates vor, der sich aus gewählten Vertretern des Landes zusammensetzen sollte. Der Schah berief die konstituierende Versammlung im Oktober 1906. Drei Monate später starb er. — —

Die persische Verfassungsbewegung hatte schon seit der Niederlage Rußlands im russisch-japanischen Kriege 1904/05 eingesetzt in der Hoffnung, ein nationales Gegengewicht gegen den russischen Einfluß im Lande zu schaffen, von dem der Schah stark abhängig war. Die Verfassungsbewegung war von den liberalen Engländern gefördert worden, gewiß, um das Wachsen des russischen Einflusses zu hemmen (vgl. Gwynn, „The letters and friendships of Sir Cecil Spring-Rice, Bd. 2, S. 77 f.).

120. BD, Bd. 4, Nr. 332.

121. BD, Bd. 4, Nr. 327.

122. BD, Bd. 4, Nr. 336.

in der Lage war, das notwendige Kapital allein aufzubringen, wandte sich Iswolski an die englische Regierung, „um mit Seiner Majestät Regierung darüber zu beraten, welches die besten Mittel zur Hilfeleistung seien und in welchem Maße man Unterstützung gewähren könne“¹²³. In anbetracht der Unsicherheit der innerpolitischen Verhältnisse Persiens standen beide Mächte einer Anleihe noch sehr zurückhaltend gegenüber; aber sie erörterten fortan doch die Frage eines gemeinsamen Vorschusses an die persische Regierung, um sie gegebenenfalls daran zu hindern, „sich an andere Stellen, wie z. B. Deutschland, um finanzielle Unterstützung zu wenden“¹²³. Iswolski äußerte A. Nicolson gegenüber, „daß es, da sowohl Rußland wie Großbritannien große Interessen in Persien hätten, wünschenswert sei, wenn sie ohne Einmischung dritter Parteien zusammenarbeiteten“^{123, 124}. So kamen England und Rußland dahin überein, der persischen Regierung nötigenfalls und unter gewissen Bedingungen einen gemeinsamen Vorschuß zu leisten. Dieser gemeinsame Vorschuß war der erste praktische Beweis für die Aktionseinigkeit zwischen den beiden Mächten in bezug auf Persien.

Die unsicheren Zustände in Persien und die Anleihefrage gaben nun den Anstoß zu weiteren Erörterungen über die persische Frage. Der britische und russische Vertreter in Teheran wurden angewiesen, Hand in Hand zu arbeiten¹²⁵. Am 7. September 1906 ermächtigte Grey A. Nicolson, mit Iswolski Erörterungen über Afghanistan zu eröffnen¹²⁶. Die persische Frage betreffend bemerkte Grey: „Wollen Sie ferner Herrn Iswolski mitteilen, daß wir, wenn er Persien zu erörtern wünscht, bereit sind, jeden von ihm vorgebrachten Vorschlag entgegenzunehmen,

123. BD, Bd. 4, Nr. 336.

124. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 228. A. Nicolson erklärte sich den Schritt Iswolskis folgendermaßen: „Es wäre für Rußland im Augenblick schwierig, allein das notwendige Kapital aufzubringen: und Herr Iswolski würde in Persien zweifellos ein *ménage à deux* einem *ménage à trois* vorziehen, besonders wenn die dritte Partei ein solch äußerst geschäftiger Partner wäre wie der deutsche Kaiser.“

125. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 322 ff.

126. BD, Bd. 4, Nr. 341 u. 472 Anlage.

ohne den Abschluß der Besprechungen über Afghanistan abzuwarten¹²⁷.

Demnach wünschte Grey von Iswolski die ersten Vorschläge über eine gemeinsame Aktion in Persien zu hören. In Wirklichkeit war es aber A. Nicolson, der gelegentlich der Erörterung der gemeinsamen englisch-russischen Anleihe an Persien die Frage der Aufteilung des Landes in eine britische und russische Interessenzone anschnitt¹²⁸: „Nicolson erwähnte Iswolski gegenüber etwas von einer Linie von Birdjand nach Bender-Abbas“¹²⁹. Iswolski war mit dieser Linie als nördlicher Grenze der britischen Einflußzone einverstanden¹³⁰, aber er bat, seine Anschauungen vorläufig als rein persönliche zu nehmen, denn er hielt Einwendungen von Seiten des Zaren und einiger seiner Kollegen für möglich. Wie Nicolson an Grey berichtete, legte Iswolski Wert darauf, die beiderseitigen Interessensphären möglichst bald abzugrenzen¹³¹. Er erhob aber die ungewöhnliche Forderung, „daß in russischer Einflußzone Zugang zu einem Teil des Golfes notwendig wäre“. Nicolson bezeugte sich selbst hier entgegenkommend: er deutete an, daß dies seines Erachtens keine „unüberwindliche Schwierigkeit“ bieten würde¹³². Ebenfalls nahm er die Ankündigung Iswolskis bedenkenlos hin, daß Rußland in der ihm zugeteilten Zone Eisenbahnen bauen werde¹³³. Rußland einen Zugang zum Persischen Golf zu gewähren, dazu war auch Grey bereit, wenn der Notfall ein derartiges Zugeständnis erforderlich machen würde. Wir erfahren darüber Näheres aus einem Privatbrief Greys an König Eduard vom 24. September 1906¹³⁴: Grey faßte seine Meinung dahin zusammen, „daß schließlich in irgendeiner Form ein Zugang zum Innern des Persischen Golfes einen Bestandteil eines jeden Abkommens mit Rußland über Persien bilden müsse“. Und er empfahl dann:

127. BD, Bd. 4, Nr. 341 u. 472 Anlage.

128. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 347 u. Anm. 1; s. ebenfalls Nicolson, a. a. O. S. 264.

129. Nicolson, a. a. O., S. 264.

130. BD, Bd. 4, Nr. 347.

131. BD, Bd. 4, Nr. 347 f.

132. BD, Bd. 4, Nr. 347, S. 647 oben.

133. BD, Bd. 4, Nr. 349.

134. BD, Bd. 4, Nr. 350.

„wenn Rußland die Frage des Zuganges zum Persischen Golf aufwirft“, so sei er der Ansicht, „daß dies nicht prinzipiell abschlägig beschieden, sondern zum Gegenstand von Besprechungen gemacht werden sollte“. Grey betrachtete dies evtl. Zugeständnis an Rußland als Gegenleistung für die Anerkennung seitens Rußlands, das Seistan-Dreieck, begrenzt durch die Linie Birdjand Bender-Abbas, England zur Sicherung der indischen Grenze zu überlassen. Den bisherigen Einfluß, den Rußland in diesem Gebiet gehabt habe, erklärte Grey, könne man auf Nord- und Westpersien lenken, indem man dieses Gebiet als russische Einflußzone anerkenne. Und wenn England auf ein dauerhaftes Abkommen mit Rußland Wert lege, dann dürfe man der russischen Macht einen Anteil am wirtschaftlichen Zugang zum westlichen Teil des Persischen Golfes nicht versagen. Als eine ernstliche Bedrohung für Indien könne ein solches Zugeständnis nicht angesehen werden¹³⁵.

135. Mit dieser Anschauung stieß Grey auf Widerspruch bei der indischen Regierung. Diese wollte England den ganzen Süden Persiens, südlich der Linie Birdjand-Chanikin, sichern. Grey hielt für unmöglich, daß man dieses Ziel auf diplomatischem Wege erreichen könne. Wenn aber England durch eine selbständige Aktion und durch Besetzung von Südpersien sich das Gebiet verschaffe, dann würde das, so meinte Grey, „eine sehr ernste Vermehrung der Verantwortlichkeiten des Reiches“ bedeuten (BD, Bd. 4, Nr. 350, S. 651, letzter Absatz). — Die indische Regierung scheint dann die Forderung nach der Linie Birdjand-Chanikin aufgegeben zu haben. Das Verdienst der Überwindung ihres Widerstandes kommt John Morley zu, dem brit. Staatssekr. f. Indien. „Ohne Morley“, so schrieb Grey am 31. 8. 1907 an Campbell-Bannerman, (Grey, a. a. O. S. 163 f.) hätten wir aber wohl keine Fortschritte zu verzeichnen gehabt, denn die Regierung Indiens hätte sich gegen jeden einzelnen Punkt gesträubt. Morley hat ganze Berge aus dem Wege der Verhandlungen geräumt“. Auf ihn bezieht sich gewiß auch Nicolsons Aufzeichnung über die Ansichten der indischen Behörden in bezug auf die Zonenabgrenzung in Persien (Nicolson, a. a. O. S. 263 f.): „Unsere indischen Behörden (also das Staatssekretariat für Indien, nicht die indische Regierung) waren der Ansicht, es wäre wünschenswert, unseren Anteil auf ein Gebiet zu beschränken, das wir im Notfalle zu verteidigen imstande wären; und daß es unklug wäre, unsere Verpflichtungen auf ein zu großes Stück Land auszudehnen, dessen Verteidigung unter gewissen Umständen unsere militärischen Kräfte zu sehr in Anspruch nehmen würde“.

Somit trat das Ziel des englischen Außenministers immer klarer in die Erscheinung: auf jeden Fall eine Verständigung mit Rußland. Selbst wenn Rußland die ketzerische Forderung nach einem Zugang zum Persischen Golf erhob, so dürfte man dem nicht ablehnend gegenüberstehen. Ließe sich ein Abkommen ohne Golf-Konzession erreichen, so war das um so besser, aber vorläufig war ein in Aussicht gestelltes Entgegenkommen in dieser Frage ein ausgezeichnetes Mittel, den Verhandlungseifer der Russen anzuspornen.

Die Verhandlungen waren jetzt jedenfalls in Fluß gekommen. Als Verfahren empfahl Nicolson das gleiche, das die Staatsmänner bei den Verhandlungen über das englisch-französische Marokko-Abkommen angewandt hatten¹³⁶. Auch Iswolski meinte, „daß diese Art des Verfahrens gut sei, da das eine Land Zugeständnisse in der einen Frage machen und das andere Land in einer anderen Frage ein wenig nachgeben könne. Das entspräche dem richtigen Geist einer Verhandlung“¹³⁶. Als Ergebnis der Verhandlungen wünschten sie beide ein Abkommen, das es ermöglichte, „in Freundschaft und Frieden miteinander zu leben“¹³⁶.

Am 29. September 1906 ergriff Nicolson die Initiative. Um einen Ausgangspunkt für ein gemeinsames Handeln in Persien zu finden, erklärte er, erachte es seine Regierung als wünschenswert, „daß die russische Regierung sofort eine Linie von Birdjand nach Bender-Abbas als westliche Grenze einer britischen Einflußsphäre anerkenne“¹³⁷. Aber merkwürdigerweise zeigte sich Iswolski jetzt äußerst zurückhaltend. Noch am 17. September¹³⁸ hatte er gewünscht, die beiderseitigen Interessengebiete möglichst bald abzugrenzen. Das war aber nur sein persönlicher Wunsch gewesen, und bis er die Ansichten der russischen Regierung, des Hofes und anderer einflußreicher Parteien eingeholt habe, hatte er gebeten, über die Angelegenheit nicht amtlich zu sprechen. Er stellte in der Zwischenzeit fest, daß die genannten Kreise, vor allem die Militärpartei, ein Abkommen

136. BD, Bd. 4, Nr. 352, S. 655.

137. Desgl. S. 653.

138. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 347.

mit England auf der angegebenen Grundlage ablehnten. Iswolski war auf außergewöhnliche Schwierigkeiten gestoßen, die er selbst nicht erwartet hatte. So erklärte er am 29. September Nicolson¹³⁹: „Die Frage von Einflußsphären in Persien sei eine Sache, die sich nicht kurzerhand binnen vierundzwanzig Stunden regeln lasse. Es handle sich um eine außerordentlich heikle Frage, die viel Nachdenken und Erwägen erfordere. Die ... erwähnte Sphäre sei eine höchst wichtige, die Dinge von großer politischer und strategischer Bedeutung in sich schließe, und obgleich er persönlich dafür sei, so würde es ihn doch einen schweren Kampf kosten, um andere zu ihrer Annahme zu bewegen“. Iswolski sprach daher die Erwartung aus¹⁴⁰, „daß die Verhandlungen nicht ‚überhastet‘ würden, und daß man ihm Zeit lassen werde, die Hindernisse wegzuräumen, die auf dem Wege zu einem erfolgreichen Ausgange lägen“. Selbst in Einzelfragen — so in der Frage des Austausches der russischen Telegraphenlinie Meschhed-Seistan gegen die englische Teheran-Meschhed-Linie¹⁴¹ — empfahl er Zurückhaltung. Er befürchtete, „daß die Übertragung der beiden Linien in ganz Persien Lärm (retentissement) machen und die Neugierde anderer Parteien erwecken würde“. „Sei es klug von uns“, fragte er Nicolson, „dem wachsamen Auge dritter Parteien vorzeitig einen Teil unserer Karten aufzudecken? Sollten wir, ehe wir in unseren allgemeinen Verhandlungen sehr weit gekommen seien, andern einen Einblick in die Ziele unserer Besprechungen gewähren?“¹⁴² ... unter diesen Umständen würde Persien Deutschland vielleicht als selbstlosen Freund betrachten, an den es sich um Rat und Beistand wenden könne¹⁴³“. Nicolson empfahl seiner Regierung in anbetracht dieser Äußerungen Iswolskis, die Verhandlungen nicht unnötigerweise zu beschleunigen¹⁴⁴. Er befürchtete, daß, wenn England weiterhin auf der sofortigen Anerkennung der Birdjand Bender-Abbas-Linie bestehen würde, es Iswolski

139. BD, Bd. 4, Nr. 352, S. 654.

140. Desgl. S. 655.

141. BD, Bd. 4, Nr. 353, S. 657.

142. BD, Bd. 4, Nr. 353, S. 657.

143. Desgl. S. 658.

von der ganzen Frage abschrecken werde. Er hatte den Eindruck, daß vielen Äußerungen des Ministers der Argwohn zugrunde lag, England könnte versuchen, die finanziellen und inneren Schwierigkeiten Rußlands auszunutzen, um ihm seinen Willen aufzudrängen¹⁴⁴.

So einigten sich Nicolson und Iswolski dahin, die Verhandlungen über Persien für den Augenblick fallen zu lassen und sich anderen Diskussionsgegenständen zuzuwenden. Aber es ging auch aus Iswolskis Einspruch hervor, daß er die evtl. Hinwendung Persiens zu Deutschland für sehr bedenklich fand. Zwar hatte Deutschland erklärt, in Persien keine politischen Interessen, sondern lediglich Handelsinteressen zu verfolgen, und daß es wünschte, den Grundsatz der „offenen Tür“ geachtet zu sehen; was würde aber Deutschland tun, wenn es von Persien angerufen würde? Würde es dann noch glauben, daß die russisch-englischen Besprechungen sich die Achtung seiner Handelsansprüche angelegen sein ließen? Wahrscheinlich würde Deutschland dann große Schwierigkeiten bereiten und ihn (Iswolski) in eine unglückliche Lage versetzen, zumal er noch keine rückhaltlose Unterstützung bei seiner Regierung fände, da die militärischen Kreise das vorgeschlagene Abkommen ablehnten. Auch diese Überlegung ließ Iswolski zur Vorsicht mahnen.

Tatsächlich war Persien durch die bisherigen englisch-russischen Verhandlungen schon beunruhigt worden. Am 6. Oktober 1906 ließ die persische Regierung über ihren Gesandten in London Edward Grey fragen¹⁴⁵: ob es wahr sei, daß zwischen der britischen und russischen Regierung ein Abkommen über asiatische Fragen geschlossen worden sei, das auch eine Klausel über Persien enthalte? Der Außenminister erwiderte, daß das nicht der Fall sei. Auf weitere Fragen des Gesandten, ob ein solches Abkommen bevorstehe oder erörtert werde, sagte Grey, daß England infolge der gegenwärtigen Lage in Persien mit der russischen Regierung einige Fragen betreffs Telegraphen, Anleihen und anderer Dringlichkeiten bespräche. Dies sei uner-

144. Desgl. S. 656; s. auch Nicolson, a. a. O., S. 264.

145. BD, Bd. 4, Nr. 355.

läßlich, um zu verhindern, daß zwischen beiden Mächten Streitigkeiten entstünden. England hätte aber nichts erörtert, „was in irgendeiner Weise die Unabhängigkeit oder die Integrität Persiens beeinträchtigen würde“.

Mit ähnlichen Fragen bestürmte der persische Außenminister, besorgt über die Pourparlers zwischen England und Rußland, den britischen Gesandten Spring-Rice¹⁴⁶; Seit Jahren sei England der natürliche und notwendige Freund Persiens gewesen. Wolle es nun seinen alten Verbündeten zugunsten des neuen Freundes aufgeben? Man fürchte, England werde, um mit Rußland zu einem freundschaftlichen Übereinkommen zu gelangen, in eine Teilung Persiens in sogenannte Interessensphären einwilligen. Das würde aber nichts anderes bedeuten, als über Persien eine Art verschleierten Protektorates zu errichten. Plane England ein Übereinkommen mit Rußland nach dem Muster des

146. BD, Bd. 4, Nr. 358. — Spring-Rice war vorher Botschaftsrat (manchmal auch Geschäftsträger) bei der brit. Botschaft in Petersburg gewesen. Ende Sept. 1906 wurde er auf den Gesandtenposten in Teheran berufen, da er das Land gut kannte. Spring-Rice kam aus dem Zentrum des polit. Lebens in Petersburg. Dort hatte er eingehend die polit. Bewegung, die Rußland revolutioniert hatte, studiert, welche nun im Begriff stand, das angrenzende Persien anzustecken. In dieser Hinsicht war deshalb Spring-Rices Versetzung nach Teheran schmeichelhaft. Aber der Posten für sich gesehen konnte für ihn keine Beförderung bedeuten, zumal sein Freund, Präsident Roosevelt, ihn sich als Botschafter nach Washington erbeten hatte, was die englische Regierung damals aber ablehnte. Trotzdem fiel Spring-Rice eine schwierige und sorgenvolle Aufgabe zu. Die Art, wie er sie auffaßte, brachte ihn allerdings in Gegensatz zu der englischen Regierung. Er verwarf den Weg der engl. Politik, sich durch Teilung Persiens in Interessenzonen mit Rußland zu einigen. — Der Biograph Spring-Rices, Stephen Gwynn, verwirft dessen Politik in Persien: „we must admit that Spring-Rice's views of policy at his new post were mistaken from the standpoint of England's advantage“ (Gwynn, a. a. O. Bd. II, S. 80; vgl. Kap. 16, „Persia 1906/07“, S. 77 ff.). — Später (1913) hat auch Spring-Rice seine Meinung geändert. Er sah ein, daß seine damaligen politischen Ansichten in Teheran, unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit für England betrachtet, falsch waren. Er gab Grey gegenüber zu (Gwynn, a. a. O. Bd. 2, S. 81): „I recognise now that in Persia I could not see the wood for the trees“. Gwynn schreibt dazu (dgl.): „he argued against neglecting the general interest for an object of detail“.

marokkanischen Abkommens mit Frankreich? In diesem Fall würde sich Persien an ganz Europa wenden und von ihm Rettung erwarten. Oder plane England gar eine Teilung Persiens? Dann müßte Persien an das Mitgefühl der ganzen Welt appellieren. Spring-Rice beschwichtigte den Außenminister und erinnerte an die ausdrücklichen Versicherungen, die Lord Lansdowne und Sir Edward Grey ihm persönlich gegeben hätten (der persische Außenminister Ala es Saltaneh war 15 Jahre persischer Gesandter in London gewesen) und fragte ihn, ob er angesichts dieser Versicherungen glauben könne, daß England seine alte traditionelle Politik ändern und die Integrität und Unabhängigkeit Persiens antasten werde. Ja, Spring-Rice beteuerte, der erste Grundsatz der englischen Politik in Persien sei die Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit im vollsten Sinne des Wortes. (!)

Nach diesen Vorstellungen sandte Spring-Rice eine Reihe von Depeschen, Berichten und Privatbriefen an Grey, um ihn mahnend zu fragen, ob wirklich der neue Freund die Preisgabe Persiens wert sei. Schon die Form des Briefes, in dem Spring-Rice über die Unterredung mit dem persischen Außenminister berichtete, war ein lebhaftes Plädoyer für eine gerechte Behandlung des persischen Reiches¹⁴⁷. Er erinnerte seine Regierung daran¹⁴⁸, welche Wandlung im Innern des Landes vor sich gehe, daß wieder ein patriotischer Geist zum Leben erwache und von Bestand sein dürfte. Er mahnte, England dürfe diese nationale Bewegung nicht aus den Augen verlieren und müsse bei allen Verhandlungen diesen Gesichtspunkt mit in Betracht ziehen. Die englische Regierung solle den Russen klar machen, daß der traditionelle Wunsch Englands sei, „in bestimmter und endgültiger Gestalt die förmliche Anerkennung des Grundsatzes der persischen Integrität und Unabhängigkeit und die Aufrechterhaltung gleicher Möglichkeiten für den Handel aller Nationen in Persien zu erlangen“¹⁴⁸. Spring-Rice war demnach grundsätzlich gegen jede gesonderte Interessenzone. Sollte sich die Beilegung der alten englisch-russischen Streitigkeiten nur durch

147. BD, Bd. 4, Nr. 358.

148. BD, Bd. 4, Nr. 360.

Zonenabgrenzung in Persien ermöglichen lassen, so durften es nach seiner Meinung nur industrielle oder Verwaltungszonen sein. Auf jeden Fall müßten alle Vorschläge vermieden werden, die als Forderung nach territorialer Kontrolle mißdeutet werden könnten¹⁴⁹. „Ich fürchte“, schrieb Spring-Rice am 11. Oktober 1906, „daß ein englischer Vorschlag territorialen Charakters ein wertvolles Werkzeug in den Händen eines jeden wäre, dem daran läge, dem persischen Volk zu beweisen, daß die Politik Großbritanniens . . . sich jetzt geändert habe, und daß wir danach trachteten, uns von der Feindschaft Rußlands loszukaufen, indem wir ihm die ausschließliche Kontrolle über den größten Teil Persiens überließen unter der Bedingung, daß man uns gestatte, als unsern ausschließlichen Besitz jenen kleinen übrigen Teil zu betrachten, den wir für die Verteidigung unserer indischen Besitzungen als notwendig erachteten“¹⁴⁹.

Spring-Rices Bedenken und Proteste machten auf die heimische Regierung recht wenig Eindruck. Formell wurde ihm gewisses Gehör geschenkt, prinzipiell aber nicht. So stellte Grey seinem Botschafter in Petersburg anheim (31. Oktober 1906)¹⁵⁰, bei dem Fortschreiten der Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß der Gebrauch des Ausdrucks „Einflußsphären“ vermieden werde. Nicolson kam nun mit Gubastow, dem Sekretär des russischen Außenministers, dahin überein, „daß es um so besser sei, je weniger unsere Verhandlungen öffentlich erwähnt würden“¹⁵¹, damit die öffentliche Aufmerksamkeit nicht auf sie gelenkt werde¹⁵². Der Grund war nicht allein, der öffentlichen Meinung in Persien keinen Stoff zur Erregung zu geben, sondern auch keinen Anlaß zu einer Einmischung Deutschlands zu bieten.

Im Laufe des Monats Oktober 1906 stattete der russische Außenminister Paris und Berlin Besuche ab. Sie waren offiziell

149. BD, Bd. 4, Nr. 360.

150. BD, Bd. 4, Nr. 366.

151. BD, Bd. 4, Nr. 364.

152. Und Spring-Rice war mit Hartwig, dem russ. Gesandten in Teheran, gerade zu dem Ergebnis gekommen, bei ihren Regierungen anzuregen, man solle eine Erklärung veröffentlichen, des Inhalts, daß das Ziel der englisch-russischen Verhandlungen betreffs Persiens darin bestehe, die Unabhängigkeit und Integrität jenes Landes zu stärken (BD, Bd. 4, Nr. 362).

als Antrittsbesuche in seiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen gedacht¹⁵³. In Wirklichkeit sollten sie Iswolski zur Orientierung dienen, vor allem, um sich zu vergewissern, wie Deutschland zu der englisch-russischen Annäherung stand. Iswolski hatte auch eine Einladung vom englischen König erhalten, daß er erwarte, ihn empfangen zu können¹⁵⁴. Als Tag war von König Eduard der 22. Oktober 1906 gewünscht worden. Der 22. Oktober war aber schon bereits vorher als Empfangstag beim französischen Präsidenten bestimmt, so daß der Besuch in London nicht zustande kam. Eduard VII. bedauerte das außerordentlich¹⁵⁵ und schob die Schuld auf Deutschland: „Deutschland arbeitet sicher gegen uns — hinter unserem Rücken“. Ähnlich äußerte sich Grey¹⁵⁶. Iswolski hatte auch große Bedenken gegen einen Besuch in England¹⁵⁷: Es konnte daraus gefolgert werden, daß die englisch-russischen Verhandlungen schon viel weiter gediehen seien, als es in Wirklichkeit der Fall war. Deshalb wollte er, bevor er nach England ging, die Stellungnahme Deutschlands erfahren. Dem englischen Botschafter in Paris, Sir F. Bertie, legte er dar¹⁵⁸: „Ehe wir Abmachungen mit England treffen, muß ich in Berlin ermitteln, welche Interessen Deutschland nach Ansicht des Deutschen Kaisers und seiner Regierung in Persien hat, nicht gerade um sie einem Abkommen mit England in den Weg treten zu lassen, sondern um zu vermeiden, daß Deutschland seine Haltung in der Marokkofrage

153. DGP, Bd. 22, Nr. 7364.

154. BD, Bd. 4, Nr. 230 u. Nr. 237. — Übrigens hielt Grey einen Besuch Iswolskis in London noch nicht für wünschenswert, da er Anlaß zu Gerüchten geben könnte (BD, Bd. 4, Nr. 237). — Clemenceau wollte wissen, es sei Iswolski von Bülow verboten worden, nach London zu gehen (Nicolson, a. a. O., S. 255). — Der deutsche Botschafter in London, Graf v. Metternich, berichtete, aus zuverlässigen Quellen erfahren zu haben, Iswolski sei von dem Zaren nur zu Besuchen in Paris und Berlin ermächtigt worden (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8521, S. 27). Kaiser Wilhelm bestätigte, daß der Zar Iswolski die Londonreise verboten habe (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8521, S. 28, Randbem. 3).

155. BD, Bd. 4, Nr. 233, S. 404, Vermerk Eduards VII.

156. BD, Bd. 4, Nr. 232 u. 235.

157. BD, Bd. 4, Nr. 230, S. 390 ff.

158. Desgl. S. 400, vgl. auch Nr. 233.

wiederholt, und daß Rußland in das Dilemma Frankreichs versetzt wird. Ich muß auch genau feststellen, wie Deutschland über die Bagdadbahnfrage und andere Dinge denkt. Ich brauche alle diese Aufschlüsse, um beurteilen zu können, wieweit ich ohne die Gefahr gehen kann, auf deutschen Widerstand zu stoßen. In der gegenwärtigen Lage Rußlands ist es geboten, auf die deutsche Empfindlichkeit Rücksicht zu nehmen". Eingehender äußerte sich noch Graf Benckendorff, der im Oktober 1906 auch in Paris weilte, über die Stellung Rußlands zu Deutschland¹⁵⁹. Er sagte zu Bertie, Rußland sei Deutschland in hohem Maße verpflichtet und müsse es möglichst freundlich stimmen. Deutschland habe von der Errichtung einer deutschen Bank in Persien Kenntnis gegeben¹⁶⁰. Man wisse nicht, zu welchen Konzessionen an Deutschland diese Tatsache noch führen könne. Die Sphäre in Persien, die Seiner Majestät Regierung für England abzustecken beabsichtige, biete nichts Verlockendes für Deutschland; dieses werde mittels der Bank wahrscheinlich in der russischen Sphäre alle möglichen Konzessionen anstreben, wenn Rußland sich nicht mit ihm verständige. Deshalb müsse die russische Regierung einer solchen Lage vorbeugen. Sie wolle Deutschland nicht in Persien haben, aber sie müsse versuchen, zu einer Verständigung mit ihm zu gelangen. Auf den Rat Berties, Rußland solle sich doch mit der von Deutschland bereits gegebenen freiwilligen Erklärung, in Persien lediglich Handelsinteressen zu haben, begnügen, damit die englisch-russischen Verhandlungen zu einem Erfolge führen könnten, erwiderte Benckendorff, Rußland könne es sich unter den gegenwärtigen inneren Verhältnissen nicht leisten, mit Deutschland auf schlechtem Fuße zu stehen.

Aus diesen Äußerungen gehen also die Gründe für Iswolskis Besuch in Berlin eindeutig hervor. Der Außenminister wollte sich Klarheit darüber verschaffen, ob er nicht, wenn die englisch-russischen Verhandlungen einen günstigen Fortschritt machten, das plötzliche Auftauchen Deutschlands als „*deus ex machina*“

159. BD, Bd. 4, Nr. 231, S. 401 f.

160. Anlässlich Iswolskis ersten Besuches in Berlin (12. 10. 1906) vor seiner Weiterreise nach Paris (vgl. DGP, Bd. 22, Nr. 7362).

zu befürchten brauche, da ihm sonst das Schicksal Delcassés widerfahren könne bei seiner Verheimlichungspolitik Bülow gegenüber.

So erklärte nun Iswolski in Berlin¹⁶¹, das Hauptziel der englisch-russischen Verhandlungen sei die Beseitigung von „Reibungsflächen“. Rußland wolle keine Verpflichtungen übernehmen, ohne sich vorher mit Deutschland verständigt zu haben, wenn das in Aussicht genommene Abkommen die deutschen Interessen in irgendeiner Weise berühren sollte. Die Wilhelmstraße versicherte dem Außenminister, Deutschland werde einem Abkommen, das die deutschen Interessen nicht verletze, keine Schwierigkeiten bereiten¹⁶². Nur den Grundsatz der „offenen Tür“ für den deutschen Handel mit Persien wollte Bülow ge-

161. BD, Bd. 4, S. 445, Prot. der Sitzg. des russ. Ministerrats v. 1. 2. 1907; s. Näheres DGP, Bd. 25,1, S. 25, Fußn.* u. Nr. 7364, Bd. 22.

162. Nicolson, a. a. O., S. 255. — Über die Gründung einer deutschen Bank in Persien setzte der in Berlin weilende Botschafter v. Schoen Iswolski anlässlich seines ersten Besuches in Berlin (12. 10. 1906) auseinander, daß der Plan auf persische Anregung zurückgehe, und wenn er wirklich zustande käme, Deutschland dabei nur wirtschaftliche Ziele verfolge (DGP, Bd. 22, Nr. 7362). Bei einer zweiten Rücksprache mit Schoen Ende Oktober 1906 zeigte sich Iswolski sehr voreingenommen und betrachtete den Plan als „Einbruch“ in Gebiete, die teils Rußland, teils England reserviert seien (vielleicht hatte ihn der vorhergehende Besuch in Paris beeinflußt). Schoen erklärte ihm nochmals, daß eine deutsche Bank in Teheran nicht gleich der russischen oder englischen Bank den Charakter einer Staatsbank, sondern lediglich den einer Handelsbank tragen solle, nur dazu bestimmt, dem sich entwickelnden Handel mit Persien zu dienen. Pläne politischer Natur lägen Deutschland gänzlich fern, es werde also in dieser Beziehung weder Rußland noch England ins Gehege kommen (DGP, Bd. 22, Nr. 7364). — Eine eingehende Unterredung hatte Iswolski auch mit dem Unterstaatssekretär v. Mühlberg über die eng zusammenhängenden Fragen der Bagdadbahn und des deutschen Vorgehens in Persien. Mühlberg hatte von der Aussprache den Eindruck, daß Iswolski einer Ausdehnung des Bagdadbahnnetzes nach Persien einen Riegel vorzuschieben wünsche. Weitere Einzelheiten, u. a. die Besorgnisse Iswolskis, Deutschland habe sich bei der Bankkonzessionierung Zollvorteile versprechen lassen, s. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8649; vgl. auch Schoens Unterredung mit Nicolson am 5. 11. 1906 (BD, Bd. 4, Nr. 368 f.). — Über Iswolskis Empfang bei Kaiser Wilhelm und über sein Gespräch mit Bülow vgl. BD, Bd. 4, Nr. 234, S. 407.

achtet wissen¹⁶³. Argwohn oder Besorgnisse hatte Iswolski bei seinen Unterredungen in Berlin nicht festgestellt. Man hatte an ihn auch keine „Suggestivfragen oder sonstige Verlegenheit bereitende Fragen“ gerichtet und auch nicht herauszubringen versucht, auf welchen Grundlinien sich die englisch-russischen Besprechungen bewegten¹⁶⁴.

Trotzdem schien es nicht so, als ob Iswolski willens war, diese Lage auszunutzen und seinen offenen Vorteil aus ihr zu ziehen. Er wünsche aufrichtig und ehrlich, erklärte er Nicolson¹⁶⁵, mit England zu einer durchaus freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, aber er müsse vorsichtig vorgehen, da die Erhaltung guter Beziehungen zu Deutschland wesentlich sei. Denn Deutschland könne kein Interesse daran haben, uns (Rußland und England) zu einer Verständigung gelangen zu sehen (elle n'avait pas d'intérêt de nous voir arriver à une entente)¹⁶⁶. Demnach scheint die Gleichgültigkeit der Wilhelmstraße nicht so wohlwollend gewesen zu sein, wie Iswolski darüber berichtete. Im folgenden Jahre gestand er auch in Marienbad Sir E. Goschen: „Es habe aller seiner Geduld bedurft, um gegen das unablässige ‚Einhämmern‘, das er ‚from Berlin‘ ertragen mußte, Widerstand zu leisten“¹⁶⁷. Nicolson stand diesem „Wohlwollen“ Deutschlands von vornherein skeptisch gegenüber: „Die deutsche Regierung hat in den ersten Tagen des anglo-französischen Abkommens das gleiche Wohlwollen bewiesen und nachher ihr Verhalten geändert“¹⁶⁸. Iswolski war äußerst darum besorgt, wie man überhaupt einen passenden Wortlaut für eine englisch-russische Konvention finden könne,

163. BD, Bd. 4, Nr. 369, S. 679.

164. Desgl. S. 680.

165. BD, Bd. 4, Nr. 369.

166. BD, Bd. 4, Nr. 367, S. 674. — Der russische Botschafter in Rom, Murawiew, wollte sogar wissen, Iswolski sei von seinem Besuch in Berlin sehr entmutigt zurückgekehrt, da man ihm zu verstehen gegeben habe, daß Rußland zwischen Deutschland und Großbritannien wählen müsse, und daß es nicht erwarten dürfe, mit Großbritannien zu einer Verständigung gelangen und sich gleichzeitig die Freundschaft Deutschlands erhalten zu können (BD, Bd. 4, Nr. 245, S. 440).

167. BD, Bd. 4, Nr. 523.

168. BD, Bd. 4, Nr. 247.

der die persische Regierung und andere Mächte überzeuge, daß man nicht beabsichtige, Persien aufzuteilen und den Grundsatz der „offenen Tür“ abzuschaffen. Nicolson verwies auf eine passende Präambel: „Wir könnten mit einem Satz beginnen, der von unseren beiderseitigen Wünschen zeuge, die Integrität und Unabhängigkeit Persiens aufrecht zu erhalten“¹⁶⁹. Außerdem müßte der Ausdruck „Einfluß- oder Interessensphären“ vermieden werden. Iswolski gab weiter zu bedenken, wenn in den beiderseitigen Zonen jegliche Konzession für andere Mächte, z. B. Deutschland, ausgeschlossen würde, so könnte das als Verletzung des Grundsatzes der „offenen Tür“ ausgelegt werden. Nicolson erwiderte: für den rechtmäßigen Handel stände im ganzen übrigen Persien die Tür noch weit genug offen¹⁶⁹. Am meisten klagte aber Iswolski über den schwer zu überwindenden Widerstand, den einflußreiche Kreise im eigenen Lande bereiteten, die, wenn auch nicht so sehr gegen das Prinzip einer Verständigung mit England eingenommen, doch den Vorschlag, Einflußzonen abzugrenzen, mit großem Bedenken betrachteten¹⁶⁹. Z. B. sei der Generalstab gar nicht geneigt, Seistan vollkommen dem englischen Einfluß und der englischen Kontrolle zu überlassen. Die Bedenken der Militärpartei könnten nur beseitigt werden, wenn man ihnen nachweise, anderswo hinreichenden Ausgleich zu erhalten.

In London mußten diese Meldungen Nicolsons einen verstimmenden Eindruck hinterlassen. Eine Bestätigung fanden sie noch durch den britischen Militär-Attaché in Rußland, den Obersten Napier. Er berichtete, daß General Palizyn, nach dem Großfürsten Nikolaus der einflußreichste Offizier im russischen Generalstab, ihm gegenüber die Politik der Interessensphären kritisiert und offen erklärt habe: er sei dagegen¹⁷⁰.

Sir Edward Grey und Charles Hardinge reagierten im ersten Augenblick äußerst erzürnt auf diese verstimmenden Berichte Nicolsons und Napiers: „Wenn die russische Regierung auf Anstiften der Militärpartei sich weigert, unsere vorgeschlagene Einflußsphäre anzuerkennen, so ist die offensichtliche Schlußfolgerung daraus, daß sie aggressive Absichten gegen Indien hat,

169. BD, Bd. 4, Nr. 367.

170. BD, Bd. 4, Anlage zu Nr. 367.

wofür sie Seistan als Basis braucht. In diesem Fall wären weitere Verhandlungen unnütz“¹⁷¹.

Doch die englische Regierung hätte ihr Ziel vergessen, wenn sie sich auf die Dauer hierdurch beirren lassen wollte. Es mußte „irgendein Schmiermittel“¹⁷² gefunden werden, sagt Harald Nicolson selbst in seiner Biographie, „sollten die Räder nicht durch den Widerstand des russischen Generalstabs und anderer Kritiker an Iswolskis Politik zum Stehen gebracht werden“. Und der Botschafter A. Nicolson fand es bald: „Bei unseren Verhandlungen mit Frankreich hatten wir etwas Greifbares und von Frankreich heftig Erwünschtes abzugeben, nämlich unsere Stellung in Marokko. In diesem Fall jedoch können wir weder in Persien oder in Afghanistan oder Tibet irgendwelche große Konzessionen oder, wie die uns feindselig gesinnten Kritiker sagen, überhaupt Konzessionen machen“¹⁷³. Darum fragte er am 7. November 1906 in einem Privatbrief Edward Grey, „ob wir Rußland bei Erlangung von Abänderungen gewisser Vertragsklauseln, die seine Handlungsfreiheit hemmen und beschränken, helfen oder ihm auf jeden Fall nicht entgegenwirken“ wollen?¹⁷⁴. Hiermit hatte Nicolson seinem Außenminister das Stichwort gegeben. In einem undatierten Privatbrief antwortete ihm Grey¹⁷⁵: er sei bereit, in der Meerengenfrage mit sich handeln zu lassen. „Aber es ist nicht unsere Sache, in bezug auf die Vertragsbestimmungen über die Dardanellen Änderungen vorzuschlagen. Ich denke, daß irgendeine Änderung in der von Rußland gewünschten Richtung zulässig wäre, und wir sollten darauf vorbereitet sein, die Frage zu erörtern, wenn Rußland sie aufwirft“. Durch diese Haltung wollte Grey gegebenenfalls Iswolski ein „quid pro quo“ in die Hand geben, um den Widerstand der Militärpartei zu überwinden oder den Zaren davon zu überzeugen, daß der Widerstand unvernünftig sei. Und übrigens, wenn England ein vollständiges¹⁷⁶ Übereinkommen mit Rußland wünsche, meinte Grey, dann müsse¹⁷⁶ man den „Nahen Osten“ mit einbegreifen. Es sollte allerdings Iswolskis Sache

171. BD, Bd. 4, Vermerk zu Anlage Nr. 367, S. 676 unten.

172. Nicolson, a. a. O., S. 264.

173. Nicolson, a. a. O., S. 264 f.

174. BD, Bd. 4, Nr. 236, S. 412 oben.

175. BD, Bd. 4, Nr. 236, S. 412 oben.

176. Im Original nicht gesperrt gedruckt.

sein, zu sagen, was er wolle. Dieser Wunsch war darin begründet, daß England nicht als der Anreger des Revisionsgedankens bei den übrigen die Meerengen interessierenden Mächten erscheinen wollte, denn es handelte sich ja um die Abänderung eines europäischen Vertrages.

Zur Information für Nicolson legte Grey seinem Brief ein Ressort-Memorandum über die Dardanellen bei¹⁷⁷. Hierin hieß es am Schluß: „wenn erwünscht, ist es möglich, Rußland in bezug auf die Dardanellen ein bedeutendes Zugeständnis zu machen“¹⁷⁸.

Man war also wieder auf das Ergebnis der Unterredungen Eduards VII. mit Charles Hardinge vom 22. April 1904, bevor letzterer als Botschafter nach Petersburg ging, zurückgekommen¹⁷⁹. Beide waren damals der Ansicht gewesen, daß „kein Grund vorzuliegen scheine, die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu verhindern, wie wir das bisher angestrebt haben“, und daß „dies Zugeständnis einer ungehinderten Durchfahrt sich im Falle der Wiederaufnahme der allgemeinen Verhandlungen über ein Übereinkommen mit Rußland als sehr nützliches Aktivum erweisen dürfte. Man würde damit ein sehr nützliches quid pro quo in der Hand haben“¹⁸⁰. Hierauf hatten sich die englischen Staatsmänner auch nun wieder besonnen, und wenn russischerseits die Frage angeschnitten würde, so wollten sie den obigen Standpunkt unterbreiten.

*Von der Unterbreitung des englischen „aide-mémoire“ am
3. 12. 1906 bis zum Abschluß der endgültigen Konvention
vom 31. 8. 1907.*

Um Iswolski die Formulierung der russischen Forderungen zu entlocken, ja vielleicht um seine Unschlüssigkeit zu über-

177. s. BD, Bd. 4, Anhang zu Nr. 55, S. 95 ff., Memorandum von Charles Hardinge über die Durchfahrt russischer Kriegsfahrzeuge durch die Dardanellen und den Bosphorus v. 16. 11. 1906.

178. BD, Bd. 4, Anhang zu Nr. 55, S. 98.

179. Vgl. Lee, a. a. O. S. 289 f., und ein vom 14. 10. 1908 datiertes Memorandum Greys über die Meerengen in BD, Bd. 5, Nr. 377, vgl. auch die Nrn. 387, 388, 389 u. 391.

180. s. oben S. 46 f. u. 53.

winden, unterbreitete die englische Regierung über Nicolson am 3. Dezember 1906 dem russischen Außenminister ein aide-mémoire über den bisher gepflogenen Meinungsaustausch eines englisch-russischen Abkommens über Persien¹⁸¹. Nicolson überreichte es mit der Bitte, es vertraulich zu behandeln und nicht als Konventionsentwurf, sondern lediglich als ein „aide-mémoire“ zu betrachten, das den „gepflogenen Meinungsaustausch in bequemer Form darböte“¹⁸². In seinem wesentlichen Inhalt griff der Entwurf bereits dem Dauervertrage von 1907 voraus, so in der Umgrenzung des britischen Einflußgebietes (als nördliche Grenze war die Linie Gasik Birdjand Kerman Bender-Abbas angegeben). Was evtl. Rußland beanspruchte, war unbenannt gelassen, und der Zweck dessen war: diese Lücke im Entwurf sollte einen guten Grund bieten, „um die russische Regierung zur Ausfüllung des Weggelassenen zu drängen“¹⁸³. In die Präambel war die schönklingende Phrase aufgenommen: „Die Regierungen, . . . von dem aufrichtigen Wunsch sowohl nach Aufrechterhaltung guter Ordnung und friedlicher Entwicklung im ganzen persischen Reich als auch nach Schaffung gleicher Möglichkeiten für den Handel und die Industrie aller Nationen beseelt, haben beschlossen, daß . . . “. Trotzdem gewann der Entwurf nicht Iswolskis Billigung. Er erklärte Nicolson sogar, in der vorliegenden Fassung könne das aide-mémoire von anderen Mächten als eine Aufteilung (partage) Persiens angesehen werden¹⁸⁴. Nicolson erwiderte darauf, das Dokument „spezifiziere“ doch nur die beiderseitigen Einflußsphären, wenn auch die russische Sphäre unausgefüllt hätte bleiben müssen; im übrigen werde doch das Prinzip der „offenen Tür“ „gehörig anerkannt“. Iswolski bat, ihm das Schriftstück zu überlassen, damit er es noch einmal sorgsam studieren könne. Dabei blieb es. Eine Formulierung der russischen Forderungen, worauf die englischen

181. BD, Bd. 4, Nr. 371, Anlage zu Nr. 371 u. 373.

182. BD, Bd. 4, Nr. 373.

183. BD, Bd. 4, Nr. 367, S. 675 oben. — Als Muster für die Skizze war das englisch-russische Abkommen über die chinesischen Eisenbahnen benutzt, „um Ausdrücke hineinzubringen, die den Russen bereits geläufig“ seien. (!) BD, Bd. 4, Nr. 370, Privatbrief Greys an Nicolson.

184. BD, Bd. 4, Nr. 373.

Politiker gewartet hatten, hielt Iswolski noch zurück. Die Verhandlungen kamen im letzten Monat des Jahres 1906 nicht mehr voran.

Inzwischen versuchte Spring-Rice von Teheran aus die amtliche britische Politik in Mißkredit zu bringen. Sein Privatbrief an Grey¹⁸⁵ vom 21. 12. 1906 erinnerte diesen nochmals daran, welches große Ansehen England in den letzten Jahren, besonders nach dem russisch-japanischen Kriege, in Persien genossen habe. Leider habe sich das alles geändert, und Persien erwarte von England überhaupt keinen Schutz und keine Unterstützung mehr. Die Gerüchte über eine Verständigung mit Rußland hätten den Eindruck hervorgerufen, „daß wir unser Interesse an Persien verkauft haben“. Die bisherigen Verhandlungen zwischen England und Rußland seien nur für letzteres „von ungeheurem Werte“ gewesen: „Wir haben unsere Stellung hier freiwillig aufgegeben im Austausch für ein Versprechen“¹⁸⁶. Kurz, die Klage Spring-Rices war: England verschenkt alles zugunsten Rußlands. Und am 3. Januar 1907 wiederholte Spring-Rice nochmals, daß das große persische Erwachen immer weiter voranschreite, und daß das persische Volk jetzt, wenn England und Rußland es nicht hinderten, die persische Frage selbst lösen werde¹⁸⁷.

Es braucht nicht mehr betont zu werden, daß diese wohlgemeinten Ratschläge von Spring-Rice den englischen Außenminister irgendwie beeinflussen konnten. Grey beabsichtigte ja gar nicht, Rußland aus Persien zu verdrängen, sondern wollte ihm dort alle Zugeständnisse machen — soweit sie keine Bedrohung Indiens bedeuteten —, um mit ihm zu allgemeiner Verständigung zu gelangen.

Seit der Unterbreitung des aide-mémoire am 3. 12. 1906 war in der Erörterung der englischen Vorschläge zwischen den beiden Mächten eine Ruhepause eingetreten, die auch über den Januar 1907 noch andauerte. Nicolson war über Iswolskis Haltung sogar besorgt¹⁸⁸. In den Verhandlungen über Tibet¹⁸⁹

185. BD, Bd. 4, Nr. 377.

186. Im Original das Wort „Versprechen“ kursiv gedruckt.

187. BD, Bd. 4, Nr. 381.

188. BD, Bd. 4, Nr. 244.

machte Iswolski Schwierigkeiten: er erklärte, England habe dort keine größeren Interessen als Rußland. Was Persien betraf, so wollte er nun das gemeinschaftliche Anerbieten eines Vorschusses an die persische Regierung seitens Englands und Rußlands zurückziehen, obwohl er bislang bereit war, den Vorschuß, den die persische Nationalversammlung ablehnte, unabhängig von deren Wünschen zu gewähren. Ja, Iswolski entwickelte sogar eine ängstliche Besorgtheit um die Ansichten dieser Versammlung. Was veranlaßte den Außenminister plötzlich zu der Zurückhaltung? Nicolson hielt es für möglich, daß der Generalstab gegen Iswolski etwas „peremptorisch“ gewesen sein und dargelegt haben könnte, „daß er seine Hände vollkommen frei halten solle“¹⁹⁰. Möglicherweise könnte ihm auch, meinte Nicolson, ein neuer Schritt Deutschlands Anlaß gegeben haben, „seiner wohlwollenden Gleichgültigkeit gegen unsere Verhandlungen weniger sicher zu sein, als er das früher war“¹⁹⁰. Aber wahrscheinlich waren es die ins Stocken geratenen russisch-japanischen Verhandlungen, die seit Mitte des Jahres 1906 über den Friedensschluß von Portsmouth stattfanden, und die Iswolski nun veranlaßten, mit Vorsicht zu Werke zu gehen. Die im Laufe der Unterhandlungen hervorgetretenen Schwierigkeiten spitzten sich jetzt besonders in der Frage des russisch-japanischen Handelsvertrages und der Fischereigerecht-

189. Die Verhandlungen erwiesen sich an und für sich als die einfachsten der drei Kontroversen. Sie währten bis zum 15.1.1907. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich beide Parteien soweit geeinigt, daß nur noch einzelne Punkte geringfügiger Bedeutung zu erledigen waren. Sie betrafen folgende Einzelheiten: Die Russen wollten sich noch nicht mit der englischen Formulierung einverstanden erklären, derzufolge England hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten Tibets die vorherrschende Stellung einnehmen sollte. Ferner verlangten die Russen, daß es buddhistischen Gläubigen erlaubt sein müsse, nach Lhassa zu pilgern. Auch auf das Recht, wissenschaftliche Missionen nach Tibet zu senden, bestand Rußland. Es konnte sich außerdem nicht mit der britischen Besetzung des Chumbi-Tales abfinden. Als seit Februar 1907 sich beide Mächte in den beiden anderen Fragen näherten, fand auch die tibetanische Angelegenheit, den anderen Verhandlungen parallel laufend, ihre Erledigung. Rußland gab den englischen Wünschen nach.

190. BD, Bd. 4, Nr. 244.

same in den ostsibirischen Gewässern zu¹⁹¹. So mochte Iswolski befürchten, daß er sich den japanischen Forderungen schließlich unterwerfen und dann der Öffentlichkeit einen Handelsvertrag und eine Fischereikonvention vorlegen mußte, die als nicht befriedigt angesehen wurden. In einem solchen Fall durfte er sich nicht zu weit auf die englischen Vorschläge eingelassen haben¹⁹².

Die russisch-japanische Spannung legte sich aber noch im Januar 1907. Beide Parteien gaben einen Teil ihrer Forderungen auf¹⁹³, nachdem Japan von Frankreich einen Wink erhalten hatte, sich entgegenkommender zu bezeigen¹⁹⁴. Mit dem Schwinden der Besorgnisse über Japans Haltung war Iswolski sofort bereit, in die Erörterung der englischen Vorschläge einzutreten. Er schien demnach die Taktik zu befolgen, die Verhandlungen mit England und Japan „de pari passu“ fortschreiten zu lassen¹⁹⁵.

Am 25. Januar 1907 konnte Nicolson seinem Außenminister erfreut melden¹⁹⁶: Iswolski habe ihm mitgeteilt, daß eine Kommission in Rußland sich zu bilden im Begriffe stehe, die alle England-Rußland betreffenden Fragen prüfen werde. Am

191. Gegenüber dem deutschen Botschafter v. Schoen klagte Iswolski heftig über die Begehrlichkeit und Anmaßung der Japaner (vgl. Aufzeichnungen v. Schoens, 28. 11. u. 16. 12. 1906). Er sprach bereits von der ultima ratio eines neuen Krieges. Doch er konnte angesichts des englisch-japanischen Zusammenhaltens nicht ernstlich an eine kriegerische Auseinandersetzung mit Japan denken. So bezeugte er sich im weiteren Fortschreiten der Verhandlungen nachgiebig. Da andererseits im Gegensatz zu dem sich völlig passiv verhaltenden England, Frankreich, das gleichfalls mit Japan in Verhandlungen stand (die am 10. 6. 1907 zum Abschluß führten), in Tokio auf eine Ermäßigung der japanischen Forderungen an Rußland hinwirkte, kam es schließlich zu dem japanisch-russischen Vertrage v. 30. 7. 1907, dem am 28. 7. 1907 ein Handels- u. Fischereivertrag voraufgegangen war (DGP, Bd. 25,1, S. 28, Fußn. *). — Vgl. dazu A. E. Pooley: The secret Memoirs of Count Tadasu Hayashi, S. 203 ff., S. 220 ff.; s. auch BD, Bd. 4, S. 470 Anm. d. Herausgeber zu Nr. 262 c.

192. BD, Bd. 4, Nr. 246.

193. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8523 u. Fußn. * S. 29.

194. BD, Bd. 4, Nr. 252.

195. BD, Bd. 4, Nr. 253.

196. BD, Bd. 4, Nr. 248.

1. Februar 1907 beschäftigte sich bereits der russische Ministerrat mit einem russisch-englischen Abkommen über Persien und die anderen Streitpunkte¹⁹⁷. Auch Graf Benckendorff, der eifrige Befürworter einer Entente mit England, war nach Petersburg berufen, um an dieser Sitzung teilzunehmen und Iswolski gegen eine mögliche Opposition seitens der Militärpartei und anderer Kreise zur Seite zu stehen¹⁹⁸. Der Außenminister machte dem Ministerrat klar¹⁹⁷, daß es infolge der Ereignisse der letzten Jahre unmöglich geworden sei, Rußlands frühere Politik, ganz Persien unter seinen Einfluß zu bekommen, eine transpersische Bahn zu bauen und eine „befestigte Kopfstation“ am Persischen Golf zu errichten, nunmehr weiterzuführen. Es komme darauf an, und es sei jetzt für Rußland unerläßlich, jeden Konflikt mit England zu vermeiden. Deshalb müsse sich der Ministerrat über den englischen Vorschlag, Persien in Einflußzonen zu teilen, schlüssig werden. Und er wurde sich schlüssig. Im Protokoll über die Sitzung heißt es: „Der Ministerrat nahm das Prinzip der Einflußsphären als einzig mögliche Grundlage für ein Abkommen mit England an“. Es wurde ebenfalls die zukünftige Stellung Afghanistans besprochen. Allerdings wollte man hier die früheren Forderungen nicht völlig aufgeben. Der lokale Verkehr zwischen den afghanischen und russischen Grenzbehörden mußte weiterhin erlaubt sein, ebenfalls sei es erforderlich, daß russische Handelsagenten in dem Lande zugelassen würden. Was man damit bezwecken wollte, gab der Ministerrat offen zu: unter diesem Deckmantel würde es noch möglich sein, den Emir politisch zu beeinflussen. Im übrigen sollte Afghanistan den Charakter eines „Pufferstaates“ tragen.

Wenn auch bezüglich Afghanistans noch einige Vorbehalte gemacht wurden, so war doch von grundlegender Bedeutung, daß der Ministerrat den englischen Vorschlag über Persien annahm. So näherte sich auch der russische Generalstab mehr

197. Vgl. „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre“, hrsgb. von B. v. Siebert, Bln. u. Leipzig 1921, S. 315-19 u. 475-80; s. ferner BD, Bd. 4, Anlage zu Nr. 248, S. 445 ff.

198. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 248.

und mehr der Ansicht, daß eine Verständigung mit Großbritannien wünschenswert sei¹⁹⁹. Er vertrat allerdings die Meinung, daß Rußland einige Zugeständnisse politischer Natur für seinen geplanten Rückzug aus seiner „militärischen Stellung“ (wahrscheinlich war damit der evtl. Rückzug aus Seistan gemeint; demnach stimmte er der Einbeziehung Seistans in die britische Zone zu) erhalten müsse²⁰⁰. Auch der Zar war für den Abschluß einer Verständigung mit England²⁰¹. Dem Grafen Benckendorff gegenüber bemerkte er: „das Abkommen müsse²⁰² zustandekommen“²⁰³.

Was die plötzliche Sinnesänderung der russischen Militärpartei und des Generalstabs herbeigeführt hat, läßt sich an Hand der britischen Akten nicht eindeutig feststellen. Jedenfalls vollzog sie sich, als die Verhandlungen mit Japan gute Fortschritte machten, und Iswolski sich infolgedessen auch die tatkräftige Förderung der englisch-russischen Annäherung angelegen sein ließ. Zu diesem Zweck ließ er auch den Grafen Benckendorff zu der bevorstehenden Ministerratssitzung nach Petersburg berufen. Benckendorff ist es wahrscheinlich gewesen, der den letzten Widerstand des Generalstabs überwunden hat. Möglich ist, daß er bereits mit der Meerengenfrage operierte in dem Sinne, daß England in Zukunft möglicherweise den Russen hierin entgegenkommen würde; denn als Benckendorff nach London zurückkehrte, schnitt er Grey gegenüber sofort die Dardanellenfrage an. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen (allerdings schweigen auch darüber die Akten), daß er

199. BD, Bd. 4, Nr. 250; 253; 388.

200. Der bisherige Widerstand der Militärpartei erklärte sich z.T. daraus, daß bei ihr — da England die Verhandlungen nach dem russisch-japanischen Kriege einleitete — der Eindruck bestand: England wolle die Schwierigkeiten Rußlands nach dem unglücklichen Kriege sich zunutze machen, um Bedingungen drückenden Charakters herauszuschlagen. Daß schon Pourparlers lange vor Ausbruch des Krieges über eine Vereinbarung stattgefunden hatten, war den Militärkreisen nicht bekannt und nach Meinung Benckendorffs war der Generalstab über die früheren Besprechungen nie verständigt worden. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 249.

201. BD, Bd. 4, Nr. 249.

202. Im Original „müsse“ kursiv gedruckt.

203. BD, Bd. 4, Nr. 255, S. 455 Vermerk C. H. u. E. G., vgl. auch Nr. 255.

schon während seiner Anwesenheit in Petersburg einen Wink von Nicolson erhalten hat, der ihn evtl. hat wissen lassen, daß, wenn Rußland in dieser Frage Wünsche habe, England sie freundschaftlich in Erwägung zu ziehen bereit sei. Nicolson wußte ja seit November 1906, wie seine Regierung über die Meerengenfrage dachte²⁰⁴.

Nicolson sah für die Zukunft der englisch-russischen Verständigung nicht mehr pessimistisch: „Wenngleich zugegeben werden muß“, berichtete er, „daß es viele Beweggründe gibt, die den Zaren und seine Regierung zu einer Annäherung an Deutschland drängen und sie das Bündnis mit Frankreich als unliebsame Notwendigkeit betrachten lassen, so scheint mir doch, daß Faktoren, mächtiger als die persönliche Sympathie, der Tendenz, sich allzusehr dem deutschen Kreis anzuschließen, entgegenwirken“²⁰⁵. Im Februar eröffnete Graf Witte Nicolson sogar: „Deutschlands Auslandspolitik ist dermaßen ziellos, impulsiv und eigennützig, daß Rußland sich hüten muß, sich von den aus Berlin kommenden Lockungen verführen zu lassen“²⁰⁶. Auch in der britischen öffentlichen Meinung verstummte mehr und mehr die Kritik an einer russisch-englischen Verständigung, wenn natürlich auch einzelne erfahrene Kritiker (vor allem Earl Percy) Edward Grey warnten, Rußlands bona fides zu sehr zu vertrauen. Grey benachrichtigte Nicolson privat von diesen Warnungen, worauf am 8. Mai letzterer antwortete: „Ich teile Percys Ansichten nicht. Sind wir einmal mit Rußland zu einer Verständigung gelangt, so halte ich es für unwahrscheinlich, daß es seine Verpflichtungen nicht einhält. Nehmen wir aber an, daß Rußland überhaupt nicht im guten Glauben handeln kann, so hätte es, das gebe ich zu, gar keinen Sinn, mit ihm ein Abkommen zu treffen, und wir müßten uns mit einem Fortbestand der bisherigen unbefriedigenden Beziehungen begnügen. Wenn man jedoch die gegenwärtigen und künftigen Verhältnisse in Betracht zieht, so halte ich es für klug, ein Abkommen zu treffen“²⁰⁷.

204. BD, Bd. 4, Nr. 242.

205. Nicolson, a. a. O., S. 272.

206. BD, Bd. 4, Nr. 251, Nicolson, a. a. O., S. 272.

207. Nicolson, a. a. O., S. 272 f.

Am 20. Februar 1907 waren die Verhandlungen bereits soweit vorangeschritten, daß Rußland seinerseits einen Konventionsentwurf formulierte und Nicolson überreichte²⁰⁸. Die russische Linie sollte von Kasri-Schirin über Ispahan, Jesd, Kachk nach der afghanischen Grenze bis Kuhsan verlaufen. Jedes Land, so hieß es in dem Entwurf, möge sich reziprok verpflichten, in der Zone des anderen weder um politische noch um kommerzielle Konzessionen nachzusuchen. Die Präambel erwähnte Integrität und Unabhängigkeit Persiens sowie gleiche Möglichkeiten für die Industrie und den Handel aller Nationen. Hierauf legte Iswolski besonderen Wert; das war auch bei der Unterredung zwischen ihm und Nicolson am 15. Februar 1907 hervorgetreten²⁰⁹. Iswolski fragte, welche Rechte den „dritten Parteien“ in den geschaffenen Zonen zugestanden werden könnten. Seines Wissens sei die ursprüngliche Idee die gewesen, antwortete Nicolson, dritten Mächten in den genannten Zonen keine Konzessionen einzuräumen. Iswolski warf ein, das würde ein Aufheben des Grundsatzes der „offenen Tür“ bedeuten, und man würde einer ähnlichen Lage gegenüberstehen wie in Marokko. Wenn Rußland Deutschland befriedigen wolle, sei seine Regierung gezwungen, ihre obstruktive Haltung gegenüber der Bagdadbahn einzustellen, nur dann könne sie von Deutschland erwarten, sie in der russischen Zone unbehelligt zu lassen und von jeglichem Bemühen, Konzessionen zu erlangen, abzusehen. Hinsichtlich der britischen Zone könne England beruhigt sein, denn in Seistan habe Deutschland keine Interessen.

Um sich durch Deutschland die Rückendeckung zu sichern, überreichte Iswolski am 20. Februar 1907, also an demselben Tage, an dem er Nicolson den Gegenentwurf des russisch-englischen Abkommens aushändigte, dem deutschen Botschafter von Schoen den Entwurf einer Abmachung über die russisch-deutschen Interessen in Nordpersien und an der Bagdadbahn, mit der Bitte um „streng vertrauliche“ Behandlung. Anlässlich sei-

208. BD, Bd. 4, Nr. 254 u. 389. Über die zwischen Nicolson und Iswolski vorausgegangenen mündlichen Unterredungen s. BD, Bd. 4, Nr. 388. — Der übermittelte Konventionsentwurf ist in der Anlage zu Nr. 389 abgedruckt.

209. BD, Bd. 4, Nr. 388 u. 253.

nes Berliner Besuches im Oktober 1906 hatte die deutsche Regierung Iswolski ihre Bereitwilligkeit zu einem derartigen Abkommen in Aussicht gestellt²¹⁰. Der Inhalt des Entwurfes Iswolskis war: Rußland werde der Bagdadbahn keine Schwierigkeiten bereiten und versuchen, auch fremdes Kapital für sie zu gewinnen, wenn Deutschland sich verpflichte, keine Anschlußbahnen nach Persien zu bauen und keine Konzessionen in Nordpersien zu erstreben²¹¹. Deutschland war mit diesem Entwurf nicht einverstanden. Vor allem erhob Frhr. v. Marschall Bedenken, denn Deutschland falle ausschließlich „die Rolle des Gebers, Rußland dagegen diejenige des Nehmers“ zu²¹². Er wünschte auch nicht, daß Deutschland einer anderen Macht eine vertragsmäßige Erklärung abgebe, wonach es in einem so großen Lande wie Persien keine politischen Interessen besitze. Am 3. Juli 1907 überreichte v. Schoen den deutschen Gegenentwurf²¹³, der für die folgenden Monate Erörterungen in Anspruch nahm. Zu einem Ergebnis führten sie jedoch nicht. Es zeigte sich nämlich, daß Iswolski viel weitergehende Rechte beanspruchte, als deutscherseits angenommen wurde²¹⁴. Er gab überhaupt nicht an, bis zu welcher Linie die russische Einflußsphäre reichen sollte²¹⁵.

210. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8580 u. 8649.

211. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8580, Anlage.

212. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8582, s. auch 8581.

213. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8588.

214. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8588 f.

215. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8591.

Nach Abschluß der russisch-engl. Konvention vom 31. 8. 1907 war es Iswolski gar nicht mehr um eine Förderung der schwebenden Verhandlungen zu tun (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8594). Wahrscheinlich glaubte er, nun eine Rückendeckung durch Deutschland nicht mehr nötig zu haben. Auch bei der Swinemünder Zusammenkunft umging er es, die Frage der Bagdadbahn näher zu berühren. Er legte Bülow nur allgemein dar, daß Rußland sich mit Deutschland über Persien dann verständigen könne, wenn Rußlands traditionelle Interessen und wohlerworbenen Rechte durch das wirtschaftliche Eindringen Deutschlands nicht geschädigt würden. Nach deutscher Auffassung gingen aber Iswolskis Wünsche noch wesentlich weiter (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8592). Wie Iswolski grundsätzlich zu dem Bagdadbahnunternehmen eingestellt war, geht aus einem vertraulichen Schreiben vom

Wie sehr England an einem Abkommen mit Rußland gelegen war, beleuchtet Greys Antwort vom 8. März 1907 auf den

6./19. 12. 1907 an den Grafen Benckendorff hervor. Es heißt darin: „Wie in England und Frankreich, so hat auch in Rußland das deutsche Projekt keine Sympathien gefunden (Original kursiv). Ohne von der strategischen Bedeutung dieses Unternehmens zu sprechen, müssen wir mit Sorge den Einfluß betrachten, den eine solche Bahn in den türkischen Nachbarprovinzen des Kaukasus, des Schwarzen Meeres und Persiens ausüben würde. Hauptsächlich hat uns jedoch der Einfluß auf Persien beunruhigt, denn wir können nicht den geringsten Zweifel haben, daß die Erbauung der Bagdadbahn und ihre schließliche Verbindung mit zukünftigen Eisenbahnen in Persien dieses Land dem deutschen politischen Einflusse und seinen kommerziellen Unternehmungen öffnen wird.“ (BD, Bd. 6,1, Anhang zu Nr. 68; vgl. auch Siebert, a. a. O., S. 478). Es ist bemerkenswert, daß Iswolski diese Stellungnahme erst aufzeichnete, nachdem anläßlich des Besuchs Kaiser Wilhelms II. in Windsor im November 1907 die Frage der Bagdadbahn berührt und dem Kaiser durch Haldane eine Note überreicht worden war des Inhalts, daß England das Bagdadbahnunternehmen nicht gern in den Händen einer einzigen Macht sehen würde, sondern daß es wünschenswert sei, daß eine Verhandlung zu vieren (England, Frankreich, Rußland, Deutschland) zustande käme (BD, Bd. 6,1, Nr. 62). Außerdem erfuhr auch England erst anläßlich des Windsor-Besuches von Iswolskis Sicherungsverhandlungen mit Deutschland. Auch Kaiser Wilhelm wußte bis dahin nichts von Iswolskis Unterhaltungen mit Schoen (BD, Bd. 6,1, Nr. 63; russischerseits war auch Graf Benckendorff nicht eingeweiht; desgl. Nr. 68). Nachdem nun in Windsor die Frage der Bagdadbahn zur Sprache gekommen war, mußte auch Iswolski Farbe bekennen. Nachdem er in dem genannten Schreiben an Benckendorff (6./19. 12. 1907) seinen grundsätzlichen Standpunkt zur Bahnfrage klar gemacht hatte, fuhr er fort, seine Verhandlungen mit Deutschland verteidigend: „Wenn England und Frankreich in dieser Frage eine völlige Handlungsfreiheit bewahrt haben, so ist Rußlands Stellung nicht ganz die gleiche, da das Petersburger Kabinett bei Beginn der englisch-russischen Verhandlungen Berlin die Zusicherung gegeben hat, keine Verpflichtungen einzugehen, ohne vorher mit Berlin eine freundschaftliche Verständigung erzielt zu haben“ (Original kursiv). Benckendorff gegenüber stellte Iswolski seine Handlungsweise als sehr selbstverständlich hin: „Es ist ganz natürlich, daß unsere Stellung zu Deutschland zu einem Meinungsaustausch geführt hat, der ausschließlich den Zweck verfolgte, unsere vitalen Interessen in Persien sicherzustellen“ (BD, Bd. 6,1, Nr. 68). Tatsächlich wollte sich Iswolski durch seine Rücksprache mit Deutschland nur persönlich decken. Nur dem Scheine nach bezeugte er Deutschland seinen guten Willen und bewahrte ihn solange, als die englisch-russische Konvention noch nicht unter Dach gebracht war. Seine Neigung für eine Verständigung nahm in dem Maße

Entwurf der russischen Regierung²¹⁶: „Wir hatten ursprünglich beabsichtigt zu verlangen, daß Stadt Teheran als Hauptsitz und

ab, wie die englisch-russische Annäherung ihre Fortschritte machte. Und wie schon gesagt, legte er nach dem 31. August 1907 keinen Wert mehr auf Fortsetzung der Verhandlungen.

Erst 1910, nachdem im September d. Js. Sasonow die Nachfolge Iswolskis angetreten hatte, wurden die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland wieder aufgenommen. Bei der Potsdamer Monarchenzusammenkunft am 3./4. 11. 1910 kam es zu einem Meinungsaustausch über die Erhaltung des status quo in der Türkei und in Persien. Die Russen waren bereit, dem Bagdadbahnprojekt keine Schwierigkeiten zu machen, ja sogar den Anschluß ihrer persischen Bahn an die Bagdadbahn ins Auge zu fassen. Deutscherseits erklärte man sich mit der verwaltenden politischen Einflußstellung Rußlands in Nordpersien einverstanden, die deutschen Interessen in diesem Gebiet sollten sich lediglich auf den Handel beschränken (vgl. Oncken, a. a. O., S. 678 f.). — Den amtlichen Wortlaut des Deutschland von Rußland bezüglich Persiens gemachten Vorschlages s. BD, Bd. 10, I, 2, Nr. 638; dort ist auch Näheres über die russisch-deutschen Verhandlungen von 1907 angegeben. Vgl. auch Buchanans Jahresbericht über Rußland für das Jahr 1910, BD, Bd. 10, I, 2, Nr. 747.

Es sei noch auf die Frage der Bagdadbahn während des Werdens der englisch-russischen Entente bis zu dem Abschluß der Konvention über den Weiterbau der ersten Teilstrecke bis nach Helif eingegangen (2. 6. 08; — DGP, Bd. 25, 1, Nr. 8680). Wie schon oben im Kapitel über die Bagdadbahn dargelegt, hatte Deutschland seit dem Rückzuge Englands und Frankreichs dauernd mit der Eifersucht dieser Mächte sowie auch Rußlands zu kämpfen. Es schien sich eine allgemeine Annäherung zwischen den streitenden Parteien anzubahnen, als im Oktober 1905 die französische Diplomatie den Wunsch geltend machte, durch eine freundschaftliche Aussprache mit Deutschland die Bahnfrage zu regeln (DGP, Bd. 25, 1, Nr. 8620). Deutschland war dazu bereit (dgl. Nr. 8622). Die Verhandlungen kamen aber nicht in Fluß, da der französische Ministerpräsident Rouvier erst das Ergebnis der Konferenz von Algéciras abwarten wollte (Nr. 8627). — Deutscherseits hielt man für richtig, sich auch mit England über die Frage zu verständigen, man erwartete aber von jener Seite den ersten Schritt, da Deutschland im Besitz der Konzession bis zum Persischen Golf war (Nr. 8629). Wie England zu der Bagdadbahn stand, kennzeichnete v. Marschall am 27. 5. 06 dahin, daß es am liebsten die Bahn nicht gebaut sehe; andernfalls müsse England dabei sein. Er hielt für wahrscheinlich, daß Englands Wünsche sehr weitgehen würden und erwog, ob man bei Rußland nicht einen natürlichen Bundesgenossen finden könne (Nr. 8633). Aber auch Rußland mißtraute dem Bau der Bagdadbahn. Es hatte nicht viel zu bedeuten, wenn Iswolski am 29. 10. 1906 erklärte, er persönlich stände dem Projekt wohlwollend gegenüber, er müsse allerdings erst die Opposition

Sitz fremder Gesandtschaften eine neutrale Enklave in der russischen Sphäre bilden sollte. Wir sind indes jetzt bereit, ein

überwinden (Nr. 8649). Reichskanzler Bülow hielt daher für richtig, Iswolski gegenüber Zurückhaltung zu wahren (Nr. 8655). Im März 1907 gab Sir E. Grey dem Wunsche Ausdruck, England wolle sich an dem Unternehmen beteiligen (Nr. 8656). Man befürchtete jenseits des Kanals, das Projekt könne tatsächlich ohne Beteiligung Englands ausgeführt werden (Nr. 8657). Das deutsche A.A. war aber darum besorgt, daß England die im Verkehr befindlichen Aktien der Anatol. Bahngesellschaft aufzukaufen trachte, um sich selbst in diesem Unternehmen die ausschlaggebende Stellung zu verschaffen. Deutschland verhielt sich deshalb reserviert (Nr. 8659). Fortan ruhten die Besprechungen über die Bahnfrage bis November 1907. Erst der deutsche Kaiser brachte das Gespräch — gegen seinen anfänglichen Entschluß (Nr. 8666) — am 14.11.07 bei seinem Besuche in England auf die Bagdadbahn, indem er versuchte, die in England herrschenden Vorurteile zu widerlegen (vgl. BD, Bd. 6,1, Nr. 63 ff.). Er war sogar bereit, den Engländern das letzte Stück der Bagdadbahn zu überlassen, wenn England eine Sicherheit dafür bot, daß dieses Tor zum Golf für Deutschland stets offen blieb (Nr. 8667). Der Kriegsminister Haldane überreichte dem Kaiser am gleichen Tage eine Note über ein Privatgespräch zwischen ihm und E. Grey. In ihr hieß es, England wünsche „sicherzustellen, daß der schnellste Verbindungsweg zwischen Westen und Osten sich nicht ausschließlich in der Hand einer ihrem Wesen nach fremden Gesellschaft befinde, die in der Lage sein würde, die Handelsbeziehungen zwischen England und Indien ernstlich zu gefährden, oder auch den Gebrauch desselben strategischen Zwecken dienstbar zu machen, in feindlichem Gegensatz zu englischen Interessen, die mehr als 200 Jahre in Südmesopotamien und am Persischen Golf bestanden haben“ (Nr. 8668; deutsche Übersetzung v. Schwertfeger, Wegweiser, Bd. 4,2, S. 286; s. auch BD, 6,1, Nr. 62). Die Note empfahl daher, um obige Frage zu lösen, diese nicht zu zweien zu behandeln, sondern auch Frankreich und Rußland hinzuzuziehen, die an der Frage strategisch, politisch und wirtschaftlich interessiert seien. Die Engländer waren also hauptsächlich um Indien besorgt. Auch aus den Aufzeichnungen v. Schoens aus Windsor v. 16.11.1907 (DGP, Bd. 25,1, Nr. 8669) und aus dem Bericht Metternichs vom 19.11.1907 geht das hervor (desgl. Nr. 8670). Man hielt in England für möglich, daß im gegebenen Fall deutsche Truppen auf der Bagdadbahn bis an den Persischen Golf befördert werden würden. — — — Deutschland legte aber auf eine Verhandlung zu vieren keinen Wert (desgl. Nr. 8671—73); so wurden keine Verhandlungen aufgenommen.

Um den andauernden englischen und russischen Intrigen ein Ende zu machen, drängte im Februar 1908 der Sultan selbst auf einen Weiterbau der Bagdadbahn (desgl. Nr. 8675). Im Mai 1908 beschloß der Ministerrat, die Bahn bis Helif fortzusetzen. Der Beschluß wurde sofort nach Berlin

höchst gewichtiges Zugeständnis zu machen, indem wir auf diesen Punkt . . . verzichten" ²¹⁷. Und Nicolson hob Iswolski gegenüber hervor, daß dieses Zugeständnis deshalb gemacht würde, weil England „aufrichtig wünsche, eine freundschaftliche Regelung zu erzielen" ²¹⁸.

Am 15. Mai 1907 schnitt der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff — obwohl er (nach den britischen Dokumenten) keine amtliche Weisung dazu erhalten hatte — die Dardanellenfrage an. Er deutete an, daß die Öffnung der Meerengen die gute Stimmung in Rußland stärken und den Erfolg der Abmachungen vervollständigen würde ²¹⁹. Jetzt war für Grey die Gelegenheit gekommen, seinen Standpunkt in dieser Frage Benckendorff zu unterbreiten. Er schien auf diesen Augenblick direkt gewartet zu haben. Grey antwortete dem russischen Botschafter folgendes ²¹⁹: Er habe schon während der ganzen bisherigen Verhandlungen den Eindruck gehabt, daß, wenn zwischen den beiden Ländern dauernd gute Beziehungen hergestellt werden sollten — was doch zweifellos gewünscht werde —, England es nicht länger zu einem festen Ziel seiner Politik machen dürfe, die bestehende Ordnung für die Dardanellendurchfahrt aufrechtzuerhalten. Nämlich, wenn England und Rußland jetzt ihre Schwierigkeiten im mittleren Osten behöben, um dann hinterher in einer anderen wichtigen Sache im Gegensatz zueinander zu stehen, so hieße das, das Gute zunichte machen, was durch die gegenwärtigen Verhandlungen geschaffen würde ²²⁰.

Im russischen Außenministerium wirkten diese Äußerungen Sir Edward Greys Wunder. Iswolski war, als ihm diese Ausblicke eröffnet wurden, freudig überrascht und glücklich wie kaum je zuvor ²²¹. Er bezeichnete das Gespräch zwischen

mitgeteilt; am 2. Juni 1908 erfolgte die Unterzeichnung der bereits erwähnten Konvention (desgl. Nr. 8678 f.).

216. BD, Bd. 4, Nr. 393.

217. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 256.

218. BD, Bd. 4, Nr. 395.

219. BD, Bd. 4, Nr. 257.

220. Vgl. auch BD, Bd. 4, Nr. 258.

221. BD, Bd. 4, Nr. 259.

Benckendorff und Grey geradezu als einen Wendepunkt in den Beziehungen der beiden Länder zueinander, ja als ein „historisches Ereignis“. Er erklärte, er teile von Herzen die Ansicht, daß es, um die Verständigung zwischen Rußland und England dauerhaft und vollständig zu machen, wünschenswert wäre, sich über die bestehenden Abmachungen betreffs der Dardanellendurchfahrt zu besprechen.

Nicolson berichtete Edward Grey²²², daß er Iswolski selten so glücklich und befriedigt wie augenblicklich gesehen habe, ja er habe sozusagen „vor Freude gestrahlt“, als er den Bericht gelesen habe²²³. Der Botschafter hoffte, daß das günstig auf die derzeitigen Verhandlungen zurückwirken werde, um „die Konvention sicher in den Hafen zu bringen“.

Damit hatten die Engländer in der Tat die gefährlichsten Klippen auf dem Wege einer Annäherung an Rußland umschifft. Die Verhandlungen gingen rascher voran und Rußland erwies sich in vielen Punkten nicht mehr so engherzig wie vordem. Auch mit der Tatsache, daß die Erörterung einer Revision der Bestimmungen über die Meerengen in die laufenden Verhandlungen nicht aufgenommen wurde — sie wünschte Grey mit Rücksicht auf mögliche Ungelegenheiten seitens anderer Mächte einem günstigeren Zeitpunkt vorzubehalten —, fand sich Rußland ab. Es begnügte sich mit der Erklärung Englands, daß die Schließung der Meerengen nicht mehr Angelpunkt der britischen Politik sei²²⁴. Gewissen Abänderungen, die England hinsichtlich der Grenzziehung der persischen Interessenzonen wünschte²²⁵, stimmte die russische Regierung nun bereitwillig zu. Man kann sagen, daß England und Rußland im Prinzip in bezug auf die

222. BD, Bd. 4, Nr. 259.

223. BD, Bd. 4, Nr. 261.

224. BD, Bd. 4, Nr. 274. — Die russische Regierung las nämlich aus Greys Eröffnungen die stillschweigende Zustimmung Englands heraus, daß ausschließlich die russischen Kriegsschiffe das Recht zur Durchfahrt haben sollten, während den Schiffen anderer Mächte die Einfahrt ins Schwarze Meer untersagt bleiben sollte (s. das russische Memorandum über die Frage einer Revision der Vertragsbestimmungen über die Meerengen, BD, Bd. 4, Anlage).

225. BD, Bd. 4, Nr. 405.

persischen Angelegenheiten einig waren²²⁶. Die folgenden Monate wurden eigentlich nur noch durch die verbale Formulierung der Konvention ausgefüllt.

Im April des Jahres 1907 versuchte nochmals Spring-Rice von Teheran aus gegen die englische Politik Sturm zu laufen, indem er bitteren Protest gegen die Konventionsentwürfe erhob²²⁷. Er beschwerte sich, daß seine Meinungsäußerung über die vorgeschlagenen Vereinbarungen weder verlangt noch gewünscht wurde²²⁸. Er berief sich nun auf seine königlichen Weisungen, die es ihm zur Pflicht machten, seine heimische Regierung auf die wahrscheinlichen Folgen eines derartigen Abkommens für die englischen Interessen in Persien hinzuweisen, ... in dem Lande, „in dem ich meinen Wohnsitz habe und in dem das Abkommen sich auswirkt“. Wie die Veröffentlichung einer solchen Konvention auf die Volksmeinung in Persien wirken würde, darüber konnten seiner Meinung nach „keinerlei ver-

226. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 266.

227. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 409, Privatbrief an Grey. — Einen zusätzlichen Einblick in den Gang der Ereignisse geben Spring-Rices private Briefe. Sie finden sich in dem Werk seines Biographen Stephen Gwynn, a. a. O.; s. Bd. 2, Kap. „Persia 1906/07“ S. 91 Brief an Ferguson v. 21. 2. 1907: ... This is rather an absurd job, as it is all pretending that is which isn't and I know it isn't but mustn't say so... S. 95 Brief an Lord Cranley, 28. 3. 1907: ... We are expected to co-operate with Russia in supressing the popular party... H. M. G. (Seiner Majestät Regierung) have one eye on the Russian alliance, but they has better keep one on their own constituencies... unless the English are gone quite mad over the Russian Entente. It was easy for two civilized and Liberal nations like France and England to come to terms and act together; but common action between an English Liberal and a Russian bureaucrat is a pretty difficult thing to manage. A wilde ass and a commissary mule make a rum team to drive...

Siehe ferner den Brief vom 23. 4. 1907 an Lady Helen Ferguson S. 97 f. und an Chirol vom 27. 4. 1907, S. 98 f.: ... we are catching at the reluctant hand of this rapidly vanishing imposture of autoeracy... As to the agreement with Russia it is made on the supposition that Russia will join us against Germany...

228. Siehe Gwynn, a. a. O., S. 95 f.; Spring-Rice schrieb am 28. 3. 1907 an Lord Cranley: it is not considered advisable to consult me and my amourpropre is naturally rather wounded.

nünftige Zweifel" bestehen: „Das Abkommen wird einfach als ein Vertrag zur Aufteilung Persiens angesehen werden“. Aber damit hörten die Proteste nicht auf: eine bittere Enttäuschung wird man darin erblicken, daß das Abkommen keine formellen Verpflichtungen hinsichtlich der Grundsätze enthält, die Integrität und Unabhängigkeit Persiens zu wahren. Aus gewissen Ausdrücken wird man schließen, daß die beiden Regierungen sich das Recht anmaßen, in dem Lande des Schahs die Ordnung aufrechtzuerhalten, und man wird darüber empört sein, daß sie sich ermächtigen, in den zugeteilten Zonen der jeweiligen Macht das Vorrecht der Ausbeutung zuzugestehen und die Provinzen zu einer Art „speziellen Jagdreviers" zu machen. Das fremdenfeindliche Gefühl in Persien wird sich dann um so verbitterter gegen England wenden, denn auf diese Macht hat das Land die größten Hoffnungen gesetzt. Besonders das Volk erwartet von der liberalen Regierung Englands, daß sie es vor den Übergriffen der russischen Autokratie schützt. Die vorliegende Konvention bietet aber Rußland so weitgehende Vorteile, daß, wenn die Konvention einige Jahre Geltung hat, ein Fall für die Anwendung von Graf Lamsdorffs Lehrsatz eintreten wird, daß, „wenn die Verhältnisse nicht mehr die gleichen sind, frühere Abmachungen nicht mehr als bindend betrachtet werden können“. Für England bedeutet dieser Vertragsschluß einen Rückzug vom diplomatischen Kampf in Teheran, „auf den sich die Perser solange als die Bürgschaft für ihre Unabhängigkeit verlassen haben“. Die Veröffentlichung der Konvention „wird ohne Zweifel ein Gefühl der Furcht und Entrüstung hervorrufen, das wahrscheinlich die Form eines Appells an andere Länder um Beistand annehmen wird“. Nach dem, was ich hier höre, habe ich guten Grund zu der Annahme, daß man das Abkommen als antimuselmanische Verbindung klassifizieren und daß ein Aufruf an das mohammedanische Empfinden in der gesamten Welt ergehen wird.

Spring-Rice schließt seinen Privatbrief mit einem Appell an die Vernunft der englischen Regierung: sie (die Regierung) wird nicht den Wunsch hegen, mit dem Abkommen bezwecken zu wollen, das persische Reich aufzuteilen oder es auszurauben und das persische Volk zur Versklavung zu verurteilen.

Am 26. April 1907 nahm Spring-Rice seine Vorstöße gegen Grey, der für die Gefühle und Argumente seines Teheraner Vertreters in keiner Weise empfänglich war, nochmals auf²²⁹: „Sie sagen, die russische Regierung habe keine Anzeichen eines Wunsches, von einer neutralen Stellungnahme abzuweichen, zu erkennen gegeben. Das mag für St. Petersburg zutreffen. Für Teheran trifft es nicht zu. Sie werden sehen, daß in reichlichem Maße Anzeichen dafür vorliegen, daß die russischen Agenten darauf aus sind, dem Schah zu helfen, die Reformpartei mit Gewalt niederzuwerfen... Wenn wir uns Rußland nicht anschließen, wird es die alleinige Verantwortung haben... Meines Erachtens wird die russische Politik zur Zeit darin bestehen, den Schah zu ermutigen, die Nationalversammlung... zu untergraben... Wenn Sie aber ein Abkommen mit Rußland schließen, so müssen Sie mit der Wirkung Ihres engen Abkommens auf die Volksmeinung hier und in anderen mohammedanischen Ländern rechnen... Die patriotische Bewegung in Persien wird es dann für ausgemacht halten, daß Sie in Ihrem Herzen genau so denken wie Rußland..., und Sie müssen darauf gefaßt sein, die Kosten zu bezahlen. Ein Teil des Preises wird in einem großen Verlust an Beliebtheit in Persien bestehen, was auf Ihre Stellung in anderen mohammedanischen Ländern ungünstig zurückwirken kann. Es wird die Macht und das Ansehen Deutschlands vermehren“²³⁰.

Die Antwort Sir Edward Greys konnte Spring-Rice über raschen²³¹: „Unser Abkommen mit Rußland ist eine gemeinsame Satzung der Selbstentsagung, die Persiens Unabhängigkeit anerkennt“. Also lag gar kein Grund zur Erregung vor? Doch

229. BD, Bd. 4, Nr. 412, Privatbrief an Grey.

230. An Lord Granley schrieb Spring-Rice am 28. 3. 1907 (s. Gwynn a. a. O., S. 96): If Russia and England combine to suppress the popular movement (in Persien), the people, and perhaps the Government, will turn to Turkey and Germany, and I expect we shall have to pay the piper. That Germany and Russia have not already come to an agreement, I do not and cannot believe. I am sure at any rate Tsarskoe and Potsdam keep one another informed in a friendly way how things are going, and haven't failed to make a little arrangement of their own. I don't suppose it is to our advantage.

231. BD, Bd. 4, Vermerk Greys zu Nr. 412; s. auch Nr. 421.

Grey läßt sogleich in den wahren Sachverhalt einblicken: Das Abkommen mag Persien verdrießen, das von der Feindschaft zwischen England und Rußland gelebt hat, aber England kann nicht einen Streit mit Rußland fortführen, um sich bei den Persern einzuschmeicheln.

Im übrigen versuchte Grey, Spring-Rice damit zu beschwichtigen²³², daß der ursprüngliche Konventionsentwurf erhebliche Abänderungen erfahren habe, der den englischen Wünschen weitgehend Rechnung trage. Was eine Bürgschaft bezüglich der Integrität und Unabhängigkeit Persiens betreffe, so sei in der Präambel derer genügend Erwähnung getan²³³. Um die Stellung Großbritanniens im Persischen Golf zu wahren, so werde auch dafür gesorgt und es sei vorgeschlagen, daß in die Präambel ein Hinweis auf das besondere Interesse Großbritanniens an der Aufrechterhaltung des status quo in jenen Gebieten aufgenommen würde²³⁴.

Grey schloß seinen Bericht damit, daß es eben Meinungsache sei, welche Politik sich als die erfolgreichste erweisen werde, die alte Politik, Persien gegen das Vordringen Rußlands zu unterstützen, oder die neue: die Einigung mit Rußland. Auf jeden Fall würde die erste Möglichkeit zur Folge haben, für Großbritannien Verantwortlichkeiten zu schaffen, die früher oder später dazu verpflichten würden, Persien mit bewaffneter Gewalt zu Hilfe zu kommen. Die Ansicht, daß Rußland ein Land sei, mit dem man unmöglich ein dauerndes Abkommen oder auch nur eine Verständigung erzielen könne, teilte Grey nicht.

Interessant sind die Beschwichtigungen, die der persische Gesandte in London, Muschir el Mülk, erhielt, als er am 21. Juni 1907 im Foreign Office vorsprach und seine Besorgnisse über

232. BD, Bd. 4, Nr. 421.

233. Bei dieser Erwähnung, und nur dabei ist es nach Abschluß des Abkommens geblieben. Grey gab selbst zu: „Die Integrität und Unabhängigkeit Persiens, in der Präambel so zart gehütet (tenderly cherished), existierte praktisch nicht, als das Abkommen geschlossen war“. Grey of Falladon, „Twenty-five Years“, I, S. 263; dt. Übersetzung: Grey, „25 Jahre Politik“, I, S. 165. Im folgenden diese zitiert.

234. Die russische Regierung ging aber darauf nicht ein, s. u. S. 163 ff.

die englisch-russischen Verhandlungen äußerte²³⁵. Er berichtete, eine Unterredung mit Iswolski habe zwei Punkte zutage gebracht, was ihn sehr befriedigt habe, nämlich, daß Rußland sich nicht in persische Angelegenheiten einzumischen gedenke, und daß die Verhandlungen zwischen England und Rußland nicht die Unabhängigkeit Persiens antasteten. Aber, so wandte sich der Perser an Grey, es bestehe das Gerücht, daß die beiden Mächte Persien in Einflußzonen teilen wollten? Das sei eine falsche Auffassung, erwiderte der Minister. Der Zweck der schwebenden Verhandlungen sei lediglich, Schwierigkeiten zu beheben, und richte sich in keiner Weise gegen Persien.

Die Antworten genügten dem Gesandten offenbar nicht, denn er wandte sich auch an Charles Hardinge²³⁶; Seine Regierung sei betreffs eines Punktes noch von banger Besorgnis erfüllt, da sie gehört habe, daß man Persien in Einflußzonen teilen würde. Das könnte doch eine Aufteilung Persiens bedeuten? Iswolski habe in dieser Hinsicht eine nicht befriedigende Antwort gegeben. Hardinge „klärte“ den Gesandten nun über den „wahren“ Sachverhalt auf: Wie könne in anbetracht dessen, daß die Integrität und Unabhängigkeit Persiens in der Präambel ausdrücklich erwähnt würden, die Rede davon sein, daß Großbritannien auf irgend etwas eingehen würde, was die Aufteilung Persiens bedeuten könne? Das Abkommen würde, wenn abgeschlossen, den Charakter der Selbstentsagung tragen. Die Unternehmungen anderer, fremder Nationalitäten in Persien würden nicht behindert, ja sie könnten sich in ganz Persien um Konzessionen bewerben, während Großbritannien und Rußland sich gegenseitig sogar in dem Gebiet, das dem Partner zugeteilt sei, von einem Wettbewerb ausschließen²³⁷.

235. BD, Bd. 4, Nr. 427.

236. BD, Bd. 4, Vermerk Ch. Hardinges zu Nr. 427.

237. An anderer Stelle formulierte Ch. Hardinge die Bedeutung des englisch-russischen Abkommens einmal folgendermaßen: „Wir behindern und fesseln niemand als uns selbst und Rußland. Wir erlegen einfach beide, den sehr rechtschaffenen Zwecken gegenseitigen Wohlwollens und des Friedens zuliebe, unserer vollkommenen Handlungsfreiheit gewisse Beschränkungen auf. Gegen dieses Verhalten der Selbstentsagung kann sicherlich niemand, nicht einmal die Perser etwas einwenden“; Privatbr. Nicolson an Grey, 8. 5. 1907, BD, Bd. 4, Nr. 271.

Der Muschir²³⁸ „schien über diese Erklärung sehr erfreut zu sein“, berichtet Hardinge, und wollte sie sofort seiner Regierung mitteilen.

Nachdem Großbritannien und Rußland sich grundsätzlich über die Lösung der Kernfrage „Persien“ und des tibetanischen Streitpunktes einig waren²³⁹, stand, wenn beide Parteien sich beeilten, auch die afghanischen Verhandlungen abzuschließen, eigentlich der Formulierung einer allgemeinen Konvention nichts mehr im Wege. Der geschickten Diplomatie der englischen Staatsmänner allein war es zu verdanken, daß Rußland für ein Abkommen soweit gewonnen war. Vor einem Jahre noch hatte Nicolson, als er nach Petersburg ging, festgestellt, daß die einflußreichsten Kreise in Rußland mit großem Vorurteil gegen England belastet waren. Zum größten Teil war das jetzt nicht mehr der Fall. Schritt für Schritt hatte man den Boden für eine Konvention geebnet. Wurden die Aussichten zeitweise durch besondere Anlässe getrübt, dann wußte England verschwommene Zugeständnisse in Aussicht zu stellen. Als in Petersburg Stimmen laut wurden, Rußland müsse auf der Forderung nach einem Zugang zum Persischen Golf bestehen, hatte Nicolson erklärt: darüber lasse sich reden, und es würde gegebenenfalls nicht auf „unüberwindliche Schwierigkeiten“ stoßen. In ernstliche Erörterungen über diese Frage war man aber nie eingetreten. Und Rußland schien diese Forderung ganz vergessen zu haben, als Grey erklärte, daß England bereit sei, in der Meerengenfrage mit sich reden zu lassen.

So standen die Dinge April bis Mai 1907. Wenn man sich bemühte, auch den Gedankenaustausch über Afghanistan rasch zu beenden, konnte nach der Formulierung die allgemeine Konvention unterzeichnet werden. Da warfen in letzter Minute Grey und Hardinge einen Punkt in die Debatte, der die Verhandlungen noch bis August hinauszögerte. Der Verdacht kommt auf, daß die beiden Männer versuchen wollten, Rußlands Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung eines Abkommens auf

238. BD, Bd. 4, Nr. 427.

239. BD, Bd. 4, Nr. 474.

der Grundlage der bisherigen Verhandlungsergebnisse auszunutzen, um noch ein bedeutendes Zugeständnis von ihm zu erlangen. Überraschenderweise betraf dieser Punkt eine Sache, in der Grey und Hardinge vordem gegebenenfalls zu einem Entgegenkommen geneigt waren: nämlich den Persischen Golf. Grey wünschte, daß man in die Präambel noch einen Hinweis aufnehmen solle, des Inhalts, daß die Aufrechterhaltung des status quo im Persischen Golf gewährleistet bleibe²⁴⁰. Bisher habe er ganz vergessen, diesen Punkt mit in die Verhandlungen zu bringen. Aber wie könne man ein Abkommen über Persien treffen, ohne daß seines Golfes Erwähnung getan werde? Was würde die öffentliche Meinung in England dazu sagen, wie wolle man der Kritik des Unterhauses entgehen, das gerade auf die Erklärung so großes Gewicht lege, daß die Aufrechterhaltung des status quo gewahrt bleibe²⁴¹? Um die Empfindungen in England zu befriedigen, ja um der Konvention zur „allgemeinen Aufnahme“ zu verhelfen, sei es unerläßlich, eine diesbezügliche Klausel in das Abkommen aufzunehmen. Übrigens sei das ja nur eine Formalität²⁴².

Wir erfahren etwas mehr über die wahren Gründe²⁴³. Durch Aufnahme dieser Klausel in das Abkommen mit Rußland sollte ermöglicht werden, daß — falls Deutschland für die Bagdadbahn einen Endpunkt an der persischen Seite des Golfes erwarb — England, im Falle einer Nichtbeteiligung an der Bahn, den Deutschen auf Grund der Klausel Hindernisse in den Weg legen konnte. Die status quo-Klausel war also direkt auf Deutschland gemünzt, um obigem Falle Rechnung zu tragen. Der in die Präambel einzuschiebende Zusatz sollte lauten: „les Gouvernements de la Grande Bretagne et de la Russie, s'étant mutuellement engagés à respecter l'intégrité et l'indépendance ainsi que le maintien du statu quo sur les frontières et le littoral de la Perse et...“²⁴⁴.

240. BD, Bd. 4, Nr. 425; s. auch (Anlage zu Nr. 429) das von Nicolson Iswolski übermittelte Memorandum.

241. BD, Bd. 4, Vermerk zu Nr. 428.

242. BD, Bd. 4, Nr. 429.

243. BD, Bd. 4, gesonderte Aufzeichnungen auf S. 752.

244. Der einzuschiebende Zusatz ist gesperrt gedruckt, im Original kursiv.

Ch. Hardinge hielt es für möglich, daß die Russen diese Einschaltung ablehnten, da dieselbe auch für sie die Möglichkeit ausschließen konnte, eine Bahn bis zum Golf zu bauen. Er glaubte jedoch, „daß sie (die Russen) sich in vollem Umfang die Gefahr, die Deutschen hereinzulassen, gegenwärtig halten, und aus diesem Grunde ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie sie annehmen werden“.

Die beiden Diplomaten hatten sich getäuscht. Iswolski lehnte ab, in das Abkommen neue Faktoren hereinzubringen²⁴⁵. Er befürchtete Schwierigkeiten von Seiten dritter Mächte. Nicolson berichtete Grey die folgende Entgegnung Iswolskis²⁴⁶: „Während aller unserer Besprechungen in betreff der persischen Konvention hätten die beiden Regierungen sich streng darauf beschränkt, sich mit Gegenständen zu befassen, die sie allein angingen, und die weder mittelbar noch unmittelbar die Interessen anderer Mächte berührten. Diese weisen Beschränkungen würden es ausschließen, daß eine andere Macht irgendeine Berechtigung habe, sich nachher darüber zu beklagen, daß die beiden verhandelnden Länder sich mit anderen als mit ihren eigenen Interessen befaßt oder solche berührt hätten. Im letzten Augenblick schlage Großbritannien vor, den Rahmen der Abmachungen zu erweitern und es auf eine Frage auszudehnen, die bekanntlich in einem gewissen Sinne eine Streitfrage sei, und die tatsächlich die Interessen anderer berühre. Man könne nicht leugnen, daß die Türkei und Deutschland unsere Behauptungen hinsichtlich des Persischen Golfes nicht im vollen Umfang gelten ließen, und wenn die Klausel eingesetzt und Rußland ihr beistimmen würde, dann fürchte er, daß hernach eine mißliche Lage entstehen würde . . . Er bedauere, daß wir jetzt eine heikle und wichtige Frage aufzuwerfen wünschten, die mit anderen strittigen Dingen verknüpft sei. Er wolle im Augenblick nur die Bagdadbahn und Koweit erwähnen . . . Er könne unsere Konvention auf den Grundlinien, die wir ursprünglich festgelegt, und die wir beide bisher peinlich eingehalten hätten, ohne Gefahr abschließen, aber ich müsse bedenken, daß Rußland einen

245. BD, Bd. 4, Nr. 428 f.

246. BD, Bd. 4, Nr. 429.

mächtigen, flinken und wachsamem Nachbarn habe, der seinen Blick gerade auf jene Stelle geheftet habe, die wir jetzt in unserer Konvention förmlich zu erwähnen wünschten, und zwar in einer Form, die unfehlbar Argwohn und Mißvergnügen hervorrufen müsse“.

Iswolski beschwor Nicolson, die ernstesten Folgen der Aufrollung dieser Fragen in Betracht zu ziehen. Er wünschte, beide Mächte sollten doch nun die Konvention unter möglichst geringem Verzug unterzeichnen und erinnerte daran, daß es in Rußland und ebenso außerhalb des Landes noch eine Opposition gebe. Im Hinblick hierauf sei es gefährlich, die Beendigung der Verhandlungen weiter hinauszuschieben.

Auf Grund dieser Sachlage empfahl Nicolson seiner Regierung, nachzugeben und nicht mehr auf Forderungen zu bestehen, die den letztlichen Erfolg gefährden könnten²⁴⁷. Die öffentliche Meinung sei ein unbeständiger Faktor, erklärte er, man müsse jetzt nur den ungeheuren Vorteil ins Auge fassen, der durch das Aufhören der Rivalität und der Streitigkeiten zu erlangen sei. Es wäre höchst bedauerlich, wenn eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit versäumt würde, und wenn infolge des Beharrens auf Punkten, die nicht von lebenswichtiger Bedeutung seien, die Hoffnungen auf eine dauerhafte Abmachung enttäuscht werden sollten. Vor allem lehnte Nicolson jede Intervention seitens Frankreichs in Petersburg ab, da seiner Ansicht nach dann Iswolski sich sofort mit Berlin in Verbindung setzen würde²⁴⁸.

Am 28. Juni 1907 übergab Iswolski dem englischen Botschafter ein Memorandum, in dem das Außenministerium die englische Regierung bat, ihren Vorschlag bezüglich der Golfklausel zurückzuziehen²⁴⁹. Nicolson wurde von Grey angewiesen, nochmals Iswolski zu beeinflussen zu versuchen. Der Außenminister bestand auf seiner Ablehnung²⁵⁰. Er wiederholte, England verweise auf Gebiete, wo andere Mächte Interessen hätten,

247. BD, Bd. 4, Nr. 429 u. 431.

248. BD, Bd. 4, Nr. 440.

249. BD, Bd. 4, Anlage zu Nr. 437, s. auch Nr. 437.

250. BD, Bd. 4, Nr. 439.

einige Hunderte von Jahren alt, andere vielleicht in der Zukunft liegend. Und Rußland solle nun einer Konvention beipflichten und bekräftigen, daß es an den bestehenden Verhältnissen besonderes Interesse habe? Erkenne die Türkei z. B. in bezug auf Koweit die bestehenden Verhältnisse an? Würde es Deutschland gefallen, eine förmliche Bestätigung britischer Interessen im Golf in einem Dokument zum Ausdruck gebracht zu sehen, von dem man ihm versichert hatte, daß es sich nur mit Dingen befasse, die britische und russische Interessen oder ihre beiderseitigen Grenzen berührten?

Da Iswolski auf seinem Standpunkt verharrete, erklärte schließlich Nicolson, seine Regierung wünsche nicht unnachgiebig zu sein, und sie sei bereit, von ihrer Forderung abzuweichen²⁵⁰. Er fügte hinzu, seine Regierung müsse aber dann, wenn das Parlament hinsichtlich des erörterten Punktes das Abkommen angreifen würde, eine Erklärung abgeben, daß der status quo im Persischen Golf aufrechterhalten bleibe. Man könne in ihr zum Ausdruck bringen, es sei nicht — da das Abkommen den Charakter der Selbstentsagung trage — als angemessen erachtet worden, diese Klausel in das Abkommen mit aufzunehmen. Hiergegen hatte Iswolski nichts einzuwenden.

Sir Edward Grey gab nun in dem genannten Sinne, daß die Konvention die Lage im Persischen Golf nicht beeinflussen solle, und daß sie für die Politik Großbritanniens in diesem Gebiet keinerlei Änderung bedeute, diese offizielle Erklärung ab, die als Erlaß vom 29. August 1907 an A. Nicolson geschickt wurde. Der Wortlaut dieser Erklärung wurde mit dem Text der Konvention am 26. September 1907 veröffentlicht²⁵¹.

Die Golf-Streitfrage hatte einen ungünstigen Einfluß auf die afghanischen Verhandlungen, die seit Februar den Besprechungen über Persien parallel liefen. Am 23. Februar hatte Nicolson Iswolski die britischen Richtlinien in fünf Punkten überreicht²⁵². Rußland wünschte, Großbritannien und Rußland soll-

251. In British Parliamentary Papers, „Accounts and Papers“, 1908, CXXV, Cd. 3750, S. 478. In BD, Bd. 4, ist sie unter Nr. 455 als „Die Persische Golf-Deklaration“ gedruckt.

252. BD, Bd. 4, Nr. 472 und Anlage.

ten Afghanistan als „Pufferstaat“ anerkennen. Diesen Ausdruck aber wies England als zu vieldeutig zurück²⁵³. Die russische Regierung war darum besorgt, daß Afghanistan durch England in dessen Einflußzone einbezogen würde, das alsdann bei Gelegenheit das Land besetzen und als Aufmarschgebiet gegen Rußland benutzen könnte²⁵⁴. Die britische Regierung aber versicherte, den Zustand des Landes nicht ändern zu wollen²⁵⁵. In der Frage der Handelsagenten mußten die Russen nachgeben, aber um so hartnäckiger hielten sie an dem Grundsatz fest, daß die Beziehungen Englands mit dem afghanischen Emir in engen Schranken zu halten seien. Den Engländern war das sehr unerwünscht, denn sie legten Wert darauf, die allgemeine Konvention noch vor Parlamentseröffnung abzuschließen²⁵⁶. Deshalb begab sich Nicolson Ende Juli 1907 persönlich nach London, um sich mit dem Kabinett betreffs der afghanischen Streitfragen und der Formulierungen der persischen und tibetanischen Konventionspunkte zu beraten. Er kehrte im August zurück, und Nicolson's Geschicklichkeit gelang es nun, den verschiedenen Abkommen gemeinsam mit Iswolski ihre endgültige Fassung zu geben. Am 25. August schien alles zur Unterzeichnung bereit zu sein. Auch die Erlaubnis des Zaren hatte man nach der einstimmigen Einwilligung des Ministerrats erlangt²⁵⁷. Doch machte sich im letzten Augenblick ein unerwarteter Widerstand bemerkbar. Nämlich die Mehrheit der Minister wandte sich gegen die Weglassung eines Punktes betreffs des afghanischen Abkommens, dem Iswolski zugestimmt hatte, und in welchem sich Großbritannien verpflichtete, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu mischen oder afghanisches Gebiet zu besetzen²⁵⁷. Nach Ansicht Harald Nicolson's²⁵⁸ war der Widerstand hauptsächlich durch das Mißtrauen verstärkt worden, das der deutsche Kaiser durch allerlei Gerüchte beim Zaren erzeugt haben sollte. A. Nicolson erklärte, Großbritannien

253. BD, Bd. 4, Nr. 478 u. 481.

254. BD, Bd. 4, Nr. 473.

255. BD, Bd. 4, Nr. 481.

256. BD, Bd. 4, Nr. 274.

257. BD, Bd. 4, Nr. 506.

258. Nicolson, a. a. O., S. 276.

könne nur unter der Bedingung der Aufnahme dieses Punktes zustimmen, wenn Rußland sich mit der Auslassung des Artikels einverstanden erkläre, demzufolge sich beide Mächte verpflichteten, im Falle einer Veränderung der politischen Lage in Afghanistan „einen freundschaftlichen Meinungs austausch anzubahnen, der die Erhaltung des Gleichgewichts in Zentralasien bezwecke“. Die russische Regierung ging zu Nicolsons Überraschung auf dieses Kompromiß ein²⁵⁹. Gewiß hatte Greys verschleieter Hinweis auf die Dardanellenfrage die Zurückhaltung der russischen Regierung überwunden. Nicolson mußte in einer Denkschrift Iswolski erklären²⁶⁰: „Seiner Majestät Regierung hofft aufrichtig, daß die kaiserlich russische Regierung anerkennen wird, daß indirekt größere Dinge²⁶¹ auf dem Spiele stehen als die direkt mit diesem Abkommen verknüpften, denn Seiner Majestät Regierung hegte durchweg die Erwartung und den Glauben, daß ein Abkommen über ihre beiderseitigen Interessen in Asien, wenn in freundschaftlicher Weise ausgeführt, die Stimmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien derart beeinflussen würde, daß dadurch freundschaftliche Beziehungen in Fragen, die in Zukunft anderwärts auftauchen können, ermöglicht werden würden. Ohne ein solches Abkommen muß diese Erwartung vereitelt werden“.

Der Unterzeichnung des endgültigen Abkommens zwischen Großbritannien und Rußland stand nun nichts mehr im Wege. Am 31. August 1907 wurde die Konvention „zur Regelung gewisser die Interessen Großbritanniens und Rußlands in Asien berührender Fragen“ von Iswolski und Sir Edward Grey unterzeichnet²⁶². Sie enthielt eine Abgrenzung der Interessenzonen in Persien, ein Desinteressement Rußlands in Afghanistan und ein gegenseitiges Desinteressement in Tibet. Die Ratifikationsurkunden wurden am 23. September 1907 ausgetauscht. Eine offizielle Mitteilung des Textes an die Großmächte und an Persien geschah am 24. 9., an China am 25. 9. 1907. Der Text wurde

259. BD, Bd. 4, Nr. 511.

260. BD, Bd. 4, Anlage zu Nr. 510, s. auch Nr. 507.

261. Im Original nicht gesperrt gedruckt.

262. BD, Bd. 4, Nr. 456.

am 26. 9. zusammen mit der Persischen Golf-Deklaration veröffentlicht²⁶³. Geheimklauseln enthielt die Konvention nicht²⁶⁴.

In der Präambel der Konvention verpflichteten sich Großbritannien und Rußland, Persiens Integrität und Unabhängigkeit zu achten. Wie es hieß, waren beide Vertragspartner von dem Wunsch nach Wahrung der Ordnung im ganzen persischen Reich und nach friedlicher Entwicklung dieses Landes sowohl als auch dauernder Schaffung gleicher Vorteile für den Handel und die Industrie aller Nationen beseelt²⁶⁵. Da aber beide Parteien aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen ein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung in gewissen Provinzen Persiens hatten, die einerseits an die russische Grenze, andererseits an die Grenze von Afghanistan und Belutschistan anstießen, und sie von dem Wunsch geleitet waren, jeden Anlaß zu einem Konflikt zwischen ihren beiderseitigen Interessen in den obengenannten Gebieten zu vermeiden, nahmen sie in die Konvention folgende Artikel auf:

In Artikel 1 verpflichtete sich Großbritannien, jenseits einer Linie²⁶⁶, die von Kasri-Schirin ausgehend über Isphahan, Jesd

263. Der vollständige Text ist in „British and Foreign State Papers“ Bd. 100 (1911) S. 555/60 abgedruckt, und in BD, Bd. 4 S. 1017/21, Anhang 1, wiedergegeben, die Persische Golf-Deklaration unter Nr. 455, die Konvention über Persien noch gesondert als Anlage zu Nr. 456, S. 822 ff.; s. ferner den Text in Stieve: Deutschl. u. Eur., S. 208—13. Die Konvention über Persien ist auch in „Engl. Dokumente z. Erdrosselung Persiens“, S. 177—79 abgedruckt.

264. BD, Bd. 4, Nr. 457; Grey, a. a. O., I, S. 260.

265. Eine schöner klingende Phrase hat dafür nicht gefunden werden können. Man sollte annehmen, daß die beiden Mächte „die gleichen Vorteile für den Handel und die Industrie“ den anderen Nationen in der neutralen Zone einräumten. Wie es in Wirklichkeit darum stand, beweist die Stellungnahme Englands und Rußlands zu den deutschen Plänen, eine Anschlußbahn an die Bagdadbahn durch diese Zone zu führen. Englischerseits hieß es: „In bezug auf diese Zone galt als unser Interesse *inter alia*, daß Deutschland keineswegs in irgendeinen Teil Persiens südlich der russischen Zone eine Verlängerung der Bagdadbahn ausführe“ (BD, Bd. 10, I, Nr. 599, Vermerk A.P.S. 880). Daß Rußland genau so dachte, geht aus den Sicherungsverhandlungen Iswolskis mit Deutschland Ende 1906/Anfang 1907 hervor. Diese scheiterten nämlich, weil die russische Regierung (Iswolski) dieses Recht, Anschlußbahnen durch die neutrale Zone zu bauen, auch nicht zugestehen wollte (BD, Bd. 6, I, Nr. 253).

266. Vgl. die Karte am Schluß der Arbeit.

und Kachk verlief und an der afghanischen Grenze endigte, um keine Konzessionen nachzusuchen.

In Artikel 2 nahm Rußland seinerseits die analoge Verpflichtung für das Gebiet auf sich, welches jenseits der Linie lag, die von der afghanischen Grenze über Gasik Birdjand und Kerman führte und bei Bender-Abbas endigte.

In Artikel 3 übernahmen die Vertragspartner ferner die Verpflichtung, sich ohne vorherige gegenseitige Verständigung der Gewährung von Konzessionen an Untertanen der jeweiligen anderen Partei in den Gebieten Persiens innerhalb der in Art. 1 und 2 erwähnten Linien nicht zu widersetzen. Die bestehenden Konzessionen in den bezeichneten Gebieten blieben aufrecht-erhalten.

Der Artikel 4 betraf eine Regelung über die Verwendung der persischen Zolleinkünfte.

Im Schlußartikel 5 versprachen sich beide Mächte, falls sich die persische Regierung bei der Amortisation oder Zahlung von Zinsen für die gewährten Anleihen Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ, in Verbindung zu treten und im gegenseitigen Einvernehmen zu handeln.

In der Persischen Golf-Deklaration, die in das Abkommen nicht miteinbezogen, aber zusammen mit ihr veröffentlicht wurde, hieß es: Da es sich um eine Abmachung handele, die sich nur auf die Gebiete Persiens beschränke, die die beiderseitigen Grenzen Großbritanniens und Rußlands in Asien berührten, zu denen der Golf nicht gehöre, habe man es nicht als angemessen erachtet, in die Konvention eine bestimmte Erklärung über die besonderen Interessen Großbritanniens im Persischen Golf aufzunehmen. Rußland habe im Verlauf der Verhandlungen erklärt, daß es diese Interessen, das Ergebnis britischer Tätigkeit seit mehr als hundert Jahren, Großbritannien nicht bestreite. So werde das Abkommen die britischen Golf-Interessen nicht berühren und die britische Regierung werde alle Bemühungen auf die Erhaltung des status quo in jenen Gewässern richten, wobei es den rechtmäßigen Handel jeder anderen Macht achten werde.

Was Afghanistan betraf, so erkannte Rußland (zum erstenmal) das Land als außerhalb seiner Einflußzone liegend an. Es

verpflichtete sich, keine Agenten nach Afghanistan zu schicken und in politischen Streitfragen nichts ohne die Vermittlung Großbritanniens zu tun. England versprach dafür die politische Lage Afghanistans nicht zu ändern, weder selbst Rußland bedrohende Mittel in dem Lande anzuwenden noch die Afghanen zu derartigen Maßnahmen zu ermutigen. Großbritannien verpflichtete sich außerdem, sich nicht in innere Angelegenheiten des Landes einzumischen. Beide Parteien bekannten sich bezüglich des Handels in Afghanistan zu dem Grundsatz der vertraglichen Gleichberechtigung. Diese Bestimmungen sollten nicht eher in Kraft treten, als der Emir sein Einverständnis gegeben habe. Da er es nicht gab, hatten sie keine bindende Kraft. Die beiden Mächte kümmerten sich aber nicht darum, sondern betrachteten sie als rechtskräftig²⁶⁷.

In bezug auf Tibet anerkannten beide Mächte die Hoheitsrechte Chinas und verpflichteten sich, in die innere Verwaltung des Territoriums sich nicht einzumischen, und nicht anders als durch Vermittlung Chinas mit Tibet in Verbindung zu treten²⁶⁷.

Die Aufnahme und Beurteilung der englisch-russischen Konvention.

Die Perser waren über das Abkommen äußerst erbittert. Denn der souveräne Staat Persien selbst, um den es eigentlich ging, war überhaupt nicht befragt worden. Die persische Regierung weigerte sich, auch nur für einen Augenblick die Gültigkeit des Abkommens anzuerkennen²⁶⁸. Über ihren Kopf hinweg hatten die beiden Großmächte Persien in Interessenzonen geteilt. Am Tage der Bekanntmachung der Konvention wurde der vom Schah gegen den Willen des Volkes aus dem Exil geholte Premierminister, Atabek-i-Azam, ermordet. Die Erbitterung der Perser über die Aufteilung war so groß, daß Englands Vertreter

267. Wortlaut der Konvention s. in: Stieve, Fr.: „Deutschland und Europa“, 1890—1914, S. 208—213, (deutsche Übersetzung). Der Konventionstext in BD, Bd. 4, Anhang I, S. 1017—21 ist französisch.

268. Nicolson, a. a. O., S. 279.

in Teheran, Spring-Rice, sich veranlaßt sah, vier Tage nach der Unterzeichnung des Abkommens dem persischen Außenminister eine Beruhigungsnote²⁶⁹ zu überreichen, die die englischen Blaubücher unterschlagen haben, deren Text aber im englischen Unterhause als authentisch festgestellt wurde²⁷⁰. Einige bemerkenswerte Sätze dieser Note seien herausgegriffen²⁷¹:

„Keine der beiden Mächte sucht irgend etwas von Persien, so daß Persien alle seine Kräfte auf die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten konzentrieren kann... Das Übereinkommen ist weder nachteilig für die Interessen Persiens noch für die irgendeiner anderen Nation, da es lediglich England und Rußland bindet, sich auf keine fortgesetzte Handlung in Persien einzulassen, die dem Interesse des anderen schädlich sein könnte und so in Zukunft Persien von jenen Forderungen befreit, die in der Vergangenheit dem Fortschritt seiner politischen Aspirationen so nachteilig waren... Von nun an kann Persien, unter Hilfe und Beistand der beiden benachbarten mächtigen Staaten, alle seine Kräfte für innere Reformen verwenden... Ihr Ziel war, dem einen oder anderen (der beiden Kontrahenten) nicht zu gestatten, unter dem Vorwand des Schutzes ihrer Interessen zu intervenieren. So wird Persien völlig frei sein, seine eigenen Angelegenheiten in seiner eigenen Weise zu ordnen.“

269. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 530 f. Charles Hardinge bemerkte zu der Meldung Spring-Rices, die er hierüber nach London schickte: „Der Ärger der Perser darüber, daß sie nicht länger imstande sind, zu ihrem eigenen Vorteil Rußland gegen England auszuspielen, ließ sich vorhersehen“; BD, Bd. 4, Vermerk zu Nr. 531.

270. Die Note ist abgedruckt in „Engl. Dokumente zur Erdrosselung Persiens“, S. 180 und bei Shuster, „Strangling of Persia“, S. 28.

Spring-Rice meldete Grey über das Schreiben an den persischen Außenminister am 13. 9. 1907 (BD, Bd. 4, Nr. 530 f.), eine Abschrift der erfolgten Mitteilung schickte er aber nicht mit. Der Text wurde jedoch damals in der persischen Presse (Zeitung *Hablul-Matin*, 14. 9. 1907) veröffentlicht u. ist in E. G. Browne, „The Persian Revolution“ (1910) S. 190—92 mit dem Datum vom 5. 9. abgedruckt. — Infolge einer Debatte im Unterhaus am 14. 12. 1911 (Parl. Deb. 5. Serie, Bd. 22, S. 2600) wurden beim Auswärt. Amt Erkundigungen eingezogen und wurde eine Abschrift des Schreibens verlangt (A.A. 4266/4266/12/34). In einer Unterhausdebatte am 21. 2. 1912 führte Sir E. Grey aus, das Schreiben sei eine nicht amtliche Mitteilung gewesen, und Sir C. Spring-Rice habe „es als so nichtamtlich betrachtet“, daß er es seinerzeit nicht nach London gesandt habe. Er selbst (Grey) habe es daher nie gelesen (Parl. Deb. 5. Serie, Bd. 34, S. 672 f.).

271. Entnommen aus „Engl. Dok. z. Erdr. Pers.'s“, S. 14.

Am 11. September 1907 überreichten England und Rußland gemeinsam eine offizielle Beruhigungsnote²⁷² der Regierung Persiens, um zu betonen, daß das getroffene Abkommen „nur auf die wirksamste Weise zur Sicherheit des Gedeihens und zur schließlichen Entwicklung Persiens“ beitragen werde.

Aber schon am 2. Juni 1908 wurde das Versprechen, die Integrität und Unabhängigkeit Persiens zu achten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen, gebrochen. Der russische Gesandte v. Hartwig und Englands Geschäftsträger Marling drohten der persischen Regierung mit Gewaltmaßnahmen, wenn sie den Widerstand gegen die Wünsche des Schahs Mohammed Ali — es handelte sich natürlich um die Veräußerung der letzten persischen Rechte als Garantien für anglo-russische Anleihen — nicht aufgäbe²⁷³. In seinen Memoiren gibt Grey selbst zu, „daß die in der Einleitung (des Abkommens) mit so zärtlicher Liebe verkündete ‚Integrität und Unabhängigkeit‘ Persiens tatsächlich nicht existierte“²⁷⁴.

Die englischen Staatsmänner, deren Werk das Abkommen eigentlich war, beglückwünschten sich gegenseitig zu dem Erfolg. Nicolson überblickte die Ergebnisse voller Befriedigung. In seinem Briefe an Sir Edward Grey, dem er für „seine nie erlahmende Unterstützung und Rücksicht“ dankte, hieß es²⁷⁵: „Ich glaube nicht, daß die Gegner an dem Abkommen viel auszusetzen haben werden, und unser Verhältnis zu Rußland müßte, falls es loyal eingehalten wird, um vieles besser werden. Ich wünschte, daß Iswolski sein Herz gegen die Kritik der Presse

272. BD, Bd. 4, Anlage zu Nr. 529; abgedruckt ist die Note in „Accounts and Papers“ (1912—13) CXXII (Cd. 6077), S. 51—54, und in „British and Foreign State Papers“, Bd. 102 (1913), S. 906—77.

Spring-Rice gab sogar die Anregung, man solle in anbetracht der Empörung Persiens versuchen, andere Mächte zu gewinnen, daß sie der Klausel betreffs Unabhängigkeit u. Integrität Persiens zustimmten, um dann den Persern sagen zu können, die englisch-russische Konvention enthalte einen von sämtlichen Nationen angenommenen Grundsatz. Die britische Regierung lehnte aber diesen Vorschlag ab (BD, Bd. 4, Nr. 529, s. auch ff.).

273. Vgl. „Engl. Dok. z. Erdr. Pers.'s“, S. 14 ff.

274. Grey, a. a. O. I, S. 165.

275. Nicolson, a. a. O., S. 277.

verhärten und sein Rückgrat steifen wollte. Augenblicklich liegt ihm viel zu viel daran, die ‚Nowoje Wremja‘ zu beschwichtigen. Er hat sich uns gegenüber durchaus loyal benommen, und ich habe von seiner Seite auch nicht die geringste Spur bemerkt, uns irgendwie übervorteilen zu wollen. Das Spiel ist äußerst fair gespielt worden....“

In hohen Tönen wurde Nicolsons Leistung, die schwierigen Verhandlungen zu einem glücklichen Ende geführt zu haben, gefeiert. König Eduard schrieb ihm persönlich²⁷⁶: „Niemand beglückwünscht Sie aufrichtiger als ich dazu... Die englisch-russische Konvention bedeutet einen großen Triumph für die britische Diplomatie, und die Art, wie Sie diese höchst schwierige Aufgabe durchgeführt haben, verleiht Ihnen Anspruch auf den wohlverdienten Beifall Ihres Monarchen und Landes!“ Und Grey beglückwünschte seinen Botschafter²⁷⁷: „Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie sehr wir alle, die von den russischen Verhandlungen Kenntnis haben, es bewundern, wie Sie dieselben geführt haben!... Ich wollte, man könnte Sie vervielfältigen, damit Sie sofort überall zur Hand wären, wo es Schwierigkeiten gibt“.

Nicolson betrachtete seine Leistung bescheidener. Er schrieb allerdings seiner Frau²⁷⁸: „Ich darf, ohne eingebildet zu sein, sagen, zumindest kann ich es Dir sagen, daß ich bei der Formulierung dieses Abkommens eine große Rolle gespielt habe. Ich hoffe, daß es für unser Land von wirklichem Nutzen sein wird. Es bedeutet eine große Verantwortung, bei einer so weittragenden Verständigung sogar eine kleinere Rolle gespielt zu haben, und ich gestehe, daß ich bisweilen, wenn ich die Dinge von allen Standpunkten aus betrachte, einige Sorgen fühle. Doch rauben sie mir nicht den Schlaf. Ich bin überzeugt, daß unter den gegebenen Umständen das Beste getan worden ist und die einzige andere Alternative gewesen wäre, überhaupt kein Abkommen zu schließen. Wir werden heftig kritisiert werden, doch können wir es ertragen“.

276. BD, Bd. 4, Nr. 535.

277. BD, Bd. 4, Nr. 537.

278. Nicolson, a. a. O., S. 278.

Noch bevor das Abkommen veröffentlicht war, befaßte sich eine Flut von Presseartikeln mit seinem möglichen und mutmaßlichen Inhalt. Die „Times“ wie überhaupt die Mehrheit der Zeitungen betrachteten das Abkommen vom indischen Blickpunkt aus: Wenn die britischen Interessen im Südosten Persiens und Afghanistans gewahrt seien, könne man ruhig in anderen Gebieten Zugeständnisse machen, denn Indien habe dann eine militärische Entlastung erfahren. Der Friede in Asien sei damit gesichert, und der Weltfriede würde eine Stütze bekommen, wenn der Konvention ein allgemein freundschaftliches Einvernehmen folgen werde²⁷⁹. Der „Standard“ beurteilte die Konvention allgemeiner. U. a. glaubte er, daß die englisch-russischen Verhandlungen auf die aktive Politik Frankreichs in bezug auf Marokko von günstigem Einfluß gewesen seien. Er wandte sich dann gegen eine Hamburger Zeitung, die in der Verminderung der Reibungspunkte zwischen Großbritannien und Rußland eine Schädigung der deutschen Interessen sehen wollte²⁸⁰. Ebenfalls beteuerte der „Daily Telegraph“, daß die Konvention nicht gegen dritte Parteien, also auch nicht gegen Deutschland gerichtet sei. Die „Daily News“ bezeichnete ein Abkommen für den Augenblick als unerwünscht, da es nur den Zaren im Kampf gegen das russische Freiheitsstreben moralisch stützen werde, und die „Morning Post“ meinte, England habe aus Angst vor Deutschland das Heraustreten aus der „splendid isolation“ nicht nötig gehabt²⁸¹.

Nach der Textveröffentlichung am 26. 9. 1907 unterstrich der „Evening Standard“, dem diplomatischen Einvernehmen müsse nunmehr die Entente cordiale folgen²⁸², während die „Daily News“ nichts mehr als gerade eine solche Entwicklung fürchtete. Die „Morning Post“ hielt den Vertrag nur für ein „Händeschütteln“, sie verschloß sich aber nicht der Möglichkeit, daß er zu gemeinsamen Taten führen und den 100jährigen Wettstreit zwischen den beiden Mächten beenden werde. Die „Daily

279. Kölnische Zeitung, 4. 9. 1907.

280. Kölnische Zeitung, 5. 9. 1907.

281. Rheinisch-Westfälische Zeitung, 3. 9. 1907.

282. Rheinisch-Westfälische Zeitung, 26. 9. 1907.

Graphic" bezeichnete das Abkommen ohne Zaudern als die Auslieferung Persiens an Rußland, wofür England nichts erhalten habe²⁸³.

Die deutschfeindlichen Blätter gaben allgemein dem Vertrage ihre „feurige Zustimmung“, vor allem brachten die „Times“ und die „National Review“ triumphierende Artikel, in denen sie das Abkommen als den Beginn einer neuen Zeit feierten²⁸⁴. Die „Tribune“ äußerte sich am 26. 9. 1907 sehr anerkennend über die günstige Aufnahme der englisch-russischen Konvention in Deutschland. Der „Standard“ sprach sogar von „dem bewundernswerten Scharfsinne“, mit dem in Deutschland der wahre Sinn des Abkommens erfaßt worden sei. Das Blatt bestätigte, daß in Wirklichkeit der Vertrag die deutschen Handelsinteressen voll und ganz anerkenne und auch die Bagdadbahn nicht berühre. „Die Zeit der Bismarckschen Politik, die darauf ausging, England und Rußland oder England und Frankreich aneinanderzuhetzen, ist vorbei; diese Art Ränkeschmiederei ist dem geraden Charakter des Kaisers fremd. Wenn er im November der City den versprochenen Besuch abstattet, wird er zweifellos eine Begrüßung empfangen, die ihn überzeugt, daß wir keinen Groll gegen den Herrscher oder das Volk Deutschlands hegen.“²⁸⁵

Der englische Außenminister war mit der Art, wie das russische Abkommen in England aufgenommen wurde, zufrieden²⁸⁶, obwohl die Kritik an ihm eine keineswegs geringe war. Das abfällige Urteil Lord Curzons, „dem die asiatische Politik Selbstzweck war“²⁸⁷, konnte nicht überraschen. Auch der linke Flügel der Liberalen war unzufrieden. Den Radikalen war überhaupt eine Verbindung mit dem autokratischen Rußland unerwünscht, und was das Abkommen selbst betraf, so nannten sie es offen eine „Erwürgung Persiens“. Ein derartiger Vertrag, so hieß es, lasse sich überhaupt nicht mit der Mission Eng-

283. Kölnische Zeitung, 26. 9. 1907.

284. Vgl. Friedjung, H.: „Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914“, Bd. 2, S. 146 f.

285. Rheinisch-Westfälische Zeitung, 28. 9. 1907.

286. BD, Bd. 4, Nr. 550.

287. Friedjung, a. a. O., II, S. 147.

lands vereinbaren, die Unabhängigkeit der kleineren Völker zu schützen, und es sei gar nicht zu verstehen, daß ein liberales Ministerium sich auf einen so „unsittlichen Vertrag“ eingelassen habe²⁸⁸.

Die „offizielle Opposition“, Lord Lansdowne und Brodrick, hielt Grey für „vollkommen fair“. Er betrachtete deren Reden (im Oberhause vom 6. 2. 1908) im ganzen als zugunsten der Konvention sprechend²⁸⁹. Lansdowne befürchtete lediglich, daß sich Rußland praktisch an den Charakter der neutralen Zone nicht halten, sondern versuchen werde, das Gebiet in eine russische Einflußsphäre zu verwandeln. Lord Fitzmaurice verteidigte das Abkommen: Es sei vor allem wichtig vom strategischen Standpunkt aus. Der Vertrag sichere das bedeutende Seistan-Kerman-Bender = Abbas-Dreieck und hindere die Russen daran, eine Bahn in diesem Gebiet, sei es nach Bender-Abbas oder nach dem Osten, zu bauen. England habe alles das erreicht, was schon 1903 der britische Verteidigungsausschuß als für die Sicherheit Indiens wesentlich bezeichnet habe. Und was den Persischen Golf betreffe, müsse man bedenken, daß dieser nicht nur persisch, sondern auch türkisch sei; aus diesem Grunde habe man eine Erwähnung in der Konvention als nicht angemessen erachtet. In Afghanistan habe England mehr erreicht, denn Rußland habe zum ersten Male auf jeden Anspruch verzichtet. Was Tibet anlange, so beabsichtige England nicht, sich dort festzusetzen, darum habe man auch nichts aufgegeben²⁹⁰. Earl of Crewe stellte fest, daß die Konvention nur einen bereits bestehenden Zustand schriftlich festlege. Lord Sanderson verteidigte die Abmachungen am eifrigsten: Es wäre unmöglich gewesen, mehr zu erreichen als gewonnen worden sei, und der Siegespreis, den man errungen habe, besitze einen realen Wert. Statt der dehnbaren Versicherungen habe Rußland jetzt dauernde Verpflichtungen betreffs Persiens und Afghanistans übernommen. Die britischen Interessen im Persischen Golf noch

288. Desgl. II, S. 147; vgl. auf derselben Seite die Anm. über Ch. Dilke, der stets ein Gegner der Annäherung an Rußland war.

289. BD, Bd. 4, Nr. 550.

290. Cambridge History of British foreign Policy, Bd. 3, S. 362.

besonders feststellen zu lassen, sei unmöglich gewesen²⁹¹. Balfour war kritischer, er legte aber besonderen Nachdruck auf das, was England hinsichtlich Seistans erreicht habe, wenn der Gewinn auch zu teuer erkaufte sei. Scharfe Kritik erhoben Lord Curzon und Earl of Percy. Der indische Exvizekönig machte den Vorwurf, daß England alles preisgebe, wofür jahrhundertlang gekämpft worden sei. Das Geschäft über Afghanistan nannte er zweifelhaft, das über Tibet schlecht und das über Persien noch schlechter²⁹². Das letzte bedeute eine völlige Auslieferung Persiens an die Russen. 11 von den 12 großen Städten des Landes und 7 von den 11 Handelsstraßen nach Persien lägen in der russischen Zone — einer Zone, die England den Russen sogar „zugewiesen“ habe — während nur eine große Stadt und eine wichtige Handelsstraße für das englische Gebiet übrigbleibe²⁹³. Aber „alles ist Seistan geopfert worden. Warum bestätigt nicht Rußland seine Stellung im Golf mit eigenen Worten, warum wurde die persische Küste in das Abkommen nicht einbezogen?“ England habe nicht nur strategische Interessen, sondern auch politische und kommerzielle. Ein ähnliches Urteil fällt Curzon über Afghanistan: „Wir haben uns verpfändet, die Russen nicht zu bedrohen und Afghanistan nicht zu ermuntern, das zu tun. Warum tat Rußland nicht das gleiche? ... Die Anerkennung von Afghanistan als ‚außerhalb seiner (Rußlands) Sphäre liegend‘ wiederholt nur ein Versprechen, das seit 1869 schon elfmal erneuert ist“. Auch betreffs Tibets gab nach Ansicht Curzons England alles auf²⁹⁴. Er war geneigt anzunehmen, daß England sein Verständnis für politische, wirtschaftliche und Handelsinteressen verloren habe, da es die sich über mehr als ein Jahrhundert erstreckende Arbeit und mühevollen Anstrengungen einfach über Bord werfe²⁹⁴. Inwieweit Curzons Vorwürfe berechtigt waren, darauf wird später eingegangen.

291. Desgl. S. 363.

292. Friedjung, a. a. O., II, S. 147.

293. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 537.

294. Cambr. Hist., III, S. 361 f. — Vgl. über die Debatten im Oberhaus am 6. 2. 1908 Parl. Deb. 4. Serie, Bd. 183, Lord Curzon S. 1010 ff.; Lord Fitzmaurice S. 1038 f.; Lord Sanderson S. 1309 ff.; Lord Lansdowne S. 1327 f.; Lord Crewe S. 1339 f.

Grey selbst verteidigte das Abkommen dahin, daß es in bezug auf die Entwicklung Persiens unumgänglich gewesen sei. Der Haupt Gesichtspunkt sei nicht der handelspolitische, sondern der strategische gewesen. Die Sicherstellung Seistans als Grenzfestung für Indien habe den Leitgedanken gegeben. England brauche nun keinen Einbruch Rußlands in Seistan und Indien mehr zu befürchten. Vor allem wandte sich Grey gegen Curzons Vorwurf, daß das Abkommen hundertjährige britische Politik über Bord werfe. Was die Handelsinteressen betreffe, so habe Curzon ganz die Tatsache übergangen, daß sich der russische Handel bereits sehr weit nach Süden bemerkbar gemacht habe. „In diesem Arrangement haben wir nichts aufgegeben, was nicht schon früher verloren war.“ Man habe in Persien lediglich einige, weit entfernt liegende Handelsmöglichkeiten geopfert, in Afghanistan und Tibet aber nichts. Ebenfalls beschwichtigte er die Proteste der radikalen Linken. Im übrigen erklärte er, daß Einmischung nur schade. „Unsere Beziehungen zu Rußland haben sich in den letzten zwei bis drei Jahren sehr gebessert, aber ohne ein ‚agreement‘ mußten sie wieder schlimmer werden. Es kommt ein Wendepunkt in den Beziehungen der Völker zueinander, wenn man ihn verpaßt, wird man ihn nicht noch einmal haben“²⁹⁵. Mit dem Hinweis auf die liberale Zukunft gelang es Grey auch, die öffentliche Meinung in England zu beruhigen²⁹⁶.

Am 25. 9. 1907 hatte Lord Curzon schon seine Meinung über die engl.-russ. Konvention in einem Brief an Lord Percy zusammengefaßt. Einige bemerkenswerte Sätze seien dem Brief entnommen (s. Curzons Leben, Zetland, III, S. 38): ... „Der Vertrag gibt alles preis, wofür wir die ganze Zeit gekämpft haben... Ein solches Ereignis läßt einen am Staatsleben verzweifeln. Die mühevollen Arbeit eines Jahrhunderts dahin geopfert, und ... so gut wie nichts dagegen eingetauscht“. Und was Persien betreffe, sei überhaupt dessen Stellungnahme zu dem Abkommen eingeholt? (Zetland, a. a. O., III, S. 42—44) „Ich bin nahezu niedergeschmettert angesichts der Kälte, ... Schamlosigkeit, mit der es sich die britische Regierung zur Gewohnheit gemacht hat, das Landesgebiet von Mächten aufzuteilen, dessen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit sie ihnen zugesichert ... und sie verfolgt keine anderen Absichten als Schutz zu gewähren — und informiert die beteiligte Macht ..., erst nachdem das Abkommen zum Abschluß gekommen ist“.

295. Cambr. Hist. III, S. 363 f.

Auch in seinen Privatbriefen bringt der Minister immer wieder zum Ausdruck, daß die Konvention „ein gutes Geschäft“ sei. Die Kritiker würden sich später freuen, wenn sie sähen, daß die Konvention zu einem „allgemeinen freundschaftlichen Verhalten“ Rußlands gegen England führe. Was Großbritannien gewonnen, sei „realer Art“. Und was es verloren, seien nur „scheinbare Opfer“²⁹⁷. „Ich stimme dem nicht bei, daß die Konvention, selbst allein für sich genommen, ein schlechtes Geschäft ist, weil jedermann hinter den Kulissen weiß, daß das, was wir strategisch gewonnen haben, realer Art ist, während die scheinbaren Opfer, die wir in wirtschaftlicher Hinsicht gebracht haben, nicht realer Art sind“²⁹⁸.

John Morley, der britische Staatssekretär für Indien, war der Meinung, daß das Zustandekommen der Konvention „eine der geschicktesten Leistungen in den Annalen der britischen Politik“ sei²⁹⁹. Er hatte auch selbst einen wesentlichen Teil zu dem Gelingen beigetragen. Grey schrieb am 31. August 1907 nach der Unterzeichnung der Konvention an Campbell-Bannerman: „Ohne Morley hätten wir aber wohl keine Fortschritte zu verzeichnen gehabt, denn die Regierung Indiens hätte sich gegen jeden einzelnen Punkt gesträubt. Morley hat ganze Berge aus dem Wege der Verhandlungen geräumt“³⁰⁰.

Die Aufnahme der Konvention in Rußland war geteilt. Der russische Monarch äußerte sich sehr befriedigt über sie. Nicolson gegenüber bemerkte er, „man könne sich dazu beglückwün-

296. BD, Bd. 4, Nr. 550.

297. „What we gained by it was real-what Russia gained was apparent“; Fay, a. a. O., I, S. 221.

298. BD, Bd. 4, Nr. 550. — Der englische Historiker S. B. Fay erkennt Greys Standpunkt nicht an (Fay, a. a. O. I, S. 221): „In fact, the reverse was true. Though England gained peace of mind in regard to the Indian frontier she also lost much. She lost her independence of action in Persia“. — Auch Fr. Hartung („Deutsche Geschichte“, 1871—1919, S. 294) ist der Meinung, daß England mehr gab, als es erhielt. Ebenfalls scheint Fr. Stieve („Deutschland und Europa 1890/1914“, S. 74) dem zuzustimmen. Friedjung (a. a. O., II, S. 145) erklärt, der Vertrag sei für Rußland günstig.

299. BD, Bd. 4, Nr. 526.

300. Grey, a. a. O., I, S. 163 f.

schen, daß alle Streitigkeiten und Möglichkeiten zu Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern beigelegt seien“³⁰¹. Iswolski war darüber sehr beruhigt, daß die Aufnahme des Abkommens in Rußland „viel besser“ gewesen sei, als er erwartet habe³⁰². Baron Taube, der juristische Berater im Außenministerium, fällte ein vernichtendes Urteil: Eine Teilung Persiens unter gleichzeitiger Betonung von dessen Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit, die „in demselben Aktenstück mit einer in der Geschichte russischer Verträge noch nie dagewesenen Heuchelei anerkannt war“; ein System von drei persischen Zonen, das „gar nicht oder wenig den Interessen Rußlands in diesen Gebieten entsprach“; sodann der „glatte, einfache politische Verzicht auf Afghanistan“; endlich eine Art gegenseitigen „désintéressements“ an Tibet; kurz, vom russischen Standpunkt entschieden ein „Reinfall“³⁰³. Iswolski aber setzte Taube auseinander, er habe die großen Opfer bewußt und mit gutem Bedacht gebracht, denn er gewinne dafür „die politische Unterstützung Englands in Europa“³⁰⁴. Und weiterhin gab er zu bedenken: „Wer weiß, ob nicht die Ereignisse uns nötigen werden, das historische Problem der Meerengenfrage wieder aufs Tapet zu bringen“³⁰⁵. Wie der deutsche Geschäftsträger in Petersburg, v. Miquel, berichtete, wurden manche Stimmen des Mißtrauens und Unwillens darüber laut, daß das Abkommen der russischen Regierung gewissermaßen aufgezwungen wurde. „Man übersieht nicht, daß Rußland aus Schwäche einen Schritt tun muß, den es ohne den japanischen Krieg und die Revolution vermieden haben würde“³⁰⁶. Dieser Eindruck schien vornehmlich in militärischen Kreisen vorzuherrschen. So hatte sich der General Linewitsch noch bis zuletzt in scharfer Weise gegen jedes Abkommen mit England ausgesprochen, da der Augenblick für eine freundschaftliche Annäherung an den Bundesgenossen Japans noch nicht gekommen sei. Auch den Obersten Snjäsarew, den

301. BD, Bd. 4, Nr. 545.

302. BD, Bd. 4, Nr. 546.

303. Taube, a. a. O., S. 127.

304. Vgl. dazu Nicolson, a. a. O., S. 259 f.

305. Taube, a. a. O., S. 128.

306. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8535.

Besitzer des in enger Verbindung mit dem Generalstab stehenden „Golos Prawdy“, erbitterte das Bewußtsein von der Ohnmacht Rußlands gegenüber dem englischen Ansinnen. Er schrieb, mit zäher Konsequenz halte England das russische Volk vom eisfreien Meere zurück. Rußland habe sich, ob es wolle oder nicht, zu dem Vertrag verstehen müssen, um unendliche Reibereien und Verwicklungen zu vermeiden. Er schließe sich durchaus dem Wunsche der „Daily News“ an, wonach die Vereinbarungen über Asien nicht in eine Entente cordiale verwandelt werden dürften³⁰⁷.

Nach dem Eindruck v. Miquels schien es der russischen Diplomatie im allgemeinen ziemlich leicht zu fallen, England gegenüber „gute Miene zum bösen Spiel“ zu machen, wogegen in den Hofkreisen die Erinnerung an Englands Haltung während des letzten Krieges noch stärker nachwirkte. „Je pessimistischer der Russe die Lage seines Vaterlandes beurteilt“, schrieb Miquel, „desto mehr ist er geneigt, sich England zu nähern, zunächst aus Furcht vor neuen Verwicklungen in Ostasien, denen Rußland nicht gewachsen sein würde, und sodann in der Hoffnung, durch die Verständigung mit der liberalen Westmacht endgültig die seit dem Kaiser Alexander III. an Mißerfolgen so reichen Zeiten des Absolutismus zu überwinden“³⁰⁷.

Die Presse, darunter vor allem die gelesensten Blätter liberaler Tendenz, trat für das Abkommen ein und sprach z. T. den Wunsch aus, „das Abkommen möge die Einleitung zu einer engen Freundschaft zwischen beiden Ländern bilden und sich nicht nur in Asien, sondern auch im nahen Orient wirksam zeigen“³⁰⁸. Bei einigen der Blätter wurde sogar von englischer Seite Druck ausgeübt. England arbeitete dabei erfolgreich mit dem liberalen Gedanken. Die „Slowach“ sprach davon, daß mit diesem Abkommen die neue Epoche englisch-russischer Freundschaft beginne. Noch mehr unterstrich das die „Börsenzeitung“, die sehr wohl für möglich hielt, daß zukünftig beide Parteien

307. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8535.

308. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8535. — Die beiden deutschen Zeitungen in Petersburg „Der St. Petersburger Herold“ und die „St. Petersburger Zeitung“, traten mit auffallender Schärfe gegen die englandfreundliche Politik Iswolskis auf.

auch in europäischen Fragen zusammengehen würden³⁰⁹. Der „Sowjet“ meinte, der Vertrag würde nicht von langer Dauer sein, denn die russischen Interessen in Asien liefen den englischen diametral entgegen³¹⁰.

Auffallend war, daß fast alle Blätter sich auf eine Gesamtbeurteilung der Konvention beschränkten, ebenso wie die englische Presse. Daraus ging hervor, daß die Öffentlichkeit die Bedeutung des Abkommens nicht so sehr in dem Ausgleich der Einzelstreitfragen sah, als vielmehr in den allgemeinen Beziehungen der beiden Mächte zueinander.

Ein ungünstiges Urteil fällt Witte in seinen Erinnerungen, besonders, was die Konvention über Persien betrifft: Rußland erhalte nur, so sagt er, was es schon habe. Nordpersien sei für eine russische Provinz prädestiniert gewesen, viel russisches Blut sei dafür geflossen, und Rußland habe große materielle Opfer gebracht. Nach der Konvention falle zwar das Land in wirtschaftlicher Beziehung unter russischen Einfluß, hingegen in politischer Hinsicht behalte England das Recht, gemeinsam mit Rußland über die persische Regierung, deren Sitz in der russischen Zone liege, Aufsicht zu üben; „gerade dadurch gestehen wir England einen bedeutenden Einfluß in Persien und auf den nördlichen Teil Persiens zu“. Erstaunlicherweise fährt Witte dann fort: „Abgesehen hiervon, können wir uns mit England doch nicht in den Einfluß auf ein Land teilen, ohne Zustimmung der anderen Mächte — damit war Deutschland gemeint — die ebensolche Ansprüche vorweisen können wie England“³¹¹. Wittes abschließendes Urteil lautet: „Wir haben... eine Konvention unterschrieben, bei der wir für alle Zukunft auf Persien verzichten“³¹¹. Diese Sätze werfen ein helles Licht zurück auf die bisherige Politik Rußlands in Persien, ja sie beleuchten, welche Ziele letzten Endes die russische Politik in Persien verfolgte.

Auch das Abkommen über Afghanistan war nach Wittes Urteil für Rußland ungünstig. Er scheint überhaupt keine hohe

309. Köln. Zeitung, 28. 9. 1907.

310. Köln. Zeitung v. 9. 9. 1907.

311. Witte, Erinnerungen, dt. Übersetzung, S. 531 ff.

Meinung von dem Wert eines Abkommens zu haben. Auch hier begegnen wir wieder einem zwar — aber. Zwar bleibe nach der Konvention Afghanistan ein Pufferstaat, aber „wird dieser Puffer nicht eines schönen Tages mit Dynamit geladen und gegen uns gerichtet sein?“³¹¹ Das Abkommen über Tibet hielt Witte für überflüssig. Die größte Bedeutung der Konvention sah Witte in dem „völligen Umschwung unserer Politik, von einer Entente oder einem Flirt mit Deutschland zu einer Entente oder einem Flirt mit England. Und da diese beiden Damen recht eifersüchtiger Natur sind, so sind wir in eine zwiespältige Lage gekommen. Vorläufig helfen wir uns damit, daß wir Deutschland versichern, wir liebten es natürlich am meisten und flirteten mit England nur zum Schein, und England sagen wir gelegentlich das Umgekehrte“. „An sich“, meinte Witte, „hat die Annäherung an England keine besonders große Bedeutung, sie wird aber wichtig dadurch, daß England der Verbündete Frankreichs ist. Darum bedeutet der Abschluß einer Konvention mit England in den für die Beziehungen zwischen England und Rußland delikatesten Fragen, wenn auch nicht die Schaffung eines Dreibundes, so doch jedenfalls die Schaffung eines Dreivertrages, und darum hat die Diplomatie diesen Vertrag, im Gegensatz zum Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) nicht umsonst als Dreiverband, als Entente cordiale de trois puissances, bezeichnet“³¹².

Deutschland nahm zu dem Abkommen eine reservierte Haltung ein. Fürst Bülow war anscheinend über mögliche Entgleisungen deutscher Zeitungen besorgt: „es ist wichtig, daß das Abkommen von unserer Presse ruhig und sachlich besprochen und ... nicht etwa zu einer englisch-russischen Alliance aufgebracht oder ohne Not als Verletzung deutscher Interessen hingestellt wird“³¹³. Diese Anschauung verteidigte er auch

312. Witte, a. a. O., S. 529.

313. DGP, Bd. 25,1, Randvermerk Bülows zu Nr. 8534. — Bereits vor dem Abschluß der Konvention hatte Bülow zu den englisch-russischen Verhandlungen Stellung genommen und am 30. 4. 1907 vor dem Reichstag gesagt (DGP, Bd. 25,1, Fußn. ** zu Nr. 8531): Gestützt auf Zusicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, sehen wir dem Ab-

weiterhin, namentlich im Reichstag³¹⁴. Allgemein war der Ton der kaiserlichen Regierung in seiner Stellungnahme korrekt. Sie wünschte den Schein eines guten Verhältnisses zu beiden Mächten aufrecht zu erhalten. „Niemand“, so kommentierte der deutsche Geschäftsträger in Petersburg, v. Miquel, das Abkommen³¹⁵ „wird England aus dieser Politik einen Vorwurf machen; man kann die geschickte Durchführung der in seinem Interesse liegenden Pläne nur bewundern (auch der deutsche Kaiser gab das zu). Diese brauchten auch nicht notwendigerweise auf eine deutsch-feindliche Richtung zurückgeführt werden. Dennoch gilt Deutschland als dasjenige Land, welches am meisten durch das Abkommen betroffen wird . . . Wie geschickt auch immer der Wortlaut des Vertrages gefaßt sein mag, der Eindruck bleibt nicht aus, daß die Mächte ein Syndikat gegründet haben, mit dem wir zu rechnen haben werden“. Der Kaiser bemerkte kurz zu diesem Kommentar Miquels: „sehr gut und richtig, d. h. also gegen uns im Ganzen“³¹⁶.

Nachdem der Wortlaut des Vertrages bekannt war (Miquel hatte ihn bereits am 25. 9., also einen Tag vor der Veröffentlichung, durch Indiskretion des „Reuter“-Korrespondenten erfahren), ging Miquel auf die Einzelvereinbarungen näher ein.

schluß der englisch-russischen Verhandlungen über Persien ohne Unruhe entgegen. Der gleiche ruhige und abwartende Standpunkt gilt für das, was Rußland und England als asiatische Landmächte über innere asiatische Grenzfragen, mag es sich um Tibet oder um Afghanistan handeln, vereinbart haben oder noch vereinbaren werden. Meine Herren, ich sehe voraus, daß man mir wieder vorwerfen wird, ich nehme die englisch-russische Annäherung zu gleichgültig. Ich nehme sie als das, was sie ist, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fernliegenden Gebiete alle Streitfragen zu begleichen . . . Es gibt . . . keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, dem Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und als eine Ungelegenheit für andere ausnutzen könnte. Das kann man offen aussprechen ohne Leichterzigkeit, aber auch ohne Pessimismus“. — In diesem Sinne faßte auch die „Norddeutsche Zeitung“, als die englisch-russische Konvention geschlossen worden war, die politische Bedeutung der Vereinbarung. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 540.

314. s. u. S. 188.

315. DGP, Bd. 25, I, Nr. 8537.

316. Desgl. Randbemerkt. Wilhelms II. zu Nr. 8537.

Betreffs Tibet bot seiner Ansicht nach der Vertrag keine neuen Gesichtspunkte und könnte Deutschland nicht interessieren. In Afghanistan habe sich England den „Löwenanteil“ zu sichern gewußt („wie immer“, bemerkte der Kaiser³¹⁷). Trotz der Verpflichtungen behalte England noch „einen weiten Spielraum für sein Vorgehen in Afghanistan, wofür die gnädigst gewährte Zusage, die Afghanen nicht gegen Rußland aufzureizen, nur einen dürftigen Trost für letzteres bilden dürfte“³¹⁸. Miquel war geneigt, mit dem Desinteressement Rußlands an Afghanistan sogar weitblickende Absichten Englands zu verbinden: „Die an Marokko erinnernde *pénétration pacifique* kann leicht die Vorstufe zur Begründung eines englisch-mohammedanischen Weltreiches, der Verbindung von Indien nach Ägypten bilden“. Miquel fiel auf, daß Ostturkestan nicht erwähnt war. Er hielt für möglich, daß man hier den russischen Expansionsgelüsten freie Hand lassen wolle, nachdem ihnen in Ostasien und Afghanistan ein Riegel vorgeschoben sei. Betreffs Persien glaubte Miquel, daß Rußland hier vorteilhaft abgeschnitten habe. Die südliche Grenze der russischen Zone werde nicht durch eine gerade Linie bezeichnet, sondern sie reiche weit nach Mittelpersien hinein. Dadurch bleibe den Russen immer noch die Möglichkeit eines Vordringens an den Persischen Golf. Er war aber der Meinung, „daß die Bedeutung des englisch-russischen Abkommens nicht so sehr in Asien, als vielmehr in Europa liegt, wo sich seine Folgen auf längere Zeit hinaus bemerkbar machen dürften. Dieser Zweck dürfte England vor allem den dringenden Wunsch nach einer freundschaftlichen Abrechnung mit Rußland nahegelegt haben. Der englische Einfluß muß in Europa steigen, nachdem die Reibungsflächen mit Rußland beigelegt sind („Sehr richtig!“ bemerkte Kaiser Wilhelm, „und wird uns in Europa noch unangenehmer werden als bisher“³¹⁹). Letzteres gewinnt Muße zur Reorganisation und hat das Glück, von keiner europäischen Macht hierbei gestört zu werden“³²⁰.

317. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8536, Randbemerkung 2.

318. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8536.

319. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8536, Randbem. 6.

320. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8536.

Im deutschen Reichstag vom 23. 2. 1908 gab die englisch-russische Konvention Anlaß zu einer erregten Debatte. Der Abgeordnete Bebel sah äußerst pessimistisch in die Zukunft. Er nahm Bezug auf die Äußerung des Grafen Witte, die er nach dem Friedensschluß von Portsmouth gemacht hatte: „Rußland hat jetzt im Osten nichts mehr zu suchen, wir werden unsere Aufmerksamkeit nach dem Westen wenden“. Ja, gegen wen? „Das ‚nach dem Westen wenden‘“, rief Bebel aus, „hat in dem Vertrag zwischen England und Rußland seinen Ausdruck gefunden. Das sind Dinge, die uns unheimlich sind, und wir haben in Deutschland nicht gerade Ursache, uns darüber zu freuen“³²¹. „Stehen wir denn nicht leider in vollständiger Isolierung? Was man noch vor kurzem für unmöglich gehalten hätte, ist . . . eingetreten, nämlich daß sich zwei Todfeinde — so schien es — Rußland und England verständigten. Rußland, England, Frankreich, Italien, Spanien gegen uns! Das ist eine Situation, die jeder Deutsche ehrlicherwise bedauern muß, eine Situation, die hätte vermieden werden können, wenn nicht fortgesetzt diese Provokationen gegen die englische Seite hin gemacht worden wären“³²². Frhrn. v. Hertling, Abgeordneten des Zentrums, schien das englisch-russische Abkommen ein Meisterwerk der englischen Diplomatie zu sein. Er hatte Befürchtungen, daß durch dies neue Einvernehmen das ganze Projekt der deutschen Bagdadbahn in Frage gestellt sein könnte. Er nahm Bezug auf einen im „Tag“ erschienenen Artikel, dessen Verfasser das Gelingen der Bagdadbahn in anbetracht der durch die englisch-russische Konvention geschaffenen Situation äußerst pessimistisch beurteilte. Im übrigen legte v. Hertling den Verantwortlichen ans Herz, „daß doch alles vermieden werde, was den Anschein erwecken könnte, als ob Deutschland irgendwie geneigt wäre zu einer nicht nur abenteuerlichen, sondern überhaupt zu einer aggressiven Politik“³²⁴. Diesem Rat stimmte auch Bassermann bei. Auch er hielt für möglich, daß Deutschland bei die-

321. Stenogr. Berichte üb. die Verhandlungen des Reichstages. XII. Legislaturperiode, 1. Session, 1907/08, I.—IV. Bd. S. 1906.

322. Sten. Ber., a. a. O., S. 4236.

324. Sten. Ber., a. a. O., S. 4220 ff.

sem Abkommen in seinen wirtschaftlichen Interessen zu kurz komme. Die Aufteilung Persiens sei nur den beiden Mächten zum Vorteil, und Rußland habe für seine europäischen Ziele Luft bekommen³²⁵. Der rechtsstehende Abgeordnete v. Kanitz erklärte mit naiver Unbekümmertheit: während man noch vor einem Jahre Grund gehabt hätte, von einer Einkreisungspolitik zu sprechen, sei jetzt die Lage² vollkommen geklärt³²⁶.

Fürst Bülow verteidigte seine Ansicht nach wie vor: „Das Abkommen enthält keine Spitze gegen Deutschland. Das ist durch die inzwischen erfolgten Begegnungen von Swinemünde und Wilhelmshöhe³²⁷ und durch den Kaiserbesuch in England noch bestätigt worden. Auf die vielbesprochene Einkreisungsgefahr will ich mich nicht einlassen. Ich könnte nur wiederholen: Die beste Politik bleibt: auf dem Posten zu sein (!), wachsam zu sein (!), und furchtlos“³²⁸. Das Urteil des zum Staatssekretär beförderten ehemaligen Botschafters v. Schoen ging dahin, daß die englisch-russische Konvention Deutschland nur in bezug auf die wirtschaftlichen Interessen berühre. Und da hätten die beiden Parteien ja oft erklärt und in der Präambel ausdrücklich wiederholt, die deutschen Rechte zu achten und das Prinzip der „offenen Tür“ anzuerkennen. Deutschland brauche sich daher nicht zu beunruhigen oder gegen das Abkommen Stellung nehmen³²⁹.

325. Sten. Ber., a. a. O., S. 4226.

326. Sten. Ber., a. a. O., S. 4230.

327. Die Begegnung in Swinemünde fand vom 3.—6. August 1907 zwischen Wilhelm II. und Bülow einerseits und Nikolaus II. und Iswolski andererseits statt. Diesen Besprechungen folgte am 14. August 1907 der Besuch Eduards VII. und Charles Hardinges in Wilhelmshöhe. Bei beiden Begegnungen wurde Bülow versichert, daß die englisch-russische Konvention deutsche Interessen nicht berühren werde (vgl. DGP, Bd. 24, Nr. 8161). Es hieß: Iswolski schien Kaiser Wilhelm und den Kanzler in der liebenswürdigsten Stimmung angetroffen zu haben. Fürst Bülow habe sich ganz frei von Mißtrauen bezüglich der Ziele der schwebenden britisch-russischen Verhandlungen gezeigt. Bülow habe sich dahin ausgesprochen, daß er von der ihm von Herrn Iswolski abgegebenen ... Erklärung vollkommen befriedigt sei (BD, Bd. 4, Nr. 279).

328. Sten. Ber., a. a. O., S. 1920.

329. Sten. Ber., a. a. O., S. 4252 f.

Einige deutsche Zeitungen kamen, als die Konvention unterzeichnet war, auf ihr früheres Urteil zurück und wiederholten³³⁰; „England wurde zum Vertrage veranlaßt nicht etwa durch die eingebildeten Gefahren in Asien, sondern durch das Wachsen einer drohenden Macht in Europa“ und „es will im Stillen Ozean und in der Nordsee freie Hand haben“. Vornehmlich war die deutsche Handelswelt von dem Abkommen unbefriedigt. Sie hielt durchaus für denkbar, daß England und Rußland ihre Streitigkeiten auf Kosten Deutschlands geschlichtet hatten, und sie sah die rechtmäßige wirtschaftliche Ausdehnung Deutschlands in Persien bedroht³³¹. Die „Kölnische Zeitung“ tröstete sich mit dem Gedanken, daß der russische Handel dem englischen bald ins Gehege kommen und Anlaß zu Reibereien zwischen beiden Kontrahenten geben würde, woraus die anderen Mächte, namentlich Deutschland, den Vorteil ziehen könnten³³². Im übrigen nannte das Blatt die Konvention „ein neues Glied in der Kette von Abmachungen, mit denen England seine Interessen in den verschiedensten Teilen der Welt zu wahren sucht“, und fuhr an anderer Stelle fort: „Er wird sich jetzt darum handeln, wer der Tüchtigere ist. Die wirtschaftliche Kraft und der Unternehmungsgeist müssen den Ausschlag geben“³³³. Die „Frankfurter Zeitung“ bezeichnete das Abkommen als ein Kind der englischen Diplomatie, das zu spät auf die Welt gekommen sei; denn die Genesis der englisch-russischen Verhandlungen läge in einer Zeit, da die englisch-deutschen Beziehungen schlecht waren, in der Zwischenzeit hätten sich diese aber gebessert. Es liege daher für Deutschland kein Grund vor, den englisch-russischen Vertrag mit Unruhe aufzunehmen. Allerdings sei zu erwarten, daß dem deutschen Handel und Verkehr in Persien freier Spielraum gewährt würde. Sollte Persien infolge des Abkommens wirklich in wirtschaftliche Zonen aufgeteilt werden, so könnte Deutschland zunächst nicht viel dagegen tun, aber eine solche Entwicklung würde schwerlich dem Welt-

330. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8537.

331. BD, Bd. 4, Nr. 540.

332. BD, Bd. 4, Nr. 540.

333. Köln. Zeitung, 27. 9. 1907.

frieden zugute kommen, den die englische Politik so geflissentlich als ihr einziges Ziel verkünde³³². Die „Süddeutsche Reichskorrespondenz“ versuchte ihren Leserkreis von der Harmlosigkeit der englisch-russischen Konvention zu überzeugen, indem besonders auf den asiatischen Charakter des Abkommens hingewiesen wurde³³⁴. Der Stuttgarter „Schwäbische Kurier“ argumentierte mit seiner Beobachtung, daß die Konvention sogar in England keinen allgemeinen Beifall finde. Sie würde daher nicht von langer Dauer sein³³⁴. Die halbamtliche „Norddeutsche Zeitung“ verteidigte Bülow: Für Deutschland bilde die Konvention keine Überraschung. Sie beweise, daß Fürst Bülow berechtigt gewesen sei, ihr gegenüber eine so ruhige Haltung einzunehmen. Deutschland habe in keinem der in Frage stehenden Länder politische Bestrebungen, und seine wirtschaftlichen Interessen in Persien würden in keiner Weise nachteilig berührt; vielmehr werde doch ausdrücklich erklärt, daß Handel und Industrie aller übrigen Völker nicht beeengt werden sollten³³⁵. Die „Kreuzzeitung“ sah tiefer und klarer: „Uns sind diese diplomatischen Transaktionen von vornherein in anderem Lichte erschienen, nämlich als eine umfassend gedachte Anlage von Stützen, die bestimmt sind, den Punkten des britischen Imperiums einen Halt zu geben, die seit geraumer Zeit angefangen haben, brüchig zu werden . . .“³³⁶.

Die Franzosen waren über das Abkommen begeistert³³⁷. Der französische Botschafter in London, Cambon, war der Ansicht, daß Großbritannien „weitaus am besten weggekommen“ sei³³⁸. Auf die Bemerkung Greys, daß das Abkommen in einigen Kreisen Englands kritisiert würde, erklärte er: „Wer tadelt, wird das in Unkenntnis tun; Sie haben sich einen großen Teil des persischen Küstenlandes gesichert, Ihre Stellung hinsichtlich des Golfes verstärkt und eine Anerkennung ihrer Schutzherrschaft

334. BD, Bd. 4, Nr. 542.

335. BD, Bd. 4, Nr. 540.

336. Schieman, Th.: Deutschland und die große Politik. VII, S. 317.

337. BD, Bd. 4, Nr. 527.

338. BD, Bd. 4, Nr. 537; 18. 9. 1907.

über Afghanistan erlangt. Das Innere Persiens, von dem die Russen so viel haben, besteht aus Gebirgen und Wüste“³³⁹.

Österreich-Ungarn enthielt sich weitläufiger Kommentierung. Iswolski hatte den Eindruck, als ob das Abkommen in Wien „nicht sehr interessiere“³⁴⁰.

Zahlreich sind die Versuche, die von den verschiedenen Parteien angestellt wurden, zu entscheiden, ob England oder Rußland den größten Nutzen aus der Konvention gezogen habe. Bekannt sind die Ansichten Greys und die seiner Opposition, vor allem Lord Curzons³⁴¹. Englands Vorteil ist „ein realer“, sagt Grey, Rußlands nur ein „scheinbarer“. Und Curzon: England gibt alles preis, um das es über ein Jahrhundert gekämpft hat.

Gehen wir davon aus, was der deutsche Geschäftsträger, v. Miquel, berichtete³⁴²:

„In Persien hat Rußland mehr erreicht, als sich nach den Ausführungen der „Rjetsch“ annehmen ließ. Das nördliche dem russischen Einflusse unterworfenene Persien wird nicht etwa durch eine gerade Linie vom russisch-afghanisch-persischen Grenzpunkt bis nach Kasri-Schirin an der türkisch-persischen Grenze abgeteilt, sondern diese Linie macht einen starken Bogen nach Süden, so daß sie auch Jesd und Ispahan, mithin einen großen Teil von Mittelpersien einschließt. Die englische Einflußsphäre erstreckt sich von Belutschistan bis zu einer etwa vom obengenannten russisch-afghanisch-persischen Grenzpunkt über Kerman zum Persischen Golf bei Bender-Abbas führenden Linie. Welchen Charakter man hierbei dem zwischen den beiden Einflußsphären liegenden Dreieck zuerkannt hat, ist nur teilweise im Vertrage zum Ausdruck gebracht. Dadurch ist der russischen Regierung immer noch (vielleicht zum Schein?) die Möglichkeit des Vordringens bis zum Persischen Golf in seiner nördlichen Hälfte gelassen worden. Dieser Umstand wird in russischen Kreisen jedenfalls angenehm berühren. Zum minde-

339. BD, Bd. 4, Nr. 537.

340. BD, Bd. 4, Nr. 541.

341. s. o. S. 178.

342. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8536.

sten bleibt die Versicherung Englands, in Nordpersien für sich nichts zu beanspruchen und auch die Ansprüche fremder Staaten dort nicht zu unterstützen, außerordentlich wertvoll für Rußland, besonders in diesem Augenblick seiner großen Schwäche, welche das überlegene England zu weiterem Vordringen hätte verleiten können“.

Es ist gewiß richtig, daß Rußland die größte Einflußzone, den Norden und auch einen Teil Mittelpersiens erhielt. Aber dieses Gebiet hatte auch schon bisher unter dem vorwaltenden Einfluß der Russen gestanden. Die Engländer gaben also wenig auf, wenn sie diese Zone Rußland gewährten, sie anerkannten damit eigentlich nur einen bereits bestehenden Zustand. Rußland bekam nur das, was es schon hatte. Englands Verpflichtung, in dieser Zone keine Konzessionen anzustreben, wurde reichlich aufgewogen durch Rußlands reziproke Verzichtleistung auf den Süden Persiens und vor allem auf das wichtige Seistan-Dreieck an der indischen Grenze. Die uneingeschränkte Verfügung über diesen Gebietsstreifen als eines strategisch bedeutenden Punktes war Großbritannien von lebenswichtigem Interesse. Wenn Rußland also dieses Recht den Engländern einräumte, so gab es mehr auf als England durch seine Verzichtleistung auf Konzessionen im Norden Persiens.

Miquel will für Rußland einen Vorteil darin erblicken, daß durch Schaffung der neutralen Zone den Russen die Möglichkeit verbleibe, bis an den Persischen Golf vorzudringen. Das war aber höchst fragwürdig. Eine Aussicht auf Erfüllung der Wünsche war doch nicht vorhanden. Freilich hatte England gelegentlich geäußert, daß sich über einen Hafen Rußlands am Persischen Golf reden lasse, aber dabei war es geblieben. Die Engländer hatten mit dieser Möglichkeit nur geschickt zu manövrieren gewußt. Daß eine zukünftige Duldung Rußlands am Persischen Golf seitens Englands sehr unwahrscheinlich war, mußte schon aus der Golfdeklaration hervorgehen, die mit der Konvention zusammen veröffentlicht wurde. In ihr hieß es, daß durch das Abkommen der status quo im Persischen Golf nicht geändert würde, und vielleicht sollte die Erklärung auch für Rußland gelten, das bislang doch keine Basis am Golf besaß. Auf Grund der Konvention muß lediglich festgestellt werden:

- a) daß Rußland die so leidenschaftlich erstrebte maritime Basis am Persischen Golf nicht bekam,
- b) daß es die nicht minder leidenschaftlich ersehnte Position in Seistan, den Einfluß auf Afghanistan und Tibet fallen ließ,
- c) daß Rußland damit die Möglichkeit aus der Hand gab, an irgendeinem Punkte der Welt einen direkten Druck auf die englische Politik ausüben zu können.

Diese drei Punkte waren also offensichtlich Verzichtleistungen von Seiten Rußlands. Fragt man nun nach den Vorteilen, die Rußland aus dem Vertrage gezogen hat, so ist diese Frage allerdings schwer zu beantworten. Von realen Vorteilen, die unmittelbar die Konvention brachte, kann man gar nicht reden. Welchen Nutzen Rußland aus der Konvention zu ziehen glaubte, war wahrscheinlich die von England in Aussicht gestellte wohlwollende Haltung in der Meerengenfrage, wenn dieses Thema einmal aktuell werden würde. Aber 1908, als diese Frage wirklich aufgeworfen wurde, mußte Rußland feststellen, daß es selbst um diese Hoffnung betrogen war. Denn in Wirklichkeit war Englands Haltung nicht „so wohlwollend“, wie Iswolski erwartet hatte³⁴³. Mir scheint demnach, daß England aus der Konvention von 1907 den größten Nutzen gezogen hat. Grey hatte recht, wenn er sagte, daß Englands Vorteile „reale“ seien, Rußlands hingegen nur „scheinbare“.

Trotzdem war das Abkommen für England nur ein Mittel zum Zweck, nämlich um mit Rußland zu einer allgemeinen Verständigung zu gelangen. Ausgedacht war dieser Plan nach dem Scheitern der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen. Er wurde dann sofort in Szene gesetzt, ruhte während des japanischen Krieges und wurde nach den Friedensverhandlungen, als Rußland darniederlag, wieder aufgenommen. Auch die Gründe, die England zu diesem starken Drängen nach einer Verständigung mit Rußland veranlaßten, sind klar. Eine bedrohliche Ausdehnung des russischen Einflusses in Asien brauchte England nicht zu befürchten, vor allem nicht, als Rußland im Kriege mit Japan unterlegen war, und wenn man die Bestim-

343. Vgl. Nicolson, a. a. O., S. 295 f. Anm. 1.

mungen der englisch-russischen Konvention betrachtet, so wurden die asiatischen Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Was England bezweckte, war nur, für europäische Fragen sich gegen eine feindliche Haltung Rußlands zu sichern. Es glaubte, diese Freundschaft Rußlands nötig zu haben, um sich nicht durch Deutschland aus seiner Schiedsrichterstellung in Europa verdrängen zu lassen. Nur aus Furcht vor Deutschland suchte England freundschaftliche Verständigung mit allen Nachbarstaaten Deutschlands. In diesem Lichte muß die englisch-russische Konvention von 1907 betrachtet werden. Auch Harald Nicolson leugnet nicht dieses Ziel der britischen Politik, wenn er auch den tatsächlich unmittelbaren Zweck des Abkommens nicht zugibt³⁴⁴: „Der unmittelbare Zweck der britischen Regierung war eine Erleichterung der Verteidigung Indiens, indem sie Kordons gegen die ‚spontane Durchdringung‘ Tibets, Afghanistans und Persiens durch Rußland schuf. Doch wäre unwahr, wollte man behaupten, daß die britische Regierung nicht auch noch durch umfassendere Rücksichten geleitet wurde. Es war unvermeidlich, daß die Aussicht eines russisch-deutschen Bündnisses sie erschreckte, sowie eine darauf folgende europäische Koalition, der Frankreich fast mit Gewalt einverleibt werden würde. Heute wissen wir, daß diese Befürchtungen berechtigt waren. Die britische Regierung mußte auch einsehen, daß das Deutsche Reich als einziges Land von einer Spannung zwischen England und Frankreich oder England und Rußland profitieren würde³⁴⁵. Man darf getrost sagen, die Angst vor Deutschland sei eines der Hauptmotive gewesen, die das Abkommen inspiriert haben . . .“.

Daß die britische Diplomatie Rußland für das Abkommen gewann, dafür kam ihm die innerrussische Lage nach dem un-

344. Nicolson, a. a. O., S. 256. — Dasselbe sagt auch Arthur Nicolson in seinem *Diplomatic Narrative* (das im Winter 1916/17 diktiert wurde), indem er auf die Epoche von 1907 zurückblickt: Die deutsche Politik, deren Hauptpunkt immer darin bestanden habe, die engsten Beziehungen mit Rußland zu pflegen, erscheine ihm, vom deutschen Standpunkt aus betrachtet, begründet und vernünftig. Er müsse aber den Vorwurf erheben, Deutschland habe zu deutliche Hegemoniebestrebungen zur Schau getragen; vgl. Nicolson, a. a. O., S. 257 ff.

345. Vgl. dazu BD, Bd. 4, Nr. 269 u. Vermerk E. G. zu Nr. 544.

glücklichen Kriege mit Japan zugute. Demnach sah auch Iswolski die Hauptbedeutung der Abmachung darin, daß Rußland jetzt Zeit gewonnen habe, an seinen politischen und militärischen Wiederaufbau heranzugehen³⁴⁶. Der Schwerpunkt des Abkommens lag für ihn in Asien, nicht in Europa³⁴⁷. Mit Deutschland wünschte er trotzdem freundschaftlichen Verkehr zu pflegen. Wenn daher oft Iswolski kurz als Freund Englands und Feind Deutschlands hingestellt wird, so trifft das nicht zu. Von vornherein hat Iswolski kein deutschfeindliches Programm im Auge gehabt. Er äußerte einmal, die Engländer hielten ihn für „zu deutsch“ und die Deutschen für „zu englisch“, „aber in Wirklichkeit sei er Russe, und sein einziger Gedanke sei bloß der, das Beste für sein Land zu tun“³⁴⁸. Allerdings waren seine Sympathien für England größer als für Deutschland, und er muß für die Anlehnung Rußlands an England verantwortlich gemacht werden. Daß England mit seiner Politik sehr zufrieden war, geht aus dem Jahresbericht Nicolson's für 1908 hervor³⁴⁹: „Es gereicht Herrn Iswolski zu hoher Ehre, daß er während der ganzen persischen Verwicklungen Großbritannien gegenüber so loyal und redlich verfahren ist und sich nicht von seinem Weg hat abbringen lassen, als er stark gedrängt wurde, von seiner Linie abzuweichen, die er im Hinblick auf die Verpflichtungen Rußlands gegenüber Großbritannien für die einzig richtige erachtete“³⁵⁰.

Durch den Abschluß der englisch-russischen Konvention war der Weg von London nach Petersburg geebnet worden. Damit war die Voraussetzung für ein weiteres intimes Zusammen-

346. BD, Bd. 4, Nr. 523.

347. Vgl. Nicolson, a. a. O., S. 282.

348. BD, Bd. 4, Nr. 523.

349. BD, Bd. 10, I, 2, Nr. 745, S. 1161.

350. In dem Jahresbericht von 1908 äußert sich Nicolson auch sehr befriedigt über die bisherigen Ergebnisse der Vereinbarung von 1907: „Bei einer allgemeinen Betrachtung der russischen Regierung ... möchte ich mich zu der Ansicht bekennen, daß sie loyal im Geist des Einvernehmens mit Großbritannien gehandelt hat... Die englisch-russische Konvention hat, was Persien anlangt, nützlichere Ergebnisse gezeitigt, als der Zuversichtlichste hätte erwarten können..., indes hat die Konvention unlängst bloß ihr erstes Lebensjahr beendet...“ BD, Bd. 10, I, 2, Nr. 745, S. 1161.

arbeiten zwischen den beiden Großmächten gegeben. Bald nach der Unterzeichnung der Abmachung (am 10. 10. 1907) traf der Generalissimus der britischen Landarmee, Sir J. French, in Petersburg ein. Die deutsche „Börsenzeitung“ brachte darüber die Notiz³⁵¹, daß der General, „mit offiziellen Vollmachten“ König Eduards ausgestattet, ... einigen Ministern und hochgestellten Persönlichkeiten „offizielle Visiten“ abstatten werde. French wünsche, „die russische Armee kennen zu lernen“ und die „in Rußland herrschende Stimmung“ zu studieren.

Trotz der Versicherung von englischer Seite³⁵², daß die Reise des Generals French eine rein private gewesen sei, sah v. Schoen in ihr den Versuch Englands, „bald nach Abschluß der englisch-russischen Vereinbarung über Asien in der allgemeinen Annäherung um einen weiteren Schritt vorwärts zu kommen“³⁵³. Daß der Besuch wirklich nicht so harmlos war, wie England ihn hinstellen versuchte, beweist eine Äußerung des Generals selbst, die er einem englischen Korrespondenten gegenüber machte³⁵⁴. French leugnete nicht, „daß sein Besuch in gewissem Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Verträge stehe, aber dieser Vertrag sei nur ein erster Schritt zu weiteren Konventionen und Verträgen“.

Der politischen Annäherung zwischen England und Rußland und der engeren militärischen Fühlungnahme folgte am 9./10. Juni 1908 durch die Entrevue von Reval zwischen König Eduard und Zar Nikolaus die Bekräftigung der vollzogenen Aussöhnung zwischen dem Insel- und dem Zarenreich. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Aussöhnung den Charakter einer Offensive gegen Deutschland trug. Bereits vor der Zusammenkunft hatten die meisten russischen Zeitungen die englisch-französisch-russische Freundschaft als Mittel zur Lahmlegung der deutschen Übermacht begrüßt und unterstrichen³⁵⁵. Ebenfalls verhehlten

351. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8539. — Der deutsche Kaiser war über den Besuch äußerst empört. Er fand ihn beispiellos. Ein deutscher Heerführer sei seit 50 Jahren nicht mehr in Rußland geduldet worden.

352. Vgl. BD, Bd. 4, Nr. 545.

353. DGP, Bd. 25,1, Nr. 8540.

354. Schiemann, a. a. O., VII, S. 323.

355. DGP, Bd. 25,2, Nr. 8803.

nicht die französischen Blätter ihre Schadenfreude über das vereinsamte Deutschland³⁵⁶. Graf v. Pourtalès betonte in seinem Bericht (12. 6. 1908) an Bülow³⁵⁷ über die politische Bedeutung der Monarchenbegegnung, daß die Annäherung bei dieser Gelegenheit wieder weitere Fortschritte gemacht habe. Die russische Presse hebe jetzt hervor, eines Bündnisses würde es nur bedürfen, wenn die Haltung „irgendeiner Macht“ dies notwendig machen sollte. „Mit dieser Macht“, so schrieb Pourtalès, „kann in erster Linie nur Deutschland gemeint sein. Die Gruppierung zu Dreien soll gegen das angebliche Überhandnehmen des deutschen Einflusses ein Gegengewicht bilden. Deutschland soll nicht bedroht werden, man verwahrt sich gegen die ‚Einkreisungspolitik‘; man will aber überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, den angeblichen Gelüsten Deutschlands, seine Weltmachtstellung zu betätigen, wie in Algeciras, gemeinsam diplomatisch entgegentreten“.

Das englisch-russische Zusammenwirken zeigte sich praktisch zuerst in Persien und im Gebiete der Bagdadbahn. Graf Benckendorff und Sasonow gaben später selbst zu, daß seit 1907 Großbritannien und Rußland gemeinsam bestrebt seien, Deutschland aus Persien zu verdrängen und ihm in der Durchführung der Bagdadbahn Schwierigkeiten zu machen³⁵⁸. In einem Brief Benckendorffs an den russischen Außenminister vom Februar 1911 heißt es³⁵⁹: „Die englisch-russische Konvention, deren Wortlaut absichtlich so gefaßt war, daß Proteste anderer Mächte unmöglich gemacht wurden, verfolgte aber, ich glaube nicht, daß man das bestreiten kann, den Zweck, der öfters zutage getreten ist, nämlich unsere Anstrengungen zu vereinigen, um Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen. Deutschland sollte dort nicht Interessen schaffen, die politischen Charakter annehmen könnten. Dieses Einvernehmen ist bald auf die ganze Frage der Bagdadbahn ausgedehnt worden“.

356. DGP, Bd. 25,2, Nr. 8804.

357. DGP, Bd. 25,2, Nr. 8807.

358. 17. 8. 1910; 16. 2. 1911; Okt. 1912, Siebert, a. a. O.

359. Siebert, a. a. O., S. 348.

Auch die deutsche Diplomatie zweifelte nicht mehr an der antideutschen Wendung der russischen Politik. Nach der Entrevue von Reval erfüllten selbst Bülow bange Sorgen. Seine Beunruhigung findet seinen prägnantesten Ausdruck in einem Rundschreiben an die preußischen Gesandten in München, Dresden, Stuttgart und Karlsruhe: „Wir haben damit zu rechnen, daß, wenn wir oder Österreich-Ungarn mit einer der Entente-mächte in einen ernsten Interessenkonflikt geraten sollten, die bis dahin noch losen und vagen Ententen und Verständigungen sich zu konkreten Bündnissen verdichten würden, so daß wir zusammen mit Österreich-Ungarn uns einer starken Koalition gegenüber sehen könnten“³⁶⁰. In einem Brief an den Zaren vom 8. 1. 1909 bedauerte auch Kaiser Wilhelm³⁶¹, „daß die russische Politik in den beiden letzten Jahren sich allmählich von uns mehr und mehr entfernt in der Richtung einer immer engeren Kombination von Mächten, die uns unfreundlich gesinnt sind. Die Triple-Entente zwischen Frankreich, Rußland und England wird von der ganzen Welt als eine vollzogene Tatsache betrachtet. Englische und französische Zeitungen versäumen keine Gelegenheit, diese angebliche „Triple-Entente“ als gegen Deutschland gerichtet darzustellen und nur zu oft stimmt die russische Presse in diesen Chorus ein. Auf der anderen Seite hat die russische Politik letzthin in vielen Fällen Mißtrauen gegen die deutsche Politik bekundet, so z. B. in Persien und China — ein gänzlich unbegründetes Mißtrauen. In betreff anderer Fragen, an denen wir interessiert sind, wie der Bagdadbahn, wo wir auf Rußland zählen zu können dachten, ist die russische Politik weit von uns abgerückt. Ist es somit überraschend, daß sich zwischen unseren beiden Ländern eine gewisse Entfremdung herausgebildet hat?“

Die deutschen Diplomaten konnten also nicht mehr umhin, die politische Mächtekonstellation so zu sehen, wie sie sich 1907 tatsächlich vollzogen hatte. Freilich war die Vereinigung von Großbritannien, Rußland und Frankreich, wie Grey sich aus-

360. DGP, Bd. 25,2, Nr. 8820; vgl. auch Nr. 8822.

361. Goetz, „Briefe Wilhelms II. an den Zaren, 1894—1914“, S. 243 f.

drückte³⁶², im europäischen „Konzert“ vorläufig noch schwach, aber in zehn Jahren, so fuhr er fort, mag die Vereinigung der drei Mächte „imstande sein, die Politik des Nahen Ostens zu beherrschen, und innerhalb dieses Zeitraums werden es die Ereignisse wahrscheinlich immer klarer machen, daß es im russischen und in unserm (Englands) Interesse liegt, zusammenzuarbeiten“. Es hat allerdings keiner zehn Jahre mehr bedurft, bis sich die Ententemächte von 1907 auch aktionseinig waren. Daß es dazu kommen konnte, dafür hatte die Konvention vom 31. August den Ausgangspunkt und die Grundlage geschaffen. Die tatsächliche Bedeutung des Abkommens liegt deshalb nicht so sehr in seinen unmittelbaren Ergebnissen als vielmehr in den weltpolitischen Folgen, die sich aus ihm ergaben.

362. BD, Bd. 4, Nr. 550.

Literaturverzeichnis.

- Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, herausgegeben von J. Lepsius, A. Mendelssohn-Bartholdy, Fr. Thimme, Bln.; Abkürzung im Text: DGP
- British Documents on the Origins of the War 1898—1914. ed. by G. P. Gooch and H. Temperley, Ldn., benutzt ist die amtliche deutsche Übersetzung von H. Lutz. Abkürzung im Text: BD
- Documents Diplomatiques Français 1871—1914. Paris. Abkürzung im Text: DDF
- British and Foreign State Papers.
- Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre, herausgegeben von B. v. Siebert, Bln. und Lpz. 1921.
-
- Banze, A.*: Die deutsch-englische Wirtschafts rivalität 1897—1907, Bln. 1935.
- Beazley, Sir R.*: Persien als Kernfrage der englisch-russischen Entente. In: Berl. Monatsh., 1931.
- Bleck, O.*: Die Einkreisungspolitik König Eduards VII. In: Der Weg zur Freiheit, 1929.
- Borries, K.*: Arthur Nicolson und die englische Politik. In: Ztschr. f. Politik, Bd. 23, H. 2, 1933.
- Boveri, M.*: Sir Edward Grey und das Foreign Office, Bln. 1933.
- Brandenburg, E.*: Von Bismarck zum Weltkriege, Bln. 1925.
- Brandes, G.*: Das Verbrechen Englands und Rußlands an Persien. In: Der Neue Orient II, 11/12, Bln. 1918.
- Browne, E. G.*: The Persian revolution of 1905—09. 1910.
- Bülowl, B. Fürst v.*: Denkwürdigkeiten, Bln. 1930/31.
- Butterfield, P. K.*: The diplomacy of the Bagdad railway 1890—1914. Diss. Göttingen 1932.
- Cambridge History of British foreign Policy 1866—1919; ed. by Ward and Gooch, Cambridge 1923.
- Cecil, A.*: Viscount Grey of Falladon. In: British Foreign Secretaries, 1927.
- Curzon, G. N.*: Persia and the Persian Question, 1892.
- Daniels, E.*: Englische Staatsmänner von Pitt bis Asquith und Grey, Bln. 1925.
- Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens, Bln. 1917; Verlag: Der Neue Orient.

- Duden, D.*: Die Wurzel des deutsch-englischen Gegensatzes, Diss. Hamburg 1933.
- Earle, E. M.*: Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railway, N. Y. 1923.
- Eckardstein, H. Frhr. v.*: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten, Lpz. 1919—21.
- Persönliche Erinnerungen an König Eduard aus der Einkreisungszeit, Dresden 1927.
- Farrer, J. A.*: England under Edward VII., Ldn. 1922.
- Fay, S. B.*: The Origins of the World War, N. Y. 1929.
- Fester, R.*: Geschichtliche Einkreisungen. In: Deutsche Rundschau, Okt. 1930 bis Mai 1931.
- Fraser, L.*: India under Curzon and After, 1911.
- Frauentrost, W.*: Fürst Bülow und England 1897—1909. In: Berliner Monatsh., 1930.
- Friedjung, H.*: Das Zeitalter des Imperialismus 1894—1914, Bln. 1919—22.
- Goetz, W.*: Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, Bln. 1920.
- Gooch, G. P.*: Die Entstehung der Triple Entente. In: Berl. Monatsh. 1929.
- Grey of Fallodon, Visc. E.*: Twenty-five years 1892—1916, Ldn. 1925. Benutzt ist die deutsche Übersetzung: Grey, E. Lord: Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892—1916, München 1926.
- Grey, Sir E.*: Speeches on foreign affairs 1904—1914, Ldn. 1931.
- Gwynn, St.*: The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice, Ldn. 1929.
- Haller, J.*: England und Deutschland um die Jahrhundertwende, Lpz. 1929.
- Die Ära Bülow. Eine hist.-polit. Studie, Stgt. 1922.
- Hammann, O.*: Deutsche Weltpolitik 1890—1912, Bln. 1925.
- Hanotaux, G.*: Le Roi Edouard VII. à Paris. In: Temps v. 15. 6. 1935.
- Hardinge, A. H.*: A Diplomatist in the East, Ldn. 1928.
- Hartung, Fr.*: Deutsche Geschichte 1871—1919, Bonn u. Lpz. 1930.
- Hasenclever, A.*: Die Entente cordiale v. 8. April 1904. In: Berl. Monatsh. 1934.
- Hashagen, J.*: Die europäische Krise 1904/1918 in französischer Beleuchtung. In: Berl. Monatsh. 1934.
- Hedin, S.*: Persien und Mesopotamien. Zwei asiatische Probleme, Lpz. 1923.
- Hesse, Fr.*: England und Persien. In: Ztschr. f. Politik. Bd. 18, H. 1. 1928.
- Persien. In: Weltpolitische Bücherei, Bd. 26. Bln. 1932.
- Huldermann, B.*: Albert Ballin, Oldbg. u. Bln. 1922.
- Ibbeken, R.*: Das außenpolitische Problem 1880—1914. 1928.
- Karo, G.*: Zur Politik Eduards VII. In: Die Kriegsschuldfrage 1925.
- Kjellen, R.*: Dreibund und Dreiverband, Lpz. 1921.
- Klein, W.*: Der Vertrag von Björkö. Wilhelm II., Bülow und Holstein im Kampf gegen die Isolierung Deutschlands, Bln. 1931. (Ausführliche Darlegung der Entente cordiale 1904.)
- Korostovetz, W.*: Graf Alexander Konstantinowitsch Benckendorff. In: Berl. Monatsh. 1936.

- Krebs, G.*: Die deutsche Bagdadbahnpolitik im Urteil der Entente-Publizistik. Diss. Breslau 1933.
- Lee, Sir S.*: King Edward VII. A biography. Ldn. 1925, 1927.
- Lesueur, E.*: Les Anglais en Perse. Paris 1923.
- Linnenbrink, D.*: Die englisch-russische Entente vom 31. August 1907 und Deutschland. Diss. Münster 1930.
- Löding, W.*: Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1898—1901. Diss. Hamburg 1930.
- Lutz, H.*: Zur Beurteilung Greys. In: Kriegsschuldfrage 1927.
- Mann, O.*: Persien und das demokratische Rußland. Aus persischen Zeitungen. Bln. 1918. In: Der Neue Orient, Bd. 2, H. 4.
- Mehrmann, K.*: Der diplomatische Krieg in Vorderasien, Dresden 1916.
- Mendelssohn-Bartholdy, A.*: Lord Lansdowne. In: Europ. Gespr. 1927.
- John Morley und Edward Grey. In: Europ. Gespr. 1928.
- Miles, S. B.*: The Countries and tribes of the Persian Gulf, Ldn. 1920.
- Minrath, P.*: Das englisch-japanische Bündnis von 1902. Die Grundlegung der Ententepolitik im Fernosten. Diss. Bonn 1933.
- Frankreich-Rußland und das englisch-japanische Bündnis von 1902. In: Berl. Monatsh. 1937.
- Montgelas, Graf M.*: British foreign policy under Sir Edward Grey, N. Y. 1928 (Übersetzung).
- Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber. In: Kriegsschuldfrage 1926.
- Lord Lansdowne. In: Berl. Monatsh. 1931.
- Moy, Graf C.*: Was mir Minister Witte erzählte. In: Berl. Monatsh. 1930.
- Newton, Lord*: Lord Lansdowne, Ldn. 1929.
- Nicolson, H.*: Sir Arthur Nicolson, Bart. First Lord Carnock, Ldn. 1930. Benutzt ist die deutsche Übersetzung: Nicolson, Sir H.: Die Verschwörung der Diplomaten, Frankfurt a. M. 1930.
- Curzon. In: For. Aff. N. Y. 1929.
- Norden, H.*: Persien wie es ist — und war, Lpz. 1929.
- Oncken, H.*: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, Lpz. 1933.
- Ostwald, P.*: Das englisch-japanische Bündnis vom 30. Januar 1902. In: Berl. Monatsh. 1931.
- Peez, A. v.*: Englands Rolle im nahen Orient, Lpz. 1917.
- Provaseck, H.*: Der Gedanke einer Kontinentalliga gegen England unter Wilhelm II., Diss. Jena 1928.
- Reventlow, Graf E.*: Indien. Seine Bedeutung für Großbritannien, Deutschland und die Zukunft der Welt, Bln. 1917.
- Roloff, G.*: Die Entstehung der englisch-russischen Entente. In: Berliner Monatsh. 1930.
- Die Entstehung der Entente cordiale von 1904. In: Berl. Monatsh. 1935.
- Ronaldshay, Earl of.*: The life of Lord Curzon, Ldn. 1928.
- Rosen, Fr.*: Harald Nicolson über Lord Curzon. In: Berl. Monatsh. 1934.

- Rothfels, H.:* Die Memoiren des Lord Grey „Twenty-five years 1892—1916“.
In: Kriegsschuldfrage 1926.
- Zur Beurteilung Greys. In: Kriegsschuldfrage 1927.
- Zum Tode Lord Greys. In: Berl. Monatsh. 1933.
- Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik. In: Arch. f. Pol. u. Gesch. 1926.
- Russell, B.:* The Policy of the Entente 1904—1914, Ldn. 1915.
- Schiemann, Th.:* Deutschland und die große Politik anno 1907, Bln. 1908.
- Schwertfeger, B.:* Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung.
- Seeger, Ch. L.:* The Memoirs of Alexander Iswolski, Ldn. 1921.
- Shuster, W. M.:* The Strangling of Persia, Ldn. 1912.
- Le sort de la Perse. La politique anglaise dévoilée.* Amsterdam 1917.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. XII. Legislaturperiode. 1. Session. 1907/08. 1.—4. Bd.*
- Stern, A.:* König Eduard VII. und die auswärtige Politik Englands. In: Europ. Gespr. 1929.
- Stieve, Fr.:* Deutschland und Europa 1890—1914. Bln. 1928.
- Sykes, Sir. P.:* A history of Persia. Ldn. 1930.
- Taube, M. Frhr. v.:* Der großen Katastrophe entgegen. Die russische Politik der Vorkriegszeit und das Ende des Zarenreiches (1904—1917). Bln. u. Lpz. 1929.
- The Encyclopedia Britannica.* Ldn. 1929.
- Vagts, A.:* Die 25 Jahre Lord Greys. In: Die Gesellschaft 1926.
- Vogel, G.:* Der Einfluß Nicolson's und Crowe's auf die Politik Sir Edward Grey's. In: Europ. Gespr. 1928.
- Wahl, A.:* Deutsche Geschichte. Von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1870—1914. Stgt. 1932, 1936.
- Wegerer, A. v.:* Bibliographie zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Bln. 1934.
- Sir Arthur Nicolson und Englands Weg in den Weltkrieg. In: Berl. Monatsh. 1930.
- Wilson, Sir A. T.:* A bibliography of Persia. Ldn. 1930.
- The Persian Gulf. Oxford 1928.
- Witte, S. J. Graf v.:* Erinnerungen. Deutsche Übersetzung. Bln. 1923.
- Wortham, H. E.:* Edward VII. Ldn. 1933.
- Ziebert, A.:* England und der Bau der deutschen Schlachtschiffe in der Ära Bülow. Diss. Freiburg 1927.

Kartenskizze von Persien

mit Angabe der russischen, neutralen und britischen Sphäre nach dem englisch-russischen Abkommen vom 31. August 1907.



